

Thomas Feltes (Hrsg.):

KOMMUNALE KRIMINALPRÄVENTION
IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Erste Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung
von drei Pilotprojekten

EMPIRISCHE POLIZEIFORSCHUNG

Herausgegeben von

Thomas Feltes

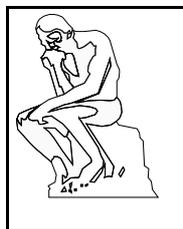
und

Hans-Jürgen Kerner

Band 9

Kommunale Kriminalprävention
in Baden-Württemberg
Erste Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung
von drei Pilotprojekten

herausgegeben von
Thomas Feltes



1995

FELIX VERLAG · HOLZKIRCHEN/OBB.

Feltes, Thomas (Hrsg.):
Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg.
Erste Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung von drei Pilotprojekten.

Holzkirchen/Obb.: Felix, 1995.
(Empirische Polizeiforschung; Bd. 9)
ISBN 3-927983-09-8

□ 1995 by Felix-Verlag GbR, Sufferloher Str. 7, D-83607 Holzkirchen/Obb.
Alle Rechte vorbehalten
Gesamtherstellung: WB-Druck GmbH & Co Buchproduktions-KG, Rieden
Printed in Germany 1995

Inhalt:

Frieder Birzele Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg - Von der Idee zur Umsetzung	3
Thomas Feltes Zur Einführung: Kommunale Kriminalprävention und bürgernahe Polizeiarbeit.....	11
Joachim Obergfell-Fuchs, Helmut Kury Verbrechensfurcht und kommunale Kriminalprävention - Analysen anhand der Bevölkerungsbefragung in den Projektstädten und der bundesweiten repräsentativen Bevölkerungsumfrage	31
Dieter Dölling, Dieter Hermann, Christiane Simsa Kriminalität und soziale Probleme im räumlichen Vergleich - Analysen anhand der Bevölkerungsbefragungen in den Projektstädten -	69
Wolfgang Heinz, Gerhard Spieß Viktimisierung, Anzeigeerstattung und Einschätzung der Arbeit der Polizei durch die Bürger - Analysen anhand der Bevölkerungsbefragung in den Projektstädten.....	93
Roland Baier Präventionsaktivitäten in Baden-Württemberg Zusammenfassung einer Umfrage	123
Gunther Dreher Pilotstudie zum Notruf- und Funkstreifenwageneinsatzaufkommen in den Projektstädten.....	129
Max Hermanutz Die Zufriedenheit von Bürgern mit den Umgangsformen der Polizei nach einem persönlichen Polizeikontakt - eine empirische Untersuchung.....	137
Anhang:	
Fragebogen zur Expertenbefragung.....	156
Fragebogen der Bevölkerungsumfrage in Baden-Württemberg.....	159
Fragen aus der bundesweiten Bevölkerungsumfrage	181

Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg - Von der Idee zur Umsetzung¹

Frieder Birzele

1. Bedeutung der Sicherheit für Bürger und Kommune

Die innere Sicherheit in einer Gemeinde berührt das Leben der Menschen in unserem Land auf ganz zentrale Art und Weise. Schutz vor Kriminalität, vor Gewalt, vor Eigentumsverlust gehört mit zu den elementaren Grundbedürfnissen des Menschen. Sicherheit ist somit ein wesentlicher Bestandteil dessen, was wir gemeinhin mit dem Begriff "Lebensqualität" bezeichnen. Wer Angst davor hat, Opfer eines Verbrechens zu werden, ist in seiner Freiheit fundamental eingeschränkt. Wer gar tatsächlich Opfer eines Verbrechens wird, verliert oft mehr als nur einen Teil seines Eigentums oder ein Stück körperlicher Unversehrtheit; er verliert damit auch das Gefühl der Geborgenheit in seinem Wohnumfeld oder in seiner Gemeinde, und er verliert nur zu oft auch das Vertrauen in die Institutionen unseres demokratischen Rechtsstaates.

Doch der Schutz vor Kriminalität erhält darüber hinaus einen nicht unerheblichen Stellenwert, wenn z.B. über Investitionen oder die Festlegung von Industriestandorten entschieden wird. Es wird schwierig sein, engagierte und motivierte Mitarbeiter für ein Unternehmen zu gewinnen, wenn die Stadt, in der dieses Unternehmen liegt, für ihre hohe Verbrechensrate berüchtigt ist. Auch hat die Zunahme fremdenfeindlicher Straftaten vor einigen Jahren gezeigt, daß solche Faktoren durchaus die Investitionsentscheidung eines ausländischen Unternehmens beeinflussen und somit auch unmittelbare Auswirkungen auf unser wirtschaftliches Wohlergehen haben können.

Zwar hatten wir im vergangenen Jahr einen sehr erfreulichen Rückgang bei der Kriminalitätsbelastung, wodurch das Land Baden-Württemberg zum erstenmal die niedrigste Häufigkeitsziffer aller Bundesländer aufweist. Doch ist beispielsweise die Zahl der Wohnungseinbrüche nach wie vor gestiegen, und im Bereich der organisierten Wirtschaftskriminalität verzeichnen wir besorgniserregend hohe volkswirtschaftliche Schäden.

Allerdings zeigt eine ganze Reihe von Studien, daß es weniger die objektive Entwicklung der Kriminalitätsziffern ist, die das Wohlbefinden der Menschen beeinflußt, sondern eher ein etwas diffuses "Sicherheitsgefühl", das wiederum, wie diese Studien zeigen, nur zum Teil von der tatsächlichen Kriminalitätsentwicklung abhängig ist. Wesentliche Faktoren, die dieses Sicherheitsgefühl beeinflussen, sind die wirtschaftliche Situation, gesellschaftliche Umbrüche, Generationenkonflikte, das Vorhandensein sozialer Randgruppen im Straßenbild, aber auch städtebauliche Aspekte und vieles mehr. Selbst in Zeiten, in denen die registrierte Kriminalität abnimmt, hat das Unsicherheitsgefühl bei den Bürgern zugenommen. Einen linearen Zusammenhang zwischen Kriminalitätsentwicklung und Sicherheitsgefühl gibt es also nur sehr eingeschränkt - wenn überhaupt.

¹ Leicht veränderter Abdruck des Eröffnungsvortrages zur Tagung "Kommunale Kriminalprävention" vom 23. - 24. Juni 1995 an der Fachhochschule Villingen-Schwenningen - Hochschule für Polizei.

2. Notwendigkeit einer ressortübergreifenden Kriminalprävention

Wenn wir der Frage nachgehen, wie die Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger verbessert werden kann, dann sind wir uns in diesem Kreis, denke ich, weitgehend einig, daß wir ein Mehr an Sicherheit nicht allein durch eine verbesserte Strafverfolgung, durch schärfere Gesetze oder strengere Strafurteile erreichen; das belegt sowohl die Kriminalitätsentwicklung der vergangenen Jahre als auch eine ganze Reihe einschlägiger kriminologischer Untersuchungen.

Die Ursachen für Kriminalität sind außerordentlich vielfältig, sie liegen im sozialen, im normativen, im pädagogischen, im sozialpsychologischen Bereich, um nur einige wenige Faktoren zu nennen. Daraus folgt, daß nur ein ressortübergreifender Bekämpfungs- und Vorbeugungsansatz längerfristig Aussichten auf Erfolg hat. Der Kommunalen Kriminalprävention liegt dabei die Erkenntnis zugrunde, daß über 70 % aller Tatverdächtigen im eigenen Wohnort straffällig werden oder zumindest in dem Landkreis, in dem sie wohnen. Daraus folgt, daß Bekämpfungsstrategien sinnvollerweise dort konzipiert werden sollten, wo das Problem auftritt.

Da ein wesentlicher Teil der Entstehungsbedingungen gesellschaftlichen Ursprungs ist, ist grundsätzlich auch eine breite Palette gesellschaftlicher Einrichtungen und Kräfte angesprochen, wenn es darum geht, Kriminalität zu verhindern. Die Polizei alleine kann weder rechtlich noch tatsächlich eine allumfassende Kriminalprävention leisten.

Ursachenorientierte Kriminalitätsverhütung muß sich auf folgende Schwerpunkte und Ziele erstrecken: Es gilt, gesellschaftliche Bedingungen zu schaffen, in denen die Hemmschwelle zur Kriminalität erhöht und das Rechtsbewußtsein und die Bereitschaft der Menschen, füreinander einzutreten, gestärkt wird. Der Weg zu diesem Ziel führt über eine systematische Kriminalprävention, bei der die gesellschaftlichen Kräfte sowohl in die Konzeption als auch in die Umsetzung eingebunden sind.

Daraus folgt auch, daß es sich bei der kommunalen Kriminalprävention nicht um eine Art "Patentrezept" handeln kann, nicht um einen statischen Ansatz, der so und so aussieht und überall auf die gleiche Art und Weise umgesetzt werden könnte. Und vor allem handelt es sich dabei auch nicht um ein Bekämpfungsmittel, das kurzfristig eingesetzt werden könnte, um dann auch kurzfristig seine Wirkung zu entfalten. Bei der kommunalen Kriminalprävention handelt es sich um einen dynamischen Ansatz, der auf Kontinuität ausgerichtet sein muß und aktuelle Entwicklungen besonders berücksichtigt. Das hierzulande noch recht zarte Pflänzlein kommunale Kriminalprävention soll ein fester Bestandteil lokaler Vorbeugungsarbeit werden und z.B. Themen aufgreifen wie

- o sicheres Wohnen,
- o Gewalt an Schulen, in der Familie oder Gewalt gegen Frauen,
- o Drogenabhängigkeit oder
- o Jugendkriminalität.

Die Entwicklungs- und Ausbaufähigkeit eines solchen Vorgehens hängen dabei ganz wesentlich von der Bereitschaft ab, mitzuwirken - bei den Bürgerinnen und Bürgern, den kommunalpolitisch Verantwortlichen, den Verbänden, Vereinen, der Wirtschaft und natürlich auch der Polizei. Man kann einen solchen Ansatz also auch nicht von oben herab verordnen, sondern er muß getragen sein von der Motivation der Teilnehmenden und von dem Willen, auf diesem

Wege etwas zu verändern.

3. Pilotprojekte in Baden-Württemberg

Vor dem Hintergrund einer steigenden Kriminalität in den Jahren 1992 und 1993 habe ich 1993 das Pilotprojekt "Kommunale Kriminalprävention" in Calw, Freiburg, Ravensburg und Weingarten initiiert. Grundgedanke ist, daß zahlreiche gesellschaftliche Kräfte innerhalb der Kommune lokale Probleme der öffentlichen Sicherheit aufgreifen, gemeinsam Lösungen erarbeiten und diese über interdisziplinäre Arbeitsgruppen umsetzen.

Das Pilotprojekt bedarf zunächst einer gründlichen Bestandsaufnahme, die an Aussagekraft gewinnt, wenn sie aktuelle Erkenntnisse einer wissenschaftlichen Begleitforschung berücksichtigt. Gemeinsam mit den kriminologischen Instituten der Universitäten Konstanz und Heidelberg, des Max-Planck-Instituts in Freiburg und der Hochschule für Polizei in Villingen-Schwenningen wurden daher - parallel zu den organisatorischen Maßnahmen - regionale Kriminalitätsanalysen erstellt. Hierfür arbeiteten die Wissenschaftler eng mit den Polizeidirektionen vor Ort zusammen. Dabei ging es vor allem darum, Erkenntnisse zu gewinnen, wie hoch erstens das Risiko der Bürger in den Projektstädten ist, Opfer von Straftaten zu werden, wie hoch zweitens Kriminalitätsfurcht und Sicherheitsgefühl der Bürger sind, wie groß drittens die Zufriedenheit mit der Polizei im Gemeinwesen ist und schließlich, welche konkreten Möglichkeiten es gibt, die Sicherheit am Ort durch gezielte Präventionsmaßnahmen zu verbessern.

Für die umfangreichen wissenschaftlichen Arbeiten in Form von Befragung und Datenerhebung, Datenerfassung und -auswertung bis hin zur Interpretation der Daten und die Bereitschaft zur weiteren Zusammenarbeit im Rahmen des Projektes darf ich den Wissenschaftlern und ihren Mitarbeitern von dieser Stelle aus herzlich danken.

Ich darf zudem darauf verweisen, daß auf diesem Gebiet erstmals eine Zusammenarbeit verschiedener kriminologischer Forschungseinrichtungen stattfindet. Es ist durchaus bemerkenswert, daß es vorher im Bundesgebiet weder eine solche Kooperation dreier Forschungsinstitute noch ein derartiges Kooperationsprojekt zwischen einer Polizeifachhochschule und einem Universitätsinstitut gegeben hat. Auch war im Bereich der Prävention ein vergleichbares Maß an wissenschaftlicher Begleitung unbekannt. Wir haben mit diesem Ansatz also durchaus Neuland betreten, und ich denke, daß gerade auch die Verzahnung zwischen empirischer Forschung und polizeilicher Arbeit richtungweisend wirkt. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse im Bereich der Inneren Sicherheit werden nach meinem Eindruck in ganz Deutschland noch viel zu wenig zur Grundlage der polizeilichen Arbeit gemacht, und ich erhoffe mir von diesem Projekt auch ein deutliches Signal für weitere Schritte in diese Richtung.

4. Zwischenbilanz

Lassen Sie mich an dieser Stelle eine erste Zwischenbilanz des Pilotprojekts Kommunale Kriminalprävention ziehen; für eine abschließende Bewertung wäre es heute sicherlich noch zu früh, denn gerade diese Veranstaltung hat ja den Zweck, uns zunächst einmal einen Überblick über den aktuellen Sachstand des Projekts zu verschaffen, Erfahrungen auszutauschen und daraus Schlußfolgerungen für das weitere Vorgehen abzuleiten.

Doch soviel kann man jetzt schon sagen: Das Pilotprojekt ist für uns bislang in jeder Hinsicht

wertvoll und lehrreich gewesen. Die Erfahrungen, die wir sammeln konnten, sind nicht nur wichtig für die Städte und Gemeinden, in denen dieses Projekt durchgeführt wurde, sondern vor allem auch für alle anderen Städte und Gemeinden im Land, die sich in Zukunft - hoffentlich in großer Zahl - mit dem Thema Kommunale Kriminalprävention aktiv befassen werden.

Eine wesentliche Erkenntnis aus der wissenschaftlichen Begleitforschung ist zum einen die Bedeutung, die der Inneren Sicherheit von den Bürgerinnen und Bürgern zugemessen wird. Oft wird ja in der öffentlichen Diskussion so getan, als wäre die Kriminalität das Thema, das die Menschen am meisten beschäftigt und beunruhigt. Die Umfragen stützen diese Ansicht nicht. Vielmehr war die Kriminalität nur ein Thema unter vielen und rangierte deutlich hinter Fragen der Verkehrsinfrastruktur, der Arbeitsplätze und des Wohnungsmarktes. Im übrigen war auch das Thema "Ausländer / Asylbewerber" nichts, das die Menschen besonders beschäftigt hätte. (Ich hoffe, daß diese Erkenntnisse auch im kommenden Landtagswahlkampf beherzigt werden.)

Auch was die Ursachen für das Sicherheits- bzw. Unsicherheitsgefühl der Menschen angeht, haben sich bei der Untersuchung interessante Erkenntnisse ergeben: Wie ich eingangs schon kurz erwähnt habe, ist das Unsicherheitsgefühl der Befragten nur zu einem Teil die Folge der tatsächlichen Kriminalitätsbelastung. Als wichtiger erwies sich die Sozialstruktur einer Gemeinde: In unpersönlichen Hochhaussiedlungen ist die Furcht vor Kriminalität höher als in den Innenstädten, auch wenn die tatsächliche Kriminalitätsbelastung niedriger oder gleich hoch ist wie dort. Auch zeigt sich, daß beispielsweise an Bahnhöfen oder Unterführungen schon allein die Anwesenheit bestimmter Personengruppen - beispielsweise Jugendlichen, Ausländern, Wohnsitzlosen oder alkoholisierten Personen - ausreicht, um Furcht auszulösen, selbst wenn von diesen Personen gar keine Gefährdung ausgeht. Hierbei sind es vor allem Frauen, die sich an solchen Orten unsicher fühlen.

Was nun die Schlußfolgerungen angeht, die aus diesen Befragungen zu ziehen sind, zeigen bereits die ersten Erkenntnisse aus den Projektstädten, daß wir mit unserem Ansatz richtig liegen. Die meisten Bürgerinnen und Bürger versprachen sich von einer verbesserten polizeilichen Präsenz einen Zuwachs an Sicherheit. Auch wurden konkrete Wünsche geäußert beispielsweise nach einer besseren Beleuchtung dunkler Ecken, nach einer anderen Gestaltung von Unterführungen oder einer Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs in den Abend- und Nachtstunden.

Doch wurde aus den Antworten auch deutlich, daß damit die Ursachen der Kriminalitätsbelastung nicht bekämpft werden können. Diese wurden beispielsweise auch in den Bedingungen gesehen, unter denen Jugendliche in Städten aufwachsen - ein Feld, das ebenso Gegenstand einer effektiven Kommunalen Kriminalprävention sein sollte wie die Aspekte, die ich vorher bereits genannt habe. Gerade hier wird deutlich, wie groß der Kreis der Beteiligten sein sollte, wenn wir dieses Problem wirksam bekämpfen wollen.

5. Die Rolle der Kommunen

Auch was die konkreten Erfahrungen in den einzelnen Städten angeht, hat uns das Pilotprojekt wichtige Erkenntnisse geliefert. Schon heute können die meisten dieser Städte eine positive Zusammenarbeit der beteiligten gesellschaftlichen Kräfte konstatieren. In allen Städten wurden mittlerweile Gremien ins Leben gerufen, in denen Menschen aus unterschiedlichen Blickwinkeln heraus ihre Erfahrungen, Vorschläge und auch Forderungen einfließen lassen, um gemeinsam zu Lösungsansätzen im Sinne kriminalpräventiver Maßnahmen zu gelangen.

Wichtig erscheint dabei aus meiner Sicht, daß trotz z.T. anfänglicher Widerstände die Städte selbst hier die Federführung übernommen haben. Der Stadt, insbesondere in Gestalt des Bürgermeisters oder Oberbürgermeisters, kommt hierbei eine außerordentlich wichtige Integrations- und Bündelfunktion zu, die so von anderen Beteiligten nicht ausgefüllt werden kann - auch nicht von der Polizei. Gelänge es nicht, das Stadtoberhaupt als Motor für diese Aufgabe zu gewinnen, bestünde die Gefahr, daß auch nicht die notwendige breite gesellschaftliche Akzeptanz und Beteiligung erreicht wird. Nur der Bürgermeister oder Oberbürgermeister verfügt über die Möglichkeiten, die Personen und Einrichtungen zusammenzuführen, die wir bei der Kommunalen Kriminalprävention brauchen.

Das Bewußtsein, daß Prävention ganz wesentlich auch eine kommunale Aufgabe darstellt, muß nach meiner Auffassung deshalb noch stärker geweckt bzw. gefördert werden.

In einigen Städten ist es über die notwendige Konstituierungsphase hinaus bereits zu ersten vielversprechenden gemeinsamen Projekten gekommen. Wir werden hierüber sicherlich von den Vertretern der Kommunen und der Polizei noch Konkretes hören. Ich bin mir bewußt, daß wir erst am Anfang stehen und spektakuläre Maßnahmen oder gar Erfolge deshalb eher die Ausnahme sind. Wir dürfen jedoch andererseits nicht verkennen, daß es sich hier um etwas Neues handelt, das Zeit zum wachsen haben muß. Neben Ausdauer ist deshalb auch Geduld eine wichtige Eigenschaft, die jeder mitbringen muß, der das Thema Kommunale Kriminalprävention als wichtigen Faktor der Kriminalitätsverhütung und nicht nur als bloße Modeerscheinung betrachtet.

Erfreulicherweise gibt es in Baden-Württemberg bereits mehrere Städte, die großes Interesse daran bekundet haben, in das Pilotprojekt aufgenommen zu werden. Darüber hinaus wissen wir aus einer Umfrage, daß in verschiedenen Städten kriminalpräventive Projekte mit ressortübergreifender Zusammenarbeit laufen. Alle interessierten Städte können in den Informationsverteiler des Landeskriminalamts aufgenommen werden. Dadurch erhalten sie neben der Unterstützung durch die örtlichen Polizeidienststellen jeweils aktuelle Informationen zur kommunalen Kriminalprävention.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit auch der Polizei des Landes meinen Dank aussprechen für die Arbeit, die sie in diesem Pilotprojekt geleistet hat. Die Aufgabe der Polizei bestand ja im wesentlichen darin, gewissermaßen als Katalysator und als Koordinationsorgan zu dienen.

So hat die Polizei beispielsweise den Informationsaustausch zwischen den Projektbeteiligten gesteuert und darüber hinaus Grundsatzgespräche zur Gründung eines kriminalpräventiven Lenkungsgremiums in den Projektstädten initiiert. Ein solches Lenkungsgremium hat die wichtige Aufgabe, die Kontinuität des Projekts zu

sichern und die verschiedenen Aktivitäten zu koordinieren.

Zudem hat das LKA eine Zusammenstellung von Grundinformationen zur kommunalen Kriminalprävention herausgegeben, und es hat zusammen mit den beteiligten Polizeidirektionen die Polizeiliche Kriminalstatistik ausgewertet im Hinblick auf Handlungsfelder für kriminalpräventive Maßnahmen und zur Unterstützung der wissenschaftlichen Begleitforschung.

Mit Blick auf eine Ausdehnung dieses Präventionsansatzes muß und wird die Polizei weitere Initiativen ergreifen. Der Vorbeugungsgedanken muß nach meiner Auffassung noch sehr viel stärker als bisher im Bewußtsein der Polizei verfestigt werden, beispielsweise in der Aus- und Fortbildung. Auch muß dieser Ansatz zu einem wesentlichen Bestandteil der polizeilichen Strategien zur Kriminalitätsbekämpfung werden. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung wird beispielsweise darin bestehen, daß beim LKA eine Koordinierungsstelle eingerichtet und eine Handlungsanleitung zur Umsetzung kommunaler Kriminalprävention herausgegeben wird. Die Koordinierungsstelle wird die Aufgabe haben, das Projekt fortlaufend zu betreuen, insbesondere aber, den Informationsaustausch zwischen den Projektbeteiligten wie gegenüber den interessierten Kommunen zu steuern.

Im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt wurden aber auch immer wieder Stimmen laut, daß sich die Polizei durch den kommunalen Präventionsansatz von Aufgabenfeldern der öffentlichen Sicherheit lösen und sie an die Kommunen delegieren wolle, sich also aus der Verantwortung für die Innere Sicherheit - etwas überspitzt gesagt - "herausstehlen" wolle. Dies widerspräche jedoch dem Grundgedanken systematischer Kriminalprävention, der von einer festen Einbindung der Polizei ausgeht. Die Polizei erfüllt nach wie vor ihre Aufgaben in der Kriminalitätsvorbeugung ohne Einschränkung. Die Polizei nimmt die Herausforderungen des auch für sie neuen Weges an und ist guten Willens, ihr eigenes Fach- und Erfahrungswissen einzubringen.

6. Finanzielle Gesichtspunkte

Die Planung und Umsetzung kommunaler Kriminalprävention wirft zwangsläufig auch die Frage nach der Finanzierung auf. Kommunale Kriminalprävention ist selbstverständlich nicht umsonst zu haben. In einer Kosten-Nutzen-Rechnung dürfen allerdings auch die materiellen Folgeschäden von Straftaten für Bürger und Kommunen nicht unberücksichtigt bleiben, die -das gebe ich zu - in der Regel nur unzureichend quantifizierbar sind. Darüber hinaus müssen zudem die Mehrkosten gesehen werden, die bislang durch die fehlende Koordination zwischen den verschiedenen Einrichtungen und der daraus resultierenden Doppelarbeit entstanden sind.

Was die Finanzierung anbelangt, so besteht unter Umständen die Möglichkeit - neben den Beiträgen des Landes und der Kommune -, über lokale Fördervereine zusätzliche Gelder einzubringen. Spendenwillige Bürger, Verbände, Vereine, die Wirtschaft usw. könnten zur Förderung von Projekten wesentlich beitragen. Es liegen mir verschiedene Informationen vor, daß dafür gerade auf lokaler Ebene Interesse und Beteiligungsbereitschaft vorhanden ist.

7. Bürgerbeteiligung

Wenn auch die Finanzierung eine nicht zu vernachlässigende Größe darstellt, meine ich, daß sich die Entscheidung der Verantwortlichen über die Durchführung kommunaler Kriminalprävention nicht vorrangig daran ausrichten darf. Kommunale Kriminalprävention bietet nämlich die Chance, die soziale Verantwortung und Ordnung im öffentlichen Leben wieder mehr in den Vordergrund zu stellen. Gerade in unserer Zeit wird deutlich, daß Sicherheit von den staatlichen oder kommunalen Sicherheitsbehörden allein nicht gewährleistet werden kann.

Die Grenzen einer sinnvollen vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung sind dann schnell erreicht, wenn sich in unserem Gemeinwesen jeder nur noch um sein engstes Umfeld kümmert. Wenn es den Menschen gleichgültig ist, ob beim Nachbarn eingebrochen oder die Telefonzelle an der Ecke zerstört wird, dann wird es auch ein noch so ambitioniertes Präventionsprojekt schwer haben, Erfolge zu erzielen. Daher geht es bei der Kommunalen Kriminalprävention auch sehr stark darum, das Verantwortungsbewußtsein, den Gemeinsinn und das "Wir-Gefühl" der Bürger in den Kommunen zu stärken. Ein Präventionsprojekt, das von den Bürgern nicht auch unter diesem Aspekt wahrgenommen wird, hätte ein wesentliches Projektziel verfehlt.

Deshalb darf sich kommunale Kriminalprävention nicht nur darin erschöpfen, gesellschaftliche Gruppen einzubinden und Konzeptionen zu erarbeiten. Um wirkungsvolle Vorbeugungsarbeit zu verrichten, muß dieser Ansatz auch vom Verständnis und Engagement der Bürger getragen werden.

Hierbei fällt im übrigen auch den Medien eine wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe zu. Gerade die Medien können wesentlich dazu beitragen, den Bürgerinnen und Bürgern die Ziele der Kommunalen Kriminalprävention näherzubringen.

8. Schlußwort

Was die Zukunft anbelangt, so bin ich sicher, daß wir den in Baden-Württemberg eingeschlagenen und für uns zunächst neuen Weg der Kriminalitätsverhütung Schritt für Schritt weitergehen werden. Ich möchte Sie alle ermuntern, sich bei diesem gesellschaftlichen Bekämpfungsansatz aktiv und tatkräftig einzubringen. Dabei wünsche ich uns allen - der Politik, der Wissenschaft, den Bürgern, den Kommunen, der Polizei und den anderen Beteiligten die nötige Kraft, Ausdauer und Geduld. Und was diese Veranstaltung hier in der Fachhochschule angeht, wünsche ich Ihnen einen interessanten und fruchtbaren Meinungsaustausch.

Zur Einführung: Kommunale Kriminalprävention und bürgernahe Polizeiarbeit¹

1. Die Idee der Kommunalen Kriminalprävention in Baden-Württemberg

Im Sommer 1995 traten der britische und der niederländische Innenminister mit zwei unterschiedlichen Vorschlägen an die Öffentlichkeit, um im kommunalen Bereich präventiv tätig zu werden: In den Niederlanden sollen bis zum Jahr 2000 mehr als 20.000 Langzeitarbeitslose als Freizeitpolizisten beschäftigt werden, und in England will der Innenminister in einer Aktion "Milkwatch" Milchmänner, Briefträger, Taxifahrer und andere Personen zu Hilfspolizisten machen, die die Polizei rufen, sobald sie etwas "Verdächtiges" sehen².

In Baden-Württemberg machte Anfang 1993 der dortige Innenminister Frieder Birzele anlässlich einer Sitzung des kriminologischen Gesprächskreises in seinem Ministerium einen anderen Vorschlag: In mehreren Städten des Landes sollten Pilotprojekte zur Kommunalen Kriminalprävention durchgeführt und wissenschaftlich begleitet werden. Damit wurde die Möglichkeit eröffnet, erstmals in Deutschland ein von der Polizei initiiertes und von ihr maßgeblich mitgestaltetes, kriminalpolitisch bedeutsames Präventionsprojekt von Anfang an zu begleiten und im Zusammenhang mit diesem Projekt verschiedene kriminologisch und viktimologisch interessante Aspekte empirisch zu untersuchen.

¹ Danken möchte ich an dieser Stelle Chris Braidon und Gene Lopez sowie Arthur Georgiou und Bob Lucena mit den Kollegen des N.Y.P.D. und der Police Academy, von denen ich viel gelernt habe.

² Presseberichte vom 16. und 22. August 1995. Der Berufsverband der englischen Milchmänner unterstützt danach diese Aktion. "Das Projekt Milkwatch ist gut für das ganze Land". In West-Yorkshire kann sich der Briefträger bereits jetzt umgerechnet 22.- DM verdienen, wenn er ein gestohlenen Fahrzeug meldet. In England und den Niederlanden sollen entsprechende Experimente bereits erfolgreich verlaufen sein. In den Niederlanden sollen die Langzeitarbeitslosen nach einigen Jahren der Tätigkeit bei der "Stadtwacht" zu privaten Sicherheitsdiensten wechseln oder sich zu regulären Polizisten ausbilden lassen. "So schlagen wir zwei Fliegen mit einer Klappe: Die Straßen werden sicherer, und gleichzeitig wird die Arbeitslosigkeit bekämpft" - so der Pressesprecher des niederländischen Innenministeriums in dieser Meldung.

Die Idee der kommunalen Kriminalprävention wurde vor allem im Ausland, aber auch im Bundesgebiet in den letzten Jahren mit stetig steigender Intensität von Polizeibehörden, aber auch von Kommunen und Ministerien verfolgt³. Sie ist vor dem Hintergrund einer Entwicklung zu sehen, die in engem Zusammenhang mit den Begriffen "Community Crime Prevention" und "Community Policing" kennzeichnend für die in den 80er Jahren vor allem im Ausland gewachsene Einsicht ist, daß mit einfachen, monolithischen oder gar zentralistischen Ansätzen und einem quasi militärischen Verständnis von innerer Sicherheit hier auftretende Probleme nicht zu bewältigen sind.

Öffentliche Sicherheit wird zunehmend als ein wichtiges Gut in der postmodernen Gesellschaft gesehen. Der demokratische Staat ist verpflichtet, dieses Gut seinen Bürgern zu garantieren und er wird zunehmend daran gemessen, wie gut er dies tut. Sicherheit gehört zur immateriellen Infrastruktur aller gesellschaftlichen Gruppen, aber vor allem auch der unteren sozialen Schichten. Dabei muß wahrgenommene Lebensqualität nicht identisch sein mit realer Lebensqualität und subjektivem Wohlbefinden.

Die kriminologische Forschung konnte bereits in den 70er Jahren, verstärkt aber dann in den 80er Jahren nachweisen, daß sowohl spezial-, als auch generalpräventive Maßnahmen ihre Grenzen haben. Weder mit Behandlung und Therapie, noch mit Abschreckung und Repression läßt sich das Problem Kriminalität lösen. Auch überkommene Vorstellungen von polizeilichen Maßnahmen mußten aufgegeben werden. Dazu gehört z.B. die Tatsache, daß die Erhöhung der Entdeckungswahrscheinlichkeit nur bedingt realisierbar ist und selbst dort, wo sie (z.B. durch massiven Polizeieinsatz) realisiert wird, nicht zu einer Lösung, sondern lediglich zu einer räumlichen oder deliktischen Verlagerung von Problemen führt.

Auch die Reduktion von Tatgelegenheiten und individuelles Schutzverhalten führen nicht oder zumindest nicht immer oder nicht auf Dauer zu einer echten Reduzierung von Kriminalität. So hat sich das Konzept des "defensible space" ebenso wie das des "social engineering" über Kontrollnetzwerke nicht durchsetzen können. Hinzu kommt, daß eine Sicherung durch zuviel Polizei zu eskalierenden Gefährdungsvermutungen und zu verstärkter Wahrnehmung von Unordnung führen kann und damit im Ergebnis die Bemühungen zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls konterkariert.

Die Probleme moderner Gesellschaften sind bekannt, ebenso in Teilen ihre Ursachen. Dennoch mangelt es nach wie vor an rationalen Umsetzungen. Die "Unwirtlichkeit der Städte" wurde beispielsweise bereits 1965 von Alexander Mitscherlich beschrieben, bis heute ist aber kein stringentes Konzept entwickelt worden, wie dieser "Unwirtlichkeit" und den damit zusammenhängenden Folgen der sozialen Desorganisation entgegengewirkt werden kann.

Unsicherheit, Mißtrauen, Angst und verstärkte Isolierung kennzeichnen die gegenwärtige Situation. Kommunale Gemeinschaften sind dabei wichtige und bislang unterschätzte Präventionspotentiale, vor allem dort, wo sie nicht segmentiert sind und eine gewachsene Mischbevölkerung bei räumlicher Integration von Subkulturen aufweisen. Aber auch dort, wo dies nicht (mehr) der Fall ist, kann Gemeinwesen wiederhergestellt werden, allerdings nicht "per ordre de mufti", sondern nur durch gemeinsame Anstrengungen aller, die in der Gemeinde tätig sind⁴.

2. Die wissenschaftliche Begleitung

2.1 Organisation und Inhalte der wissenschaftlichen Begleitung

³ Zu den Projekten im internationalen Bereich vgl. die Beiträge bei Dölling/Feltes 1993 und bei Rosenbaum 1994; zu Deutschland (Schleswig-Holstein) Finkel 1994 und (zu Hessen) Schneider/Stock 1995

⁴ Vgl. dazu das sehr anschauliche Beispiel bei Medloff/Sklar 1994

Die wissenschaftliche Begleitung der Pilotprojekte wurde von der "Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg"⁵ übernommen, der folgende Institute und Personen angehören:

- * Max-Planck-Institut für internationales und ausländisches Strafrecht, Abt. Kriminologie, Freiburg (Professor Dr. Helmut Kury, Dipl.Psych. J. Obergfell-Fuchs)
- * Institut für Kriminologie der Universität Heidelberg (Professor Dr. Dieter Dölling, Dr. Dieter Hermann, Dr. Christiane Simsa M.A.)
- * Institut für Rechtstatsachenforschung der Universität Konstanz (Professor Dr. Wolfgang Heinz, Gerhard Spieß)
- * Fachhochschule Villingen-Schwenningen, Hochschule für Polizei (Professor Dr. Thomas Feltes M.A.); mit Teilprojekten bzw. Koordinationsaufgaben waren beteiligt Professor Dr. Max Hermanutz, KHK Roland Baier und KHK Gunther Dreher, ebenfalls von der FH Villingen-Schwenningen.

Die wissenschaftliche Begleitung beinhaltete folgende Aktivitäten:

⁵ Vgl. Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg, 1995

- Betreuung der Projekte in Calw, Freiburg und Ravensburg/Weingarten (insbesondere "Anschubhilfe" und Hilfe bei der ersten Sichtung der Probleme, z.B. durch Experteninterviews in Calw⁶) mit unterschiedlicher Intensität
- Durchführung und Auswertung von drei Bevölkerungsumfragen im Juni/Juli 1994 in den Projektstädten zu Opferwerden, Kriminalitätsfurcht, Einschätzung der Polizei und Benennung regionaler Furchträume; befragt wurden vor Projektbeginn mit Hilfe eines Fragebogens⁷ postalisch jeweils repräsentative Stichproben von etwa 2.000 Bürgerinnen und Bürger über 14 Jahre. Die Rücklaufquoten lagen zwischen 35,8% in Calw und 44,7% in Freiburg⁸.

⁶ Der entsprechende Fragebogen ist im Anhang abgedruckt.

⁷ Der Fragebogen ist ebenfalls im Anhang abgedruckt.

⁸ Damit liegen die Rücklaufquoten unter dem erwartbaren Wert und dem Durchschnitt; vgl. Kury u.a. 1992. Zu den Einzelheiten der Befragung vgl. die jeweiligen Auswertungsberichte der Institute. Für Ravensburg/Weingarten wurden (wegen des Doppelstadt-Charakters) insgesamt 3.613 Personen befragt. Der Rücklauf war im wesentlichen repräsentativ, mit einer Ausnahme: Die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger sind (erwartungsgemäß) deutlich unterrepräsentiert. Dies hat die Stadt Calw veranlaßt, in eigener Regie und auf eigene Kosten einen gesonderten Fragebogen für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger zu erstellen, der in die Sprachen der in Calw ansässigen Ausländer übersetzt und demnächst in Calw verteilt und ausgewertet werden soll.

- Durchführung einer bundesweiten (Westdeutschland) Umfrage mit ausgewählten Fragen zu Viktimisierung, Verbrechensfurcht und zur Bewertung der Polizei über den "Sozialwissenschaftlichen Bus (ALLBUS) 3/1994 von ZUMA/GETAS⁹
- Durchführung und Auswertung der Befragung von Polizeibeamten in den vier Projektstädten (mit im wesentlichen gleichem Fragebogen wie bei den Bürgern)
- Durchführung einer landesweiten Befragung von Kommunen und Polizeidienststellen zu Maßnahmen sozialer und kommunaler Prävention
- Durchführung und Auswertung einer Pilotstudie zu Notrufen und Funkstreifeneinsätzen in den Projektstädten
- Durchführung einer Pilotstudie zur Zufriedenheit der Bürger mit der Polizei nach entsprechendem Kontakt
- Dokumentation der Projektarbeit in den vier Städten durch Teilnahme an den Projektgruppensitzungen und Protokollierung bzw. Protokollsammlung
- Erstellung regionaler Kriminalitätslagebilder durch Interpretation kriminalstatistischer Angaben
- Sammlung und Auswertung von Materialien, Projektberichten sowie wissenschaftlicher und sonstiger Literatur; Aufbau einer Literatur- und Materialdatenbank
- Beratung, Auskunft und Vorträge
- Durchführung mehrerer wissenschaftlicher Colloquien und Fachtagungen an der Fachhochschule Villingen-Schwenningen

2.2 Ziel: Erarbeitung eines kommunalen Sicherheitskonzeptes

Zu Beginn der Projekte wurde in einem ersten Schritt eine (objektive und subjektive) Sicherheitsanalyse der Kommune und damit ein regionales Lagebild erstellt. Darauf aufbauend wurden konkrete Probleme in der Kommune benannt und gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten gesucht. Schematisch läßt sich folgender Ablauf festhalten¹⁰:

1. Initiierung und Gründung eines Kriminalpräventiven Rates)
2. Problemfindung durch Experteninterviews und/oder eine repräsentative Bevölkerungsbefragung

⁹ Diese Umfrage erfolgte im Oktober/November 1994 und erfaßte ca. 2.000 Einwohner mit einem Mindestalter von 18 Jahren in den alten Bundesländern einschl. West-Berlin. Für Herbst 1995 ist eine (verkürzte) Befragung von über 16.000 Bundesbürgern (gesamtes Bundesgebiet) geplant, um den Erhebungsbogen weiterzuentwickeln und auch für kleinere Städte handhabbar zu machen.

¹⁰ Vgl. die ausführlichere Darstellung am Beispiel der Stadt Calw bei Baier/Feltes 1994

3. Erstellung eines regionalen Lagebildes aus Polizeilicher Kriminalstatistik, Bevölkerungs- bzw. Expertenbefragung und Auswertung weiterer Materialien (z.B. Notrufe und Funkstreifenwageneinsätze)
4. Benennung von konkreten Problembereichen
5. Entwicklung von Lösungsvorschlägen
6. Umsetzung durch Kommune, Polizei und andere Institutionen
7. Auswertung der Umsetzung
8. Aktualisierung / Bestimmung neuer Probleme

Die Ziele und die zur Zielerreichung notwendigen Ansätze lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Probleme dort lösen, wo sie entstehen = Regionaler Ansatz
2. Probleme kreativ und ggf. auch mit unkonventionellen Mitteln lösen, indem die strukturellen (nicht individuellen!) Ursachen angegangen werden = Struktureller Ansatz
3. Probleme übergreifend und nicht kriminalitätsfixiert sehen = Ganzheitlicher Ansatz
4. Analyse übergreifend und nicht repressionsgewichtet = Multifaktorieller Ansatz
5. Probleme gemeinsam lösen; Polizei muß sich auch verweigern können, damit andere handeln = Arbeitsteiliger Ansatz
6. Polizei als Bestandteil des Gemeinwesens sehen = Kooperativer Ansatz

Ein kommunales Sicherheitskonzept muß, ähnlich wie z.B. ein kommunales Verkehrskonzept, ein maßgeschneidertes Sicherheitskonzept sein¹¹. Ein solches Konzept verlangt aber als erstes ein genaues und umfassendes "Maß-Nehmen", eine Bestandsaufnahme von Problemen, Schwierigkeiten, aber auch Chancen einer bestimmten Kommune. Das maßgeschneiderte Sicherheitskonzept - der "Maßanzug" - kann später nur so gut sein, wie zuvor die Rahmenbedingungen, für die es erstellt wird, ausgemessen wurden.

Für ein kommunales Sicherheitskonzept bedeutet dies:

1. Erstens muß eine Analyse der polizeilich bekannten Kriminalitätslage erfolgen, wie sie sich in der Kriminalstatistik und damit im Anzeigeverhalten der Bevölkerung darstellt (ich verwende bewußt nicht den Begriff "objektive Sicherheitslage", da dieser den fälschlichen Eindruck erweckt, die angezeigten Straftaten würden einer "objektiven" Lage entsprechen); als Methode hierzu bietet sich die Analyse der Polizeilichen Kriminalstatistik auf möglichst kleinem räumlichen Niveau an unter Berücksichtigung der bekannten Einschränkungen, der Dunkelfeldproblematik, von Faktoren, die Anzeigeverhalten beeinflussen können und von Besonderheiten im Bereich der "Hol-Kriminalität" (Drogen-, Umwelt-, Finanz- u.a. Delikte).

¹¹ So z.B. die Forderung von Bernhard Prestel von der Schweizer Firma Team Consult

2. Zweitens sollte die Analyse der polizeilich bekannten Lage im Bereich von Sicherheit und Ordnung, wie sie sich in den Notrufen und Funkstreifeneinsätzen der Polizei darstellt, durchgeführt werden. Kriminalität stellt im polizeilichen Alltagsgeschäft einen Bereich unter mehreren relevanten dar¹². Die Analyse dieser Anforderungen von und an die Polizei und der darauf erfolgenden oder selbst initiierten polizeilichen Einsätze ermöglicht eine gut dokumentierte, regional genaue, phänomenologisch differenzierte und anhand der Alltagserfahrungen der eingesetzten Polizeibeamten kontrollierbare Zustandsbeschreibung eines Gemeinwesens und seiner Bewohner, ihrer Probleme und Konflikte, ihrer Befindlichkeiten und Vorstellungen (z.B. von polizeilicher Hilfeleistung). Ergänzt werden kann und sollte diese Analyse durch eine Auswertung der einschlägigen Verkehrsunfallstatistiken. Für beide Bereiche (Sicherheit und Ordnung sowie Verkehr) ist die Polizei die einzige und zudem noch kompetente Institution, die über deskriptives Wissen ebenso verfügt wie über überkommene, zumeist (nicht immer) bewährte Handlungs- und Interventionskonzepte. Dieses know-how muß die Polizei dem Gemeinwesen zur Verfügung stellen, damit zu dessen Gunsten entsprechende Maßnahmen ergriffen werden können. Dabei besitzt vor allem der Polizeibeamte, der im Wach- und Wechseldienst arbeitet, dieses Wissen, das nicht oder zumindest nicht in angemessener Weise von seinen Vorgesetzten erkannt und als Grundlage für allgemeine oder konkrete Entscheidungen genommen wird. Dies möglicherweise auch, weil es sich um intuitiv erworbenes Wissen handelt, über dessen Bedeutung sich auch der einzelne Beamte nicht im klaren ist (Brodeur/Leighton 1995). Viele Informationen, die für ihn selbstverständlich sind, haben andere Personen, für die diese Informationen bei Entscheidungen wichtig wären, nicht.

Die Produktion und Verarbeitung von Informationen wird entsprechend als wichtige, möglicherweise sogar die wichtigste polizeiliche Aufgabe angesehen (Reiss 1992; Manning 1992; Ericson 1994, Mastrofski 1995), als "Herzstück" schutz- und kriminalpolizeilicher Tätigkeit (Greene 1995). In diesem Zusammenhang spielt dann die individuelle Kommunikationsfähigkeit des Beamten (mit dem Bürger, mit "Betroffenen", mit Institutionen der Gemeinde, aber auch innerhalb seiner eigenen Behörde) eine ebenso wichtige Rolle wie die technologische Unterstützung, die leider manchmal als "Allheilmittel" angesehen wird und nur dann tatsächliche Vorteile bringen kann, wenn sie in unmittelbarer Abstimmung mit den Betroffenen auf deren Bedürfnisse eingeht und gleichzeitig die möglichen Schnittstellen aus der Polizei heraus berücksichtigt.

¹² National und international kann man davon ausgehen, daß sich etwa 25-35% aller Einsätze mit "Kriminalität" beschäftigen, wobei die nähere Analyse zeigt, daß es sich hierbei oftmals entweder um kleine Straftaten handelt, die dann, wenn sie überhaupt in einer Anzeige enden, sofort von der Staatsanwaltschaft eingestellt werden, oder aber um Konfliktsituationen wie z.B. Familienstreitigkeiten, deren strafrechtliche Aufarbeitung eher dysfunktional, das akute polizeiliche Einschreiten für die Betroffenen aber sehr funktional ist.

3. Drittens ist eine Analyse des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung und der von ihr benannten allgemeinen Probleme im Gemeinwesen durchzuführen. Dies ist nicht nur deshalb von Bedeutung, weil es zumindest ebenso wichtig ist, die subjektive Befindlichkeit wie die objektive Lage zu verändern, sondern weil wir alle wissen, daß zwischen dem subjektiven Sicherheitsempfinden und der objektiven Lage oftmals große Unterschiede bestehen¹³ und es auch zu den polizeilichen Aufgaben gehört, ein realistisches Bild der individuellen Bedrohung zu vermitteln (auch wenn dies manchmal aus verschiedenen Gründen schwerfällt). Diese Analyse ist wichtig, weil sie wichtige Hinweise auf Situationen und Konstellationen gibt, die den einzelnen Bürger beunruhigen, die ihn (ohne daß es sich hierbei um unmittelbare Probleme der öffentlichen Sicherheit und Ordnung handelt) verunsichern. Die Analyse kann mit Hilfe einer Bürgerbefragung, die repräsentativ (wie im Rahmen der Begleitforschung), aber auch selektiv (z.B. durch eine Expertenbefragung oder Interviews mit opinion leadern - s. den Fragebogen im Anhang) oder durch die Polizei selbst (z.B. durch Gespräche mit Bürgern) erfolgen kann. Letzteres hätte über den Informationsgewinn noch weitere positive Folgen: Die Bürger als Kunden fühlen sich von der Polizei ernstgenommen, sie erleben Polizeibeamte auch einmal in einer nicht-repressiven Rolle und die Polizeibeamten erhalten auch positive Feed-Backs über ihre Tätigkeit und können das Leistungsspektrum polizeilicher Tätigkeit dem Bürger vermitteln.

Die Analyse der allgemeinen Probleme einer Gemeinde bedeutet in diesem Zusammenhang, die Probleme und Unsicherheiten, die die Bürger in einer Gemeinde empfinden, zu benennen und nach Möglichkeiten der Abhilfe zu suchen. Sicherheit erlangt als Standortfaktor nicht nur für Firmen und Dienstleistungsunternehmen, sondern zunehmend auch für Privatpersonen eine große Bedeutung. Aufgabe der Polizei muß es sein, zu definieren, wann ein Problem als polizeiliches Problem anzusehen ist (Goldstein 1987), wann es sich um ein "gemischtes Problem" handelt und wann Probleme vorliegen, die zwar bei der Polizei auflaufen oder ihr bekannt werden, die aber eigentlich in den Zuständigkeitsbereich anderer Behörden und Institutionen fallen. Die Polizei sollte dann ihr know-how im Bereich der "gemischten" oder "nichtpolizeilichen" Probleme zur Verfügung stellen, damit gemeinsam mit anderen oder von anderen entsprechende Maßnahmen getroffen werden können.

Im Ergebnis kann diese Analyse verschiedene Konsequenzen haben, die von einer Intensivierung repressiver polizeilicher Maßnahmen (z.B. gegen eine offene Drogenszene oder gegen Tageswohnungseinbrüche) über verstärkte herkömmliche polizeiliche Präventionsmaßnahmen bis hin zu neuen Konzepten der kommunalen Kriminalprävention führen.

Wichtig ist, daß von Anfang an alle in der Gemeinde Verantwortung tragenden Personen und Institutionen an der Analyse und an der Entscheidung über daraus zu ziehende Konsequenzen beteiligt werden. Wir wissen, daß viele, möglicherweise sogar die Mehrzahl der Probleme, mit denen die Polizei tagtäglich konfrontiert wird, nicht nur von ihr nicht zu verantworten sind, sondern auch mit polizeilichen Mittel nicht, nur temporär (also zeitlich befristet) oder durch räumliche oder deliktische Verlagerung bewältigt werden können - wobei dies keine Lösung auf Dauer sein kann.

Dies empfinden auch die Bürger so, da sich in unseren wie in vielen anderen Befragungen ein auf den ersten Blick erstaunlicher Widerspruch zeigt. Die Bürger fordern einerseits mehr Polizei, um Sicherheitsprobleme anzugehen, andererseits benennen sie auf die Frage nach den Ursachen

¹³ Vgl. dazu den Beitrag von Kury und Obergfell-Fuchs in diesem Band

für diese Probleme aber einmütig soziale Faktoren wie Arbeitslosigkeit, nicht vorhandene Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche etc.; "zu wenig" oder eine "unfähige" Polizei wird hier als Ursache in allen Befragungen nur von deutlich weniger als 10% der Befragten genannt. Gleiches gilt, wenn man danach fragt, bei wem die hauptsächliche Verantwortlichkeit für die Reduzierung von Kriminalität liegt. Bereits in einem 1987 von der Kanadischen Sentencing Commission vorgelegten Bericht wird darauf verwiesen, daß nur 8% der befragten Kanadier in diesem Zusammenhang die Polizei nannten, im Vergleich zu 24%, die die Gerichte benannten und zu 47%, für die die Gesellschaft insgesamt die Verantwortung trägt. Bei dieser Befragung gaben ebenfalls nur 5% an, daß mehr Polizeibeamte ein effektives Mittel sei, um Kriminalität zu kontrollieren, während 27% meinten, härtere Strafen wären hier nützlich und 41% glaubten, daß durch die Reduzierung der Arbeitslosigkeit entsprechende Erfolge erreicht werden könnten (Sentencing Reform 1987).

Analysen polizeilicher Tätigkeit, wie sie im Ausland häufiger¹⁴, bei uns leider viel zu selten durchgeführt wurden haben gezeigt, welch buntes und umfangreiches Spektrum von Tätigkeiten im polizeilichen Alltagsgeschäft anfallen. Daß hiervon nur ein Bruchteil privatisiert oder auf Verwaltungsbeamte verlagert werden kann, wird häufig verkannt. Polizeiliche Tätigkeit wird und muß immer umfassend sein und sie wird immer alle Problembereiche menschlichen Lebens beinhalten.

Der Kernbereich polizeilicher Tätigkeit ist der Kontakt zum Bürger - sei es bei der Aufnahme eines Verkehrsunfalls, bei der ersten Hilfe nach einem Einbruch oder bei sonstigen Unwägbarkeiten des menschlichen Alltags, für die sich außer der Polizei niemand zuständig fühlt und für deren Bewältigung außerhalb der üblichen Geschäftszeiten niemand erreichbar ist.

3. Probleme bei der Evaluation polizeilicher Tätigkeit

Obwohl die Probleme, die Polizeibehörden im allgemeinen plagen, weltweit ziemlich identisch sind¹⁵, steckt die Evaluation polizeilicher Tätigkeit in Europa und insbesondere in Deutschland noch in den Kinderschuhen. Im Gegensatz zu den USA, wo regelmäßige, wissenschaftlich begleitete und evaluierte Polizeiprojekte an der Tagesordnung und Forschungsgelder dafür in Millionenhöhe keine Ausnahme sind, ist es in Deutschland nach wie vor extrem schwierig, solche Projekte durchzuführen. Dabei dürfte weniger die Angst der Polizei, vor solchen Evaluationen oder gar der Wunsch, sich vor der Öffentlichkeit abzuschotten eine Rolle spielen als die Tatsache, daß es die Polizei nicht gewohnt ist, mit Wissenschaft, die eine andere als die kriminalistisch-naturwissenschaftliche ist, umzugehen¹⁶.

Die Evaluation polizeilicher Tätigkeit, d.h. die Bewertung vor dem Hintergrund eines zuvor festgelegten, zu erreichenden Ziels, ist in Deutschland noch ein kaum diskutiertes Thema, während anderenorts (z.B. in Schweden) bereits über leistungsorientierte Bezahlung von Polizeibeamten nachgedacht wird und die Beurteilung auch der individuellen Leistung eben

¹⁴ Zuletzt McElroy et al. 1993 für New York

¹⁵ Vgl. Brodeur/Leighton 1995

¹⁶ Dafür ursächlich dürfte auch die Tatsache sein, daß die Ausbildung der Polizeibeamten in Deutschland nach wie vor außerhalb des regulären Ausbildungs- und Hochschulbereiches an eigenen Ausbildungseinrichtungen erfolgt und daß z.B. im Gegensatz zum Ausland so gut wie keine Sozialwissenschaftler oder Kriminologen bei der Polizei beschäftigt werden.

gerade die Möglichkeit der Evaluation der Tätigkeit voraussetzt. Evaluation bedeutet aber:

1. Die Festlegung eines Ziels, das zu erreichen ist und
2. die Überprüfung, ob und in welchem Umfang dieses Ziel durch die jeweiligen Maßnahmen erreicht wurde.

Ein solches "Performance Assessment" (wobei der Begriff des Assessment besser durch den der Evaluation zu ersetzen ist¹⁷) zielt darauf ab herauszufinden, ob und in welchem Umfang mit bestimmten Maßnahmen ein oder mehrere beabsichtigte Ergebnisse erreicht werden oder wurden. Dabei geht es zum einen darum zu bewerten, ob das Projekt ein Erfolg oder ein Mißerfolg war. Andererseits sollte aber auch erklärt werden, warum ein Projekt erfolgreich oder erfolglos war, d.h. die für einen Erfolg oder Mißerfolg entscheidenden Faktoren sollten (unabhängig von den eigentlichen Projektmaßnahmen) benannt werden. Dabei kann es u.a. auch darum gehen, ob für ein Scheitern eines Projektes strukturelle oder personelle Bedingungen maßgeblich waren. Bei den strukturellen Bedingungen kann es um generelle Faktoren gehen (z.B. das allgemeine Projektdesign) oder um eher konkrete (z.B. die regionalen Bedingungen, unter denen das Projekt durchgeführt wurde). Es kann sein, daß die Ziele des Projektes falsch waren, oder daß es unter den Projektmitarbeitern Mißverständnisse oder sogar Streit über diese Ziele gab, die möglicherweise nicht richtig vermittelt wurden, von den Mitarbeitern abgelehnt wurden oder durch andere, persönliche oder kollektive Aspekte überlagert wurden. Bei den personellen Bedingungen kann ein Scheitern z.B. durch schlechte Auswahl und Vorbereitung der Mitarbeiter, aber auch durch mangelhafte Arbeit dieser Personen bedingt sein. Dies alles sollte bei einer Projektevaluation konkret benannt werden.

Das Problem im Zusammenhang mit Projekten kommunaler Kriminalprävention oder bürger-naher Polizeiarbeit besteht darin, daß die herkömmlichen Messinstrumente polizeilicher Tätigkeit (Aufklärungs- und Verhaftungsraten) hier nicht greifen. Entsprechend kann die individuelle Tätigkeit eines Polizeibeamten, der bürgernahe Polizeiarbeit praktiziert, auf diesem Weg ebensowenig evaluiert werden wie die der Prävention generell (Wie kann man etwas messen, was sich nicht ereignet, wenn man nicht weiß, ob es sich nicht auch dann nicht ereignet hätte, wenn man nichts - oder etwas anderes - getan hätte?). Entsprechend ist es schon immer das Problem polizeilicher Prävention, daß diejenigen, die sie leisten, nicht die nötige Anerkennung für ihre Arbeit erhalten (only great criminals make great police, wie es einmal ein Polizeiforscher ausdrückte).

Dazu kommt, daß z.B. die vollständige Quantifizierung polizeilicher Tätigkeit während einer Schicht vielleicht möglich ist¹⁸, aber nicht unbedingt Sinn macht, weil das Ineinandergreifen von aktiven und passiven Tätigkeiten, von Einsätzen nach Notrufen auf der einen und Warten auf diese Einsätze auf der anderen Seite ebenso wie die Abgrenzung zwischen proaktiven und reaktiven Tätigkeiten problematisch ist. Eine frühere Studie aus England zeigte, daß trotz relativ geringer tatsächlicher Einsatzzeit die zwischen den Einsätzen verfügbaren Zeitintervalle nicht ausreichen, um sie für sinnvolle präventive Maßnahmen zu nutzen. Zudem stößt eine solche totale Quantifizierung polizeilicher Tätigkeit auf politische und statusgruppen- bzw. gewerk-schaftliche Vorbehalte¹⁹.

¹⁷ Brodeur/Leighton 1995

¹⁸ Vgl. Terlouw/Kruissink 1995; Kruissink 1993

¹⁹ Brodeur/Leighton 1995

Wie schwierig Evaluationen im Bereich der Polizei generell und bei Reformprojekten insbesondere sind, haben verschiedene Studien aufgezeigt²⁰. Für den Bereich der bürgernahen Polizeiarbeit zeichnen sich hier folgende Ergebnisse ab:

1. Eine jüngst im Auftrag des FBI unter mehr als 900 Polizeibehörden in den USA durchgeführte Befragung²¹ zeigte, daß 42% der größeren und 66% der kleineren (weniger als 50.000 Einwohner) Polizeibehörden bereits Community Policing praktizieren. 48% meinten, daß dadurch auch schwerere Kriminalität reduziert würde, 59,5% meinten dies für leichtere Kriminalität und 60,7% in bezug auf das Gewaltklima in der Gemeinde. Da es sich hierbei aber um die nur bei zwei Dritteln der befragten Behörden empirisch gestützte Einschätzung der Polizeibehörden selbst handelte, sind diese Ergebnisse mit Vorsicht zu interpretieren. Diejenigen Studien, die sich empirisch gesichert mit den Erfolgen von Community Policing beschäftigen, sind hier wesentlich weniger eindeutig.
2. Insgesamt haben gemeindenahе und problemorientierte Polizeiarbeit einen größeren Einfluß auf das Empfinden und die Wahrnehmung der Bürger als auf die tatsächliche Lage, wobei sogar kontraproduktive Ergebnisse (Erhöhung der Verbrechensfurcht) festgestellt wurden²², die Mehrzahl der Projekte aber über positive, wenige über neutrale Effekte berichten²³.

In der gerade zitierten Untersuchung im Auftrag des FBI waren

- 79,5% der befragten Polizeibehörden der Auffassung, durch Community Policing sei die Verbrechensfurcht in ihrem Bereich reduziert worden,
- 73,7% bzw. 82,4% meinten, daß dies auch für die soziale bzw. physische Unordnung in ihrem Gemeinwesen zutrifft,
- 95% der Befragten waren der Auffassung, daß sich durch Community Policing die Fähigkeit der Polizei, Probleme in der Gemeinde lösen zu können, verbessert,
- 87% meinen, daß sich das Verhältnis der Polizei zu Minderheiten im Gemeinwesen durch diese Projekte verbessert hat.
- 69% sind der Auffassung, daß die Beamten, die in solchen Projekten arbeiten, in einem großem Umfang ("to a great degree") mehr positive Interaktionen mit Bürgern haben als andere Beamte, und zusätzlich 25% glauben dies in einem gewissen Umfang ("to some degree") - insgesamt also 94%,
- ebenso viele glauben, daß durch solche Polizeiarbeit die Bürger eher die Möglichkeit haben, die sie bedrückenden Probleme zu benennen und zu gewichten (letzteres ist wichtig, weil man nicht alle Probleme gleichzeitig angehen kann),
- 94% sind der Auffassung, daß diese Projekte der Polizeibehörde geholfen haben, proaktiver tätig zu werden,
- 84,5% der Befragten waren im übrigen der Auffassung, daß Polizeibeamte, die

²⁰ Vgl. Bennett 1994; Chacko/Nancoo 1993; Sacco 1995 sowie die anderen Beiträge in "Workshop on Evaluating Police Service Delivery" 1995

²¹ Trojanowicz 1995

²² Rosenbaum 1987

²³ Sadd/Grinc 1994; Skogan 1994

Community Policing betreiben, mehr und bessere Informationen besitzen als "normale" Polizeibeamte, und immerhin 45,7% meinten, daß sie auch bessere Informationen bekommen als Undercover-Agenten.

3. Eindeutig hingegen ist, daß diese Projekte einen positiven Einfluß auf die Einstellung der Bürger zur Polizei und ihrer Arbeit haben²⁴, vor allem, weil die Bürger spüren, daß sich die Polizei um ihre Belange kümmert, daß sie bemüht ist, die Probleme zu lösen (auch wenn sie dazu möglicherweise objektiv nicht in der Lage ist) und daß der Bürger und seine Befindlichkeit (und nicht der Staat und dessen Interessen) im Vordergrund stehen.
4. Möglicherweise im direkten Zusammenhang damit steigt die Zufriedenheit der Polizeibeamten mit ihrer Arbeit. In der bereits genannten FBI-Studie berichten 66% der Polizeibehörden, daß sich die Zufriedenheit der Beamten mit ihrem Beruf und 27%, daß sich die (subjektiv eingeschätzte) Sicherheit bei der Ausübung des Berufes verbessert habe. Dies hängt sicherlich auch damit zusammen, daß durch solche Projekte für die Beamten die Möglichkeit verbessert wird, sich mit ihrem Beruf und ihrer Behörde zu identifizieren.
5. Immer wieder wird betont, wie wichtig die wissenschaftliche Begleitung und die Evaluation entsprechender Projekte sei und daß die Polizei generell zu wenig Evaluierungsforschung betreibt oder betreiben läßt, um den Erfolg oder Mißerfolg von ihr durchgeführter Maßnahmen empirisch gestützt zu ermitteln. Dabei können sowohl positive als auch negative Ergebnisse nützlich sein. Positive Ansätze können erweitert und vertieft werden. Negative Ergebnisse sollten dabei nicht unter den Teppich gekehrt werden sondern dazu motivieren, alternative Ansätze zu entwickeln.

Dabei darf es nicht nur darum gehen, die Ergebnisse der Projekte in den Mittelpunkt zu stellen und den Ablauf des Projektes zu analysieren. Von besonderer Bedeutung ist die Implementation solcher Projekte, also die Auswahl des Projektortes und der Projektmitarbeiter, sowie die ersten Schritte zur Einführung der Projektidee²⁵. Ausführlich wurde ein solches Vorgehen für das CPOP Programm in New York beschrieben²⁶.

Egon Bittner hatte die Forderung nach stärkerer wissenschaftlicher Orientierung polizeilicher Tätigkeit bereits 1973 aufgestellt:

"In order for the police to become fully equal to the tasks of our times, they must install study and research into their mandate. Only this way can the police hope to advance and retain control of the direction of their efforts." Dabei benennt Bittner auch zugleich die Quellen, auf deren Wissen diese Forschung aufzubauen hat:

²⁴ Skogan 1994

²⁵ Rosenbaum 1994

²⁶ McElroy et al. 1993, McElroy 1995

"From nowhere but from the ranks of the police will come the people who will undertake to discover, describe, systematize, codify, innovate, teach, and so on, the body of knowledge and skill that goes into doing a good job of policing"²⁷.

Entsprechend muß moderne Polizeiarbeit so organisiert werden, daß das Nachdenken Vorrang gegenüber der Reaktion und dem Handeln bekommt²⁸.

4. Bewertung der baden-württembergischen Projekte

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt (Sommer 1995) kann das Pilotprojekt nur vorläufig bewertet werden. Die folgenden Punkte dürften aber von genereller Bedeutung sein, auch wenn die unterschiedlichen Anlaufschwierigkeiten der Pilotprojekte (Ausscheiden einer Stadt, die ursprünglich als Projektort vorgesehen war, verzögerter Beginn bzw. längere Projektpausen in den anderen) verschiedene Hintergründe hatten.

a) Rolle der politisch Verantwortlichen in der Kommune

Grundbedingung für die Durchführung eines Projektes zur kommunalen Kriminalprävention muß die Bereitschaft der Kommune sein, das Projekt selbst zu tragen, wobei eine Beratung und Unterstützung bei dieser Entscheidung (sowohl durch die Polizeibehörde, als auch durch externe Begleiter - z.B. Wissenschaftler oder Consultants) notwendig ist. Fehlt bei den (politisch) Verantwortlichen in einer Kommune das Bewußtsein, daß Prävention eine kommunale Aufgabe ist, die sich alle im Gemeinwesen Verantwortlichen teilen müssen, und kann diese Einsicht nicht durch Gespräche geweckt werden, dann sind weitere Arbeiten im günstigsten Fall mühsam, in der Regel aber zwecklos. Die Erfahrungen aus anderen, vergleichbaren Projekten (auch im europäischen Ausland) haben gezeigt, daß es zwei Gründe gibt, die Kommunen und ihre Vertreter zu veranlassen, sich der Idee der kommunalen Kriminalprävention zuzuwenden: Entweder es besteht bereits ein gewisser "Leidensdruck" dadurch, daß die Kommune mit massiven Problemen der inneren Sicherheit zu kämpfen hat und sich diese Probleme z.B. auf den Standortwert negativ auswirken; oder aber es sind kreative, weitsichtige Politiker am Werke, die erkennen, daß das Thema "Innere Sicherheit" nicht früh genug thematisiert werden kann, wobei dies nicht durch "negative Schlagzeilen" und Angstmache geschehen darf, wie dies häufig vor Wahlkämpfen geschieht, sondern durch konstruktives Nachdenken darüber, wie Gemeinden und Städte wieder zu Orten gemeinschaftlichen Zusammenlebens werden können. Der Zusammenschluß mehrerer Dutzend europäischer Städte, die entsprechende Projekte betreiben, im "Forum Européen pour la Sécurité / European Forum on Urban Safety" zeigt, daß diese Einsicht in anderen europäischen Ländern wesentlich ausgeprägter ist, als dies (noch) in Deutschland der Fall ist. Die Mitgliedsstädte bzw. ihre Vertreter treffen sich regelmäßig zum Informationsaustausch und führen (gefördert mit Mitteln der EU) entsprechende Tagungen und Seminare durch, um ihre Arbeit voranzutreiben²⁹.

Bedeutsam für Prävention ist die soziale Kompetenz der Bürger, die durch die Modelle zur kommunalen Kriminalprävention direkt und indirekt gestärkt werden soll. Verantwortungsbewußtsein muß geweckt und in Engagement umgesetzt werden. Dazu sind Tätigkeitsangebote zu

²⁷ Bittner 1973/1990, S. 320 f.

²⁸ Bayley 1994

²⁹ Vgl. Forum Européen pour la Sécurité / European Forum on Urban Safety 1994; Kontaktadresse: Forum Européen pour la Sécurité, 38 rue Liancourt, F 75014 Paris

machen, um "Aktionspartizipation" im Sinne von tätiger Teilhabe an Projekten, Modellen u.ä. zu ermöglichen. Sozial-kommunikative Begegnung muß zugelassen werden, um das gegenseitige Kennenlernen zu ermöglichen und so Schranken ab- und neue Strukturen aufzubauen. Beteiligte sind in das Austragen von Konflikten einzubeziehen, um dadurch Verantwortlichkeiten deutlich zu machen.

Eine bürger- und konfliktnahe Polizeiarbeit hat dies alles zu berücksichtigen. Dienstleistung am, im und mit dem Gemeinwesen ist gefragt, nicht bürokratische Abwicklung von Vorgängen oder hierarchisch-gewaltmonopolistisches Denken.

Auf der anderen Seite müssen die Kommunen der Forderung des European Forum of Local Authorities for Urban Safety, die mit Unterstützung der UNO und des Europarates 1991 dazu aufgefordert hat, daß Städte und Gemeinden Präventionsstrukturen und nicht nur Präventionsprogramme schaffen sollen, erfüllen. Dies bedeutet aber nicht einfach die Einführung irgendwelcher Modelle oder technokratischer Lösungen, sondern strukturelle Veränderungen im Gemeinwesen und bei der Polizei.

Das konkrete präventive know-how liegt an der kommunalen Basis, d.h. bei den Experten des Gemeinwesens. Verhütung von Gewalt und Kriminalität ist, ebenso wie die Schaffung einer lebenswerten Umwelt, eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Nur wenn wir dies erkennen, werden wir auf Dauer die innere Sicherheit bewahren und das Gewaltmonopol des Staates stärken können³⁰.

In diesem Sinne können die Projekte zur Kommunalen Kriminalprävention nur ein erster Ansatz sein, um neue Denkstrukturen im Umgang mit Kriminalität, sozialen Problemen und Sicherheit und Ordnung in der Gemeinde einzuüben und Beispiele für gute, im wahren Sinne des Wortes gemeinschaftliche Problemlösungen sein.

b) Rolle der Polizei

³⁰ Vgl. dazu mit konkreten Beispielen aus einem neuen Bundesland Feist 1995

Die Polizei muß ihre Stärken und Dienstleistungen, aber auch ihre Grenzen deutlich herausstellen, um den Bürgern und den in der Kommune politisch Verantwortlichen deutlich zu machen, welche Rolle sie im Gemeinwesen spielt und spielen kann. Dabei ist es wichtig, daß durch eine dezentrale Verantwortlichkeitsstruktur bei der Polizei sichergestellt ist, daß die vor Ort tätigen Beamten selbst entscheiden, ob und in welcher Form sie sich an dem oder den Projekten beteiligen. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß an der polizeilichen Basis die Einsicht, daß die eigentlichen Ursachen für die Gefährdungen der inneren Sicherheit nicht mit polizeilichen Mitteln angegangen werden können, ebenso weit verbreitet ist wie die Bereitschaft, an neuen Projekten mitzuwirken, auch wenn sie andere als die polizeibekanntes Präventionsstrategien beinhalten. Um den Beamten den langen Atem zur Mitarbeit an solchen Projekten zu sichern, muß die Polizeiführung allerdings diese Präventionsaktivitäten angemessen würdigen, d.h. bei der Personalberechnung und bei der Mitarbeiterführung (z.B. bei Beförderungen) berücksichtigen. Das polizeiliche Alltagshandeln darf nicht (nur) durch die Kriminalitätsbekämpfungs-Brille gesehen werden, sondern die Belastungen, aber auch die Chancen dieses Berufes der "so bunt wie das Leben" ist (Schlagzeile zur Nachwuchswerbung bei der Polizei), müssen stärker in den Mittelpunkt gerückt werden³¹. Dort, wo der direkte Kontakt mit dem Bürger stattfindet, müssen die besten und motiviertesten Polizeibeamten eingesetzt werden. Dies gilt für die Arbeit am "Empfangstresen" im Revier ebenso wie für die Mitarbeit in Präventionsräten oder die Tätigkeit als "bürgernaher Polizeibeamter". Zudem müssen Strategien entwickelt werden, um den Freiraum für solche proaktiven Maßnahmen zu schaffen. Ein Ansatz hierzu kann die Analyse des Notruf- und Funkstreifengeschehens sein, wie sie in den Projektstädten als Pilotprojekt durchgeführt wurde³². Die Orientierung an der beliebig manipulierbaren polizeilichen Kriminalstatistik muß aufhören. Neue Indikatoren zur Messung polizeilichen Erfolg und zur Bewertung polizeilichen Handelns müssen gefunden werden³³. Dort, wo (schutz)polizeiliches Handeln zu mehr als 90% (durch Notrufe und Bürgeranforderungen) fremdbestimmt ist, bleibt kein Raum für eigene, proaktive (Präventions)Tätigkeiten. Die (auch deutschen) Zahlen belegen, daß dies aber in fast allen Städten (unabhängig von ihrer Einwohnerzahl) der Fall ist. Modelle in den USA³⁴ und in Kanada³⁵ zeigen, daß dieser Wert durch geeignete Maßnahmen drastisch (auf bis zu 60%) reduziert werden kann und muß, um so freie Kapazitäten für selbstbestimmte, proaktive Maßnahmen zu gewinnen³⁶. Ein weiteres und

³¹ Zum Alltagshandeln und zur Alltagsorientierung bei der Polizei vgl. Feltes 1995 (a)

³² Vgl. den Beitrag von Dreher in diesem Band; s.a. Dreher/Feltes 1995, Feltes 1995

³³ Vgl. die Auflistung bei Murck 1995, S. 44

³⁴ In New York City (70 Mio. Notrufe, 35 Mio. Funkstreifeneinsätze pro Jahr, 31.000 Polizeibeamte) war bis 1990 97% der Zeit eines Schutzpolizisten reaktive Zeit (d.h. reagieren auf Notrufe und andere Anforderungen durch Bürger); dieser Anteil soll bis 1996 auf 60% reduziert werden; Gespräch mit Commissioner William Bratton im November 1994; vgl. auch Bratton/Scott/Timoney o.J. (1994).

³⁵ Vgl. Braiden 1994 sowie Normandeau/Leighton 1990

³⁶ Vgl. Braiden 1993

verbessertes "Marketing der Polizei" (Murck)³⁷ bedeutet kein Sich-Einlassen auf modische Trends, sondern signalisiert Offenheit und Bürgernähe und macht die Orientierung an den Erwartungen und Bedürfnissen der Bürger deutlich³⁸.

³⁷ Murck 1995

³⁸ Durch ein sog. "Umfeldmonitoring" kann die Polizei herausfinden, wie sie in der Gemeinde gesehen wird, wo ihre Schwächen und Stärken aus der Sicht der Bürger liegen; vgl. Feltes/Gottlieb/Prestel 1995

Insgesamt muß darauf hingewiesen werden, daß es sich bei den Konzepten der "bürgernahen Polizeiarbeit" bzw. des "Community Policing" nicht um vereinzelte, z.B. auf bestimmte Aktionen begrenzte Projekte handelt, sondern daß bestimmte Strategien und Programme dahinterstehen (müssen), wenn diese Idee tatsächlich positive Auswirkungen haben soll. Community Policing ist demnach eher eine Philosophie als eine Taktik, wobei auf die Einzelheiten an dieser Stelle nicht eingegangen werden kann³⁹.

c) Rolle der Bürger

Das Interesse der Bürger bzw. ihrer Interessenvertreter an den Projekten hängt entscheidend davon ab, durch wen, in welcher Form und mit welchem Engagement die Projekte vor Ort eingeführt werden. Wichtig ist, die Bürger (und zwar alle Bevölkerungsgruppen) von Anfang an in den Diskussions- und Arbeitsprozeß einzubeziehen, wobei der Begriff der Gemeinde nicht als "Alibi" benutzt werden darf, um kommunale Macht zu verfestigen und an den Interessen von Eliten⁴⁰ orientierte Programme durchzuziehen. Bürgernähe und Gemeinwesenorientierung dürfen nicht zu Schlagworten verkommen, die (Gemeinde-) "Politik als Ritual"⁴¹ stattfinden läßt, ohne die Probleme und Bedürfnisse der tatsächlich Betroffenen zu berücksichtigen.

³⁹ Vgl. dazu ausführlich die Beiträge von Gramckow/Jacoby, Green und Bennett bei Dölling/Feltes 1993 sowie zuletzt Cordner 1995; s.a. die Berichte bei dem vom kanadischen Generalstaatsanwalt unterstützten "Workshop on Evaluating Police Service Delivery" (1995) und die Auswertung des Chicago-Projektes durch das Chicago Community Policing Evaluation Consortium 1995.

⁴⁰ Vgl. zur Gemeindeforschung und der Rolle von Eliten dort die noch immer sehr instruktiven Texte bei Zoll 1972.

⁴¹ Edelmann 1976

Dabei kann es auch aufgrund der Einsichten, die bereits in den 70er Jahren bei entsprechenden Projekten der Gemeinwesenarbeit gewonnen wurden⁴², sinnvoll sein, die Repräsentanten kirchlicher, sozialer oder anderer Vereine und Verbände in der Gemeinde als "Schlüsselpersonen" und Multiplikatoren einzubeziehen. Es muß aber darauf geachtet werden, daß tatsächlich alle Bevölkerungsgruppen in der Gemeinde einbezogen werden, d.h. auch Ausländer, Asylbewerber, nicht organisierte Jugendliche oder solche Gruppen und Personen, die ansonsten mit gemeindlichen Aktivitäten nicht erreicht werden. Nur so ist gewährleistet, daß ein Projekt zur kommunalen Kriminalprävention die Unterstützung aller Bürger erhält und nicht durch ein solches Projekt u.U. neue Probleme geschaffen, Bevölkerungsgruppen stigmatisiert oder ausgegrenzt werden. Die Erfahrungen in den USA hatten schon früh gezeigt, daß Projekte zur kommunalen Kriminalprävention und zur bürgernahen Polizeiarbeit sehr oft "mittelschichtorientiert" arbeiten, weil hier am leichtesten Mitarbeiter zu finden und Motivation zu begründen ist. Ob damit allerdings die tatsächlichen Probleme einer Gemeinde angegangen werden können, erscheint fraglich. Alternative Versuche haben dann auch gezeigt, daß gerade auch in den allgemein bekannten Problemgebieten die Bewohner nicht nur bereit, sondern auch in der Lage sind, durch Eigeninitiative neue Formen von Prävention zu entwickeln⁴³. Die Bürger können insgesamt sehr genau die kommunalen Schwachstellen benennen, die für ein etwaiges Unsicherheitsgefühl verantwortlich sind und an denen gearbeitet werden müßte. Hier kann mit relativ einfachen Mitteln⁴⁴ eine kommunale Bestandsaufnahme erfolgen. Gleichzeitig kann die Polizei konkrete Hinweise auf tatsächliche oder vermutete Hintergründe liefern. Ein Training in "Community Organizing", wie es in Nordamerika längst angeboten wird, wurde 1993 erstmals auch in Deutschland organisiert⁴⁵. Er wäre zu wünschen, daß solche Trainings fach- und berufsgruppenübergreifend angeboten werden, also auch unter Einbeziehung von Polizeibeamten und Vertretern der Justizbehörden.

d) Rolle der "Wissenschaft"

Der Vergleich der bisherigen Projektarbeit in den Städten der baden-württembergischen Pilotprojekte zeigt ein stark unterschiedliches methodisches und inhaltliches Vorgehen. Dies ist als entscheidender Vorteil dieser Projekte zu sehen, da so eine individuelle Anpassung der Projektarbeit an die regionalen bzw. kommunalen Bedürfnisse und an die dort wirkenden Personen ermöglicht wird. Aus diesem Grund sollte auch davon abgesehen werden, "Musterprojekte" auszuarbeiten⁴⁶.

⁴² Vgl. statt vieler die Beiträge bei Gronemeyer/Bahr 1977

⁴³ Vgl. Medloff/Sklar 1994; auch die New Yorker Community Courts setzen vornehmlich in den sozialen Brennpunkten der Stadt, z.B. in Brooklyn oder Midtown an; vgl. Cohen/Jacoby/Lopez o.J. (1994)

⁴⁴ Z.B. mit Hilfe des im Anhang zu diesem Beitrag abgedruckten "Expertenfragebogens"

⁴⁵ Vgl. Heiner 1994, S. 295

⁴⁶ Eine "Ideenliste" für Präventionsprojekte, orientiert an Lebensräumen im Gemeinwesen, findet sich bei Blankenburg 1995, S. 19

Die Rolle der Wissenschaftler selbst sollte ebenfalls entsprechend flexibel gesehen werden. Sie kann von Ansätzen der Handlungs- oder Aktionsforschung⁴⁷ über aktive Beteiligung bis hin zu absolut passiver, nicht nach außen dringender Begleitung "vom grünen Tisch" aus reichen und sollte - ebenso wie die konkreten Projektaktivitäten - von den in den Projekten tätigen Gemeindemitgliedern bestimmt bzw. vor Projektbeginn mit ihnen diskutiert werden⁴⁸. Kriminologische Praxisforschung⁴⁹ hat ihre eigenen Gesetzmäßigkeiten, und die Tatsache, daß sich Kriminologen nur selten darauf einlassen, kriminalpolitisch bedeutsame Polizeiprojekte zu begleiten, dürfte verschiedene Ursachen haben, von denen die Begrenztheit des Zugangs zum Forschungsfeld eine, aber sicherlich nicht die wichtigste ist. Im Gegensatz zu ihren Kollegen in europäischen, vor allem aber nordamerikanischen Ausland war und ist mit wenigen Ausnahmen die Polizei und ihr Handeln eine kriminologische Tabuzone, die wenn überhaupt, nur übertreten wird, um negative Ergebnisse über diese "Instanz der sozialen Kontrolle" zu produzieren. Diejenigen, die für einen offenen Umgang mit der Polizei und ihrer Arbeit plädieren, werden oftmals diffamiert, wobei auch hier die ausländischen (auch die sog. "kritischen") Kollegen längst erkannt haben, daß die Polizei für das Gemeinwesen insgesamt, insbesondere aber auch für sog. "Unterprivilegierte" unverzichtbar ist, da gerade sie ein hohes Opferrisiko haben und in besonderem Maße von den negativen Auswirkungen der Kriminalität betroffen sind⁵⁰. Insbesondere im innerstädtischen Bereich vermischen sich zunehmend Täter- und Opferstrukturen. Darüber hinaus werden dort Polizeibeamte mit besonderen Anforderungen konfrontiert, auf die sie oftmals nicht vorbereitet sind und mit denen sie auf Dauer nur unter entsprechender Anleitung umgehen können⁵¹.

Inhaltlich sollte die wissenschaftliche Begleitung von Anfang an zu hochgesteckte Erwartungen an ihre Arbeit bremsen und auf die Möglichkeit aufmerksam machen, daß sowohl die objektive, als auch die subjektive Kriminalitätslage u.U. durch die Projektarbeit nicht verändert werden. Zum einen können überregionale Entwicklungen entsprechende Einflüsse ausüben, und zum anderen haben ausländische Erfahrungen gezeigt, daß die objektive Kriminalitätslage (soweit sie sich in der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik darstellt) oftmals nicht verändert werden kann, daß aber das subjektive Sicherheitsgefühl und die Zufriedenheit mit dem Gemeinwesen und mit der Arbeit der Polizei positiv beeinflußt werden⁵². Auch in unseren Projekten hat sich die Diskrepanz zwischen objektiver Sicherheitslage und subjektivem Sicherheitsgefühl als eines der ersten Ergebnisse sehr schnell abgezeichnet, wobei reine Aufklärungsarbeit nicht unbedingt dazu führt, daß die Bürger sich auch tatsächlich sicherer fühlen. Bei der regionalen Kriminalitätslage, wie

⁴⁷ Vgl. Horn 1979; Haag u.a. 1972

⁴⁸ Konkret sah es in unseren Projektstädten so aus, daß in einer Stadt der wissenschaftliche Begleiter sich stark bei der Bestandsaufnahme von Problemen in der Gemeinde engagierte, in dem von ihm selbst Experteninterviews durchgeführt und ihre Auswertung dem kriminalpräventiven Rat vorgestellt wurde, wo der Wissenschaftler auch formelles Mitglied war und ist. In einer anderen Projektstadt standen die Begleiter "auf Abruf" bereit, d.h. sie haben von der Kommune an sie herangetragene Wünsche (z.B. zur Analyse der regionalen Kriminalstatistik) erfüllt, aber selbst nicht aktiv in das Geschehen eingegriffen und waren bzw. sind mit Mitglied im kriminalpräventiven Rat.

⁴⁹ Vgl. Feltes 1988

⁵⁰ Kinsey/Lea/Young 1986

⁵¹ "Die Belastungen des Polizeiberufes, die täglichen Anfeindungen, die Konfrontation mit Gewalt und menschlichem Leid gefährden die Integrität der Person, deren Sensibilität und Mitleidsfähigkeit"; dies führt zur Desensibilisierung oder gar Verrohung und droht zur "Berufskrankheit" des Polizeibeamten zu werden, wie es der Stuttgarter Polizeipräsident Dr. Haas bezeichnet. Corpsgeist, "Wagenburgmentalität" und Polizei als "geschlossene Abteilung" (Haas) können die Folge sein. Allerdings sollten Lösungsversuche durch die Polizei nicht aus eigener Kraft und mit eigenem Personal erfolgen, sondern es sollten externe, professionell ausgebildete Supervisoren eingesetzt werden, um den diesen Belastungen ausgesetzten Polizeibeamten als Gesprächspartner zur Verfügung zu stehen.

⁵² vgl. Feltes/Gramckow 1994, Gramckow 1994 sowie die Beiträge bei Dölling/Feltes 1993

sie sich in der Statistik darstellt, werden etwaige Erfolge der Projekte nicht festzustellen sein; dies schon deshalb, weil eine Kontrolle anderer Einflußfaktoren (z.B. allgemeine, überregionale Kriminalitätsentwicklung) nur schwer möglich ist. Möglicherweise kann hier sogar ein Kriminalitätsanstieg erfolgen, wenn die Bürger durch die Projekte motiviert werden, verstärkt auf die Polizei zuzugehen und damit auch Straftaten zu melden, die zuvor nicht gemeldet wurden (Aufhellung des Dunkelfeldes).

Literatur

- Baier, Roland, Thomas Feltes, Kommunale Kriminalprävention. Modelle und bisherige Erfahrungen. In: Kriminalistik 1994, S. 693 ff.
- Bayley, David H., Policing for the Future, New York, 1994
- Bennett, Trevor, Community policing on the Ground: Developments in Britain. In: Rosenbaum 1994, S. 224 ff.
- Bittner, Egon, Aspects of Police Work, Boston 1990
- Blankenburg, Erhard, Law-and-Order-Politik: Organisation von Kriminalität und ihre Skandalisierung. In: Kriminalität: Politikversagen, Vollzugsdefizite oder Eigendynamik?, hrsg. von Klaus Lenk, Werkstattbericht Nr. 17 der Gesellschaft für Programmforschung in der öffentlichen Verwaltung, Köln 1995, S. 9 ff.
- Braiden, Chris, Community-Based Policing: A Process for Change. In: Community Policing in Canada, hrsg. von James Chacko und Stephen E. Nancoo, Toronto 1993, S. 211 ff.
- Braiden, Chris, Policing - From the Belly of the Whale. Manuskript, Chris Braiden Consulting Inc. o.J. (1994)
- Bratton, William J., David W. Scott, John F. Timoney, Problem-Solving Strategies for Community Policing. A Practical Guide. Police Department, City of New York, o.J. (1994)
- Brodeur, Jean-Paul, Barry Leighton, Conclusions. In: Workshop on the Evaluation of Police Service Delivery, Transcription, November 2-4, 1994, Solicitor General of Canada, International Centre for Comparative Criminology of the University of Montreal, 1995 S.160 ff.
- Chacko, James, S. E. Nancoo (Hrsg.), Community Policing in Canada, Toronto 1993
- Chicago Community Policing Evaluation Consortium (Wesley Skogan u.a.), Community Policing in Chicago, Year Two: An Interim Report, Illinois Criminal Justice Information Authority Juni 1995
- Cohen, Jay M., Joan E. Jacoby, Gene R. Lopez, Crime Prevention and Community Justice in Public Housing, Manuskript (Kings County District Attorney), New York o.J. (1994)
- Cordner, Gary W., Community Policing: Elements and Effects. In: Police Forum 5, No.3, Juli 1995, S. 1 ff.
- Dölling, Dieter, Thomas Feltes (Hrsg.), Community Policing. Comparative Aspects of Community Oriented Police Work, Holzkirchen 1993
- Dreher, Gunter, Thomas Feltes, Notrufe und Funkstreifeneinsätze als Meßinstrument schutzpolizeilichen Handelns. Eine empirische Studie in drei Städten, Holzkirchen 1995 (in Vorbereitung)
- Edelmann, Murray, Politik als Ritual, Frankfurt/New York 1976
- Ericson, Richard V., The Division of Expert Knowledge in Policing and Security. In: The British Journal of Sociology 45, 2, 1994, S. 149 ff.
- Feist, Michael, Verhütung von Gewalt und Kriminalität: eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft. In: Kriminalität: Politikversagen, Vollzugsdefizite oder Eigendynamik?, hrsg. von Klaus Lenk, Werkstattbericht Nr. 17 der Gesellschaft für Programmforschung in der öffentlichen Verwaltung, Köln 1995, S. 55 ff.
- Feltes, Thomas (Hrsg.), Kriminologie und Praxisforschung. Probleme, Erfahrungen und Ergebnisse. Bonn 1988
- Feltes, Thomas, Notrufe und Funkstreifeneinsätze als Meßinstrument polizeilichen Alltagshandelns. In: Die Polizei 1995, S.157 ff.
- Feltes, Thomas, Alltagshandeln und Polizei. In: Neue Praxis 1995 (a), S. 306 ff.
- Feltes, Thomas, Mitverantwortung der Gesellschaft In: J. Glavic (Hrsg.), Handbuch für das

- private Sicherheitsgewerbe, Stuttgart 1995 (im Erscheinen)
- Feltes, Thomas, Gerhard Gottlieb, Bernhard Prestel, Polizeiliches Umfeldmonitoring: Aktion statt Reaktion. Ziele und Möglichkeiten proaktiver polizeilicher Kommunikation. In: Die Polizei 1995, S. 233 ff.
- Feltes, Thomas, Heike Gramckow, Bürgernahe Polizei und kommunale Kriminalprävention. In: Neue Kriminalpolitik Heft 3, 1994, S. 16 ff.
- Finkel, Roland, Kommunale Kriminalprävention in Schleswig-Holstein - Erfahrungen aus und mit der Praxis. In: Th. Feltes (Hrsg.), Kommunale Kriminalprävention - Modelle und Erfahrungen. TEXTE (Schriftenreihe der Fachhochschule Villingen-Schwenningen - Hochschule für Polizei) Nr. 3, 1994, S. 55 ff.
- Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg, Opfererfahrungen, Kriminalitätsfurcht und Vorstellungen zur Delinquenzprävention. Ergebnisse von Bevölkerungsbefragungen im Rahmen des Begleitforschungsprojekts "Kommunale Kriminalprävention" in Baden-Württemberg. In: Th. Trenczek, H. Pfeiffer (Hrsg.), Kommunale Kriminalprävention. Paradigmenwechsel und Wiederentdeckung alter Weisheiten, Bonn 1995 (im Druck)
- Forum Européen pour la Sécurité Urbaine (European Forum on Urban Safety, Security and Democracy, Analytical College on Urban Safety, Saint-Amand 1994
- Goldstein, H., Towards Community-Oriented Policing: Potential, Basic Requirements, and Threshold Questions. In: Crime and Delinquency 33, 1, 1987, S. 6 ff.
- Gramckow, Heike, Kommunale Kriminalprävention: Chancen und Risiken einer neuen Präventionsstrategie. In: Th. Feltes (Hrsg.), Kommunale Kriminalprävention - Modelle und Erfahrungen. TEXTE (Schriftenreihe der Fachhochschule Villingen-Schwenningen - Hochschule für Polizei) Nr. 3, 1994, S. 29 ff.
- Greene, Jack R., Evaluating Planned Change Strategies in Modern Law Enforcement: Implementing Community-Based Policing. In: Workshop on the Evaluation of Police Service Delivery, Report, November 2-4, 1994, Solicitor General of Canada, International Centre for Comparative Criminology of the University of Montreal, 1995, S. 99 ff.
- Gronemeyer, Reimer, Hans-Eckehard Bahr (Hrsg.), Nachbarschaft im Neubaublock. Empirische Untersuchungen zur Gemeinwesenarbeit, theoretische Studien zur Wohnsituation, Weinheim und Basel 1977
- Haag, Fritz, Helga Krüger, Wiltrud Schwärzel, Johannes Wildt (Hrsg.), Aktionsforschung. Forschungsstrategien, Forschungsfelder und Forschungspläne, München 1972
- Heiner, Maja, Training in "Community Organizing". In: Jahrbuch Gemeinwesenarbeit 5 - Politikstrategien - Wendungen und Perspektiven. Hrsg. von Maria Bitzan und Tilo Klöck (Materialien der AK SPAK M 122), München 1994, S. 295 ff.
- Horn, Klaus (Hrsg.), Aktionsforschung: Balanceakt ohne Netz? Frankfurt 1979
- Kinsey, R., J. Lea, Jock Young, Losing the Fight against Crime. Oxford 1986
- Kruissink, Maurits, Measuring Police Performance: Evaluation of the Dutch Police. In: D. Dölling, Th. Feltes (Hrsg.), Community Policing. Comparative Aspects of Community Oriented Police Work, Holzkirchen 1993, S. 99 ff.
- Kury, Helmut, Uwe Dörmann, Harald Richter, Michael Würger, Opfererfahrungen und Meinungen zur Inneren Sicherheit in Deutschland, Wiesbaden 1992
- Manning, Peter K., Information Technologies and the Police. In: M. Tonry, N. Morris (Hrsg.), Modern Policing, Chicago (Univ. of Chicago Press) 1992
- Mastrofski, Stephen D., Community policing and Police Organization Structure. In: Workshop on the Evaluation of Police Service Delivery, Report, November 2-4, 1994, Solicitor

- General of Canada, International Centre for Comparative Criminology of the University of Montreal, 1995, S.218 ff.
- McElroy, J.E., C.A. Cosgrove, S. Sadd, Community Policing: The CPOP in New York, Newbury Park 1993
- McElroy, Jerome E., Evaluating Service Delivery of Police Agencies: Suggestions for Focus and Strategy. In: Workshop on the Evaluation of Police Service Delivery, Report, November 2-4, 1994, Solicitor General of Canada, International Centre for Comparative Criminology of the University of Montreal, 1995, S. 199 ff.
- Medloff, Peter, Holly Sklar, Streets of Hope. The Fall and Rise of an Urban Neighborhood, Boston 1994
- Murck, Manfred, Entscheidungsgrundlagen und Erfolgskontrollen im Bereich der polizeilichen Kriminalitätsbekämpfung. In: Kriminalität: Politikversagen, Vollzugsdefizite oder Eigendynamik?, hrsg. von Klaus Lenk, Werkstattbericht Nr. 17 der Gesellschaft für Programmforschung in der öffentlichen Verwaltung, Köln 1995, S. 31 ff.
- Normandeau, A., B. Leighton, A Vision of the Future of Policing in Canada: Police Challenge 2000. Ottawa (Solicitor General) 1990
- Reiss, Albert J., Police Organization in the Twentieth Century. In: M. Tonry, N. Morris (Hrsg.), Modern Policing, Chicago (Univ. of Chicago Press) 1992
- Rosenbaum, D.P. (Hrsg.), The Challenge of Community Policing: Testing the Promises, Thousand Oaks, London, New Dehli 1994
- Sadd, S., R. Grinc, Innovative Neighborhood Oriented Policing: An Evaluation of Community Policing Program in Eight Cities. In: Rosenbaum (Hrsg.) 1994, S. 53 ff.
- Sacco, Vincent F., Evaluating Satisfaction. In: Workshop on the Evaluation of Police Service Delivery, Report, November 2-4, 1994, Solicitor General of Canada, International Centre for Comparative Criminology of the University of Montreal, 1995, S. 263 ff.
- Schneider, Hans, Jürgen Stock, Kriminalprävention vor Ort. Möglichkeiten und Grenzen einer von Bürgern getragenen regionalen Kriminalprävention unter besonderer Würdigung der Rolle der Polizei. Holzkirchen 1995
- Sentencing Reform: A Canadian Approach. The Report of the Canadian Sentencing Commission. Ottawa (Minister of Supply and Services Canada) 1987
- Skogan, Wesley, The Impact of Community Policing on Neighborhood Residents. In: Rosenbaum 1994, S. 167 ff.
- Terlouw, Gert-Jan, Maurits Kruissink, Police Performance Assessment. Perspectives and Problems. In: Workshop on the Evaluation of Police Service Delivery, Report, November 2-4, 1994, Solicitor General of Canada, International Centre for Comparative Criminology of the University of Montreal, 1995, S. 376 ff.
- Trojanowicz, R.C., Community Policing: A Survey of Police Departments in the United States. National Center for Community Policing, Michigan State University, U.S. Department of Justice, Federal Bureau of Investigation, 1995
- Workshop on Evaluating Police Service Delivery. Report. Sponsored by Ministry of the Solicitor General of Canada. Organized by International Centre for Comparative Criminology, University of Montréal, Montréal 1995
- Zoll, Ralf (Hrsg.), Gemeinde als Alibi. Materialien zur politischen Soziologie der Gemeinde, München 1972

Verbrechensfurcht und kommunale Kriminalprävention -
Analysen anhand der Bevölkerungsbefragung in den Projektstädten
und der bundesweiten repräsentativen Bevölkerungsumfrage

Joachim Obergfell-Fuchs, Helmut Kury

1. Einleitung

Welche zentrale Bedeutung die Kriminalitätsfurcht in der derzeitigen sicherheitspolitischen Debatte hat, wird in einer Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der SPD deutlich: "...das persönliche Sicherheitsgefühl wird besonders durch das häufige Vorkommen von Straftaten beeinträchtigt, deren Opfer jeder werden kann. (...) Es ist nicht nur ein hoher volkswirtschaftlicher Gesamtschaden zu beklagen. Vielmehr wird das Lebensgefühl vieler Menschen negativ beeinflusst. ... Die gegenwärtige Sicherheits- und Kriminalpolitik der Bundesregierung trägt dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung schon lange nicht mehr Rechnung."¹ Aber nicht nur auf Bundes-, sondern auch auf Länder- und vor allem auf kommunaler Ebene wird der Ruf der Bürger nach mehr Sicherheit laut, und gerade über Medien vermittelte Horror-szenarien einer "Kriminalitätsexplosion", der die Polizei nicht mehr Herr werden kann, bilden den Nährboden auch für "law and order"-Strömungen, deren Inhalt vielfach nur die Forderung nach dem Einsatz verstärkter repressiver Maßnahmen darstellt. Demgegenüber steht das Konzept der kommunalen Kriminalprävention, das nicht auf Repression ausgerichtet ist, sondern Kriminalität als ein gesellschaftliches Problem versteht, das wiederum nur gesamtgesellschaftlich unter Einbeziehung staatlicher Instanzen, Organisationen und der Bürger gelöst werden kann². Gerade in diesem Konzept der Bürgereinbeziehung im Rahmen kommunaler Kriminalprävention kommt der Kriminalitätsfurcht erhebliches Gewicht zu. So betont Ammer: "Das Sicherheitsgefühl der Bürger ist (...) wesentlicher Bestandteil der Lebensqualität des Einzelnen und damit auch notwendiger Richtpunkt kriminalpolitischer und kriminalpräventiver Bemühungen."³

¹Deutscher Bundestag, 1993, Drucksache 12/5452, S. 1

²vgl. Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 11/1981, 1993, S. 2ff.

³Ammer, 1993, S. 6

Nun ist allerdings der Aspekt der Verbrechensfurcht seit seiner Aufnahme in die viktimologischen Untersuchungen⁴ vielfach kontrovers diskutiert worden. So wurden besonders die soziodemographischen Korrelate der Verbrechensfurcht untersucht, v.a. die höhere Kriminalitätsfurcht der Frauen wurde immer wieder unter den unterschiedlichsten Blickwinkeln diskutiert⁵. Bezüglich der Altersabhängigkeit der Kriminalitätsfurcht liegen allerdings widersprüchliche Befunde vor: So wird auf der einen Seite von einem Anstieg der Furcht mit dem Alter berichtet⁶, auf der anderen Seite jedoch in Frage gestellt, daß ältere Menschen ein höheres Maß an Furcht zeigen als junge Menschen⁷. Auch der Einfluß einer früheren Viktimisierung auf das Ausmaß der erlebten Kriminalitätsfurcht wird gerade in neuerer Zeit kontrovers diskutiert. Während z.B. Boers⁸ in einer Analyse der vorliegenden Forschungsliteratur zu dem Ergebnis kommt, daß sich das Unsicherheitsgefühl von Opfern und Nichtopfern nicht im erwarteten Maße unterscheiden und Fattah gar eine Artefaktmessung vermutet⁹, stellen verschiedene Forschergruppen in jüngster Zeit fest, daß zumindest schwere Viktimisierungen mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer erhöhten Kriminalitätsfurcht bei den Opfern führen¹⁰. Da gerade in vergangener Zeit immer wieder Kritik an der Erfassung der Verbrechensfurcht erhoben wurde¹¹ - so wurde z.T. nur mit einer einzigen Frage, dem sogenannten Standarditem bezüglich des Unsicherheitserlebens nachts draußen alleine in der Wohngegend, gearbeitet -, soll der folgende Beitrag ein relativ breites Bild der erfaßten Kriminalitätsfurcht in den Projektstädten Calw, Freiburg, Ravensburg/Weingarten geben, wobei auch auf einige Einflußvariablen wie Geschlecht, Alter und Opferwerdung eingegangen werden soll. Vergleichend werden Daten einer bundesweiten repräsentativen Bevölkerungsumfrage herangezogen.

2. Untersuchungsmethode und Beschreibung der Stichproben

Ausgangspunkt der vorliegenden Untersuchung stellt eine Bevölkerungsbefragung in den Städten Calw und Freiburg sowie Ravensburg und Weingarten dar, die im Juni/Juli 1994 durchgeführt wurde. Ziel der Gesamtuntersuchung war es, im Vorfeld von Präventionsstrategien in den Projektstädten ein subjektives Kriminalitätslagebild zu erheben. Dieses subjektive Bild der Bevölkerung umfaßte neben dem Bericht über eine mögliche Opferwerdung in den vergangenen 12 Monaten auch das Anzeigeverhalten, die Bewertung der Polizei und deren Arbeit, den Stellenwert von Problemen in der Gemeinde, Vorschläge zur Kriminalprävention sowie Aspekte der Verbrechensfurcht. Die Untersuchung selbst wurde mittels postalisch versandter Fragebögen an einer zufällig aus den amtlichen Melderegistern gezogenen Einwohnerstichprobe mit einem

⁴Ennis, 1967

⁵vgl. Ennis, 1967; Clemente/ Kleiman, 1977; Toseland 1982; Boers, 1991; Kury/ Dörmann/ Richter/ Würger 1992

⁶vgl. Toseland, 1982; Boers, 1991

⁷vgl. Ferraro/ LaGrange, 1992

⁸Boers, 1991

⁹Fattah, 1993

¹⁰Kury/ Würger, 1992, S. 429; Norris/ Kaniasty, 1994; Bilsky/ Wetzels/ Mecklenburg/ Pfeiffer, 1995, S. 102

¹¹vgl. Sessar, 1992, S. 70; Bilsky/ Wetzels/ Mecklenburg/ Pfeiffer, 1995, S. 74

Mindestalter von 14 Jahren durchgeführt. Die Bruttostichproben betragen in Calw 2.635 Personen, in Freiburg 2.500 Personen und in Ravensburg/Weingarten 3.613 Personen. Zusätzlich wurde eine bundesweite Umfrage zu ausgewählten Fragen bezüglich Viktimisierungen, Verbrechensfurcht und Polizeibewertung im Rahmen des Sozialwissenschaftenbus 3/1994 (ZUMA/GETAS) in Auftrag gegeben. Diese Umfrage erfolgte mit Hilfe persönlicher Interviews im Oktober/November 1994 und umfaßte ca. 2.000 Einwohner der alten Bundesländer (einschl. West-Berlin) mit einem Mindestalter von 18 Jahren.

Insgesamt konnten von den zurückerhaltenen Fragebögen in Calw 945 ausgewertet werden, dies entspricht einer Gesamtrücklaufquote von 35,9%, in Freiburg lagen 1.118 Fragebögen (Rücklaufquote 44,7%) und in Ravensburg/Weingarten 1.308 Fragebögen vor, was einer Rücklaufquote von 36,2% entspricht. In allen Städten entsprechen die realisierten Stichproben bezüglich der zentralen demographischen Variablen wie Alter und Geschlecht weitgehend den Grundgesamtheiten, lediglich in Ravensburg/Weingarten ist der Anteil der Männer mit 51% (zu 45% in der Grundgesamtheit) überproportional vertreten. Ausländische Mitbürger sind dagegen in allen Gemeinden deutlich unterrepräsentiert, was vor allem auch mit Sprachproblemen beim Ausfüllen des Fragebogens zu tun haben dürfte.

3. Darstellung der Verbrechensfurcht in den einzelnen Projektstädten

3.1 Erfassung des Konstrukts Verbrechensfurcht

Die Erfassung des Aspekts der Verbrechensfurcht in den einzelnen Projektstädten erfolgte mit einer Reihe von Fragen, welche in das für alle Projektstädte gleiche Untersuchungsinstrument aufgenommen wurden. Dabei handelte es sich um die Fragen:

- "Wie oft denken Sie daran, selbst Opfer einer Straftat zu werden?",
- "Fürchten Sie sich davor, nachts alleine in Ihrer Wohnung zu sein?",
- "Als Sie das letzte Mal ausgegangen sind, haben Sie sich von einer anderen Person begleiten lassen, damit Ihnen nichts zustößt?",
- "Haben Sie (...das letzte Mal...als Sie nach Einbruch der Dunkelheit in Ihrer Gegend ausgegangen sind...) gewisse Straßen oder Örtlichkeiten gemieden, um zu verhindern, daß Ihnen etwas passieren könnte?",
- "Wie sicher fühlen Sie sich oder würden sich fühlen, wenn Sie hier in Ihrer Wohngegend nachts draußen alleine sind?" und
- "Haben Sie nachts draußen alleine in Ihrer Wohngegend Angst, Opfer einer Straftat zu werden?".

Dabei wurde davon ausgegangen, daß diese Variablen unterschiedliche Facetten des Konstrukts Verbrechensfurcht erfassen. Um nun der Frage nachzugehen, ob die einzelnen Indikatoren auch ein in sich geschlossenes, homogenes Konstrukt abbilden, wurde von uns sowohl eine statistische Zusammenhangs-, als auch eine Faktorenanalyse durchgeführt. Ziel dieses Verfahrens ist es, möglichst in sich homogene Variablengruppen zu bilden.

Tabelle 1: Iteminterkorrelationen der Furchtvariablen

		Gedanke Opfer- werdung	Furcht in Wohnung	Beglei- tenlassen aus Furcht	Meiden best. Orte aus - Furcht	Unsicher- heit in Wohn- gegend	Angst v. Opfer- werdung in Wohn- gegend
Gedanke Opfer- werdung	CW	1.00					
	FR	1.00					
	RV/WN	1.00					
Furcht in Wohnung	CW	.34***	1.00				
	FR	.41***	1.00				
	RV/WN	.45***	1.00				
Beglei- tenlassen aus Furcht	CW	.22***	.35***	1.00			
	FR	.23***	.37***	1.00			
	RV/WN	.23***	.35***	1.00			
Meiden best. Orte aus - Furcht	CW	.32***	.40***	.30***	1.00		
	FR	.28***	.33***	.33***	1.00		
	RV/WN	.27***	.32***	.36***	1.00		
Unsicher- heit in Wohn- gegend	CW	.41***	.48***	.32***	.44***	1.00	
	FR	.37***	.50***	.42***	.48***	1.00	
	RV/WN	.36***	.40***	.41***	.48***	1.00	
Angst Opfer- werdung in Wohn- gegend	CW	.50***	.50***	.32***	.46***	.64***	1.00
	FR	.47***	.51***	.35***	.46***	.69***	1.00
	RV/WN	.49***	.52***	.40***	.47***	.63***	1.00

* $p < .05$; ** $p < .01$; *** $p < .001$; CW-Calw; FR-Freiburg; RV/WN-Ravensburg/Weingarten

Betrachtet man zunächst die in *Tabelle 1* dargestellten Ergebnisse der Zusammenhangsanalysen, so ergaben sich in allen drei Städten hochsignifikante Iteminterkorrelationen (Calw: .22 bis .64; Freiburg: .23 bis .69; Ravensburg/Weingarten: .23 bis .63), d.h. die Irrtumswahrscheinlichkeiten bzgl. der Zusammenhänge zwischen den sechs Furchtvariablen lagen alle unter 0,01%. Auch die Faktorenanalyse erbrachte in allen Städten nur einen einzigen Faktor. Die Faktorladungen der Variablen lagen in der Calwer Stichprobe zwischen .55 und .83, in Freiburg zwischen .60 und .83 und in Ravensburg/Weingarten zwischen .63 und .84, also jeweils relativ hoch (vgl. *Tabelle 2*). Dies bedeutet, daß die eingesetzten Fragen unidimensional sind und daher die Annahme der Abbildung eines einzigen Konstrukts gerechtfertigt ist.

Tabelle 2: Darstellung der Faktorenanalyse der Furchtvariablen in den Projektstädten

	Calw		Freiburg		Ravensburg/ Weingarten	
	Faktor- ladun- gen	h^2	Faktor- ladun- gen	h^2	Faktor- ladun- gen	h^2
Gedanke Opfer zu werden	.65	.42	.63	.40	.64	.42
Furcht nachts allein in Wohnung	.73	.53	.73	.53	.71	.50
Begleitenlassen aus Furcht	.55	.31	.60	.36	.63	.39
Meiden bestimmter Orte	.68	.47	.66	.44	.67	.45
Unsicherheit nachts draußen allein in Wohngegend	.80	.63	.83	.68	.78	.61
Angst in Wohngegend Opfer zu werden	.83	.68	.83	.69	.84	.70
Faktoreigenwert/Varianzaufklärung	3,04 / 50,6%		3,11 / 51,8%		3,07 / 51,2%	

3.2 Gedanke Opfer einer Straftat zu werden

Wir hatten die Probanden in den Projektstädten gefragt, wie oft sie daran denken würden, Opfer einer Straftat zu werden. *Tabelle 3* zeigt die Ergebnisse für die drei Befragungsorte, ebenso wie für die parallel durchgeführte Bevölkerungsbefragung in Westdeutschland. Hier hatten wir die Ergebnisse an die jeweiligen Ortsgrößen der Projektstädte angepaßt, dabei sind unter Ortsgröße 1 (OG1) Städte mit 20.000 bis 50.000 Einwohnern zusammengefaßt (entspricht Calw, Ravensburg und Weingarten) und unter Ortsgröße 2 (OG2) Städte mit 100.000 bis 500.000 Einwohnern (entspricht Freiburg).

Wie die Tabelle zeigt, denkt nur ein eher geringer Teil der Befragten oft oder gar sehr oft daran, Opfer einer Straftat zu werden. Faßt man beide Kategorien zusammen, so liegt der prozentuale Anteil in Freiburg mit 13,5% etwas höher als in den kleineren Städten Calw bzw. Ravensburg/Weingarten (9,8%, 10,9%). Die westdeutschen Vergleichswerte sind in ihrer Tendenz ähnlich, wenngleich etwas niedriger, in den Kleinstädten zwischen 20.000 und 50.000 Einwohnern denken 8,2% oft oder sehr oft daran Opfer einer Straftat zu werden, in den Großstädten bis 500.000 Einwohnern sind es 11,5%. Trotz dieses doch eher geringen Anteils in den beiden Zustimmungskategorien ist es bemerkenswert, daß mit ca. 70% bis 73% knapp drei Viertel der von uns befragten Personen zumindest manchmal daran denken, Opfer einer Straftat zu werden. Dies deutet doch darauf hin, daß der Gedanke an eine mögliche Opferwerdung bei einem Großteil der Befragten zumindest hin und wieder vorhanden ist.

Tabelle 3: Wie oft denken Sie daran, selbst Opfer einer Straftat zu werden?

	Calw		Ravensburg/ Weingarten		Freiburg		Westdeutsch- land (OG1)		Westdeutsch- land (OG2)	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
nie	162	17,3	244	19,0	173	15,8	103	36,9	129	33,5
manchmal	683	72,9	898	70,0	777	70,8	153	54,8	212	55,1
oft	77	8,2	114	8,9	122	11,1	16	5,7	36	9,4
sehr oft	15	1,6	26	2,0	26	2,4	7	2,5	8	2,1
Gesamt	937	100	1282	100	1098	100	279	100	385	100

Die Ergebnisse der bundesweit in Westdeutschland Befragten liegen deutlich niedriger, hier ist es nur knapp die Hälfte, die manchmal daran denkt Opfer zu werden. Dies könnte unter Umständen auf die unterschiedliche Befragungsmodalität (in den Projektstädten schriftlich per Fragebogen, in Westdeutschland per mündlichem Interview) zurückzuführen sein. So konnte in Untersuchungen gezeigt werden, daß bei mündlichen Befragungen eher eine gewisse Tendenz zur sozialen Erwünschtheit besteht, ein Einflußfaktor der auch bei Fragen zur persönlichen Furcht sicherlich zum Tragen kommt¹².

Einen Einfluß auf das Erleben von Verbrechenfurcht haben, wie schon zu Beginn diskutiert wurde, jedoch auch soziodemographische Variablen. Dabei kommt besonders dem Geschlecht und dem Alter eine bedeutende Rolle zu, aber auch eine selbsterlebte Opferwerdung ist als ein entscheidender Einflußfaktor zu sehen. Im folgenden sollen nun die Antworten getrennt für die Geschlechts-, Alters- und Opferwerdungskategorien dargestellt werden. Dabei haben wir die Kategorien "nie" und "manchmal" sowie "oft" und "sehr oft" zusammengefaßt. *Tabelle 4* zeigt die Ergebnisse getrennt nach Männern und Frauen sowie Opfern und Nichtopfern. Als Nichtopfer werden solche Befragte bezeichnet, die angaben, im vorgegebenen Zeitraum nie Opfer eines der angegebenen Delikte geworden zu sein. Das sagt natürlich nichts darüber aus, ob diese Personen nicht früher oder in einem anderen Delikt viktimisiert wurden. Wie man deutlich erkennen kann, denken in allen drei Projektstädten Frauen deutlich und statistisch bedeutsam häufiger daran Opfer einer Straftat zu werden als Männer. Dieses Ergebnis, im Sinne einer höheren Verbrechenfurcht bei Frauen, ist aus der kriminologischen Forschung weithin bekannt und war von daher zu erwarten. Auch bei den Opfern ist ein Antwortverhalten dahingehend festzustellen, daß sie etwas häufiger als Nichtopfer daran denken, erneut Opfer einer Straftat zu werden. Dieses Ergebnis ist allerdings nur in Calw sowie in Ravensburg/Weingarten statistisch bedeutsam, die Irrtumswahrscheinlichkeit liegt hier unter 5% bzw. unter 1%. Tendenziell haben auch in Freiburg Opfer mehr Verbrechenfurcht als Nichtopfer (15,6% im Vergleich zu 12,0%; $p = .08$).

¹²vgl. Leeuw, 1992, S. 21ff.; Kury, 1993, S. 360ff.

Tabelle 4: Wie oft denken Sie daran, selbst Opfer einer Straftat zu werden?
 - getrennt nach Geschlecht und selbsterlebter Opferwerdung

	Calw				Freiburg				Ravensburg/Weingarten			
	manchmal nie		oft sehr oft		manchmal nie		oft sehr oft		manchmal nie		oft sehr oft	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
männlich	447	92,7	35	7,3	472	91,7	43	8,3	605	93,5	42	6,5
weiblich	385	87,5	55	12,5	463	81,7	104	18,3	526	84,3	98	15,7
Sig.(df=1)	Chi ² = 7,17 p < .01				Chi ² = 22,95 p <.001				Chi ² = 27,51 p < .001			
Nichtopfer	632	91,3	60	8,7	578	88,0	79	12,0	817	90,7	325	9,3
Opfer	213	86,9	32	13,0	372	84,4	69	15,6	84	85,3	56	14,7
Sig.(df=1)	Chi ² = 3,94 p < .05				Chi ² = 2,97 p = .08				Chi ² = 7,95 p < .01			

Was die Altersverteilung im Hinblick auf den Gedanken, Opfer einer Straftat zu werden anbelangt, so zeigt *Abbildung 1*, daß die Verteilungen in Freiburg und Ravensburg/Weingarten ähnlich verlaufen. So ergibt sich besonders bei den jungen Befragten von 14 bis 24 Jahren eine Verteilungsspitze, ebenso auch bei den 35- bis 39-, sowie den 50- bis 54jährigen. Ab dem 60. Lebensjahr steigen die prozentualen Anteile dann wiederum deutlich an. In Calw ist der Kurvenverlauf etwas verschieden, hier ist die Spitze bei den jungen Befragten weit weniger deutlich, es kommt zwar ebenfalls zu einem Anstieg zwischen dem 30. und 40. Lebensjahr, und einer Verteilungsspitze in der ältesten Befragtengruppe, insgesamt jedoch ist die Kurve deutlich weniger modelliert als in den anderen Städten. Deutlich zu sehen ist jedoch, daß nicht nur ältere Menschen häufiger daran denken Opfer einer Straftat zu werden, sondern besonders auch Jugendliche und junge Erwachsene. Ebenfalls muß die Annahme einer kontinuierlichen Verteilung über das Alter verworfen werden.

Abbildung 1: Wie oft denken Sie daran, selbst Opfer einer Straftat zu werden? (Antwortalternativen oft und sehr oft) - getrennt nach Altersgruppen



3.3 Furcht nachts allein in der Wohnung

Als ein weiteres Maß zur Erfassung der persönlichen Furcht vor Verbrechen war - wie erwähnt - in das Instrument die Frage aufgenommen worden "Fürchten Sie sich davor, nachts alleine in Ihrer Wohnung zu sein?". Auch hier sollen zunächst die Ergebnisse für die Gesamtstichproben der vier Projektstädte verglichen werden.

Wie *Tabelle 5* zeigt, fürchtet sich in allen Projektstädten die Mehrheit der Befragten nicht, allein nachts in der Wohnung zu sein. Insgesamt ist es - und auch hier sind die Unterschiede zwischen Calw, Freiburg und Ravensburg/Weingarten nur minimal - nur ein sehr kleiner Anteil zwischen 6% und 7% die sich oft oder gar sehr oft in der Wohnung fürchten, und auch der Anteil derjenigen, welche die Kategorie "manchmal" wählen, liegt bei ca. einem Drittel aller Befragten, so daß Furcht in der Wohnung eine eher selten genannte Kategorie darstellt. Auch die Ergebnisse der allgemeinen Bevölkerungsbefragung in Westdeutschland weisen in dieselbe Richtung. Hier ist zwar der Anteil der Befragten in den Großstädten zwischen 100.000 und 500.000 Einwohnern (OG2) die sich nachts in ihrer Wohnung fürchten etwas größer als in den Kleinstädten zwischen 20.000 und 50.000 Einwohnern (OG1) (8,3% im Vergleich zu 4,7%), die Unterschiede sollten jedoch aufgrund des relativ geringen Anteils der Probanden in der Kategorie "oft" oder "sehr oft" nicht überinterpretiert werden.

Tabelle 5: Fürchten Sie sich davor, nachts alleine in Ihrer Wohnung zu sein?

	Calw		Freiburg		Ravensburg/ Weingarten		Westdeutsch- land (OG1)		Westdeutsch- land (OG2)	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
nie	531	56,8	643	58,8	715	55,6	167	59,9	212	54,9
manchmal	339	36,3	385	35,2	489	38,0	99	35,5	142	36,8
oft	45	4,8	41	3,7	54	4,2	13	4,7	23	6,0
sehr oft	20	2,1	25	2,3	29	2,3	0	0,0	9	2,3
Gesamt	935	100	1094	100	1287	100	279	100	286	100

Tabelle 6: Fürchten Sie sich davor, nachts alleine in Ihrer Wohnung zu sein? - getrennt nach Geschlecht und selbsterlebter Opferwerdung (bezügl. aller Delikte versus Einbruch)

	Calw				Freiburg				Ravensburg/Weingarten			
	manchmal nie		oft sehr oft		manchmal nie		oft sehr oft		manchmal nie		oft sehr oft	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
männlich	472	98,3	8	1,7	509	98,8	6	1,2	634	97,8	14	2,2
weiblich	385	87,5	55	12,5	503	89,3	60	10,7	557	89,0	69	11,0
Sig.(df=1)	Chi ² = 42,23 p < .001				Chi ² = 42,16 p < .001				Chi ² = 41,06 p < .001			
Nichtopfer	646	93,5	45	6,5	614	94,2	38	5,8	849	93,7	57	6,3
Opfer	224	91,8	20	8,2	414	93,7	28	6,3	355	93,2	26	6,8
Sig.(df=1)	Chi ² = .79 p = .37				Chi ² = .12 p = .73				Chi ² = .13 p = .72			
Einbruch Nichtopfer	851	93,1	63	6,9	977	94,4	58	5,6	1161	93,6	80	6,4
Einbruch Opfer	19	90,5	2	9,5	51	86,4	8	13,6	43	93,5	3	6,5
Sig.(df=1)	Chi ² = .22 p = .64				Chi ² = 6,23 p < .05				Chi ² = .00 p = .98			

Betrachtet man die in *Tabelle 6* dargestellten Unterschiede hinsichtlich der Variablen Geschlecht und selbsterlebte Opferwerdung - auch hier wurden die Kategorien "oft" und "sehr oft", sowie "manchmal" und "nie" zusammengefaßt -, so zeigt sich, daß Frauen in allen Projektstädten deutlich und statistisch hochsignifikant mehr Furcht nachts allein in der Wohnung aufweisen als Männer. Die Unterschiede liegen in allen Städten bei ca. 10%. Dagegen hat, dies wird ebenfalls aus der Tabelle deutlich, eine selbsterlebte Opferwerdung keinen statistisch signifikanten Einfluß auf die Furcht nachts allein in der Wohnung. Es ergeben sich zwar für alle Projektstädte leichte Tendenzen dahingehend, daß Opfer etwas mehr Furcht berichten, diese Unterschiede sind

statistisch jedoch nicht bedeutsam.

Man könnte allerdings annehmen, daß solche Personen die bereits einmal Opfer eines (versuchten) Wohnungseinbruchs wurden, d.h. bei denen der Täter in den persönlichen Nahraum des Opfers eindrang oder einzudringen versuchte, mehr Furcht in der Wohnung zeigen als solche die keine derartigen Erfahrungen besitzen. Wie die Tabelle zeigt, ist dies in Freiburg auch der Fall. Hier berichten Einbruchopfer statistisch signifikant häufiger, daß sie sich oft oder sehr oft nachts allein in ihrer Wohnung fürchten. Dieses Ergebnis hat eine statistische Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als 5%. In den Städten Calw, sowie Ravensburg/Weingarten läßt sich ein solcher statistisch abgesicherter Unterschied allerdings nicht nachweisen. Zu berücksichtigen ist dabei jedoch auch, daß die Fallzahlen in der Merkmalskombination Opfer und hohe Furcht zu klein sind, um eine tragfähige Interpretation zuzulassen.

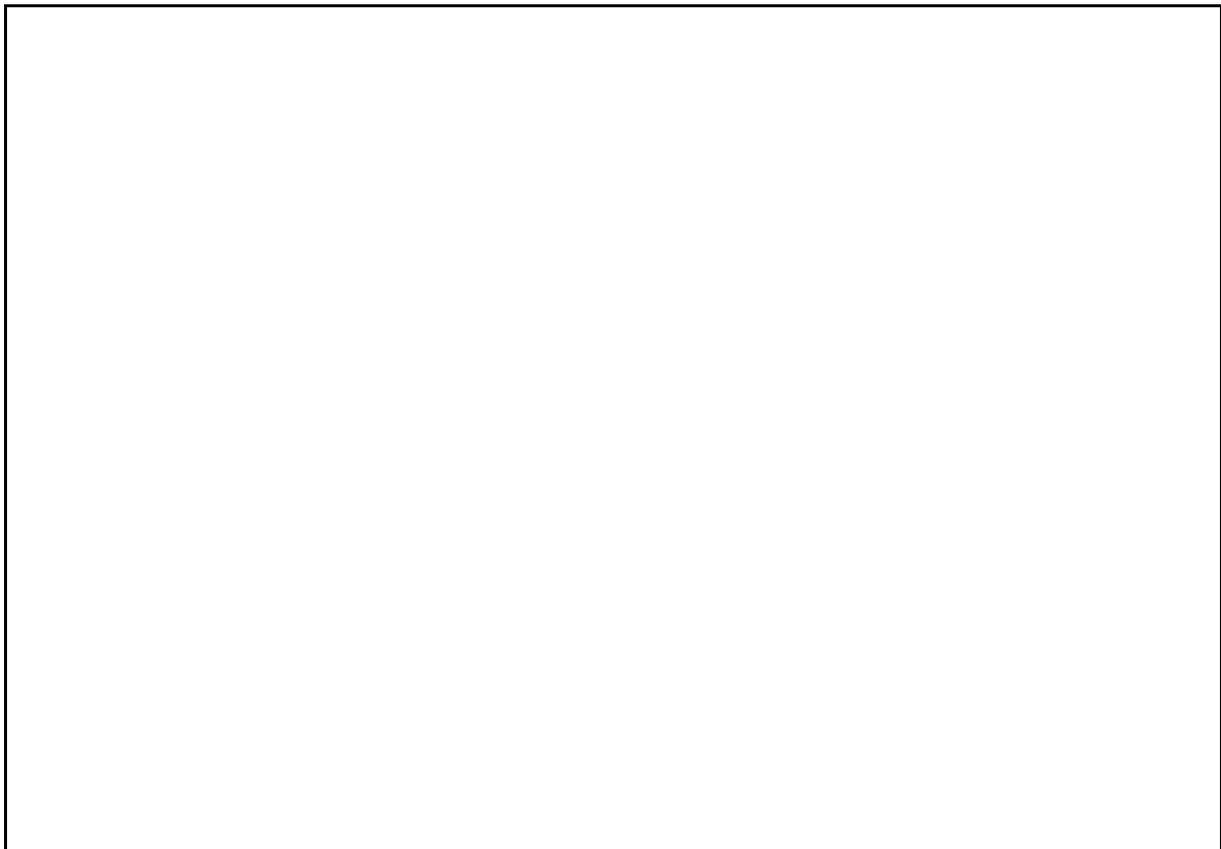


Abbildung 2: Fürchten Sie sich davor, nachts alleine in Ihrer Wohnung zu sein? (Antwortalternativen oft und sehr oft) - getrennt nach Altersgruppen

Wir wollen nun auch bei dieser Frage untersuchen, ob im Hinblick auf die Furcht in der Wohnung Altersunterschiede eine Rolle spielen. In dieser Hinsicht zeigt *Abbildung 2* ein heterogenes Bild in den unterschiedlichen Städten. Während in Freiburg bis zum 40. Lebensjahr ein weitgehend gleichmäßiger Verlauf auf mittlerem Niveau zu beobachten ist, zeigen die jüngeren Befragten in Calw und Ravensburg/Weingarten ein erhebliches Maß an Furcht - nur in der jüngsten Altersgruppe klaffen Ravensburg/Weingarten und Calw auseinander - die allerdings mit zunehmendem Alter absinkt. In Calw steigt die Furcht nachts allein in der Wohnung dann ab dem 35. Lebensjahr wieder an, sie erreicht eine Spitze um das 45. bis 50. Lebensjahr und sinkt danach kontinuierlich ab, so daß die ältesten Befragten die geringste Furcht zeigen. In Ravensburg/Weingarten und Freiburg verlaufen die Kurven ab dem 40. Lebensjahr weitgehend

parallel, so erfolgt ein Tiefpunkt in der Altersgruppe zwischen 40 und 50 Jahren - hier zeigt Calw überraschenderweise eine Verteilungsspitze -, danach kommt es zu einem leichten Anstieg, einem Absinken in der Gruppe der 60- bis 64jährigen und danach zu einem in Freiburg rasanten Anstieg in der ältesten Gruppe.

3.4 Begleitenlassen aus Furcht

Ein Kriterium der Verbrechensfurcht ist, daß es sich um ein subjektives Empfinden handelt, welches auch erhebliche Auswirkungen auf persönliche Lebensverhältnisse hat. Diesem Aspekt tragen die folgenden beiden Variablen Rechnung: "Als Sie das letzte Mal ausgegangen sind, haben Sie sich von einer anderen Person begleiten lassen, damit Ihnen nichts zustößt?" und "Haben Sie (...das letzte Mal...als Sie nach Einbruch der Dunkelheit in Ihrer Gegend ausgegangen sind...) gewisse Straßen oder Örtlichkeiten gemieden, um zu verhindern, daß Ihnen etwas passieren könnte?" Hier wird deutlich, daß Kriminalitätsfurcht Einschränkungen des privaten Lebens zur Folge haben kann, sei es, daß Personen sich nicht trauen alleine auszugehen oder daß sie auf ihren Wegen bestimmte Orte aufgrund eines empfundenen Unsicherheitsgefühls meiden und so unter Umständen längere Umwege in Kauf nehmen.

Betrachten wir zunächst die Frage, ob die befragte Person sich beim Ausgehen begleiten läßt. *Tabelle 7* stellt hier die Ergebnisse für die Projektstädte im Überblick dar.

Tabelle 7: Als Sie das letzte Mal ausgegangen sind, haben Sie sich von einer anderen Person begleiten lassen, damit Ihnen nichts passiert?

	Calw		Freiburg		Ravensburg/Weing.	
	n	%	n	%	n	%
ja	175	18,9	224	20,6	287	22,5
nein	719	77,6	829	76,3	930	72,8
weiß nicht/kann mich nicht erinnern	13	1,4	13	1,2	24	1,9
ich gehe niemals aus	19	2,1	21	1,9	37	2,9
Gesamt	926	100	1087	100	1278	100

Wie die Tabelle zeigt, gibt zwar mit ca. drei Vierteln das Gros der Befragten an, daß es sich beim Ausgehen nicht begleiten läßt, es sind aber immerhin ungefähr 20%, und damit jeder Fünfte, der dieser Aussage zustimmt. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Orten sind hierbei eher geringfügig, so liegen Ravensburg/Weingarten mit 22,5% an der Spitze in bezug auf diese Verhaltensweise, der Unterschied zum "Schlußlicht" Calw beträgt allerdings nur 3,6%.

Tabelle 8: Begleitenlassen beim Ausgehen, damit nichts zustößt
 - getrennt nach Geschlecht und selbsterlebter Opferwerdung

	Calw				Freiburg				Ravensburg/Weingarten			
	ja		nein		ja		nein		ja		nein	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
männlich	28	6,0	437	94,0	36	7,3	459	92,7	42	6,8	577	93,2
weiblich	143	34,4	273	65,6	185	34,0	359	66,0	242	41,1	347	58,9
Sig.(df=1)	Chi ² = 112,84 p < .001				Chi ² = 110,62 p < .001				Chi ² = 197,47 p < .001			
Nichtopfer	130	19,8	525	80,2	140	22,5	481	77,5	204	24,1	641	75,9
Opfer	45	18,8	194	81,2	84	19,4	348	80,6	83	22,3	289	77,7
Sig.(df=1)	Chi = .12 p = .73				Chi ² = 1,46 p = .23				Chi ² = .48 p = .49			

Gerade bei dieser Variablen ist anzunehmen, daß es vor allem Frauen sein werden, die sich aus Unsicherheitsgefühl von einer anderen Person begleiten lassen. Diese Annahme wird durch die nach Geschlecht und Opferwerdung differenzierten Ergebnisse bestätigt (vgl. *Tabelle 8*). Hier zeigt sich deutlich, daß, gemäß unserer Annahme, Frauen sich sehr viel häufiger begleiten lassen als Männer. Dabei ist der Unterschied zwischen Männern und Frauen in Ravensburg/Weingarten am deutlichsten ausgeprägt (34,3% Unterschied), es folgt Calw mit 28,4% Unterschied und der "geringste" Unterschied findet sich in Freiburg mit 26,7%. Alle Differenzen sind statistisch hochsignifikant. Die Kategorien "weiß nicht/kann mich nicht erinnern" und "gehe niemals aus" wurden aufgrund ihrer etwas unklaren Bedeutung und auch aufgrund der geringen Häufigkeiten ausgeschlossen. Entgegen diesem Ergebnis lassen sich zwischen Opfern und Nichtopfern keine statistisch bedeutsamen Unterschiede erkennen, es sieht sogar so aus, als würden Nichtopfer sich häufiger begleiten lassen. Dies dürfte jedoch auf den massiven Geschlechtseffekt zurückzuführen sein und die entsprechende Tatsache, daß Frauen seltener Opfer wurden als Männer (vgl. Beitrag von Dölling u.a., in diesem Band).

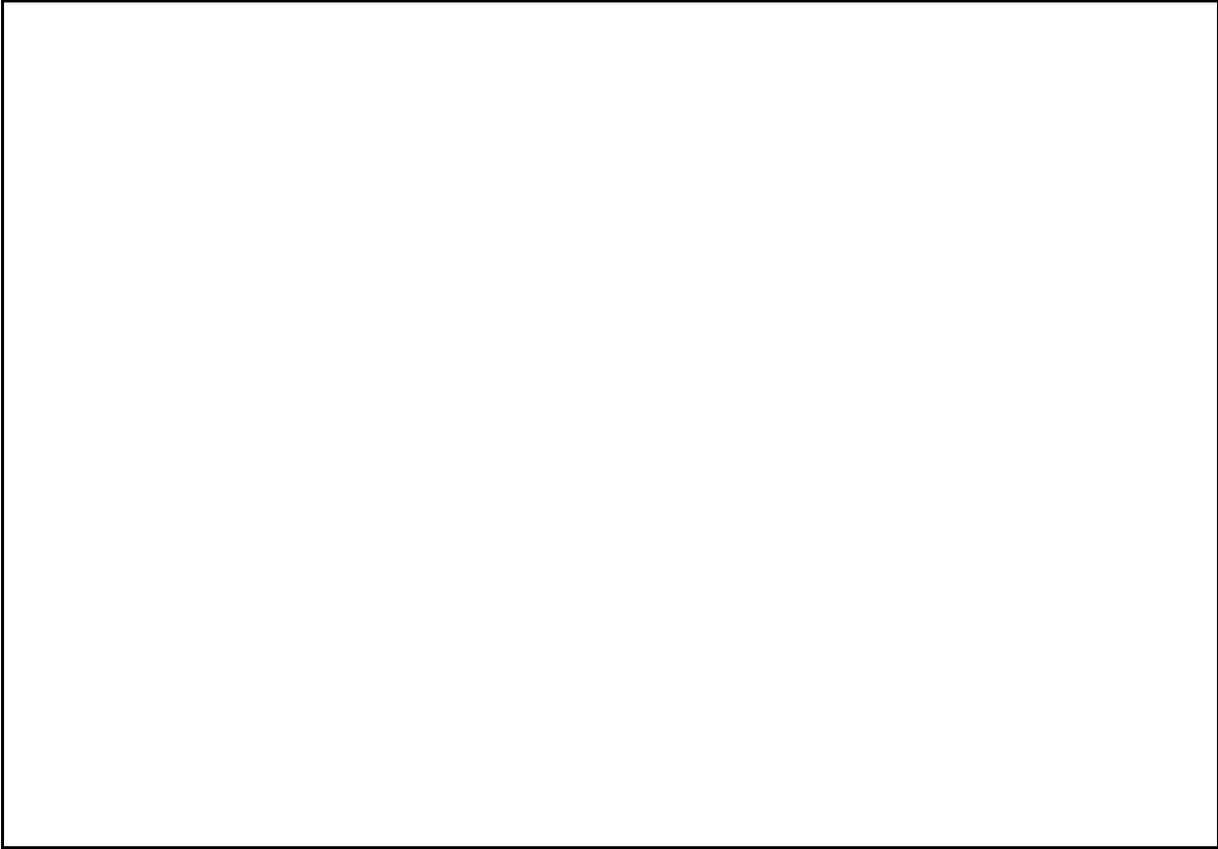


Abbildung 3: Begleitenlassen beim Ausgehen, damit nichts zustößt
(Antwortalternative ja) - getrennt nach Altersgruppen

Wie auch schon bei den vorangegangenen Analysen, soll auch hier die Altersverteilung bezüglich der Merkmalsausprägung "Begleitenlassen" überprüft werden. Wie *Abbildung 3* zeigt, ist übereinstimmend in allen Orten die Zustimmung zu dieser Aussage in der jüngsten Altersgruppe am größten, danach kommt es zu einem starken Absinken der Zustimmung, das in Calw am deutlichsten ausgeprägt ist. Betrachtet man weiter die Calwer Verteilung, kommt es in der Altersgruppe der 25- bis 29jährigen erneut zu einem Anstieg, danach verläuft die Kurve mit gewissen Oszillationen auf weitgehend gleichbleibendem Niveau bis zu einem Anstieg bei den 50- bis 54jährigen, danach fällt die Häufigkeit der Zustimmung weitgehend ab. Die Freiburger Verteilung zeigt nach deutlichem Absinken zwischen dem 20. und 30. Lebensjahr einen erneuten Anstieg bei den 30- bis 34jährigen und danach einen bis zum 50. Lebensjahr weitgehend konstanten Verlauf auf niedrigem Niveau. Ab dem 50. Lebensjahr kommt es dann zu einem rapiden Anstieg, der von einem Tief in der Gruppe der 60- bis 64jährigen unterbrochen wird, jedoch in einem zur jüngsten Gruppe vergleichbar hohem Niveau in der ältesten Befragtengruppe endet. Der Kurvenverlauf für die Projektstädte Ravensburg/Weingarten zeigt nach dem extrem hohen Wert der jüngsten Gruppe ein nahezu kontinuierliches Absinken der Zustimmung zur Aussage "lasse mich begleiten, damit mir nichts zustößt" bis zur Altersgruppe der 40- bis 44jährigen, und danach einen nahezu ebenso kontinuierlichen Anstieg, der allerdings, im Gegensatz zu Freiburg, bereits ab dem 60. Lebensjahr ein hohes, auch hier der jüngsten Altersgruppe vergleichbares, Niveau erreicht. Mit Ausnahme Calws kann man somit sagen, daß die jüngsten und die ältesten Befragten sich am häufigsten begleiten lassen damit ihnen nichts zustößt, in den mittleren Altersgruppe ist eine solche Verhaltensweise weniger stark ausgeprägt.

3.5 Meiden bestimmter Orte aus Furcht

Eine weitere verhaltensorientierte Variable zur Messung der Verbrechensfurcht stellt das Meiden bestimmter Orte um zu verhindern, daß einem etwas passieren könnte, dar. Auch hier sollen zunächst die Antworten der Befragten in den Projektstädten im Überblick dargestellt werden. Wie *Tabelle 9* zeigt ist das Meideverhalten besonders in Freiburg stark ausgeprägt. Hier sind es immerhin ca. 40% der Befragten, die dieser Aussage zustimmen. In Ravensburg/Weingarten sind es mit ca. 33% deutlich weniger und am seltensten wird dieser Aussage in Calw zugestimmt, hier antwortet knapp ein Viertel der Befragten mit "ja".

Tabelle 9: Haben Sie (nach Einbruch der Dunkelheit) gewisse Straßen und Örtlichkeiten gemieden, um zu verhindern, daß Ihnen etwas passieren könnte?

	Calw		Freiburg		Ravensburg/Weing.	
	n	%	n	%	n	%
ja	224	24,1	425	39,4	419	32,9
nein	562	60,4	532	49,4	649	50,9
weiß nicht/kann mich nicht erinnern	58	6,2	45	4,2	74	5,8
gehe nach Einbruch Dunkelheit nicht al-	86	9,2	76	7,1	133	10,4

leine durch Straßen						
Gesamt	930	100	1078	100	1275	100

Um die Zusammenhänge des Meideverhaltens mit den sozio-demographischen Variablen Geschlecht, persönliche Opferwerdung und Alter zu prüfen, wurden auch hier wiederum nur die beiden Merkmalskategorien im engeren Sinne, "ja" und "nein", betrachtet. Die Aussage, daß man nachts alleine nicht durch die Straßen geht, ist nicht eindeutig einer Furchtkategorie zuzuordnen, so daß sie, trotz zum Teil hoher Prozentanteile (in Ravensburg/Weingarten 10,4%) ausgeschlossen wurde. *Tabelle 10* zeigt die Ergebnisse hinsichtlich Geschlecht und persönlicher Opferwerdung im Überblick. Betrachtet man die in der Tabelle dargestellten Geschlechtsverteilungen, so ergibt sich das bereits bekannte Bild: Frauen zeigen im Sinne von Verbrechensfurcht deutlich und statistisch hochsignifikant mehr Meideverhalten als Männer. Dies trifft auf alle Projektstädte zu, wenngleich der Unterschied zwischen Männern und Frauen in Freiburg mit knapp 40% am deutlichsten ausfällt. Hier sind es mit ca. 63% auch nahezu zwei Drittel(!) der Frauen, die nach Einbruch der Dunkelheit bestimmte Orte und Straßen aus Furcht meiden. Dies weist darauf hin, daß gerade für Frauen eine erhebliche Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit aufgrund von Kriminalitätsfurcht festzustellen ist. Aber auch in den anderen Städten zeigt ungefähr die Hälfte der Frauen ein entsprechendes Meideverhalten. Dem steht lediglich ein Sechstel (Calw) bis ein Viertel der Männer gegenüber. Interessanterweise spielt die eigene erlebte Opferwerdung beim Meideverhalten eine untergeordnete Rolle, so ist der Anteil der Opfer, die bestimmte Straßen oder Örtlichkeiten meiden zwar etwas größer als der der Nichtopfer, statistische Bedeutsamkeit konnte allerdings nur in der Calwer Stichprobe festgestellt werden, hier betrug der Unterschied knapp 8%.

Tabelle 10: Haben Sie (nach Einbruch der Dunkelheit) gewisse Straßen und Örtlichkeiten gemieden, um zu verhindern, daß Ihnen etwas passieren könnte? - getrennt nach Geschlecht und selbsterlebter Opferwerdung

	Calw				Freiburg				Ravensburg/Weingarten			
	ja		nein		ja		nein		ja		nein	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
männlich	66	15,2	369	84,8	123	25,9	352	74,1	144	24,5	443	75,5
weiblich	154	45,6	184	54,4	295	62,8	175	37,2	272	57,5	201	42,5
Sig.(df=1)	Chi ² = 86,28 p < .001				Chi ² = 130,2 p < .001				Chi ² = 119,44 p < .001			
Nichtopfer	152	26,4	423	73,6	237	43,2	311	56,8	284	39,1	442	60,9
Opfer	72	34,1	139	65,9	188	46,0	221	54,0	135	39,5	207	60,5
Sig.(df=1)	Chi ² = 4,48 p < .05				Chi ² = .70 p = .40				Chi ² = .01 p = .91			

Wir wollen nun an dieser Stelle ebenfalls der Frage nachgehen, ob es Altersunterschiede im Hinblick auf das Meiden bestimmter Orte gibt. Wie *Abbildung 4* zeigt, ist die Häufigkeitsverteilung für Calw sehr viel niedriger als für die anderen beiden Orte. Von einem für Calw vergleichsweise hohen Ausgangsniveau in den beiden jüngsten Altersgruppen kommt es zu

einem deutlichen Absinken in der Gruppe der 25- bis 29jährigen, danach jedoch wieder zu einem erheblichen Anstieg. Ab dem 55. Lebensjahr fällt die Kurve wieder deutlich ab, so daß bei den älteren Befragten ein Meideverhalten eher gering vertreten ist. In Freiburg ist das Meideverhalten in der jüngsten Altersgruppe relativ stark ausgeprägt, es sinkt dann bis zum 30. Lebensjahr ab, um danach wiederum nahezu kontinuierlich anzusteigen. Der Anteil der 65jährigen und älteren die aus Furcht bestimmte Orte vermeiden, ist dann wieder ungefähr so groß, wie der Anteil der 14- bis 19jährigen. In Ravensburg/Weingarten zeigt sich, ausgehend von einem relativ niedrigen Niveau in der jüngsten Altersgruppe, ein eher "wellenförmiger" Verlauf bis zur Altersgruppe der 30- bis 34jährigen, danach sinkt der Anteil derjenigen, die bestimmte Örtlichkeiten aus Furcht meiden bis zum 60. Lebensjahr ab, um dann in den beiden älteren Gruppen noch einmal deutlich anzusteigen, so daß in Ravensburg/Weingarten -vergleichbar der Freiburger und entgegen der Calwer Stichprobe - das Meideverhalten im höheren Alter ansteigt.

Abbildung 4: Meiden bestimmter Orte um zu verhindern, daß einem etwas zustößt (Antwortalternative ja) - getrennt nach Altersgruppen



3.6 Unsicherheitsgefühl nachts draußen allein in der Wohngegend

Die Frage "Wie sicher fühlen Sie sich oder würden sich fühlen, wenn Sie hier in Ihrer Wohngegend nachts draußen allein sind?" ist sicherlich das am häufigsten in der kriminologischen Forschung verwendete Item zur Erfassung von Verbrechenfurcht. Aufgrund seines regelmäßigen Einsatzes in Fragebögen und Untersuchungen wird es in aller Regel auch als das sogenannte "Standarditem" zur Erfassung von Kriminalitätsfurcht bezeichnet. *Tabelle 11* gibt zunächst die Ergebnisse der einzelnen Städte im Überblick wieder. Hierbei zeigt sich deutlich, daß der Anteil der Personen, die angeben, daß sie sich in ihrer Wohngegend ziemlich oder gar sehr unsicher fühlen in Freiburg mit 31,1% erheblich größer ist als in Ravensburg/Weingarten (26,6%) oder in Calw (23,8%). Hier dürfte wiederum der auch schon bei der Frage nach dem Meideverhalten beobachtete Großstadteffekt zum Tragen kommen.

Tabelle 11: Wie sicher fühlen Sie sich oder würden sich fühlen, wenn Sie hier in Ihrer Wohngegend nachts draußen alleine sind?

	Calw		Freiburg		Ravensburg/ Weingarten	
	n	%	n	%	n	%
sehr sicher	117	12,6	124	11,3	152	11,9
ziemlich sicher	593	63,6	632	57,6	789	61,5
ziemlich unsicher	184	19,7	276	25,1	280	21,8
sehr unsicher	38	4,1	66	6,0	61	4,8
Gesamt	932	100	1098	100	1282	100

Faßt man die Kategorien "sehr sicher" und "ziemlich sicher", sowie "sehr unsicher" und "ziemlich unsicher" zusammen und betrachtet die Verteilungsunterschiede zwischen Männern und Frauen bzw. zwischen Opfern und Nichtopfern (vgl. *Tabelle 12*), so zeigt sich, daß es wiederum Frauen sind, die sich nachts in ihrer Gegend unsicher fühlen. So geben im Schnitt ungefähr zweieinhalb mal soviel Frauen wie Männer an, daß sie sich in ihrer Wohngegend nachts draußen alleine zumindest ziemlich unsicher fühlen. Die Unterschiede sind statistisch hochsignifikant. Dieses Ergebnis ist weitgehend konform mit den bislang in der kriminologischen Forschung gefundenen Resultaten. Es fällt jedoch auch auf, daß in Freiburg die Werte für die Kriminalitätsfurcht bei beiden Geschlechtern höher liegen als in Ravensburg/Weingarten und Calw, bei den Frauen beträgt die Differenz zwischen Freiburg und Calw nahezu 10%. Betrachtet man die selbsterlittene Opferwerdung, so zeigen, wie auch schon bei den Items zuvor, Opfer etwas mehr Furcht als Nichtopfer, die Unterschiede sind jedoch sehr gering und statistisch nicht bedeutsam.

Da es sich hier um Fragen zur Kriminalitätsfurcht handelt, die das engere Lebensumfeld betreffen, wollten wir nicht nur die allgemeine Opferwerdung erfassen, sondern auch im Speziellen die Opferwerdung in der Wohngegend und vor allem auch die Gewaltopferwerdung in der eigenen Wohngegend. Unter Gewaltopferwerdung wurden dabei die Deliktgruppen Raub, tätlicher Angriff sowie sexueller Angriff zusammengefaßt. Es ist davon auszugehen, daß unter Annahme einer sogenannten Viktimisierungsperspektive¹³ Opferwerdung im persönlichen Nahraum und vor allem eine schwere Viktimisierung im Wohnumfeld zu erheblicher Furcht führt. *Tabelle 12* zeigt auch hier die entsprechenden Ergebnisse: So werden unter Berücksichtigung der Opferwerdung in der Wohngegend die Unterschiede in bezug auf die Unsicherheit nachts draußen allein in der Wohngegend zwischen Opfern und Nichtopfern etwas deutlicher, wenngleich nur in Freiburg die Grenze der statistischen Bedeutsamkeit überschritten wird (Irrtumswahrscheinlichkeit < 5%). Insgesamt ist der Effekt jedoch eher moderat, es scheint als habe - mit Ausnahme Freiburgs - ein Viktimisierungserlebnis im persönlichen Wohnumfeld nur eine geringe Bedeutung für das Ausmaß der Verbrechensfurcht.

¹³vgl. oben, Punkt 1, Einleitung

Tabelle 12: Wie sicher fühlen Sie sich oder würden sich fühlen, wenn Sie hier in Ihrer Wohngegend nachts draußen alleine sind? - getrennt nach Geschlecht und selbsterlebter Opferwerdung (insgesamt, in Wohngegend und Gewaltopfer in Wohngegend)

	Calw				Freiburg				Ravensburg/Weingarten			
	sehr/ziemlich sicher		sehr/zieml. unsicher		sehr/ziemlich sicher		sehr/zieml. unsicher		sehr/ziemlich sicher		sehr/zieml. unsicher	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
männlich	418	87,3	61	12,7	432	83,7	84	16,3	572	88,0	78	12,0
weiblich	284	64,8	154	35,2	317	55,9	250	44,1	358	57,8	261	42,2
Sig.(df=1)	Chi ² = 64,10 p < .001				Chi ² = 97,98 p < .001				Chi ² = 147,36 p < .001			
Nichtopfer	525	76,4	162	23,6	453	69,3	201	30,8	666	73,9	235	26,1
Opfer	158	75,5	60	24,5	303	68,2	141	31,8	275	72,2	106	27,8
Sig.(df=1)	Chi ² = 0,08 p = .77				Chi ² = 0,13 p = .72				Chi ² = 0,41 p = .52			
Nichtopfer Wohngeg.	624	76,8	189	23,2	593	70,7	246	29,3	803	74,0	282	26,0
Opfer Wohngeg.	86	72,3	33	27,7	163	62,9	96	37,1	138	70,1	59	29,9
Sig.(df=1)	Chi ² = 1,15 p = .28				Chi ² = 5,54 p < .05				Chi ² = 1,34 p = .25			
Nichtopfer Gewalt in Wohngeg.	694	76,2	217	23,8	742	70,3	313	29,7	923	74,1	322	25,9
Opfer Gewalt in Wohngeg.	16	76,2	5	23,8	14	32,6	29	67,4	18	48,6	19	51,4
Sig.(df=1)	Chi ² = 0,00 p = .99				Chi ² = 27,49 p < .001				Chi ² = 11,96 p < .001			

Anders jedoch die Betrachtung der Gewaltopferwerdung in der Wohngegend: Hier zeigen sich in Ravensburg/Weingarten und vor allem in Freiburg deutliche und statistisch hochsignifikante Unterschiede zwischen Opfern und Nichtopfern in bezug auf das Unsicherheitsgefühl nachts draußen alleine. Allerdings fällt Calw etwas aus dem Rahmen, hier lassen sich überhaupt keine Unterschiede feststellen, es ist allerdings auch zu berücksichtigen, daß die Fallzahlen der Calwer Stichprobe in dieser Merkmalskombination extrem klein sind (n = 5). Insgesamt lassen sich aber doch aus den beiden anderen Städten deutliche Belege dafür finden, daß eine schwere Opferwerdung im Nahraum zu einer deutlichen Erhöhung der Furcht führt.

Abbildung 5: Unsicherheit nachts draußen alleine in der Wohngegend (Antwortalternative ziemlich/sehr unsicher) - getrennt nach Altersgruppen



Wie bei allen bisherigen Fragen zur Kriminalitätsfurcht, so soll auch hier untersucht werden, ob es eine Altersabhängigkeit im Hinblick auf das Unsicherheitsgefühl nachts draußen alleine in der Wohngegend gibt. *Abbildung 5* zeigt die Verteilungen in den jeweiligen Projektstädten. Dabei fällt auf, daß es innerhalb der Calwer Stichprobe nur sehr wenige Unterschiede zwischen den Altersgruppen gibt. So geben ca. 25% der 14- 24jährigen an, daß sie sich sehr oder ziemlich unsicher fühlen, der Wert sinkt dann in der nächsten Altersgruppe leicht ab, steigt dann aber wieder an und endet in der höchsten Altersgruppe wieder bei ca. 25%. In Freiburg und Ravensburg/Weingarten gibt es deutliche Unterschiede: Hier zeigen die jüngsten Befragten ein relativ hohes Maß an Furcht, dieser Wert sinkt dann in Freiburg bis zur Altersgruppe der 25- bis 29jährigen, in Ravensburg/Weingarten bis zur Altersgruppe der 35- bis 39jährigen ab, und steigt danach wiederum an. Tiefpunkte zeigen sich in Freiburg nochmals bei Personen zwischen 40 und 44 Jahren und in Ravensburg/Weingarten ergibt sich ein deutliches Tief zwischen 55 und 59 Jahren. Ab dem 60./65. Lebensjahr in Freiburg und dem 55./59. in Ravensburg/Weingarten steigt die Furcht in den beiden Städten rapide an, in Freiburg wird in der Gruppe der 65jährigen und Älteren der höchste Wert überhaupt erzielt (54,7%). Dies zeigt wiederum, daß in den größeren Projektstädten sowohl in der jüngsten wie auch in der ältesten Altersgruppe ein relativ hohes Maß an Verbrechensfurcht empfunden wird.

3.7 Angst nachts draußen alleine in der Wohngegend Opfer einer Straftat zu werden

Ein häufiger Kritikpunkt am sogenannten "Standarditem", d.h. der Furcht nachts draußen alleine in der Wohngegend ist, daß es unter Umständen gar nicht so sehr Kriminalitätsfurcht erfaßt, sondern hier von den Befragten auch eine breite Reihe von Ängsten darunter eingeordnet

werden, so z.B. gerade bei älteren Menschen, die Angst zu stürzen und unentdeckt verletzt liegenzubleiben, oder aber etwa die Angst eine Herzattacke zu erleiden, ohne daß Hilfe geholt werden kann. Um dieser Kritik, die sicherlich zum Teil auch ihre Berechtigung hat, zu begegnen, hatten wir in die Untersuchung zusätzlich ein "abgewandeltes Standarditem" aufgenommen, in welchem die konkrete Angst Opfer einer Straftat zu werden erfragt wurde.

Tabelle 13: "Haben Sie nachts draußen alleine in Ihrer Wohngegend Angst, Opfer einer Straftat zu werden?"

	Calw		Freiburg		Ravensburg/ Weingarten		Westdeutsch- land (OG1)		Westdeutsch- land (OG2)	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
sehr oft	18	1,9	41	3,8	44	3,5	5	1,8	20	5,2
ziemlich oft	100	10,8	172	15,8	146	11,5	22	7,9	58	15,1
selten	527	56,9	623	57,4	708	55,6	139	49,6	170	44,2
nie	282	30,4	250	23,0	375	29,5	114	40,7	137	35,6
Gesamt	927	100	1086	100	1273	100	280	100	385	100

Wie *Tabelle 13* zeigt, liegt in der Tat die Häufigkeit der Zustimmung zu dieser Aussage um ca. 10% niedriger als beim vorangegangenen Item. Dies heißt nun nicht, daß diese 10% in jeder Stadt solche Personen betreffen, die sich draußen nicht vor einer Viktimisierung fürchten, sondern weil sie glauben, daß sie stürzen könnten o.ä. Um eine solche differenzierende Aussage treffen zu können, sind die Fragenformulierungen zu unterschiedlich. So wurde in der vorangegangenen Frage nach dem Unsicherheitsgefühl gefragt, hier dagegen konkret nach Angst. Allein die sprachlichen Konnotationen dieser Begriffe sind recht unterschiedlich. Dennoch zeigt sich insgesamt das bereits beim vorhergehenden Standarditem gefundene Bild: Die Großstadt Freiburg liegt mit knapp 20% Angaben in den Kategorien "sehr oft" und "ziemlich oft" an der Spitze, es folgen Ravensburg/Weingarten mit 15% und Calw bildet mit 12,7% das Schlußlicht. Diese Ergebnisse sind allerdings auch ein deutlicher Beleg für ein weit verbreitetes Unsicherheitsgefühl, so gibt in Freiburg immerhin jeder fünfte (!) an, daß er fürchte er könne nachts draußen allein in der Wohngegend Opfer einer Straftat werden. Vergleicht man die Ergebnisse aus den Projektstädten mit den Befunden der allgemeinen Bevölkerungsbefragung in Westdeutschland, so sind in Ravensburg/Weingarten und Calw die Kategorien "ziemlich oft" und "sehr oft" etwas stärker besetzt als in den Orten mit 20.000 bis 50.000 Einwohnern (OG1) (9,7%), in Freiburg dagegen stimmen die Verteilungen bis auf 0,7% mit den Ergebnissen aus den Großstädten mit 100.000 bis 500.000 Einwohnern (OG2) überein. Dies weist darauf hin, daß die Unterschiede zwischen den Projektstädten mit hoher Wahrscheinlichkeit auf den Urbanisierungsgrad zurückzuführen sind.

Tabelle 14: Haben Sie nachts draußen alleine in Ihrer Wohngegend Angst, Opfer einer Straftat zu werden? - getrennt nach Geschlecht und selbsterlebter Opferwerdung (insgesamt, in Wohngegend und Gewaltopfer in Wohngegend)

	Calw				Freiburg				Ravensburg/Weingarten			
	(sehr)oft		selten/nie		(sehr)oft		selten/nie		(sehr)oft		selten/nie	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
männlich	28	5,9	450	94,1	45	8,8	466	91,2	29	4,5	619	95,5
weiblich	85	19,5	350	80,5	168	30,1	392	70,0	160	26,1	453	73,9
Sig.(df=1)	Chi ² = 39,31 p < .001				Chi ² = 75,33 p < .001				Chi ² = 115,62 p < .001			
Nichtopfer	82	12,0	602	88,0	115	17,9	529	82,1	126	14,1	765	85,9
Opfer	36	14,8	207	85,2	98	22,2	344	77,8	64	16,8	318	83,2
Sig.(df=1)	Chi ² = 1,29 p = .26				Chi ² = 3,10 p = .08				Chi ² = 1,44 p = .23			
Nichtopfer Wohngeg.	95	11,8	713	88,2	145	17,5	682	82,5	157	14,6	920	85,4
Opfer Wohngeg.	23	19,3	96	80,7	68	26,3	191	73,7	33	16,8	163	83,2
Sig.(df=1)	Chi ² = 5,35 p < .05				Chi ² = 9,51 p < .01				Chi ² = 0,67 p = .41			
Nichtopfer Gewalt in Wohngeg.	114	12,6	793	87,4	194	18,6	849	81,4	180	14,6	1056	85,4
Opfer Gewalt in Wohngeg.	4	20,0	16	80,0	19	44,2	24	55,8	10	27,0	27	73,0
Sig.(df=1)	Chi ² = 0,97 p = .32				Chi ² = 17,14 p < .001				Chi ² = 4,40 p < .05			

Betrachtet man nun die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sowie zwischen Opfern und Nichtopfern (es wurde wie beim vorangegangenen Item die Opferwerdung insgesamt, Opferwerdung in der Wohngegend und Gewaltopferwerdung in der Wohngegend unterschieden), so zeigt *Tabelle 14*, daß die Furcht vor Opferwerdung in der Wohngegend, unter Zusammenfassung der Kategorien "ziemlich oft" und "sehr oft" sowie "selten" und "nie", in besonders starkem Maße durch Frauen bestimmt wird. So geben Frauen drei- (Calw und Freiburg) bis sechsmal (Ravensburg/Weingarten) so häufig als Männer an, daß sie zumindest ziemlich oft Angst haben in ihrer Wohngegend Opfer einer Straftat zu werden. So ist es in Freiburg nahezu jede dritte, in Ravensburg/Weingarten jede vierte und in Calw jede fünfte Frau, die konkrete Angst vor einer Opferwerdung hat.

Im Gegensatz hierzu hat die Opferwerdung insgesamt und erwartungsgemäß einen geringeren Effekt hinsichtlich der Furcht vor erneuter Opferwerdung. Die Unterschiede deuten zwar in Richtung einer verstärkten Furcht der Opfer, das statistische Signifikanzniveau wird jedoch in

keiner Projektstadt erreicht. Deutlicher ist der Einfluß allerdings bezüglich einer vorhergehenden Opferwerdung in der eigenen Wohngegend: Hier zeigen sich in Calw und in Freiburg signifikante Ergebnisse in Richtung erhöhter Furcht der Opfer. In Ravensburg/Weingarten ließ sich der Unterschiede allerdings nicht statistisch absichern, deutet aber in dieselbe Richtung. Betrachtet man schließlich die Gewaltopferwerdung in der Wohngegend, so ergeben sich in Ravensburg/Weingarten, v.a. aber in Freiburg statistisch abgesicherte, deutliche Unterschiede in Richtung einer erhöhten Furcht der Opfer. In Freiburg hat nahezu jeder Zweite der einmal Gewaltopfer in der Wohngegend wurde Angst davor, erneut Opfer zu werden; in Ravensburg/Weingarten ist es jeder Vierte. In Calw sind die Häufigkeiten in der Merkmalskombination Opfer und Furcht zu gering als daß das Ergebnis zu interpretieren wäre.

Betrachtet man schließlich die Altersverteilungen im Hinblick auf die Angst in der Wohngegend Opfer einer Straftat zu werden, so zeigt *Abbildung 6*, daß ähnlich der vorangegangenen Variablen Unsicherheit nachts allein in der Wohngegend in Calw keine bedeutsamen Modulationen in der Altersverteilung zu beobachten sind. Die Kurve ist insgesamt mit dem Lebensalter zwar leicht ansteigend, die Werte oszillieren jedoch um die 13%-Marke. Anders in Freiburg, hier sind bedeutendere Hoch- und Tiefpunkte festzustellen, so sinkt die Furcht ausgehend von einem vergleichsweise hohen Niveau der jüngsten Altersgruppe bis zum 30. Lebensjahr leicht ab, steigt dann wieder bis zum 40. Lebensjahr an und erreicht einen erneuten Tiefpunkt zwischen dem 40. und 50. Lebensjahr. Einen hohen Wert hat dann wiederum die Gruppe der 50- bis 54jährigen, wohingegen die nächste Altersgruppe (55 bis 59 Jahre) wieder weniger Furcht angibt. Ab dem 60. Lebensjahr steigt die Furcht dann rapide an und erreicht ihr Maximum in der ältesten Altersgruppe (30,2%). In Ravensburg/Weingarten hat, entsprechend den Freiburger Ergebnissen die jüngste, aber auch die darauffolgende Altersgruppe einen hohen Furchtwert. Danach sinkt der Anteil der furchtsamen Probanden deutlich ab und verbleibt bis zum 60. Lebensjahr ungefähr auf demselben Niveau. In der Altersgruppe der 60- bis 64jährigen kommt es dann zu einem starken Anstieg der Verbrechensfurcht, in der ältesten Altersgruppe jedoch wiederum (und hier vergleichbar den Calwer Ergebnissen) zu einem Rückgang der Häufigkeit der in Richtung Furcht weisenden Nennungen. Insgesamt läßt sich jedoch auch hier mit Ausnahme Calws feststellen, daß Jugendliche relativ häufig Angst vor einer Opferwerdung in der Wohngegend haben, ab 60 Jahren nimmt dieser Wert dann ebenfalls wieder zu, im Rentenalter unterscheiden sich jedoch die Häufigkeiten der Kleinstädte von denen der Großstadt.

Abbildung 6: Angst vor Opferwerdung in der Wohngegend (Antwortalternative sehr oft/ziemlich oft) - getrennt nach Altersgruppen



3.8 Unterschiede in der Verbrechensfurcht in einzelnen Stadtteilen

Neben der Darstellung der Kriminalitätsfurcht in den Städten insgesamt sollen im abschließenden Kapitel auch einige stadtteilbezogene Auswertungen berichtet werden. Dabei werden die Ergebnisse aus Calw sowie Ravensburg/Weingarten ausschließlich deskriptiv dargestellt, eine differenzierte Analyse der Ergebnisse ist uns - als nicht Ortskundige - nicht möglich. Für die Freiburger Daten wird dagegen exemplarisch eine verfeinerte Analyse durchgeführt. Insgesamt werden nur Daten aus den Stadtteilen dargestellt, in denen Angaben von mindestens 30 Personen vorliegen. Dieser Ausschluß von Stadtteilen ist aus Gründen der Interpretierbarkeit der Daten geboten. Damit entfallen in der Interpretation folgende Stadtteile (Anzahl der antwortenden Personen wird in Klammern dargestellt): Calw: Holzbronn (27); Ravensburg: Schussensiedlung & Ummenwinkel (23), Sennerbad (8), Bavendorf (25), Dürnast (17), Adelsreute (1), Gornhofen (8); Weingarten: Lehen/Meisterhof/Vorderochsen (28); Freiburg: Ebnet (12), Günterstal (17), Haslach-Egerten (17), Haslach-Haid (19), Hochdorf (27), Kappel (21), Lehen (17), Neuburg (20), Waltershofen (14), Opfingen (16), Tiengen (23), Munzingen (14), Waldsee (20).

Es werden im folgenden solche Variablen dargestellt, die durch ihre Formulierung einen engen Bezug zur eigenen Wohngegend darstellen, d.h. das Meiden bestimmter Örtlichkeiten in der Wohngegend, das Unsicherheitsgefühl nachts draußen allein in der Wohngegend sowie die Angst vor Opferwerdung in der Wohngegend.

3.8.1 Calw

Betrachtet man die Ergebnisse hinsichtlich der Variablen Meiden bestimmter Örtlichkeiten aus Furcht, so zeigt *Abbildung 7*, daß in den beiden Stadtteile Calw-Stadt sowie Heumanden 34,8% bzw. 34,0% der dort Befragten, somit etwa also ein Drittel, angibt, daß sie dieses Meideverhalten zeigen, es folgen die Stadtteile Hirsau/Ernstmühl (31,4%) und Wimberg (30,3%); geringere Werte zeigen sich in den Stadtteilen Altburg (25,0%), Alzenberg (23,8%) und Stammheim (21,0%). Vergleicht man dieses Ergebnis mit der Frage nach dem Gefühl von Unsicherheit nachts draußen alleine in der Wohngegend, so zeigt sich, daß die häufigsten Nennungen in der Kategorie "unsicher" ebenfalls auf die Stadtteile Calw-Stadt (34,6%) sowie Heumanden (30,3%) entfallen (vgl. *Abbildung 8*). Alle anderen Stadtteile liegen deutlich niedriger, das bezüglich des Meidens an dritter Stelle liegende Hirsau/Ernstmühl, liegt nun an letzter Stelle der Nennungen (14,6%).

Abbildung 7: Meiden bestimmter Orte um zu verhindern, daß einem etwas zustößt (Antwortalternative ja) - getrennt nach Calwer Stadtteilen

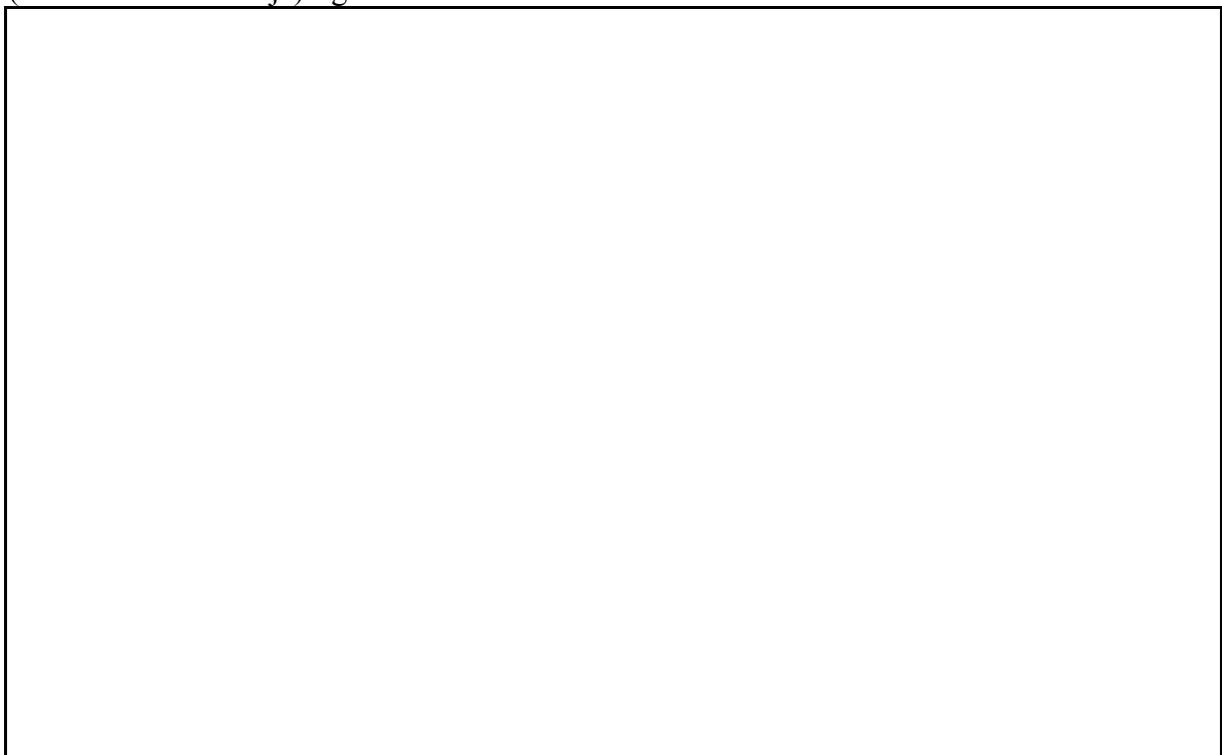


Abbildung 8: Unsicherheitsgefühl nachts draußen allein in der Wohngegend (Antwortalternative ziemlich/sehr unsicher) - getrennt nach Calwer Stadtteilen

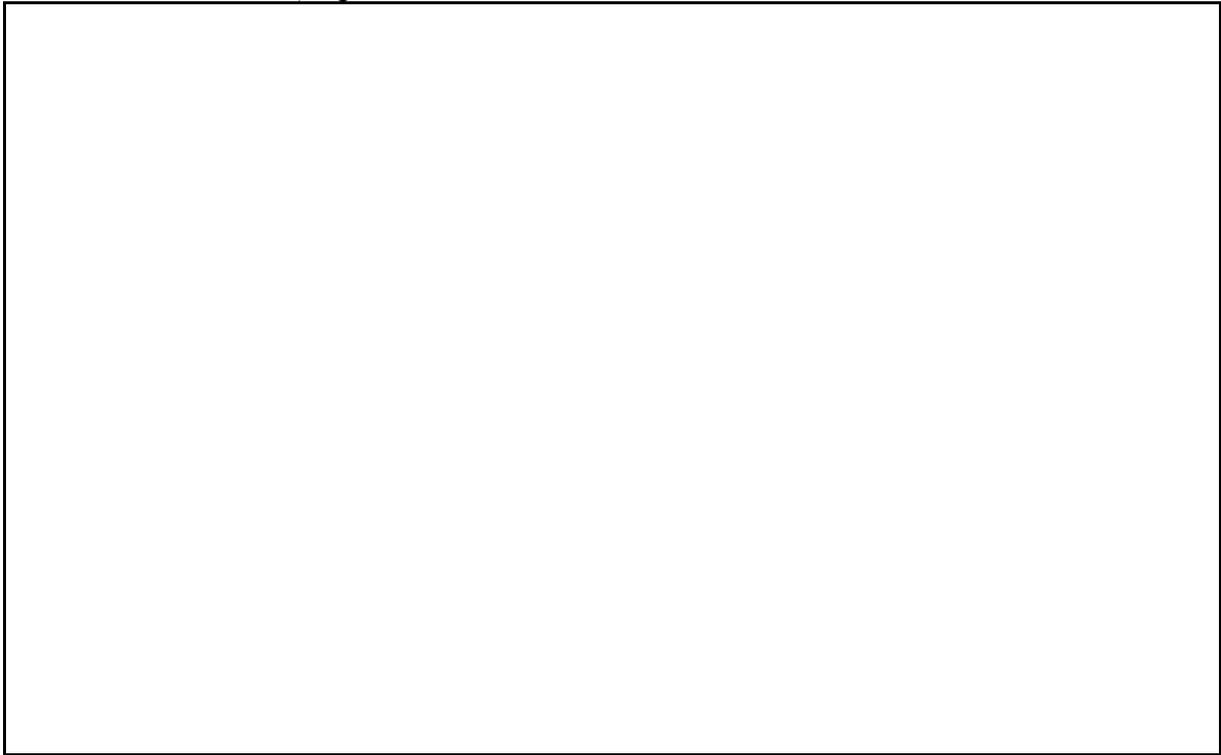


Abbildung 9: Angst vor Opferwerdung nachts draußen allein in Wohngegend (Antwortalternative sehr/ziemlich oft) - getrennt nach Calwer Stadtteilen



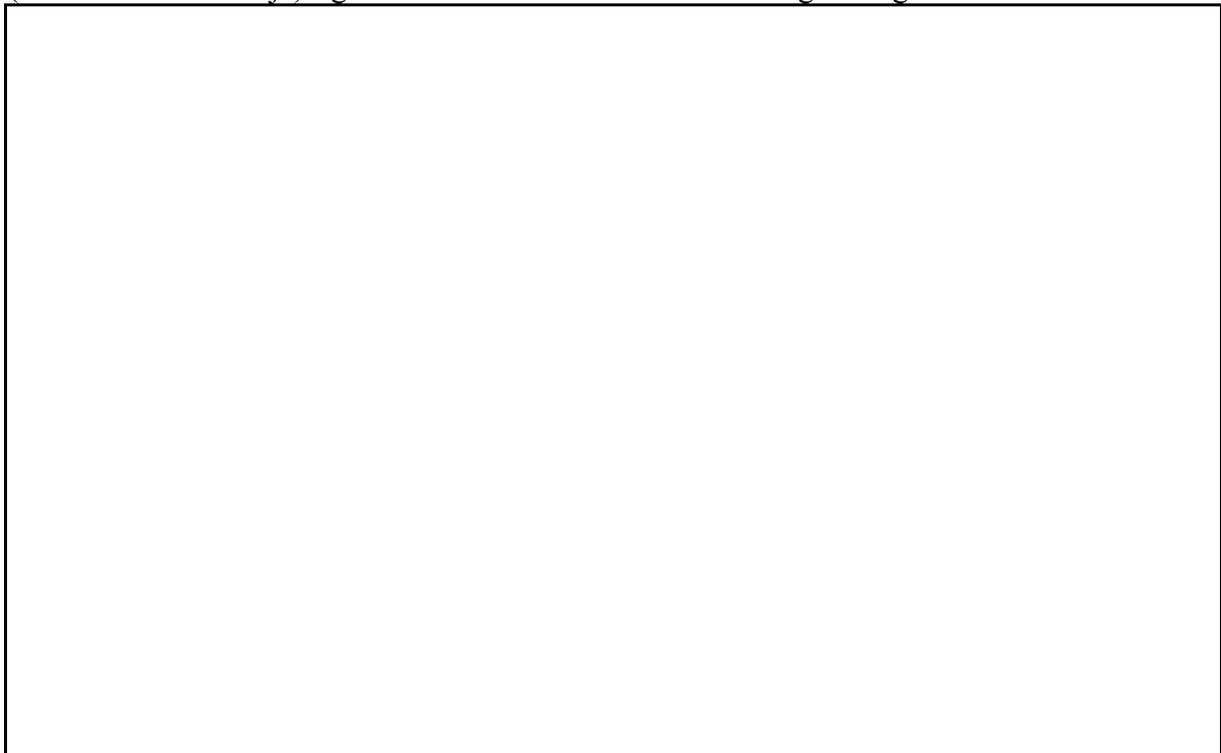
Betrachtet man die letzte Furchtvariable, die Angst vor Opferwerdung in der eigenen Wohn-

gend, so liegt Heumanden mit 19,2% der Nennungen "ziemlich bzw. sehr oft" deutlich an der Spitze. Es folgt dann der Stadtteil Calw-Stadt (15,9%), wengleich der Abstand zu den Stadtteilen Altburg (14,0%) und Wimberg (13,4%) deutlich geringer als in den vorangegangenen Items ist. Am Ende befindet sich mit 4,9% wiederum der Stadtteil Hirsau/Ernstmühl (vgl. *Abbildung 9*).

3.8.2 Ravensburg/Weingarten

In Ravensburg/Weingarten wollen wir ebenfalls die Verteilungsunterschiede der genannten drei Variablen auf die einzelnen Stadtteile überprüfen. Dabei haben wir die beiden unabhängigen Städte Ravensburg und Weingarten jeweils getrennt betrachtet. In bezug auf die Frage nach dem Meiden bestimmter Örtlichkeiten zeigen sich in Ravensburg starke Konzentrationen in den Stadtteilen Altstadt, v.a. Nordstadt und Sonnenbüchel-Burach, aber auch Südstadt und Weißenau/Weingartshof/Torkenweiler. Am unteren Ende liegen Schmalegg und Oberzell (vgl. *Abbildung 10*). Die Abbildung zeigt ebenfalls, daß in Weingarten - wo allerdings eine Einteilung in Stadtteile nur schwer möglich war - der Stadtteil Nordstadt in der Häufigkeit des Meideverhaltens eindeutig dominiert, knapp 60% der Befragten geben ein Meideverhalten in diesem Stadtteil an, es folgen dann mit deutlichem Abstand die Stadtteile Untere Breite - Lerchenfeld, der Innenstadtbereich liegt dagegen interessanterweise am Ende der Verteilung.

Abbildung 10: Meiden bestimmter Orte um zu verhindern, daß einem etwas zustößt (Antwortalternative ja) - getrennt nach Stadtteilen Ravensburg/Weingarten



Vergleicht man diese Resultate mit den in *Abbildung 11* dargestellten Ergebnissen bezüglich des Unsicherheitsgefühls nachts allein in der Wohngegend, so zeigt sich in Ravensburg, daß wiederum die Furchtwerte für den Stadtteil Nordstadt an der Spitze liegen, es folgt dann, vergleichbar dem Meiden bestimmter Örtlichkeiten die Altstadt von Ravensburg. Die niedrigsten Häufigkeiten bezüglich des Unsicherheitsempfindens nachts allein in der Wohngegend - und

auch hier ist das Ergebnis vergleichbar dem Meideverhalten - zeigen sich in den Stadtteilen Oberzell und Schmalegg. In Weingarten sind die Verteilungen der Furchtwerte weitgehend ausgeglichen, relativ häufig wird in den Stadtteilen Untere Breite - Lerchenfeld und Stadtesch West - Blumenau ein Unsicherheitsempfinden angegeben.

Betrachtet man abschließend die Frage nach der Angst vor einer möglichen Opferwerdung in der Wohngegend, so zeigt *Abbildung 12*, daß in Ravensburg besonders die Altstadtbewohner diese Angst angeben, danach folgt der in den bisherigen Furchtvariablen dominierende Stadtteil Nordstadt und am Ende der Verteilung befinden sich wiederum Oberzell und Schmalegg. In Weingarten sind die Ergebnisse etwas heterogener, so liegt mit 23,8% Zustimmung zur Aussage der Stadtteil Stadtesch Süd an der Spitze, alle anderen Stadtteile - mit Ausnahme der Nordstadt die sehr stark abfällt - verteilen sich weitgehend gleichmäßig.

Abbildung 11: Unsicherheitsgefühl nachts draußen allein in der Wohngegend (Antwortalternative ziemlich/sehr unsicher) - getrennt nach Stadtteilen Ravensburg/Weingarten

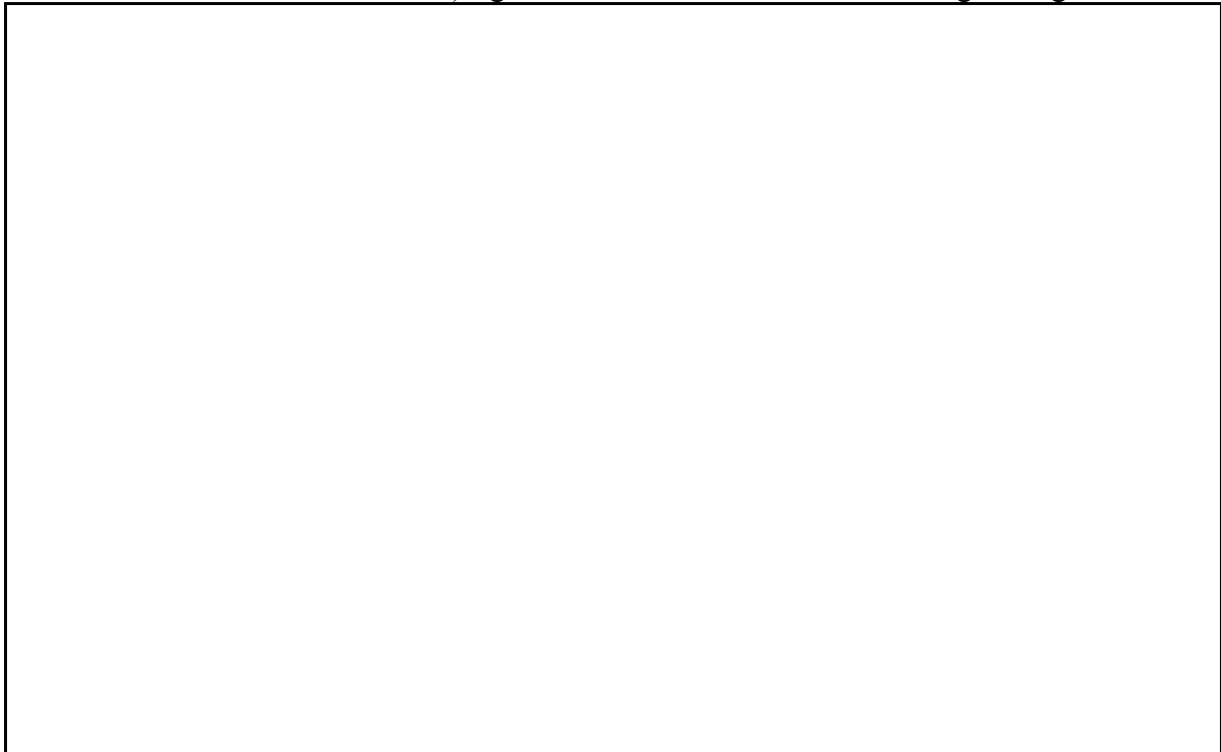
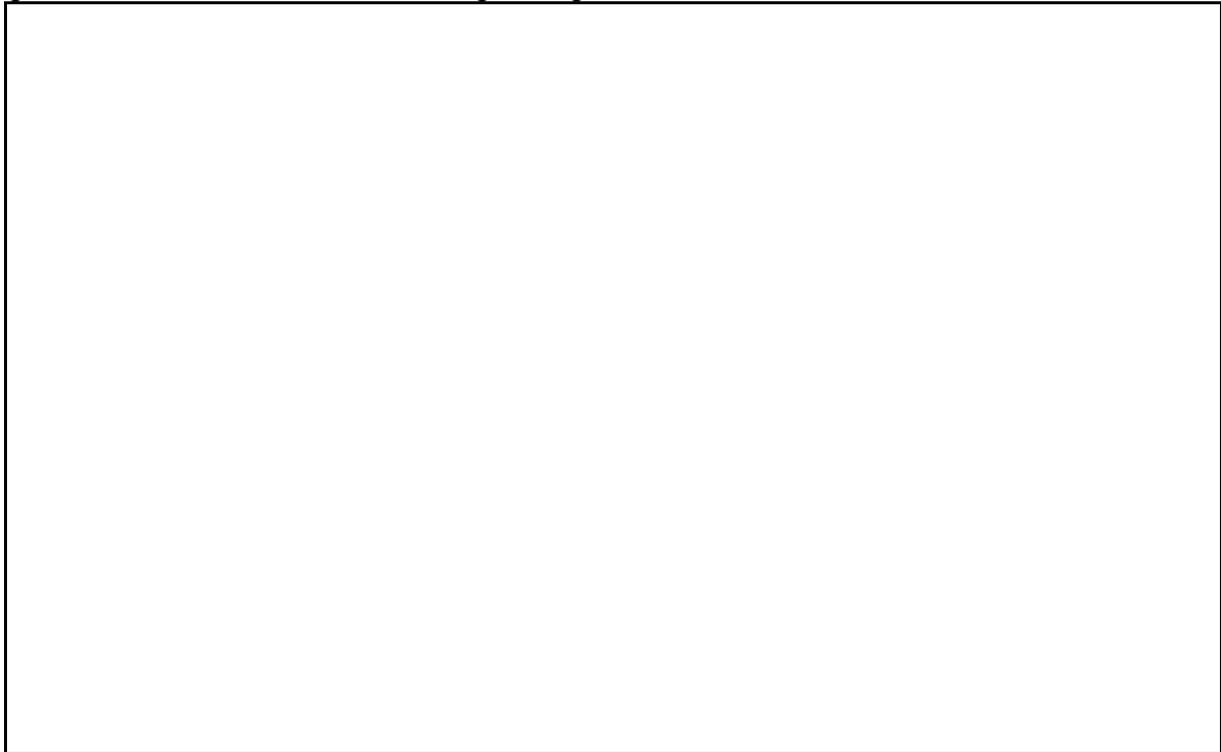


Abbildung 12: Angst vor Opferwerdung in Wohngegend (Antwortalternative sehr/ziemlich oft) - getrennt nach Stadtteilen Ravensburg/Weingarten



3.8.3 Freiburg

Im folgenden soll nun etwas ausführlicher auf die Freiburger Ergebnisse eingegangen werden, d.h. neben den drei Furchtvariablen wollen wir auch die Opferwerdungen in den Stadtteilen, sowie die Benennungen von sogenannten Furchträumen (d.h. die Probanden wurden gefragt, wo in der Stadt, außerhalb des eigenen Stadtteils, sie sich fürchten) eingehen. An dieser Stelle soll vom Prinzip der Darstellung von Stadtteilen mit mindestens 30 Probanden abgegangen werden, so wird hier auch der Stadtteil Oberwiehre (n = 24) dargestellt, dies dient aber ausschließlich zur Vervollständigung des Großraums Wiehre.

Betrachtet man zunächst die Analyse des Meideverhaltens, so zeigt sich, daß mit wenigen Ausnahmen eine weitgehende Gleichverteilung über die Stadtteile festzustellen ist (vgl. *Abbildung 13*). Diese Ausnahmen stellen mit besonders hohen Häufigkeiten die Stadtteile Weingarten, Haslach-Gartenstadt und Bischofslinde dar - ca. zwei Drittel der dort lebenden Probanden meiden bestimmte Straßen und Plätze aus Furcht -, mit relativ geringen Häufigkeiten bezüglich des Meideverhaltens die Stadtteile Unterwiehre und Oberau. Der Altstadtbereich und der Stühlinger, denen im Rahmen der Planung von Präventionsbemühungen in Freiburg besondere Aufmerksamkeit zukommt, liegen im mittleren Bereich.

Abbildung 13: Meiden bestimmter Orte um zu verhindern, daß einem etwas zustößt (Antwortalternative ja) - getrennt nach Freiburger Stadtteilen

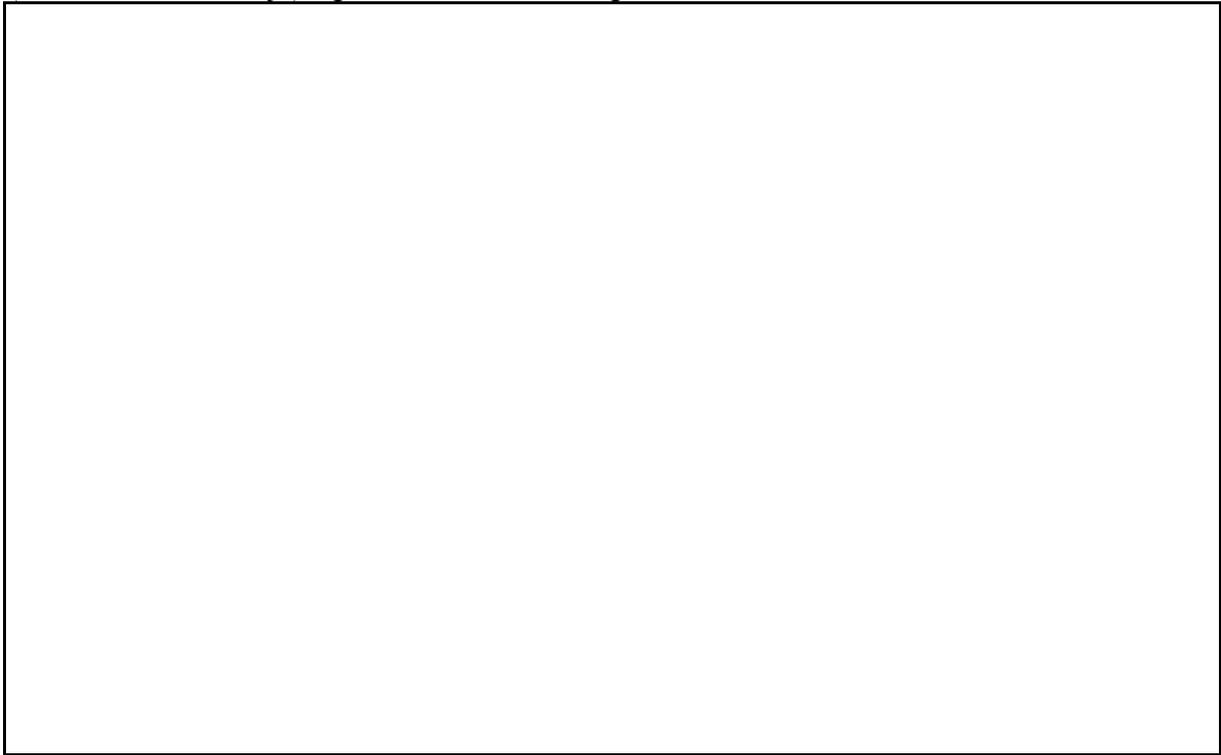
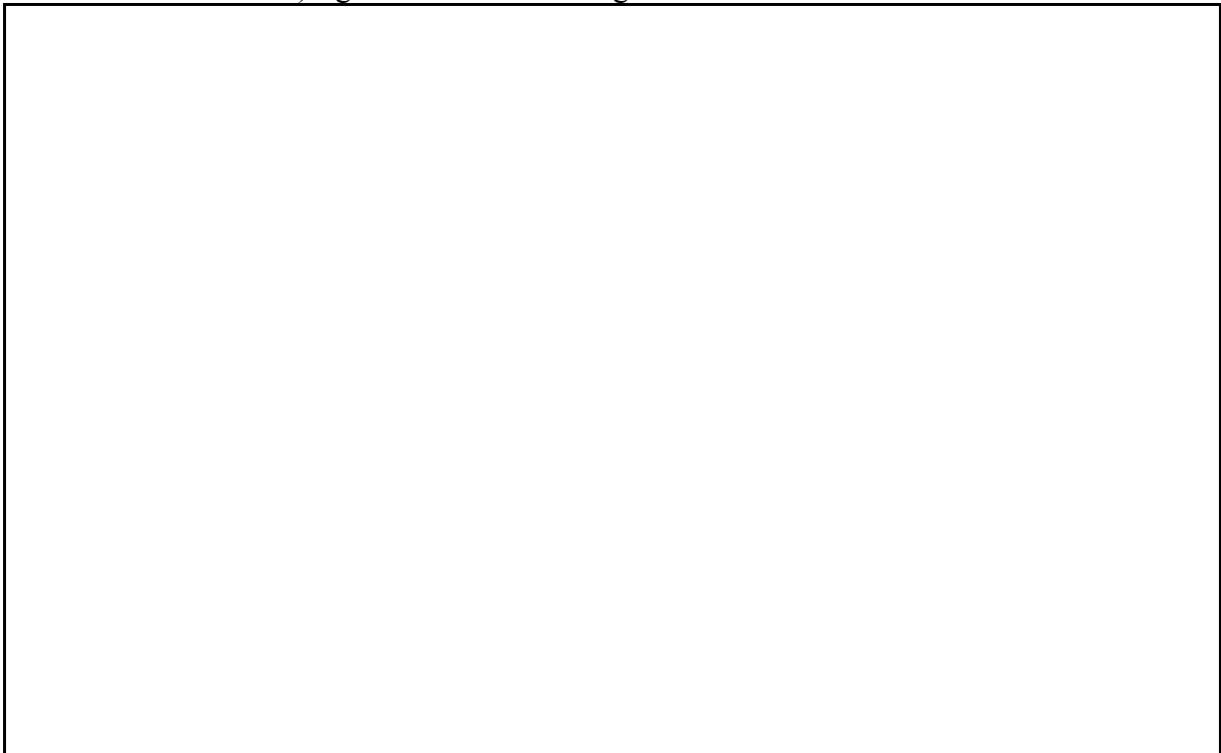


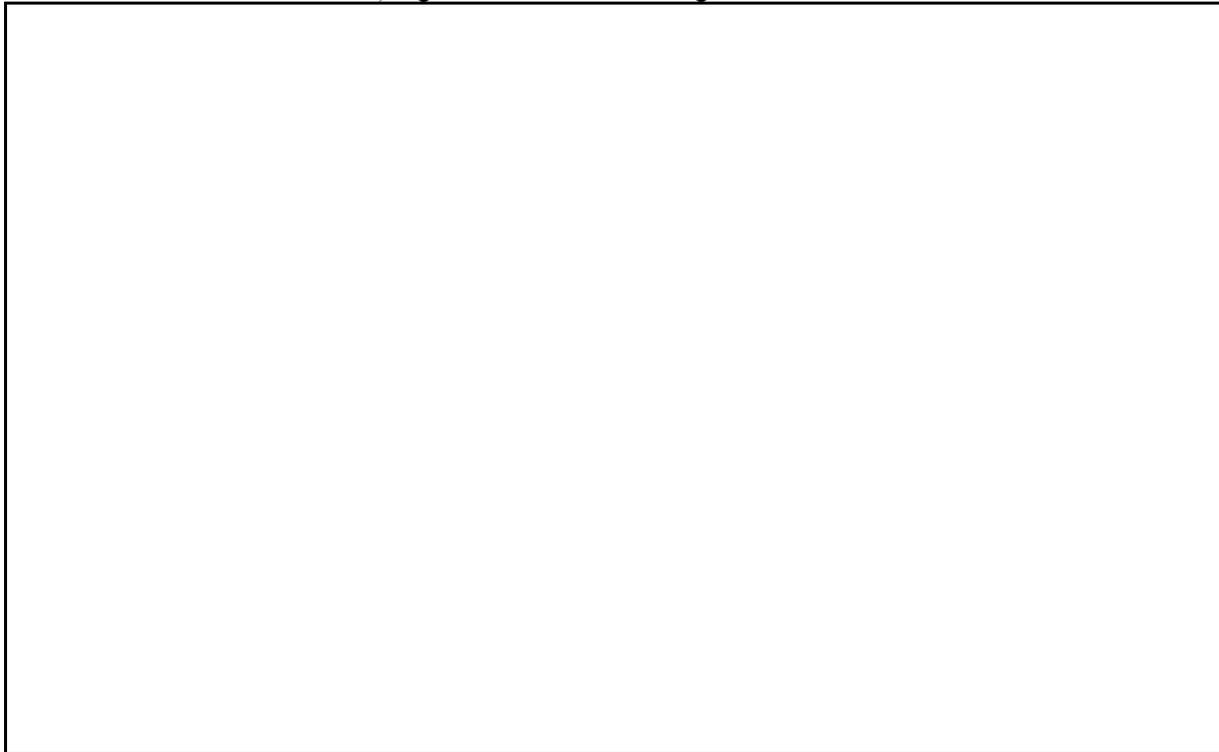
Abbildung 14: Unsicherheitsgefühl nachts draußen allein in der Wohngegend (Antworten ziemlich/sehr unsicher) - getrennt nach Freiburger Stadtteilen



Wie *Abbildung 14* zeigt, werden die Ergebnisse hinsichtlich des Meidens bestimmter Ört-

lichkeiten für den Stadtteil Weingarten als Spitzenreiter auch für das Unsicherheitsgefühl nachts draußen allein in der Wohngegend bestätigt. So geben wiederum nahezu 70% der dort lebenden Befragten an, daß sie sich ziemlich oder gar sehr unsicher fühlen. An zweiter Stelle liegt diesmal der Stadtteil Haslach-Gartenstadt, der räumlich an Weingarten angrenzt. Schlußlicht bildet neben dem Mooswald wiederum die Oberau. Auch bezüglich dieser Frage sind die Häufigkeiten für die Altstadt und den Stühlinger nicht auffällig.

Abbildung 15: Angst vor Opferwerdung nachts draußen allein in Wohngegend (Antwortalternative sehr/ziemlich oft) - getrennt nach Freiburger Stadtteilen

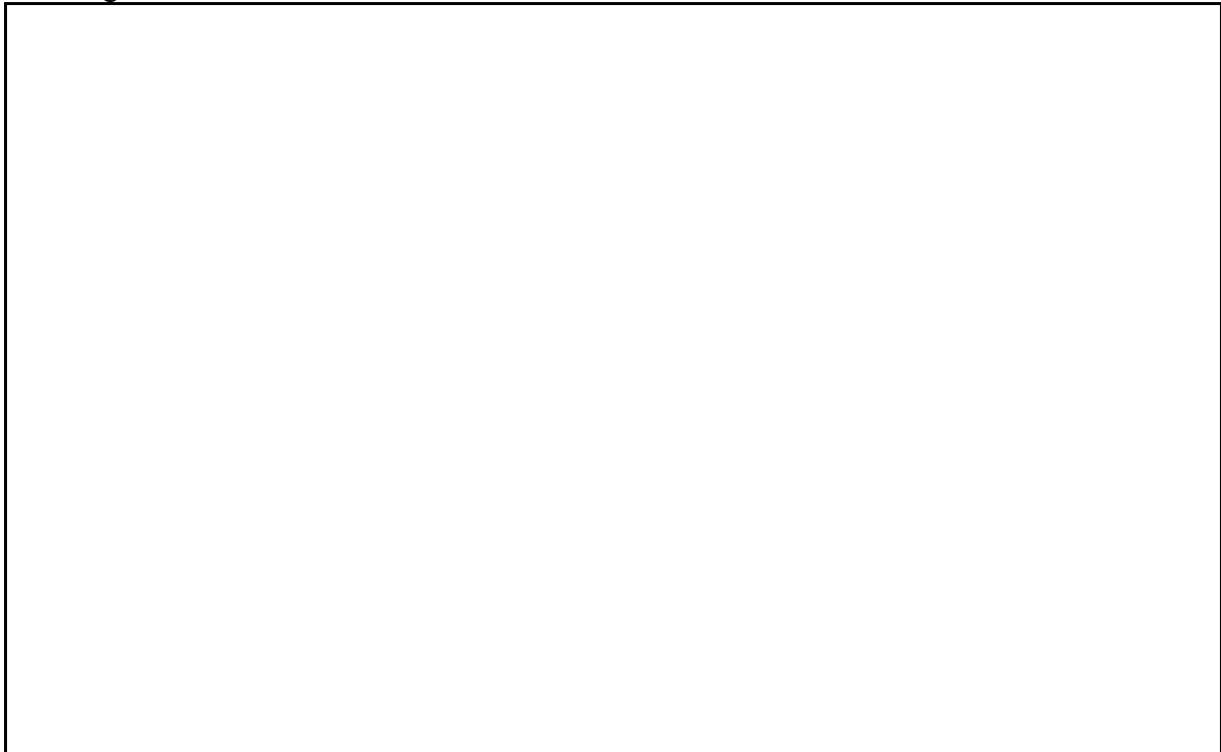


Eine weitere Bestätigung der herausragenden Position des Stadtteils Weingarten bezüglich der Verbrechensfurcht findet sich bei der Frage nach der Angst vor einer Viktimisierung in der Wohngegend. So gibt nahezu die Hälfte der Befragten Weingartens an, daß sie ziemlich oder sehr oft Angst haben, in ihrer Wohngegend Opfer einer Straftat zu werden. Dieser Wert ist um nahezu 20% höher als der Wert des nachfolgenden Stadtteils Bischofslinde (30,2%). Die Altstadt liegt bei dieser Frage sogar am Ende der Verteilung (vgl. *Abbildung 16*).

Angesichts dieser Ergebnisse stellte sich für uns die Frage, ob denn diese extrem hohe Furcht unter den Bewohnern Weingartens auch einen Bezug zu Viktimisierungshäufigkeiten in diesem Stadtteil aufweist. Hierzu hatten wir alle Opferwerdungen bei welchen als Ort des Geschehens ein Stadtteil identifizierbar war zusammengefaßt und den entsprechenden Stadtgebieten zugeordnet. Es ergaben sich insgesamt 510 Delikte, deren Verteilung in *Abbildung 16* dargestellt ist. Dabei zeigt sich, daß Weingarten hinsichtlich des Viktimisierungsgeschehens eine weitgehend geringe Rolle spielt. So entfielen nur ca. 5% aller genannten Delikte auf diesen Stadtteil. Deutlicher Spitzenreiter mit 16,9% war der Altstadtbereich, dem folgte der Stühlinger mit 10,4% - beides Stadtteile, deren Bewohner allerdings kaum verstärkt Furcht zeigten. Auch die übrigen Stadtteile, die von ihren Bewohnern als verstärkt angstbesetzt gesehen wurden (Haslach-Gartenstadt, Bischofslinde) zeichneten sich nicht durch erhöhte Viktimisierungs-

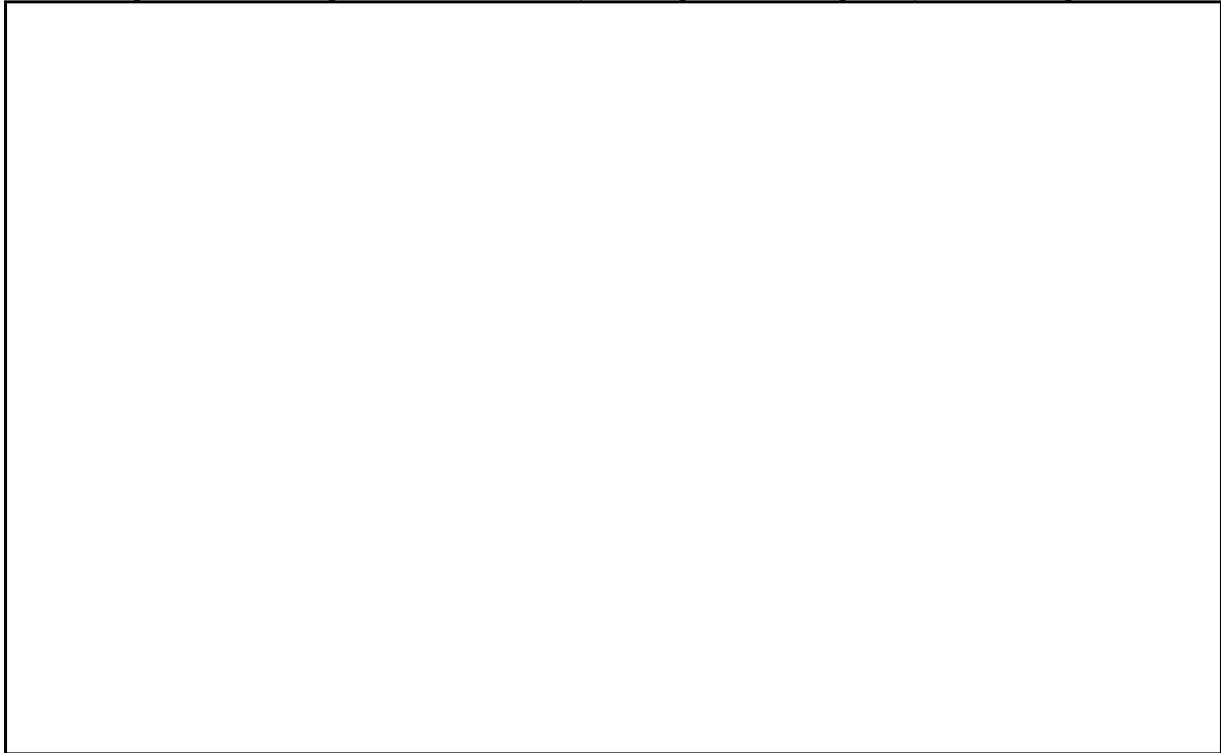
häufigkeiten aus.

Abbildung 16: Verteilung der Viktimisierungen nach ihrem Ort auf die jeweiligen Stadtteile Freiburgs



Neben den Fragen nach dem Erleben von Furcht in der eigenen Wohngegend hatten wir auch gefragt, inwieweit es andere Orte in der Stadt gibt wo die Probanden sich fürchten (Mehrfachnennungen waren hier möglich). *Abbildung 17* zeigt die Ergebnisse im Überblick. Hier ergibt sich nun ein sehr interessantes Bild dahingehend, daß mit 30,5% der Altstadtbereich als Furchtraum mit Abstand am häufigsten genannt wurde (12,4% aller Nennungen entfielen allein auf den Bahnhofsbereich), am zweithäufigsten - und hier decken sich nun wieder die Befunde mit der Furcht in der Wohngegend - jedoch wieder der Stadtteil Weingarten. Als Stadtteileinzelnennung ergab sich ein hoher Wert für den Stühlinger; Haslach ohne weitere Angaben ist dagegen kaum auszuwerten.

Abbildung 17: Verteilung der Furchträume (ohne eigenes Wohngebiet) in Freiburg



4. Diskussion und Zusammenfassung der Ergebnisse

Nachdem wir mit Hilfe der statistischen Verfahren der Korrelations- sowie der Faktorenanalysen zunächst zeigen konnten, daß die Fragen, die wir zur Erfassung der Kriminalitätsfurcht eingesetzt hatten einen engen Zusammenhang zueinander aufweisen und daher ein- und dasselbe Konstrukt abbilden, wollten wir weiter untersuchen, in welchem Ausmaß Verbrechensfurcht in den einzelnen Projektstädten ausgeprägt ist. Generell zeigte sich, daß zwischen 10% und 13% der Befragten häufiger daran denken Opfer einer Straftat zu werden, ca. 6% fürchten sich nachts allein in ihrer Wohnung, zwischen 24% und 31% fühlen sich unsicher wenn sie nachts allein in ihrem näheren Wohnumfeld auf die Straße gehen und 12% bis 20% der Befragten haben sogar konkret Angst, Opfer einer kriminellen Handlung zu werden. Damit ist Verbrechensfurcht keinesfalls eine seltene Empfindung unter den Befragten in den Projektstädten. Daß die Furcht vor Kriminalität nicht nur ein unbestimmtes Gefühl ist, dies zeigen die folgenden Daten: Zwischen 19% und 23% der Befragten geben an, daß sie sich aus Furcht beim abendlichen Ausgehen begleiten lassen und ein noch größerer Anteil, nämlich 24% bis 39% berichten, daß sie aus Furcht abends bestimmte Örtlichkeiten meiden. Dies zeigt, daß Verbrechensfurcht einen erheblichen Einfluß auf die Lebensqualität der Bürger in der Städten hat.

Bei einem Großteil der Fragen zur Verbrechensfurcht wurde deutlich, daß die Freiburger Probanden häufiger Furcht angaben als die Befragten der anderen Städte. Dies traf vor allem auf das sogenannte "Standarditem", das Unsicherheitsgefühl nachts draußen allein in der Wohngegend, das Meiden bestimmter Örtlichkeiten aus Furcht, aber auch auf die Angst davor nachts draußen in der Wohngegend Opfer einer Straftat zu werden, sowie auf den generellen Gedanken Opfer einer kriminellen Handlung zu werden, zu. Bei diesen Fragen zeigten die Calwer Probanden in der Regel am seltensten Kriminalitätsfurcht, ein Ergebnis, daß wohl dem Urbanisierungsgrad der Projektstädte zugeschrieben werden muß. Daß die Einwohner größerer Städte in aller

Regel ein höheres Maß an Furcht als die Einwohner von Kleinstädten aufweisen, ist ein Ergebnis das in verschiedenen viktimologischen Untersuchungen immer wieder gefunden wurde. So stellten Kury u.a. in der deutsch-deutschen Opferstudie aus dem Jahre 1990 fest, daß in Westdeutschland 8,4% der von ihnen in Orten zwischen 10.000 und 100.000 Einwohnern lebenden Befragten ihre Wohngegend als ziemlich oder sehr unsicher einschätzen, in Orten zwischen 100.000 und 500.000 Einwohnern waren es 22,9%. Ebenso gaben in Kleinstädten zwischen 10.000 und 50.000 Einwohnern 21,9% der Befragten an, daß sie sich ziemlich oder sehr unsicher fühlten wenn sie nachts draußen alleine in der Wohngegend auf der Straße seien, in Großstädten zwischen 100.000 und 500.000 Einwohnern waren es bereits 34,4%¹⁴. Auch van Dijk u.a. kommen in ihrer Analyse der 1989 weltweit durchgeführten International Crime Survey zu dem Ergebnis, daß Einwohner größerer Städte häufiger Furcht (in diesem Fall operationalisiert mit Hilfe der Vorsichtsmaßnahmen Begleitenlassen beim Ausgehen und Meiden bestimmter Örtlichkeiten) zeigen als Einwohner kleinerer Städte. So gaben in Orten zwischen 10.000 und 50.000 Einwohnern 18,3% der Befragten eine der genannten Vorsichtsmaßnahmen an und 10,1% beide, in Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern ergriffen 26,3% eine und 14,3% beide Vorsichtsmaßnahmen¹⁵.

Fragt man nach den Ursachen erhöhter Furcht in größeren Städten, so läßt sich letztlich nur darüber spekulieren, den Faktoren Anonymität und soziale Distanz dürften dabei aber eine gewisse Rolle zukommen¹⁶. So kann man davon ausgehen, daß das soziale Netz (und damit auch die informelle soziale Kontrolle) in Kleinstädten erheblich dichter ist als in Großstädten, die Nachbarschaftsbeziehungen sind enger, nicht selten handelt es sich um gewachsene soziale Räume, in denen unter Umständen bereits seit Generationen Beziehungen zwischen den Familien bestehen. Das gesamte Gemeindesystem ist überschaubarer, "man kennt den anderen" und damit ist auch auf der Straße eine gewisse Vertrautheit vorhanden. Anders dagegen in Großstädte: Hier ist eher (abgesehen von bestimmten Stadtgebieten, so z.B. eingemeindete Ortschaften) eine - z.T. selbst gewählte und gewollte - Anonymität vorhanden, die gerade in Universitätsstädten (so z.B. Freiburg) durch ein erhebliches Maß an Fluktuation der Einwohner gekennzeichnet ist. Hier ist es, entgegen der Situation in der Kleinstadt, sehr viel eher wahrscheinlich, daß auf der Straße der Entgegenkommende ein völlig Fremder ist, der unter bestimmten Umständen auch das Gefühl von Furcht oder Unsicherheit hervorrufen kann.

¹⁴Kury/ Dörmann/ Richter/ Würger, 1992, S. 239ff.

¹⁵Dijk van/ Mayhew/ Killias, 1990, S. 77ff.

¹⁶vgl. hierzu auch Boers, 1991, S. 288ff.

Neben der Verteilung der Kriminalitätsfurcht auf die einzelnen Orte im Allgemeinen hatten wir auch die Abhängigkeit von Geschlecht, Alter und Opferwerdung überprüft. Bezüglich der Geschlechtsunterschiede zeigte sich das auch bereits unter Punkt 1. diskutierte und in der kriminologischen Forschung durchgängig gefundene Bild, daß Frauen sehr viel eher als Männer Fragen nach der Verbrechensfurcht bejahen. Dabei ergaben sich zwischen den einzelnen Befragungsorten keine systematischen Unterschiede. Als eine der Ursachen dieser erhöhten Kriminalitätsfurcht bei Frauen wird immer wieder der Aspekt der erhöhten Vulnerabilität, d.h. der faktisch vorhandenen oder aber auch empfundenen verstärkten Verletzbarkeit im Sinne körperlicher Unterlegenheit gegenüber einem männlichen Angreifer diskutiert¹⁷. Es ist aber zu berücksichtigen, daß auch in psychologischen Testinventaren Frauen insgesamt höhere Angstwerte erzielen als Männer¹⁸. Inwieweit diese Unterschiede auf die Übernahme von Geschlechtsrollenstereotypen im Sinne einer "schwachen und zu beschützenden Frau" zurückzuführen sind, soll an dieser Stelle nicht weiter vertieft werden, es ist aber auch nicht zu vernachlässigen, daß unter Umständen Männer sich - ebenfalls im Sinne des Geschlechtsrollenstereotyps - in Untersuchungen als weniger furchtsam darstellen als sie es 'eigentlich' sind. Einer Diskussion hierüber fehlt an dieser Stelle jedoch die Datenlage.

Was die Altersverteilungen der Kriminalitätsfurchtvariablen betrifft, so zeigt sich in aller Regel eine nichtlineare Verteilung der Werte über die Altersgruppen. Von einer kontinuierlichen Zunahme der Kriminalitätsfurcht mit steigendem Alter kann somit keinesfalls die Rede sein. Es ergibt sich nahezu durchgängig das Bild, daß in den jüngsten Altersgruppen, d.h. bei den Jugendlichen, ein relativ hohes Maß an Furcht vorhanden ist, daß es dann im Erwachsenenalter zu einem Absinken der Furcht kommt - gewisse Variationen, d.h. Höhen und Tiefen der Verteilungskurven treten selbstverständlich auf, verändern jedoch nicht den allgemeinen Eindruck - und ab dem 60. Lebensjahr, d.h. in etwa mit dem Eintritt oder dem bevorstehenden Eintritt in das Rentenalter, die Furcht wiederum ansteigt. Dieses Ergebnis deckt sich in seiner Gesamtaussage weitgehend mit neueren Befunden zur Altersabhängigkeit der Furcht, dort konnte gezeigt werden, daß diese U-Verteilung der Kriminalitätsfurcht v.a. auf Frauen zurückgeht, die ja auch das Gros der Furchtnennungen überhaupt ausmachen¹⁹. Es deutet vieles darauf hin, daß erhöhte Furcht in einem engen Zusammenhang mit sogenannten ökologischen Übergängen (von der Jugendphase in das Erwachsenen- und Erwerbsleben; vom Erwerbsleben in den Ruhestand) zu sehen ist. Gerade in solchen kritischen Lebensphasen besteht eine erhebliche "Anfälligkeit" für weitere verunsichernde Einflüsse, so z.B. einer selbst wahrgenommenen oder aber auch über Medien und Sozialkontakte vermittelten Kriminalitätsbelastung. "Horror szenarien" über eine explosionsartige Zunahme des Verbrechens und eine ständig vorhandene oder gar steigende Bedrohung durch Kriminalität können in solchen persönlichen Unsicherheitsphasen auf besonders nahrhaften Boden fallen²⁰.

Es muß jedoch auch gesagt werden, daß die o.g. Ausführungen bezüglich der U-Verteilung v.a. auf die Städte Freiburg sowie Ravensburg/Weingarten zutreffen. In Calw zeigte sich in einigen Fällen ein etwas anderes Bild, besonders was die Furcht der älteren Befragten betraf. Diese zeigten zum Teil keinen Furchtanstieg wie dies in Freiburg oder Ravensburg/Weingarten festzustellen war. Der Grund hierfür dürfte in der sozialen Struktur der Kleinstadt zu sehen sein, in welcher gerade für Ältere ein stärkeres soziales Netz aufgebaut wird, wo evtl. ältere Personen ein höheres Maß an Einbindung erfahren und daher das soziale Umfeld auch nach dem Ausstieg aus dem Erwerbsleben intakt bleibt. Im Gegensatz dazu dürfte gerade in der Großstadt Freiburg,

¹⁷ vgl. hierzu Killias, 1991, S. 618ff.

¹⁸ vgl. Becker, 1982, S. 34ff; Fahrenberg/ Hampel/ Selg, 1984

¹⁹ Kury/ Obergfell-Fuchs, 1995, S. 291ff.

²⁰ vgl. Cremer-Schäfer, 1993, S. 43ff.

aber auch in den im Vergleich zu Calw deutlich größeren zusammengefaßten Städten Ravensburg/Weingarten, die Anonymität bei Älteren erheblich stärker ausgeprägt sein.

Betrachtet man die Unterschiede zwischen Opfern und Nichtopfern im Allgemeinen im Hinblick auf das Erleben von Verbrechensfurcht, so ergeben sich Hinweise auf eine erhöhte Furcht bei Opfern, die allerdings nur teilweise statistisch bedeutsam sind. So deuten die prozentualen Verteilungen durchweg in Richtung größerer Furcht der Opfer, eine statistische Absicherung ist jedoch nur in einigen Fällen möglich. Dabei muß berücksichtigt werden, daß hier nur die allgemeinen Kategorien Opfer vs. Nichtopfer unterschieden wurden und daß die Fallzahlen oft sehr gering sind. D.h. neben schweren Delikten, wie z.B. den Gewaltdelikten Raub, tätlicher oder sexueller Angriff sowie Einbruchsdelikten, von denen man annehmen kann, daß sie Furcht auslösen, sind auch sogenannte, wenig furchtauslösende, Bagatelldelikte wie z.B. Taschendiebstahl unter diese Kategorien subsumiert. Zudem gehen in die allgemeine Opferkategorie alle Viktimisierungserfahrungen, gleich wo sie gemacht wurden, ein, d.h. auch Opferwerdungen die nicht in der Projektstadt, sondern evtl. sogar im Ausland stattfanden. Aus diesem Grund hatten wir sowohl beim sogenannten Standarditem, der Furcht nachts draußen allein in der Wohngegend als auch dem konkreten Opferfurchtitem, der Angst nachts draußen alleine in der Wohngegend Opfer einer Straftat zu werden, zusätzlich die Kategorien Opferwerdung in der Wohngegend und Gewaltopferwerdung in der Wohngegend unterschieden. Dabei zeigte sich, daß die Unterschiede zwischen Opfern und Nichtopfern in bezug auf die Furchtvariablen deutlicher wurden, d.h. die Opfer zeigten nun vermehrt Furcht. Diese Unterschiede konnten z.T. auch statistisch gesichert werden. Die nachfolgende Kategorie, die Gewaltopferwerdung in der Wohngegend, verdeutlichte diese Befunde noch weiter (einschränkend ist zu sagen, daß die Fallzahlen z.T. an der unteren Grenze der Aussagefähigkeit lagen, dies traf besonders auf Calw zu): Hier ergaben sich deutliche Belege für eine verstärkte Furcht der Opfer. Diese Ergebnisse sind erneut ein Beleg für die sogenannte Viktimisierungsperspektive der Opferfurcht. Es ist zwar festzustellen, daß eine pauschale Betrachtung der Opferwerdung in der Regel nicht zu einem statistisch bedeutsamen Unterschied zwischen Opfern und Nichtopfern führt, beschränkt man jedoch die Viktimisierung auf den persönlichen Nahraum, d.h. die eigene Wohnumgebung, so zeigt sich, daß hier eine Opferwerdung offensichtlich einen Einfluß auf das Erleben von Kriminalitätsfurcht hat. Dies trifft in ganz besonderem Maße auf schwere Viktimisierungen zu, ein Ergebnis, daß auch weitgehend in Einklang mit der Forschungsliteratur steht²¹.

Betrachtet man die Unterschiede in den Furchtwerten zwischen den einzelnen Stadtteilen, so zeigt sich für die Calwer Stichprobe, daß besonders die Stadtteile Calw-Stadt und Heumanden an der Spitze der Kriminalitätsfurcht liegen. Dies trifft sowohl auf das Meideverhalten, das Unsicherheitsgefühl wie auch auf die Angst vor einer möglichen Opferwerdung zu. Eher am unteren Ende, d.h. als weitgehend sicher wird der Stadtteil Stammheim empfunden, es folgt mit Abstand Alzenberg, die Ergebnisse für Hirsau/Ernstmühl sind dagegen nicht ganz eindeutig. In Ravensburg konnten als stärker furchtbelastete Stadtteile die Altstadt sowie die Nordstadt identifiziert werden, diese lagen in allen Furchtvariablen deutlich an der Spitze der Nennungen, besonders wenig Furcht zeigten dagegen - und auch dies war weitgehend konsistent - die Befragten in den Stadtteilen Oberzell und Schmalegg. In Weingarten konnten keine einheitlichen Ergebnisse festgestellt werden, so lagen bezüglich des Meideverhaltens und des Unsicherheitsgefühls in der Wohngegend die Stadtteile Untere Breite - Lerchenfeld im oberen Bereich, bezüglich der Angst vor Opferwerdung dagegen der Stadtteil Stadtesch Süd. Betrachtet man die Freiburger stadtteilspezifischen Ergebnisse, so fällt auf, daß bezüglich der

²¹vgl. Kury/ Würger, 1993, S. 429; Norris/ Kaniasty, 1994, S. 111ff.

Frage nach der Furcht in der eigenen Wohngegend ganz besonders häufig der Stadtteil Weingarten genannt wird. Hier geben zwei Drittel der Befragten an, daß sie sich nachts allein in der Wohngegend fürchten und daß sie bestimmte Örtlichkeiten im Wohngebiet aus Furcht meiden, und sogar noch die Hälfte der Befragten hat Angst, Opfer im eigenen Wohnumfeld zu werden. Vergleicht man diese Daten mit der Viktimisierungshäufigkeit im Stadtteil, so zeigt sich bei Berücksichtigung aller selbsterlebter Viktimisierungen bei denen ein Ort im Freiburger Stadtgebiet angegeben wurde, daß nicht Weingarten, sondern der Altstadtbereich deutlich an der Spitze liegt. Diese hohe Deliktshäufigkeit wird v.a. vor dem Hintergrund verständlich, als im Altstadtbereich die Gelegenheitsstrukturen durch die Konzentration von Wirtschaft (Einzelhandel, Banken), Kultur (Theater, Kinos, Kneipen) sowie Tourismus in besonderer Weise gegeben sind. Das Resultat weist gleichzeitig auf die lediglich relativ geringe Beziehung zwischen Kriminalitätsbelastung und Verbrechensfurcht hin. Verbrechensfurcht wird offensichtlich nur zu einem relativ geringen Teil von der tatsächlichen Kriminalität, mehr jedoch von anderen gesellschaftlichen Variablen moderiert. Mit deutlichem Abstand am Anteil der Opferwerdungen folgt der Stadtteil Stühlinger, wo sich durch die dortige Sozialstruktur Hinweise auf den Kriminalitätsschwerpunkt ergeben. So ist der Stühlinger ein sehr heterogenes Wohngebiet, zum einen als ein gewachsenes Wohnumfeld der unteren Mittelschicht, als auch bevorzugtes Wohngebiet von Studenten, damit verbunden ist eine hohe Fluktuation der Bevölkerung. Daneben existiert ein ausgeprägtes "Nachtleben" (v.a. Studentenkneipen und Bars), wobei ebenfalls berücksichtigt werden muß, daß der Stühlinger entlang der Bahnhofsachse liegt (diese trennt den Stühlinger von der Altstadt) die in Freiburg einen Schwerpunkt im Kriminalitätsgeschehen (relativ viele Obdachlose, massive bauliche Umstrukturierung, verstärkter Drogenhandel, Prostitution) bildet.

Wie nun jedoch läßt sich das hohe Maß an Furcht in Weingarten erklären? Auch hier dürften die Ursachen in der Sozialstruktur des Stadtteils verankert sein. So ist Weingarten eine in den 60er und 70er Jahren entstandene "Satellitenstadt", die v.a. durch Hochhaussiedlungen dominiert wird. Der soziale Status der dort Lebenden ist als eher gering einzustufen, der Anteil der Ausländer mit 16,2% (Freiburg insg. 10,5%, Stand 1.1.1993) vergleichsweise hoch. Zentrales Kennzeichen ist ein hohes Maß an anonymer Wohnen sowie eine sehr hohe Wohndichte, so beträgt das Verhältnis von Einwohnern zu bebauter Fläche in Weingarten 106 Personen/ha in Gesamt-Freiburg dagegen nur 49 Personen/ha (zum Vergleich Altstadt 61 Personen/ha). Auffallend ist jedoch angesichts der hohen Kriminalitätsfurcht die vergleichsweise geringe Deliktshäufigkeit in diesem Stadtteil, wohingegen die Wohnbevölkerung in den kriminell relativ hochbelasteten Stadtteilen keine erhöhten Furchtwerte zeigt. Dies deutet darauf hin, daß subjektive Kriminalitätseinschätzung und objektive Kriminalitätsbelastung eines eng umgrenzten und vertrauten Gebietes, wie oben erwähnt, nur wenig miteinander verknüpft sind. Der eigene Stadtteil wird als sicher bzw. unsicher eingeschätzt, weitgehend unabhängig davon, ob eine meßbare unterschiedliche Kriminalitätsbelastung besteht.

Dies wird auch dann deutlich, wenn man die Frage nach sogenannten Furchträumen in der Stadt stellt. Hier liegt eindeutig der Altstadt-Bereich an der Spitze, dies ist konsistent mit der hohen Kriminalitätsbelastung des Stadtteils, widerspricht jedoch der Einschätzung der dort lebenden Bevölkerung. Danach folgt an zweiter Stelle Weingarten, hier ergibt sich eine Übereinstimmung mit dem Bild der Wohnbevölkerung, das Ergebnis steht allerdings im Widerspruch zu den Opferdaten. Insgesamt stellt dies eine Art Mischung aus objektiver Kriminalitätsbelastung (hier lagen die Altstadt und der Stühlinger an der Spitze) und subjektiver Furchteinschätzung (Weingarten) dar. Dies bedeutet, daß zur Sicherheitseinschätzung eines "fremden" Gebietes offensichtlich sowohl objektive (Kriminalitätsbelastung) als auch subjektive Kriterien

herangezogen werden. Gerade für letztere dürften eigene Erfahrungen, Medieneffekte und Effekte des "Hörensagens" wirksam werden.

Als Fazit dieser Ergebnisse ist festzustellen, und dies wird anhand der Freiburger Daten deutlich, daß eine genaue Zieldefinition der kriminalpräventiven Bemühungen notwendig ist. So gehen Kriminalitätsbelastung und subjektives Furchterleben unter Umständen nicht miteinander einher, so daß eine Schwerpunktlegung auf die Verringerung der Kriminalität unter Umständen keine oder nur geringe Einflüsse auf das subjektive Furchterleben der Bewohner haben kann und umgekehrt. Es müssen grundsätzlich - und dies gilt besonders bei Konzentrationen auf Stadtteile - soziostrukturelle Probleme mit in den Blickpunkt genommen werden. So berücksichtigen Ansätze entweder zur Kriminalitäts- oder zur Furchtreduktion jeweils nur einen Teilaspekt des gesamten Kriminalitätsproblems.

Literatur

- Ammer, A., Kommunale Kriminalprävention - Chancen durch kommunale Räte für Kriminalitätsverhütung, in: Rat für Kriminalitätsverhütung in Schleswig-Holstein (Hrsg.), Dokumentationsreihe Band 2, Kiel 1993
- Becker, P., Der Interaktions-Angst-Fragebogen (I-A-F). Testheft und Manual, Weinheim 1982
- Bilsky, W., Wetzels, P., Mecklenburg, E., Pfeiffer, C., Subjektive Wahrnehmung von Kriminalität und Opfererfahrung, in: Kaiser G., Jehle, J.-M. (Hrsg.), Kriminologische Opferforschung. Teilband II, Heidelberg 1995, S. 73-106
- Boers, K., Kriminalitätsfurcht, Pfaffenweiler, 1991
- Clemente, F., Kleiman, M. B., Fear of crime in the United States: A multivariate analysis, *Social Forces* 56, 1977, S. 519-531.
- Cremer-Schäfer, H., Die Unsicherheitsproduzenten, *Neue Kriminalpolitik* 5(4), 1993, S. 43-46
- Deutscher Bundestag, Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Dr. Jürgen Meyer (Ulm), Günter Graf, Dr. Hans de With, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD - Drucksache 12/3633 - Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung und Massenkriminalität, Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/5452 vom 20.07.93
- Dijk, J. J. M. van, Mayhew, P., Killias, M., *Experiences of crime across the world*, Deventer, Boston, 1990
- Ennis, P. H., *Criminal victimization in the United States*, Washington/DC, 1967
- Fahrenberg, J., Hampel, R., Selg, H., *Das Freiburger Persönlichkeitsinventar FPI-R. 4*, revidierte Auflage, Göttingen, 1984
- Fattah, E. A., Research on fear of crime: Some common conceptual and measurement problems, in: Bilsky, W., Pfeiffer, C., Wetzels, P. (Hrsg.), *Fear of crime and criminal victimization*, Stuttgart, 1993, S. 45-70
- Ferraro, K. F., LaGrange, R. L., Are older people most afraid of crime? Reconsidering age differences in fear of victimization, *Journal of Gerontology* 47, 1992, S. 233-244.
- Killias, M., Vulnerability and fear of crime, in: Kaiser, G., Kury, H., Albrecht; H.-J. (Hrsg.), *Victims and Criminal Justice*, Vol. 1, Freiburg, 1991, S. 618-635
- Kury, H., Der Einfluß der Art der Datenerhebung auf die Ergebnisse von Umfragen - erläutert am Beispiel einer Opferstudie, in: Kaiser, G., Kury, H. (Hrsg.), *Kriminologische Forschung in den 90er Jahren*, 2 Halbband, Freiburg, 1993, S. 321-410
- Kury, H., Dörmann, U., Richter, H., Würger, M., *Opfererfahrungen und Meinungen zur Inneren Sicherheit in Deutschland*, Wiesbaden, 1992

- Kury, H., Obergfell-Fuchs, J., Kriminalität Jugendlicher in Ost und West. Auswirkungen gesellschaftlicher Umwälzungen auf psychisches Erleben und Einstellungen, in: Lamnek, S. (Hrsg.), Jugend und Gewalt. Devianz und Kriminalität in Ost und West, Opladen, 1995, S. 291-314
- Kury, H., Würger, M. Opfererfahrungen und Kriminalitätsfurcht, in: Kaiser, G., Kury, H. (Hrsg.), Kriminologische Forschung in den 90er Jahren, Bd. 2, Freiburg, 1993, S. 411-462
- Landtag von Baden-Württemberg, Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums. Rat für vorbeugende Verbrechensbekämpfung, Landtag von Baden-Württemberg, 11. Wahlperiode, Drucksache 11/1981 vom 28.05.93
- Leeuw, E. D. de, Data quality in mail, telephone, and face to face surveys, Amsterdam, 1992
- Norris, F. H., Kaniasty, K., Psychological distress following criminal victimization in the general population: Cross-sectional, longitudinal, and prospective analyses, Journal of Consulting and Clinical Psychology 62, 1994, S. 111-123.
- Sessar, K., Wiedergutmachen oder strafen, Pfaffenweiler, 1992
- Toseland, R. W., Fear of crime: Who is most vulnerable? Journal of Criminal Justice 10, 1982, S. 199-209

Kriminalität und soziale Probleme im räumlichen Vergleich
- Analysen anhand der Bevölkerungsbefragungen
in den Projektstädten -

Dieter Dölling, Dieter Hermann, Christiane Simsa

1. Einleitung

Der vorliegende Beitrag befaßt sich mit der Frage, inwieweit Kriminalität von den Einwohnern der an dem Projekt "Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg" beteiligten Städte Calw, Freiburg i.Br. und Ravensburg/Weingarten im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Bereichen als relevantes Problem angesehen wird und wie sich Kriminalität in diesen Städten verteilt. Für Kommunalpolitik und für Kommunale Kriminalprävention sind die Ansichten der Bürger über den Stellenwert der Probleme in der Gemeinde von großem Gewicht. In diesen Ansichten drücken sich die Bedürfnisse und Sorgen der Bürger und ihre Erwartungen an Kommunalpolitik und Polizei aus. Sie müssen daher sehr ernst genommen werden. Kommune und Polizei müssen sich schwerpunktmäßig den Problemen zuwenden, die von den Bürgern als besonders belastend empfunden werden, oder müssen überzeugend begründen, warum anderen Bereichen Priorität eingeräumt wird. Setzen sie sich aus Ignoranz oder Arroganz über die Wünsche der Bürger hinweg, sind soziale Mißstände und Vertrauensverlust von Politik, Verwaltung und Polizei die Folge. Auch die Wissenschaft ist gehalten, sorgsam darauf zu achten, was die Bürger bewegt und bedrückt, und nicht Ansichten, die manchem Theoretiker mißfallen, einfach unter den Tisch fallen zu lassen oder kurzerhand als von bösen Mächten manipuliert zu diskreditieren.

Es kommt daher darauf an, die Problemsicht der Bürger und ihre Vorstellungen über Problemlösungen zu ermitteln. Dies ist freilich nicht einfach. Möglichst alle sollen zu Wort kommen und nicht nur diejenigen, die sich lautstark zu artikulieren verstehen. Und möglichst unverfälscht sollen die Ansichten der Menschen zum Ausdruck gebracht werden und verhindert werden soll, daß bereits durch die gestellten Fragen die Antworten in eine gewünschte Richtung gelenkt werden. Die Bevölkerungsbefragung in den drei Projektstädten war daher auf Repräsentativität der Befragten angelegt¹, versuchte, die Ansichten der Gemeindebewohner zum Stellenwert der Kriminalitätsproblematik in mehreren teils offenen, teils geschlossenen Fragen zu erfassen² und sah auch Fragen danach vor, welche Maßnahmen der Bevölkerung zur Förderung der Sicherheit geeignet erscheinen³.

¹ Zum Begriff der Repräsentativität und zu den Methoden zur Bildung repräsentativer Stichproben vgl. Atteslander, 1993, S. 305ff.

² Zur offenen und geschlossenen Frage siehe Atteslander, 1993, S. 175ff.

³ Zur Erfassung der Kriminalitätsproblematik und von Lösungsmöglichkeiten in der Sicht der Einwohner vgl. in einzelnen die Fragen 114 bis 118, 126 bis 128, 135, 140, 142, 145, 147, 150 und 152 des in der Anlage abgedruckten Fragebogens.

Neben dem Sicherheitsgefühl ist die tatsächliche Kriminalitätsbelastung die zweite Seite der Inneren Sicherheit. Wer Kommunale Kriminalprävention betreiben will, muß wissen, wie es um die Kriminalität in der Gemeinde bestellt ist. Dies zuverlässig in Erfahrung zu bringen, wirkt allerdings noch größere Probleme auf als das Fragen nach der Meinung der Bevölkerung. In der Polizeilichen Kriminalstatistik ist bekanntlich das Dunkelfeld ausgeblendet und auch die kriminologische Dunkelfeldforschung vermag die Kriminalität nicht exakt zu erfassen⁴. Immerhin bietet sie wertvolle Anhaltspunkte für eine einigermaßen tragfähige Einschätzung von Art und Umfang der Kriminalität. Die Bevölkerungsumfrage enthielt deshalb eine sog. Opferbefragung, mit der die Befragten um die Angabe gebeten wurden, ob sie in den letzten 12 Monaten Opfer bestimmter Delikte geworden waren. Für die Befragung wurden die Delikte Fahrzeugdiebstahl und -beschädigung, Wohnungseinbruch, Diebstahl persönlichen Eigentums, Sachbeschädigung, Raub, tätlicher Angriff/Bedrohung und sexueller Angriff ausgewählt. Von diesen Delikten kann angenommen werden, daß sie quantitativ und qualitativ die Kriminalitätslage zu einem erheblichen Teil mitbestimmen. Sie wurden außerdem bereits in anderen Untersuchungen erfragt, so daß Vergleiche möglich werden⁵. Gefragt wurde für die verschiedenen Deliktsarten u.a. nach dem Ob und nach der Zahl der Viktimisierungen, nach der Schadenshöhe sowie danach, in welchem Stadtteil sich die Tat ereignet hatte⁶. Bei der Bewertung der Ergebnisse sind mögliche Verzerrungsfaktoren zu berücksichtigen, etwa eine potentielle Überschätzung des Opferanteils, weil mehr Opfer als Nichtopfer sich zum Ausfüllen des zugeschickten Fragebogens bereitgefunden haben könnten. Die Daten bedürfen daher einer sorgfältigen Interpretation. Im folgenden werden zunächst die Befunde zur Beurteilung der Kriminalitätsproblematik durch die Bevölkerung und anschließend zur Kriminalitätsverteilung dargestellt.

2. Kriminalität als soziales Problem in den Gemeinden aus der Sicht der Einwohner

Kriminalität und soziale Probleme: Das umfaßt zum einen die Frage, welche Probleme die Bürger in den Gemeinden sehen und welchen Stellenwert sie der Kriminalität einräumen, zum anderen betrifft es die Wahrnehmung und das Erleben von Kriminalität.

Die Einwohner Calws, Freiburgs und Ravensburg/Weingartens wurden zunächst nach den drei dringendsten Problemen der Gemeinden befragt (siehe *Tabelle 1*): Bis zu 50 Prozent der Nennungen betreffen Probleme der Infrastruktur; davon fallen jeweils die Hälfte der Angaben auf den Verkehrsbereich. Häufig genannt werden aber auch "Arbeitslosigkeit" und "fehlender bzw. unbezahlbarer Wohnraum".

Nach den Problemen der Infrastruktur sind es Probleme im Sozialbereich, wie etwa eine unzureichende Jugend- und Sozialarbeit, zu wenig Freizeiteinrichtungen für Jugendliche, ein Mangel an Kindergärten, Spielplätzen und Schulen sowie fehlende soziale Hilfen generell, die nach Ansicht der Befragten an zweiter Stelle stehen.

⁴ Zu Begriff und methodischen Problemen der Kriminalstatistik und der Dunkelfeldforschung siehe Kaiser, 1993, S. 214ff., 220ff.

⁵ Vgl. etwa die Untersuchung von Kury/Dörmann/Richter/Würger, 1992.

⁶ Siehe im einzelnen die Fragen 1 bis 112 des im Anhang abgedruckten Fragebogens. Die Frage nach der Lokalisierung der Viktimisierungen wurde auf die zuletzt erlebte Tat beschränkt - der Fragebogen wäre sonst zu umfangreich geworden.

Ein "Ausländerproblem" (zu viele Ausländer, Asylsuchende, Aussiedler etc.) wird eher selten zu den drei dringendsten Problemen gerechnet; in Calw allerdings häufiger als in den anderen Gemeinden. Einzelne Befragte sehen auch das Verhalten der Deutschen gegenüber Ausländern (Fremdenfeindlichkeit, Rechtsradikalismus, Intoleranz) als Problem an.

Circa 10 bis 14 Prozent der Nennungen betreffen die Sicherheitslage als eines der drei dringendsten Probleme der Gemeinden. Auf die Kategorie "Kriminalität" entfallen davon zwischen 5,9 Prozent und 10,4 Prozent aller Nennungen. Das zeigt, daß in den befragten Gemeinden Kriminalität nur ein Problem unter vielen und gegenüber anderen Problemen mit maximal 10 Prozent der Nennungen von relativ geringer Bedeutung ist. Die Bürger nennen vielmehr Bereiche, die sie persönlich im täglichen Leben betreffen, z.B. ihre Mobilität, ihre Arbeit, ihre Kinder und ihre Wohnverhältnisse. Kriminalität liegt danach nur an mittlerer Stelle der aktuellen Probleme⁷.

Wird jedoch nicht offen, d.h. ohne Problemvorgabe, nach den drei dringendsten Problemen in den Gemeinden gefragt, sondern gezielt nach dem Stellenwert der Kriminalität als einem wichtigen Problem in der Gemeinde, messen ihr die Befragten hohe Bedeutung zu (siehe *Tabelle 2*). 19,5 Prozent der befragten Personen in Calw räumen der Kriminalität unter den Problemen der Gemeinde den höchsten Rangplatz ein, in Freiburg sind dies 25,9 Prozent und in Ravensburg/Weingarten 21,9 Prozent. Zählt man die Nennungen zusammen, die Kriminalität auf Rangplatz 1 bis 3 setzen, so halten über die Hälfte der Befragten Kriminalität für ein Problem der Gemeinde, dem ein hoher Rangplatz zukommt. In Calw sind dies 54,7 Prozent, in Freiburg 60,3 Prozent und in Ravensburg/Weingarten 53,3 Prozent. Die Einschätzung von Kriminalität als Problem kann somit durch den Kontext der Fragestellung beeinflusst werden.

⁷ Anders das Ergebnis einer repräsentativen Bürgerbefragung in Frankfurt am Main 1994, bei der auf die Frage: "Was sind Ihrer Meinung nach zur Zeit in Frankfurt am Main die größten Probleme?" 55 Prozent der Befragten "Kriminalität/Öffentliche Sicherheit" genannt hatten, siehe Bick/Dobroschke, 1995, S.3.

Tabelle 1: Bedeutung der Probleme in der Gemeinde

Frage 114: Welches sind ihrer Ansicht nach die drei dringendsten Probleme der Gemeinde? Verteilung der Prozentwerte (in Klammern die Häufigkeit der Nennungen).

Probleme	Infrastruktur ohne Sozialbereich	Darunter: Verkehrsprobleme	Sozialbereich	Darunter: Freizeit- und Kulturbot	Umweltprobleme	Sicherheitslage	Darunter: Kriminalität	Zusammenleben	Darunter: Ausländer als "Problem"	Gemeindefinanz- und -verwaltung	Sonstiges
Calw	45,2% (848)	24,5% (457)	20,7% (386)	6,7% (123)	5,9% (110)	9,8% (182)	5,9% (109)	12,5% (234)	6,6% (123)	5,5% (102)	- -
Freiburg	25,8% (623)	13,7% (332)	35,7% (862)	0,5% (13)	7,1% (171)	14,1% (342)	10,4% (252)	5,6% (136)	1,2% (29)	6,4% (154)	5,3% (129)
Ravensburg/ Weingarten	51,4% (1413)	28,6% (787)	15,3% (420)	11,6% (318)	6,4% (176)	11,5% (317)	9,9% (272)	7,8% (216)	3,2% (89)	7,2% (199)	0,4% (10)

Tabelle 2: Stellenwert der Kriminalität in der Gemeinde

Frage 115: Wenn Sie eine Rangreihe der wichtigsten Probleme der Gemeinde erstellen müßten, an welche Stelle würden Sie die Kriminalität setzen? Verteilung der Prozentwerte (in Klammern die Häufigkeit der Nennungen).

Rangplatz	1	2	3	□4
Gemeinde				
Calw	19,5% (147)	16,8% (126)	18,4% (138)	45,3% (341)
Freiburg	25,9% (228)	17,3% (152)	17,1% (151)	39,7% (350)
Ravensburg/ Weingarten	21,9% (234)	13,7% (146)	17,7% (189)	46,7% (499)

Bei der Bewertung der Gemeindeprobleme sind keine geschlechtsspezifischen Unterschiede feststellbar. Zwischen dem Stellenwert der Kriminalität in der Gemeinde als abhängiger Variablen und verschiedenen unabhängigen Variablen gibt es signifikante Zusammenhänge, die in *Tabelle 3* beschrieben sind.

In Freiburg besteht ein signifikanter Zusammenhang zwischen dem Geschlecht und dem Familienstand der Befragten und der Einschätzung der Bedeutung von Kriminalität. Die Frauen halten dort die Kriminalität als Problem der Gemeinde für höherrangig als die Männer, und die Befragten, die verwitwet, geschieden bzw. getrennt lebend oder verheiratet sind, schätzen Kriminalität für bedeutsamer ein als die ledigen, die allein oder in einer Lebensgemeinschaft leben. Zudem setzten in Freiburg die Befragten, die angeben, dort sehr ungern zu leben, Kriminalität auf Rangplatz 2 der wichtigsten Probleme, während die anderen sie auf Rang 3 einstufen.

Zwischen der Anzahl der Kinder und der Einschätzung der Bedeutung von Kriminalität ist ein signifikanter Zusammenhang in Calw und in Ravensburg/Weingarten festzustellen. Je mehr Kinder die Befragten in diesen Gemeinden haben, desto wichtiger ist für sie Kriminalität als Problem.

Eine signifikante Beziehung zwischen der Einstufung von Kriminalität und der persönlichen Opfererfahrung der Befragten, d.h. dem Umstand, in den letzten 12 Monaten Opfer einer der im Fragebogen genannten Straftaten geworden zu sein, gibt es ebensowenig wie zwischen der Wahrnehmung von Polizeistreifen im Wohngebiet und der Bedeutung von Kriminalität.

Der Frage: "Wenn Sie eine Rangreihe der wichtigsten Probleme der Gemeinde erstellen müßten, an welche Stelle würden Sie die Kriminalität setzen?" wurden die Rangplätze 1, 2, 3, 4, 5, 6 und mehr zugerechnet.

Die Zusammenhänge zwischen der Bewertung von Problemen in den Gemeinden und den unabhängigen Variablen wurden mit Hilfe von Varianzanalysen bestimmt. Das Signifikanzniveau wurde auf $\alpha = 0,05$ festgelegt; das bedeutet, daß mit 95prozentiger Wahrscheinlichkeit Zusammenhänge nicht rein zufällig sind.

Hierzu wurde die Frage: "Wann haben Sie das letzte Mal eine Polizeistreife in Ihrem Wohngebiet gesehen?" mit den Antwortvorgaben "Noch nie eine Streife gesehen, heute/gestern, im Laufe der vergangenen Woche, vor mehr als einer Woche, vor mehr als einem Monat" gestellt.

In allen drei Gemeinden gibt es einen signifikanten Zusammenhang zwischen der Einstufung von Kriminalität einerseits und dem Alter, dem Schulabschluß der Befragten sowie dem Stadtteil, in dem sie leben, andererseits. In Calw sind es die 45jährigen und älteren Befragten, in Freiburg die 50jährigen und älteren sowie die Altersgruppe der 14 bis 19jährigen und in Ravensburg/Weingarten die 50jährigen und älteren, die Kriminalität für ein relativ wichtiges Problem halten. Je höher der Schulabschluß der Befragten ist, für desto weniger wichtig wird Kriminalität gehalten. Die befragten Personen mit Abitur/Hochschul- bzw. Fachhochschulreife räumen der Kriminalität im Durchschnitt Rangplatz 4 ein, während die Befragten ohne Schulabschluß sie auf Platz 2 stellen. Je nach dem Stadtteil oder Ort, in dem die Befragten leben, erachten sie Kriminalität für mehr oder weniger wichtig.

Tabelle 3: Signifikante Zusammenhänge zwischen verschiedenen unabhängigen Variablen und dem Stellenwert der Kriminalität in der Gemeinde

Gemeinde	Calw	Freiburg	Ravensburg/ Weingarten
Unabhängige Variablen			
Geschlecht	nein	ja	nein
Alter	ja	ja	ja
Familienstand	nein	ja	nein
Anzahl der Kinder	ja	nein	ja
Schulabschluß	ja	ja	ja
Persönliche Opferwerdung	nein	nein	nein
Wahrnehmung von Polizeistreifen im Wohngebiet	nein	nein	nein
Zufriedenheit mit dem Leben in der Gemeinde	nein	ja	nein
Stadtteile, in denen die Befragten wohnen	ja	ja	ja

ja = signifikant ($\alpha = 0,05$); nein = nicht signifikant

Der Zusammenhang zwischen dem Leben in verschiedenen Orts- oder Stadtteilen und der Einschätzung von Kriminalität soll am Beispiel Calws näher erläutert werden. Die Befragten, die in Stammheim, Hirsau/Ernstmühl und Holzbronn wohnen, halten - im Gegensatz zu Befragten aus den anderen Orten oder Ortsteilen - Kriminalität für ein weniger wichtiges Problem. Für die

Bewohner Holzbronns ist die Kriminalität auf einer Rangskala der wichtigsten Probleme der Gemeinde am unwichtigsten. Dabei handelt es sich hier um einen Ort, bei dem die Befragten im Vergleich zu den anderen Ortsteilen durchschnittlich am ältesten sind, die meisten Kinder besitzen und am längsten dort leben sowie den höchsten Anteil an Akademikern aufweisen und das niedrigste Nettoeinkommen angeben. Die Mehrzahl der Befragten lebt gerne in Holzbronn und ist weniger ängstlich und furchtsam als die Befragten anderer Ortsteile. Hinsichtlich des Sicherheitsgefühls in der Wohngegend, das anhand mehrerer Aussagen der Befragten gemessen wird, ergibt sich ein signifikanter Unterschied zwischen Holzbronn und den anderen Ortsteilen, d.h. das Sicherheitsgefühl der Bewohner Holzbronns ist am höchsten.

3. Räumliche Verteilung der Kriminalität

Unabhängig von der Frage, wie die Bürger in Calw, Freiburg und Ravensburg/Weingarten Kriminalität als Problem in ihrer Gemeinde einschätzen, wurden sie nach ihren Erfahrungen mit Kriminalität befragt (siehe *Tabelle 4*). Bei der Opferwerdung der Befragten in den letzten 12 Monaten liegt insgesamt ein Schwergewicht auf den Bereichen Diebstahl, Sachbeschädigung, Angriff/Drohung und sexuelle Belästigung/sexueller Angriff. Die Häufigkeitsraten für die Befragten aus Freiburg liegen bei den meisten Deliktsarten über denen der Befragten aus Calw und Ravensburg/Weingarten, wobei im Gegensatz zu diesen Gemeinden insbesondere die hohen Werte beim Fahrraddiebstahl, bei der Sachbeschädigung und beim Diebstahl persönlichen Eigentums bei den Befragten aus Freiburg auffallen. Calw liegt im Vergleich zu den anderen Städten hinsichtlich der Opfererfahrung seiner Bürger am unteren Ende.

So z.B. das Meiden bestimmter Orte nach Dunkelheit, das Nicht-Alleine-Ausgehen nach Dunkelheit, das Unsicherheitsgefühl nachts draußen alleine und die Angst, nachts draußen alleine Opfer einer Straftat zu werden. Eine ausführliche Darstellung der Furchträume in den untersuchten Gemeinden sowie Vorschläge der Bürger zu Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit in diesen Gebieten ist in dem Beitrag von Heinz/ Spieß in diesem Band zu finden.

Tabelle 4: Persönliche Opferwerdung
 Prozentueller Anteil der Opfer bezüglich aller Befragten (in Klammern die Häufigkeit der Nennungen).

Gemeinde	Delikt	PKW-Diebstahl	Krad-Diebstahl	Fahrraddiebstahl	Diebstahl aus PKW	Sachbeschädigung PKW	Einbruch in Wohnung
Calw		0,0% (0)	0,2% (2)	0,6% (6)	3,8% (36)	8,9% (84)	1,4% (13)
Freiburg		0,4% (5)	1,1% (12)	6,2% (69)	5,6% (63)	9,8% (110)	2,6% (29)
Ravensburg/ Weingarten		0,4% (5)	0,2% (3)	3,1% (41)	4,3% (56)	7,6% (100)	2,4% (32)

Gemeinde	Delikt	Einbruchversuch	Sachbeschädigung	Raub einschl. Versuch	Diebstahl persönl. Eigentums	Angriff, Drohung	Sexuelle Belästigung/ sexueller Angriff
Calw		1,0% (9)	3,7% (35)	0,5% (5)	7,3% (69)	7,2% (68)	2,0% (19)
Freiburg		3,4% (38)	8,1% (90)	1,9% (21)	12,9% (144)	8,6% (96)	4,2% (47)
Ravensburg/ Weingarten		1,9% (25)	5,7% (74)	1,1% (14)	8,7% (114)	7,7% (101)	3,1% (41)

Legende zu Tabelle 4:

- PKW-Diebstahl (Fragen 4 und 8: Wurde Ihnen während der letzten 12 Monate einer ihrer Personenwagen/Kombi oder Kleintransporter gestohlen?)
- Krad-Diebstahl (Fragen 13 und 17: Wurde Ihnen während der letzten 12 Monate Ihr Motorrad/Moped/Mofa gestohlen?)
- Fahrraddiebstahl (Fragen 22 und 26: Wurde Ihnen während der letzten 12 Monate ein Fahrrad gestohlen?)
- Diebstahl aus PKW (Fragen 31 und 35: Wurde Ihnen während der letzten 12 Monate ein Autoradio oder sonst etwas, das in Ihrem Auto zurückgelassen wurde, oder ein Teil Ihres Autos (wie etwa Seitenspiegel oder Reifen) gestohlen?)
- Sachbeschädigung PKW (Fragen 40 und 44: Von Diebstählen abgesehen, ist Ihr Auto während der letzten 12 Monate absichtlich beschädigt oder demoliert worden?)

Davon sind 14 Fälle als "freches Benehmen" eingestuft worden.
 Davon sind 21 Fälle als "freches Benehmen" eingestuft worden.
 Davon sind 21 Fälle als "freches Benehmen" eingestuft worden.

- Einbruch in Wohnung (Frage 48: Von Diebstählen aus Garagen, Gartenschuppen und Kellern abgesehen, ist es während der letzten 12 Monate vorgekommen, daß jemand ohne Erlaubnis in Ihre Wohnräume eingedrungen ist und dort etwas gestohlen hat oder zu stehlen versucht hat?)
- Einbruchsversuch (Frage 56: Haben Sie innerhalb der letzten 12 Monate einmal sichere Anzeichen dafür bemerkt, daß jemand erfolglos versuchte, in Ihre Wohnräume einzudringen? Das heißt, hatten Sie einmal bemerkt, daß ein Schloß oder eine Tür aufgebrochen, eine Fensterscheibe eingeschlagen war, oder daß die Tür um das Schloß herum zerkratzt war?)
- Sachbeschädigung (Frage 61: Wurde Ihnen persönlich während der letzten 12 Monate absichtlich irgendwann einmal Ihr Eigentum beschädigt oder zerstört? Dies betrifft nicht die Beschädigungen an einem Ihrer Autos.)
- Raub einschl. Versuch (Frage 68: Ist es Ihnen persönlich während der letzten 12 Monate einmal passiert, daß jemand mit Gewalt oder unter Androhung von Gewalt, Ihnen etwas entrisen hat oder zu entreißen versucht hat?)
- Diebstahl persönl. Eigentums (Frage 80: Außer Raub gibt es viele andere Arten von Diebstahl persönlichen Eigentums, wie beispielsweise Taschendiebstahl, Diebstahl von Geldbörsen, Brieftaschen, Kleidungsstücken, Schmuck oder Sportartikeln, sei es am Arbeitsplatz, in Schulen, in Gaststätten oder auf der Straße. Sind Sie persönlich während der letzten 12 Monate Opfer eines solchen Diebstahls geworden?)
- Angriff, Drohung (Frage 88: Ist es Ihnen persönlich während der letzten 12 Monate einmal passiert, daß man Sie tätlich angegriffen oder in einer Art bedroht hat, daß Sie wirklich Angst hatten, z.B. zu Hause oder in einem Lokal, auf der Straße, in der Schule oder am Arbeitsplatz?)
- Sexuelle Belästigung/sexueller Angriff (Frage 101: Ist es Ihnen persönlich während der letzten 12 Monate einmal passiert, daß Sie jemand in sexueller Absicht auf unverschämte Art gepackt oder betastet hat? Das kann zu Hause oder anderswo vorgekommen sein, etwa in einem Lokal, auf der Straße, in der Schule oder am Arbeitsplatz? Frage 108: Würden Sie diesen Vorfall als eine Vergewaltigung, als eine versuchte Vergewaltigung, einen sexuellen Angriff oder lediglich als freches Benehmen bezeichnen?)

Faßt man die Angaben zur persönlichen Opferwerdung in den verschiedenen Deliktsbereichen zusammen, so ergibt sich ein Anteil von Personen, die in den letzten 12 Monaten Opfer einer Straftat geworden sind, der für Calw 26 Prozent, für Freiburg 40 Prozent und für Ravensburg/Weingarten 30 Prozent beträgt (siehe *Tabelle 5*). Es handelt sich dabei um diejenigen, die explizit angegeben haben, daß sie persönlich Opfer von mindestens einem der erfaßten Delikte geworden sind. Vergleicht man für die Gemeinde Calw diese Zahlen mit den polizeilich erfaßten Straftaten, so ergibt sich, daß nur circa jedes 4. Delikt angezeigt wird.

In allen drei Gemeinden ist ein hoher Opferanteil der 14- bis 29jährigen festzustellen. Mit zunehmendem Alter nimmt der Anteil der Viktimisierten ab. Freiburg liegt in allen Alterskategorien bezüglich der persönlichen Opferwerdung der Befragten an der Spitze. Die prozentualen Anteile der Frauen als Opfer sind in allen Altersgruppen geringer als die der Männer; lediglich in Freiburg haben die 25- bis 29jährigen und 45- bis 54jährigen Frauen einen höheren Opferanteil als die Männer.

Die Analyse der Antworten auf die Frage: "Haben Sie oder jemand anderer wegen dieses Vorfalls bei der Polizei Anzeige erstattet?" kommt zu einem ähnlichen Ergebnis.

Tabelle 5: Persönliche Opferwerdung in Abhängigkeit von Alter und Geschlecht
Verteilung der Prozentwerte (in Klammern die Häufigkeit der Nennungen).

Alterskategorie		Insg.	14-24	25-29	30-34	35-44	45-54	55-64	65 und mehr
Gemeinde									
Calw	Alle	25,8% (239)	35,0% (56)	37,3% (38)	29,9% (32)	30,3% (50)	16,3% (25)	15,0% (23)	17,4% (16)
	Männer	28,5% (138)	37,3% (31)	48,0% (24)	36,1% (22)	32,0% (24)	18,4% (14)	16,1% (14)	15,7% (8)
	Frauen	22,9% (101)	32,5% (25)	26,9% (14)	21,7% (10)	29,5% (26)	14,3% (11)	12,7% (8)	18,4% (7)
Freiburg	Alle	40,2% (449)	53,5% (91)	61,5% (99)	40,8% (53)	47,0% (85)	34,9% (52)	23,6% (30)	18,5% (34)
	Männer	42,0% (218)	58,5% (48)	53,1% (43)	46,7% (28)	51,1% (48)	32,8% (20)	26,4% (14)	18,4% (16)
	Frauen	38,9% (225)	48,9% (43)	70,0% (56)	36,2% (25)	42,5% (37)	36,0% (31)	21,6% (16)	18,3% (17)
Ravensburg/ Weingarten	Alle	29,4% (384)	46,3% (95)	35,9% (61)	41,7% (60)	29,1% (62)	24,9% (44)	19,5% (34)	12,7% (27)
	Männer	34,0% (223)	53,8% (49)	42,4% (36)	53,6% (37)	31,4% (37)	26,7% (24)	23,9% (22)	16,5% (18)
	Frauen	25,0% (158)	40,2% (45)	29,4% (25)	30,7% (23)	26,3% (25)	23,3% (20)	13,8% (11)	9% (9)

Um eine bessere Basis für kriminalpräventive Maßnahmen erhalten zu können, erscheint es sinnvoll, das Deliktsgeschehen stadtteilspezifisch zu erfassen, was hier am Beispiel Calws gezeigt werden soll. Anhand der Antworten der Befragten auf die Frage, wo sie Opfer von Delikten geworden sind, wurden die Stadtteile Calws hinsichtlich der Opferwerdungen analysiert. Dabei konnten jedoch nur die letzte Opferwerdung der Befragten und nur Antworten der Einwohner Calws berücksichtigt werden; Besucher der Stadt, die dort Opfer geworden waren, wurden bei der Umfrage nicht erfaßt. Als Ergebnis dieser Analyse erhält man Stadtteile Calws mit hohen Opferanteilen, d.h. mehr als 7 Prozent der Befragten bzw. Haushalte wurden dort Opfer eines der genannten Delikte, wenn man nur die letzte Opferwerdung des jeweiligen Delikts berücksichtigt (siehe *Tabelle 6*). Nach diesem Berechnungsmodus wurden beispielsweise im gesamten Untersuchungsgebiet von Calw im Durchschnitt 4 Prozent der Befragten Opfer einer Sachbeschädigung, während hingegen in Calw-Innenstadt dieser Anteil bei etwa 8 Prozent liegt. Insgesamt zeigt sich, daß in Calw-Innenstadt die Delikte Diebstahl, Bedrohung, Sachbeschädigung

und Beschädigung des Autos besonders ausgeprägt sind, während in Wimberg Diebstahl und Beschädigung des Autos am häufigsten vorkommen. In Heumaden und Hirsau/Ernstmühl betrifft dies die Beschädigung des Autos.

Tabelle 6: Stadtteile Calws mit hohen Opferanteilen
Stadtteile, in denen mehr als 7% der Befragten/Haushalte im letzten Jahr Opfer einer Straftat wurden. Bei der Berechnung konnte nur die letzte Opferwerdung berücksichtigt werden.

. Calw-Innenstadt
Beschädigung des Autos
Diebstahl
Bedrohung
Sachbeschädigung

. Wimberg
Beschädigung des Autos
Diebstahl

. Heumaden und Hirsau/Ernstmühl
Beschädigung des Autos

4. Soziale und geographische Verortung von Viktimisierten

4.1 Fragestellung, theoretischer Hintergrund

Dieser Teil der Untersuchung ist eine Analyse von Opfer-Strukturen und dient der Suche nach geeigneten Zielgruppen für die Kriminalprävention auf kommunaler Ebene. Viktimisierungen sind für viele Bürger relativ seltene Ereignisse im Laufe ihres Lebens. Allerdings scheint es Personengruppen zu geben, die relativ häufig Opfer von Straftaten werden. So zeigt zum Beispiel die Analyse britischer und US-amerikanischer Umfragen (British Crime Survey und National Youth Survey), daß ein großer Teil aller kriminellen Handlungen auf einen relativ kleinen Teil der Opfer konzentriert ist. Dieses Ergebnis kann auch mit den Bevölkerungsbefragungen, die im Rahmen des Begleitforschungsprojekts "Kommunale Kriminalprävention" in Baden-Württemberg durchgeführt wurden, reproduziert werden. Die nachfolgende *Abbildung* beschreibt die Verteilung der Viktimisierungshäufigkeiten in Ravensburg/Weingarten. Für die anderen untersuchten Städte erhält man fast identische Häufigkeitsverteilungen.

In Ravensburg/Weingarten gab es unter den 1.308 Befragten 202 Personen, die in den letzten 12 Monaten 1mal Opfer der hier berücksichtigten Delikte wurden, 80 Befragte wurden 2mal Opfer usw.. Aus dieser Verteilung kann man berechnen, wieviele Viktimisierungen auf wieviele Opfer fallen. Das Ergebnis:

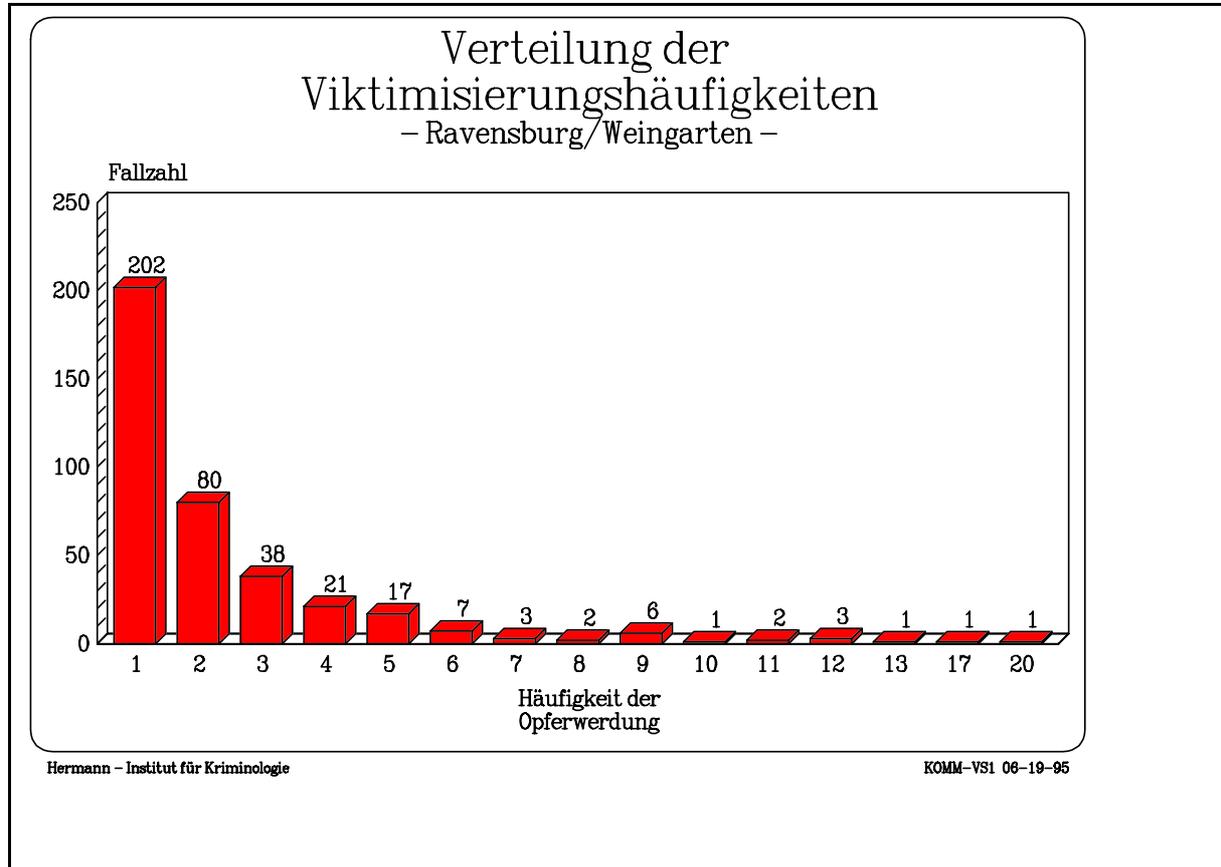
Gottfredson, 1984.

Lauritsen/ Quinet, 1995, S. 154.

In Calw entfallen auf 24% der Opfer (bzw. 6% der Bevölkerung) 58% aller Viktimisierungen,

In Freiburg entfallen auf 28% der Opfer 62% aller Viktimisierungen,

In Ravensburg/Weingarten entfallen auf 27% der Opfer 60% aller Viktimisierungen



Also sind die Viktimisierungen auch in den Projektstädten auf relativ wenige Opfer konzentriert. Eine Hypothese ist, daß diese Konzentration Ergebnis eines Zufallsprozesses ist - nach der alternativen Hypothese hingegen wäre der Viktimisierungsprozeß Regelmäßigkeiten unterworfen. Ein theoretischer Ansatz, der die unterschiedliche Verteilung der Opferhäufigkeiten erklärt, ist der Lebensstil-Ansatz, der von Hindelang u.a. in die Viktimologie eingeführt wurde. Lebensstile sind strukturierte Muster der Lebensführung, die erstens für andere Menschen erkennbar sind, also insbesondere aus expressiven Verhaltensregelmäßigkeiten und Symbolen bestehen, zweitens von materiellen und kulturellen Ressourcen abhängig sind und drittens der Abgrenzung zu anderen sozialen Einheiten dienen. Ein jugendlicher Hacker beispielsweise wird seine Freizeit anders nutzen als ein Raver - das ist ein Techno-Anhänger, der die Wochenenden möglichst ohne Schlafpause in entsprechenden Discos verbringt. Der Hacker wird im Vergleich zu ihm nur wenig Kontakt mit Menschen haben und damit ist sein Risiko, Opfer einer Körperverletzung zu werden, relativ gering.

Hindelang/ Gottfredson/ Garofalo, 1978.
Müller, 1992, S. 376.

Die Wahrscheinlichkeit von Viktimisierungen ist nach dieser Theorie von Hindelang vom Lebensstil abhängig. Wenn der Lebensstil die Viktimisierungswahrscheinlichkeit beeinflusst, ist zu erwarten, daß es vom Lebensstil abhängige Muster der Opferwerdung gibt. Das Ziel der Untersuchung ist, anhand der Umfragedaten aus Calw, Freiburg und Ravensburg/Weingarten durch ein exploratives statistisches Verfahren Regelmäßigkeiten in der Opferwerdung herauszufinden und diese mit Hilfe sozialer und räumlicher Merkmale zu charakterisieren. Im soziologischen Sprachgebrauch heißt dies, daß Viktimisierungsmuster, also Kombinationen von verschiedenen Straftaten, die für ein Opfer charakteristisch sind, vertikal und horizontal verortet werden.

Es ist zu erwarten, daß Viktimisierungsmuster - sofern sie existieren -zeitlich stabil sind. Die Analysen von Opferbefragungen, die im Längsschnitt durchgeführt wurden, zeigten, daß bereits erlebte Viktimisierungen als gutes Prognosemerkmal für zukünftige Opferwerdungen verwendet werden können. Die Wahrscheinlichkeit, daß ein bereits Viktimisierter noch einmal Opfer wird, ist wesentlich größer als die Viktimisierungswahrscheinlichkeit einer Person, die noch nie Opfer geworden ist.

Als theoretische Grundlage der Untersuchung wird neben dem Lebensstil-Ansatz auch ein sozialökologischer Ansatz berücksichtigt, d.h., daß Ereignisse vor dem sozialen Hintergrund und der Situation in der Wohngegend der Beteiligten gesehen werden. Dieser Ansatz ist relativ alt. Er kann der Chicago-Schule zugeordnet werden - das ist eine kriminalsoziologische Richtung, in der Kriminalität in verschiedenen Stadtteilen und Schichten untersucht wurde. Es wurde versucht, die verschiedenen Kriminalitätsformen vor dem Hintergrund sozialer und geographischer Merkmale zu erklären und "natural areas" der Delinquenz festzustellen. Die Gesellschaft, die durch diese Forschung beschrieben wurde - nämlich Großstädte in den Vereinigten Staaten in der ersten Hälfte des Jahrhunderts - hat mit den heutigen Verhältnissen in Deutschland wenig gemeinsam. Aber durch die Einbindung des Lebensstil-Ansatzes kann die Differenzierung und fortschreitende Komplexität in unserer Gesellschaft berücksichtigt werden. Durch die Einbeziehung geographischer Merkmale erscheint dieser Ansatz für eine empirische Analyse zur Kommunalen Kriminalprävention besonders geeignet zu sein.

Vgl. Kennedy/Forde, 1990; Hermann/ Streng 1991, S. 10.
Lauritsen/ Quinet, 1995, S. 156 und 160; vgl. auch Reiss, 1980 und Feinberg, 1980.
Z.B. Thrasher, 1927; Shaw/ McKay, 1969; Decker/ O'Brien/ Shichor, 1979.
Beck, 1986.

4.2 Ergebnisse

4.2.1 Viktimisierungsmuster

Zur Bestimmung von Viktimisierungsmustern unter den Befragten in den Projektstädten wurden die Fragen zur Opferwerdung zu insgesamt vier Bereichen zusammengefaßt. Die vier neuen Variablen messen, ob jemand persönlich in den letzten 12 Monaten Opfer eines Diebstahls, einer Sachbeschädigung, eines Einbruchs oder eines Gewaltdelikts wurde oder nicht. Mit diesen Merkmalen wurden Clusteranalysen durchgeführt. Eine Clusteranalyse ist ein statistisches Verfahren zur Bildung von Fallgruppen. Das Ziel der Analyse ist, Gruppen zu bestimmen, die sich hinsichtlich bestimmter Merkmale möglichst unterscheiden, aber in sich homogen sind. Das Ergebnis der Clusteranalysen ist, daß in allen drei Städten eine Aufteilung in fünf Personengruppen den Daten gerecht wird. Eine Beschreibung dieser Clustergruppen bietet die *Tabelle 7*. Demnach gibt es beispielsweise unter den Freiburger Befragten eine Personengruppe, die alle (100 Prozent) Opfer eines Diebstahl und eines Gewaltdelikts wurden. 31 Prozent in dieser Gruppe wurden Opfer einer Sachbeschädigung und 17 Prozent Opfer eines Einbruchs. Die Personen in dieser Clustergruppe werden in der Tabelle als "Multi-Opfer" bezeichnet. Die erste Clustergruppe besteht aus den Personen, die so gut wie nie Opfer wurden - die sogenannten "Unviktimisierten". In wenigen Fällen wurden sie Opfer eines Einbruchs. Das ist in allen drei Städten die größte Gruppe. Die zweite Clustergruppe besteht aus Personen, die Opfer eines Diebstahls wurden, wobei in geringem Umfang andere Delikte, insbesondere Sachbeschädigung, hinzukommen können. Die dritte Gruppe sind Opfer von Sachbeschädigungen, wobei diese Personen zu einem geringen Teil auch noch Opfer eines Einbruchs wurden. Die vierte Gruppe besteht aus Gewaltopfern, wobei auch noch Viktimisierungen durch andere Straftaten relevant sind. Die fünfte Gruppe besteht schließlich aus den Personen, die Opfer vieler verschiedener Straftaten wurden - die sogenannten "Multi-Opfer". Das ist in allen drei Städten die kleinste Gruppe. Aus diesem Grund sind die Ergebnisse zu dieser Gruppe nur mit Vorsicht zu interpretieren. Bei der Clusteranalyse wurden vier Deliktsbereiche berücksichtigt, wobei jede dieser vier Variablen zwei Ausprägungen haben kann (Viktimisierung: ja/nein). Somit gibt es theoretisch $2^4=16$ mögliche Kombinationen der Opferwerdung. In der Realität hingegen kommen nur 5 Kombinationsmöglichkeiten in größerem Umfang vor. Dieses Ergebnis zeigt also, daß es Regelmäßigkeiten bei der Viktimisierung gibt und daß diese weitgehend unabhängig vom untersuchten Ort feststellbar sind.

Eine Übersicht zur Clusteranalyse ist in Deichsel/ Tranpisch 1985 und Backhaus/ Erichson/ Plinke/ Weiber, 1990 zu finden. Für die Analysen wurden partitionierende, nicht-hierarchische Clusteranalysen berechnet.

Die Festlegung der Anzahl der Clustergruppen erfolgte mittels dreier Kriterien: (1) Eine Verfeinerung der Partitionierung führt zu keiner wesentlichen Verbesserung in der Anpassung des Modells an die Daten (die Qualität der Modellanpassung wurde mittels Diskriminanzanalysen bestimmt). (2) Die Anzahl der Fälle in den Clustergruppen soll nicht zu gering sein. (3) Die Clustergruppen sollen inhaltlich sinnvoll voneinander unterscheidbar sein.

Tabelle 7: Charakterisierung von Opfergruppierungen
 Prozentuale Häufigkeiten von Viktimisierungen in Clustergruppen.

Clustergruppen	Delikte	Diebstahl	Sachbeschädigung	Einbruch	Gewalt	Fallzahl
Calw						
Unviktimisierte		0	0	1	0	713
Diebstahlsoffer u.a.		100	21	0	0	86
Opfer Sachbesch. u.a.		0	100	4	0	69
Gewaltopfer u.a.		17	31	4	100	72
Multi-Opfer		100	20	100	40	5
Freiburg						
Unviktimisierte		0	0	4	0	696
Diebstahlsoffer u.a.		100	27	6	0	202
Opfer Sachbesch. u.a.		0	100	5	0	99
Gewaltopfer u.a.		0	29	15	100	79
Multi-Opfer		100	31	17	100	42
Ravensburg/Weingarten						
Unviktimisierte		0	0	2	0	943
Diebstahlsoffer u.a.		100	16	4	13	171
Opfer Sachbesch. u.a.		0	100	7	17	115
Gewaltopfer u.a.		0	0	4	100	57
Multi-Opfer		86	86	55	86	22

4.2.2 Vertikale und horizontale Verortung von Viktimisierungsmustern

In einem nächsten Schritt sollen die verschiedenen Viktimisierungsmuster durch soziale und geographische Merkmale und Einstellungen charakterisiert werden. Dabei wurden folgende Variablen berücksichtigt (siehe *Tabelle 8*):

Tabelle 8: Operationalisierung der Variablen

Schicht: Standardisierter Index der Merkmale Schulabschluß, beruflicher Ausbildungsabschluß und Haushaltseinkommen. Mittelwert null. Je größer der Indexwert ist,

desto höher ist die Schichtzugehörigkeit (Frage 178 - rekodiert; Frage 179 - rekodiert; Frage 182)

Ausgehen als Lebensstil: Häufigkeit des abendlichen Ausgehens in der Freizeit: 1 - fast jeden Tag, ..., 5 - nie (Frage 131)

Viktimisierungsvermeidung: Opfervermeidungsstrategien beim Ausgehen: Begleitung durch andere Personen als Schutz oder Meiden gewisser Örtlichkeiten: 0 - nein, 1 - ja (Fragen 132 und 133 - rekodiert)

Wohngebiet: Stadtteile des Wohnorts (Frage 185)

Alter: Kategorisierte Altersvariable: 1 - 14 bis 19 Jahre, ..., 11 - 65 Jahre und älter (Frage 174)

Geschlecht: 1 - männlich, 2 - weiblich (Frage 173)

Involvierung in viktimogenen Freundeskreis: Wurden Freunde, die in Ihrer Stadt leben, Opfer von Kriminalität? 1 - ja, 2 - nein (Frage 112)

Involvierung in viktimogenen Bekanntenkreis: Wurden Bekannte, die in Ihrer Stadt leben, Opfer von Kriminalität? 1 - ja, 2 - nein (Frage 112)

Involvierung in kriminogenen Bekanntenkreis: Kennen Sie persönlich jemanden, der Rauschgift, d.h. harte Drogen wie Heroin, LSD oder ähnliches nimmt oder genommen hat? 1 - ja, 2 - nein (Frage 165)

Kriminalität als Problem in der Gemeinde: Rangplatz von Kriminalität als wichtiges Problem der Gemeinde (Frage 115 - rekodiert)

Ausprägung der Viktimisierungsfurcht: Wie oft denken Sie daran, selbst Opfer einer Straftat zu werden? 1 - nie, .., 4 - sehr oft (Frage 129)

Furcht in Wohnung: Fürchten Sie sich davor, nachts alleine in Ihrer Wohnung zu sein? 1 - nie, .., 4 - sehr oft (Frage 130)

Unsicherheitsgefühl in Wohngegend: Wie sicher fühlen Sie sich oder würden Sie sich fühlen, wenn Sie hier in Ihrer Wohngegend nachts draußen alleine sind? 1 - sehr sicher, ..., 4 - ziemlich unsicher (Frage 134)

Viktimisierungsfurcht in Wohngegend: Haben Sie nachts draußen allein in Ihrer Wohngegend Angst, Opfer einer Straftat zu werden? 1 - sehr oft, ..., 4 - nie (Frage 136)

Gesamtzahl der Viktimisierungen pro Jahr

Die Beziehung zwischen den Viktimisiertenclustern und den Merkmalen zu ihrer Charakterisierung wurde mit Hilfe von Varianzanalysen bestimmt. Dabei wurden die Verteilungen der Charakterisierungsmerkmale für die einzelnen Clustergruppen miteinander verglichen und auf signifikante Unterschiede geprüft. Das Ergebnis (siehe *Tabelle 9*):

Tabelle 9: Charakterisierung der Viktimisiertencluster durch soziale Merkmale, Lebensstile und Einstellungen
Mittelwerte und Prozentwerte

Viktimisiertencluster Charakteristika	Unviktimisierte	Opfer Diebstahl	Opfer Sachbeschädigung	Opfer Gewalt	Multi-Opfer
Schicht Calw ⁰ Freiburg ² Ravensburg/Weingarten ⁰	-0,1	0,6	0,8	-0,1	-0,6
Ausgehen (Lebensstil) Calw ² Freiburg ² Ravensburg/Weingarten ²	2,7 2,7 2,7	2,4 2,1 2,1	2,4 2,1 2,4	2,4 2,1 2,4	2,0 2,0 2,2
Viktimisierungsvermeidung Prozentualer Anteil von Personen, die beim Ausgehen Sicherungsvorkehrungen treffen.	39% 47% 47%	33% 50% 49%	30% 38% 43%	58% 52% 51%	60% 74% 50%
Alter Calw ² Freiburg ² Ravensburg/Weingarten ²	6,2 6,7 6,6	4,9 4,9 4,4	5,8 5,5 5,7	4,1 4,5 3,9	4,2 3,7 5,0
Geschlecht Prozentualer Frauenanteil Calw ¹ Freiburg ² Ravensburg/Weingarten ²	50% 54% 52%	42% 48% 46%	38% 39% 37%	43% 62% 45%	0% 64% 27%
Kriminalität als Problem Durchschnittlicher Rangplatz Calw ⁰ Freiburg ⁰ Ravensburg/Weingarten ⁰					
Ausprägung der Viktimisierungsfurcht Frage 129					

Viktimisierten-cluster Charakteristika	Unviktimisierte	Opfer Diebstahl	Opfer Sachbeschädigung	Opfer Gewalt	Multi-Opfer
Calw ²	1,9	2,0	1,9	2,2	2,4
Freiburg ²	2,0	2,0	2,0	2,1	2,3
Ravensburg/Weingarten ²	1,9	2,0	1,9	2,2	2,6
Furcht in Wohnung Frage 130					
Calw ⁰					
Freiburg ⁰					
Ravensburg/Weingarten ²	1,5	1,5	1,4	1,6	2,1
Unsicherheitsgefühl in Wohngegend Frage 134					
Calw ¹	2,2	2,1	2,0	2,4	2,4
Freiburg ⁰					
Ravensburg/Weingarten ⁰					
Viktimisierungsfurcht in Wohngegend Frage 136					
Calw ²	3,2	3,2	3,3	2,8	2,6
Freiburg ²	3,0	3,0	3,0	2,8	2,7
Ravensburg/Weingarten ¹	3,1	3,1	3,2	3,0	2,7
Durchschnittliche Anzahl der Viktimisierungen pro Jahr					
Calw ²	0	2	2	4	5
Freiburg ²	0	2	2	3	6
Ravensburg/Weingarten ²	0	2	2	2	7
Viktimisierungen im Freundeskreis Prozentualer Anteil					
Calw ²	16%	45%	37%	49%	100%
Freiburg ²	26%	59%	43%	82%	89%
Ravensburg/Weingarten ²	19%	40%	37%	47%	66%
Viktimisierungen im Bekanntenkreis Prozentualer Anteil					
Calw ²	23%	45%	35%	45%	-
Freiburg ²	32%	63%	53%	81%	86%
Ravensburg/Weingarten ²	26%	38%	46%	36%	69%

Viktimisiertencluster Charakteristika	Unviktimisierte	Opfer Diebstahl	Opfer Sachbeschädigung	Opfer Gewalt	Multi-Opfer
Konsumenten harter Drogen im Bekanntenkreis Prozentualer Anteil					
Calw ²	18%	39%	35%	42%	80%
Freiburg ²	22%	39%	38%	49%	49%
Ravensburg/Weingarten ²	22%	35%	33%	47%	64%

- ⁰ Unterschied nicht signifikant
¹ Unterschied signifikant ($\alpha 0.05$)
² Unterschied sehr signifikant ($\alpha 0.01$)

Schicht:

Die Viktimisiertencluster unterscheiden sich hinsichtlich der Schichtzugehörigkeit nur in Freiburg. In diesem Fall gehören die Diebstahls- und Sachbeschädigungsoffer einer - im Vergleich zu allen Befragten aus Freiburg - relativ hohen Schicht an, während die Schichtzugehörigkeit der Multi-Opfer relativ gering ist.

Ausgehen:

Die Häufigkeit des abendlichen Ausgangs in der Freizeit unterscheidet die Viktimisiertencluster. Erwartungsgemäß geht die Gruppe der Unviktimisierten am seltensten und die Gruppe der Multi-Opfer am häufigsten aus. Die anderen Opfergruppen nehmen eine Mittelstellung ein. Dieses Ergebnis harmonisiert mit dem Lebensstil-Ansatz von Hindelang, denn für ihn ist das abendliche Ausgehen ein wichtiger Aspekt des Lebensstils.

Viktimisierungsvermeidung:

Die Viktimisiertencluster unterscheiden sich hinsichtlich der Entwicklung von Opfervermeidungsstrategien beim abendlichen Ausgehen - zumindest in Calw und Freiburg. Dabei treffen die Multi-Opfer und die Opfer von Gewalttaten am häufigsten entsprechende Vorkehrungen. Es ist anzunehmen, daß bei ihnen die Opfererfahrung zu einer Verhaltensänderung führte.

Alter:

Die Viktimisiertencluster unterscheiden sich signifikant hinsichtlich des Alters. Dabei gilt folgende Reihenfolge: Die Unviktimisierten sind im Durchschnitt am ältesten, danach folgen die Opfer von Sachbeschädigungen. Das Durchschnittsalter in den anderen Gruppen ist wesentlich niedriger.

Geschlecht:

In diesem Bereich scheint Freiburg eine Ausnahme zu bilden. Während in den anderen beiden Städten Männer unter den Gewalt- und Multi-Opfern überrepräsentiert sind, sind in Freiburg Frauen häufiger in diesen Viktimisiertenclustern zu finden.

Kriminalität als Problem:

Die Einschätzung der Bedeutung von Kriminalität durch die Befragten als wichtigem Problem in der Gemeinde unterscheidet die Viktimisiertencluster nicht signifikant, wobei die Daten den

Vgl. Hindelang, 1982, S. 162.

Trend erkennen lassen, daß für die Gewalt- und Multi-Opfer das Problem Kriminalität wichtiger ist als für die anderen Gruppen.

Kriminalitätsfurcht und Unsicherheitsgefühl:

Hinsichtlich der verschiedenen Indikatoren der Kriminalitätsfurcht und des Unsicherheitsgefühls gibt es insbesondere für die beiden Merkmale "Ausprägung der Viktimisierungsfurcht" und "Viktimisierungsfurcht in der Wohngegend" (siehe *Tabelle 8*) signifikante Unterschiede zwischen den Viktimisierengruppen. Die Ergebnisse zeigen, daß sich die Opfer von Einzeldelikten kaum von den Unviktimisierten unterscheiden. Ausgeprägter ist dagegen die Kriminalitätsfurcht unter den Multi-Opfern.

Durchschnittliche Anzahl der Viktimisierungen pro Jahr:

Bezüglich dieses Merkmals unterscheiden sich die Viktimisiertencluster in allen drei untersuchten Städten signifikant voneinander. Den niedrigsten Wert hat erwartungsgemäß (aufgrund der Definition der Clustergruppen) die Gruppe der Unviktimisierten - gefolgt von den Gruppen der Diebstahls-, Sachbeschädigungs- und Gewaltopfer. Den höchsten Wert haben die Multi-Opfer.

Viktimisierungen im Freundes- und Bekanntenkreis:

Der Anteil der Befragten mit viktimisierten Freunden und Bekannten ist in den Gruppen unterschiedlich groß. Am größten ist dieser Anteil in der Gruppe der Multi-Opfer und am kleinsten unter den Unviktimisierten. Eine Erklärung kann mit Hilfe des Lebensstil-Ansatzes gegeben werden. Hindelang hat vermutet, daß der Lebensstil die sozialen Kontakte und Interaktionen beeinflusst. Ein freizeitorientierter Musikfan, der häufig einschlägige Discos besucht, wird i.d.R. Freunde haben, die ebenfalls häufig Discos besuchen, und ein passionierter Taubenzüchter hat wahrscheinlich Freunde mit dem gleichen Hobby. Also: Wenn die Lebensstile von Freunden ähnlich sind und wenn Lebensstile die Viktimisierungswahrscheinlichkeit beeinflussen, ist zu erwarten, daß innerhalb eines Freundeskreis ähnliche Viktimisierungsmuster auftreten.

Bestätigt wird diese Beziehung durch eine zusätzliche Analyse. Berechnet man die Korrelation zwischen der Anzahl der Viktimisierungen der Befragten pro Jahr und den Viktimisierungen in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis in der Stadt, erhält man für alle drei Orte hohe und signifikante Werte. D.h.: Viktimisierte Personen haben relativ häufig auch viktimisierte Freunde, während Unviktimisierte relativ häufig unviktimisierte Freunde haben. Konsum harter Drogen im Bekanntenkreis:

Die Clustergruppen unterscheiden sich auch hinsichtlich dieses Merkmals. In der Gruppe der Nichtopfer geben nur relativ wenig Befragte an, Bekannte zu haben, die harte Drogen konsumieren, während dies in den Opfergruppen - vor allem in der Gruppe der Gewalt- und Multi-Opfer - relativ viele sind.

Die Viktimisiertencluster unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich sozialer Merkmale, sondern auch in der geographischen Verteilung - die Viktimisiertencluster sind nicht gleichmäßig auf die einzelnen Stadtteile der untersuchten Orte verteilt. In Ravensburg/Weingarten beispielsweise gehören etwa 60 Prozent der Befragten, die in der Altstadt Ravensburgs wohnen, zu der Gruppe

In anderen Untersuchungen wurde nur ein geringer oder gar kein Zusammenhang zwischen Opfererfahrung und Kriminalitätsfurcht festgestellt (anstatt vieler: Boers, 1994, 28-31. Vgl. auch den Beitrag von Kury/Obergfell-Fuchs in diesem Band.

Hindelang, 1982, S. 162.

Der Korrelationskoeffizient (Pearson) zwischen der Anzahl der Viktimisierungen des Befragten und den Viktimisierungen in seinem Freundeskreis beträgt für Calw -0,32, für Freiburg -0,33 und für Ravensburg/Weingarten -0,26. Die Korrelationen zwischen der Anzahl der Viktimisierungen und den Viktimisierungen im Bekanntenkreis sind etwas geringer. Sie betragen -0,24 für Calw, -0,29 für Freiburg und -0,21 für Ravensburg/Weingarten.

der Unviktimsierten. Es gibt andere Stadtteile, in denen dieser Anteil bei 90 Prozent und mehr liegt. Die Unterschiede zwischen den Stadtteilen von Ravensburg/Weingarten und die Unterschiede zwischen den Stadtteilen Freiburgs sind signifikant; für Calw hingegen sind die Werte nicht signifikant. Insgesamt gesehen wird aber deutlich, daß Viktimisiertencluster geographisch konzentriert sind.

Durch die Viktimisierungsmerkmale, die in die Clusteranalyse einfließen, wurde erfaßt, ob jemand Opfer bestimmter Straftaten wurde oder nicht. Dabei wurden alle Opferwerdungen berücksichtigt, unabhängig davon, ob sie im Wohnort stattfanden oder außerhalb. Das Ergebnis, daß Viktimisiertencluster geographisch konzentriert sind, ist also keine Aussage über die Qualität von Stadtteilen, sondern über die Menschen, die dort wohnen. Das Analyseergebnis erlaubt nicht die Folgerung, daß bspw. die Altstadt Ravensburgs besonders unsicher sei, sondern nur, daß ihre Bewohner relativ häufig Opfer wurden - aber dies muß nicht in dem Stadtteil erfolgt sein.

4.3 Milieu und Kommunale Kriminalprävention

Die empirische Analyse der Viktimisierungsmuster der Bevölkerung in den untersuchten Gemeinden zeigt, daß in Übereinstimmung mit anderen Opferbefragungen ein relativ großer Teil der Viktimisierungen auf einen relativ kleinen Teil der Opfer fallen. Unter den Opfern gibt es erkennbare Muster von Viktimisierungen, die durch soziale und geographische Merkmale charakterisierbar sind. Die Viktimisierungen einer Person und ihres Freundeskreises korrespondieren miteinander. Viktimisierte haben also relativ häufig auch viktimisierte Freunde; außerdem Bekannte, von denen sie wissen, daß sie harte Drogen konsumieren oder konsumierten.

Die Ergebnisse legen es nahe, die Viktimisierungen mit dem Milieubegriff in Verbindung zu bringen. Unter Milieu versteht man die Gesamtheit der Lebensumstände eines Individuums, also einen Komplex von Merkmalen, die eine Person und ihren Alltag charakterisieren - das sind soziodemographische Merkmale, Statusmerkmale, Lebensstil, Wertorientierungen und das Wohnumfeld. In weiteren Forschungen wird es notwendig sein, dieses viktimogene Milieu, also die Lebensumstände häufig Viktimisierter, näher zu charakterisieren.

Das viktimogene Milieu könnte als Zielgruppe für die Kriminalprävention auf kommunaler Ebene ins Auge gefaßt werden, denn eine häufige Viktimisierung tangiert nicht nur die Beziehung zwischen Opfer und Täter, sondern auch die Beziehung des Opfers zur Gesellschaft. Je häufiger jemand Opfer einer Straftat wurde, desto schlechter ist seine Bewertung der Gemeinde und desto schlechter benotet er die Arbeit der Polizei.

Als Präventionsmöglichkeit könnte die Reduzierung von Tatgelegenheiten in diesem Milieu diskutiert werden. Allerdings legt das Milieu-Konzept auch noch eine andere Präventionsmöglichkeit nahe. Ein Milieu kann nur in der Abgrenzung zu anderen existieren. Integrationsbemühungen würden demnach vermutlich zu seiner Auflösung beitragen. Somit könnte als

SINUS, o.J., S. 13.

Die Korrelation zwischen Frage 113 (Wie gern leben Sie in Ihrer Gemeinde?) und der Anzahl der Viktimisierungen pro Jahr beträgt für die Befragten aus Calw $r=0,12$ - ein signifikanter Zusammenhang.

Die Korrelation zwischen Frage 121 (Wenn Sie die derzeitige Arbeit der Polizei in Ihrer Stadt einschätzen müßten, welche Note von sehr gut bis ungenügend würden Sie ihr dann geben?) und der Anzahl der Viktimisierungen pro Jahr beträgt für die Befragten aus Calw $r=0,19$ - ein signifikanter Zusammenhang; und die Korrelation zwischen Frage 122 (Alles in allem, wie gut glauben Sie, arbeitet die Polizei an Ihrem Wohnort bei der Verbrechensbekämpfung? Welche Note von sehr gut bis ungenügend würden Sie ihr hierfür geben?) und der Anzahl der Viktimisierungen pro Jahr beträgt für die Befragten aus Calw $r=0,20$ - ebenfalls ein signifikanter Zusammenhang.

Ziel einer Kriminalprävention auf kommunaler Ebene formuliert werden, neue soziale Netzwerke zu schaffen, in die das viktimogene Milieu eingebunden wird.

Die Ergebnisse der Untersuchung können auch verwendet werden, um die Kommunale Kriminalprävention von anderen Arten der Kriminalprävention zu unterscheiden. Kriminalprävention kann auf verschiedenen Ebenen angesiedelt werden. Die Pole werden durch die gesamtgesellschaftliche und durch die individuelle Ebene gebildet. Die Kriminalprävention auf kommunaler Ebene liegt zwischen diesen Polen. Die Kriminalprävention auf diesen Ebenen unterscheidet sich hinsichtlich der Zielgruppen, der Präventionsmethoden, der Institutionen, die Prävention betreiben, und der theoretischen Grundlagen. Kommunale Kriminalprävention kann also als eigenständige Präventionsart aufgefaßt werden, die sich grundsätzlich von anderen Präventionsarten unterscheidet, so daß spezielle Präventionskonzepte erarbeitet werden müssen.

5. Schlußüberlegungen und Ausblick

Anhand der Ergebnisse der Bevölkerungsumfragen können somit in allen drei Kommunen Zielgruppen und Stadtteile bestimmt werden, die für Präventionsmaßnahmen besonders in Betracht kommen. Für Calw zum Beispiel haben die Befragten die Innenstadt, insbesondere das Gebiet um den Zentralen Omnibusbahnhof, als einen Bereich charakterisiert, in dem sie sich besonders fürchten. Das Angstgefühl wird in erster Linie von den in dem Gebiet befindlichen Personen geweckt. Aus der Sicht der Befragten sind es "zweifelhafte Gestalten", "Ausländer" und "Jugendliche", die das Unsicherheitsgefühl vermitteln. Die Vorschläge der befragten Personen zur Erhöhung der Sicherheit in diesem Gebiet richten sich hauptsächlich auf polizeiliche und bauliche Maßnahmen. Dabei wird für den Zentralen Omnibusbahnhof in erster Linie eine Verbesserung der Sicherheitslage durch Alarmanlagen und Kameraüberwachung sowie durch eine verstärkte Beleuchtung erwartet, während für das gesamte Stadtgebiet Calws der Schwerpunkt auf eine bessere Beleuchtung gelegt wird.

Die weitere Entwicklung in den Projektstädten wird zeigen, welche Präventionsmaßnahmen die Kriminalpräventiven Räte der Kommunen ergreifen werden und ob es gelingt, die anvisierten Projekte in die Tat umzusetzen.

Literatur

- Atteslander, P., Methoden der empirischen Sozialforschung, 7.Aufl., Berlin, New York, 1993
- Backhaus, K./ Erichson, B./ Plinke, W./ Weiber, R., Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung. 6. Aufl., Berlin u.a. 1990
- Beck, U., Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/ M. 1986
- Bick, W./ Dobroschke, W., Leben in Frankfurt am Main - Erste Ergebnisse der Frankfurter Bürgerbefragung '94, in: Frankfurter Statistische Berichte, fsb 1/1995, S.1-20
- Boers, K., Kriminalitätseinstellungen und Opfererfahrungen, in: Kaiser, G./ Jehle, J.-M. (Hrsg.), Kriminologische Opferforschung. Neue Perspektiven und Erkenntnisse, Teilband II, Verbrechenfurcht und Opferwerdung - Individualopfer und Verarbeitung von Opfererfahrungen, Heidelberg 1994, S. 3-36,
- Decker, D.L./ O'Brien, R.M./ Shichor, D., Patterns of Juvenile Victimization and Urban Structure, in: Parsonage, W.H. (ed.), Perspectives on Victimology, Beverly Hills, London 1979, S. 88-98

Vgl. Feltes, 1994, S. 6.

Die Vorschläge seitens der Befragten zu polizeilichen Maßnahmen umfassen zum Beispiel "mehr Polizeistreifen einzusetzen" und "einen Polizeiposten im Zentralen Omnibusbahnhof einzurichten".

- Deichsel, G./ Tramisch, H.J., Clusteranalyse und Diskriminanzanalyse, Stuttgart, New York 1985
- Feinberg, S., Statistical Modelling in the Analysis of Repeat Victimization, in: Feinberg, S./ Reiss, A. (eds.), Indicators of Crime and Criminal Justice: Quantitative Studies, U.S. Department of Justice, Washington, DC 1980, S. 54-58
- Feltes, T., Kommunale Kriminalprävention: Ausgangspunkt und Ziele, in: Feltes, T. (Hrsg.), Kommunale Kriminalprävention - Modelle und Erfahrungen, Villingen-Schwenningen 1994, S. 5-8
- Gottfredson, M., Victims of Crime: The Dimensions of Risk. Home Office Research Study 81, London 1984
- Hermann, D./ Streng, F., Die Bewältigung des Traumas. Zum Stellenwert spezifischer Opferstrategien im Viktimisierungsprozeß, in: Bewährungshilfe 38, 1991, S. 5-21
- Hindelang, M., Victimization Surveying, Theory and Research, in: Schneider, H.J. (ed.), The Victim in International Perspective. Papers and Essays given at the "Third International Symposium on Victimology" 1979 in Münster/ Westfalia 1982, S. 151-165
- Hindelang M./ Gottfredson, M./ Garofalo, J., Victims of Personal Crime, Cambridge, Mass. 1978
- Kaiser, G., Kriminologie. Eine Einführung in die Grundlagen. 9.Aufl., Heidelberg 1993
- Kennedy, L.W./ Forde, D.R., Risky Lifestyles and Dangerous Results: Routine Activities and Exposure to Crime, in: Sociology and Social Research 74, 1990, S. 208-211
- Kury, H./ Dörmann, U./ Richter, H./ Würger, M., Opfererfahrungen und Meinungen zur Inneren Sicherheit in Deutschland, Wiesbaden 1992
- Lauritsen, J.L./ Quinet, K.F.D., Repeat Victimization Among Adolescents and Young Adults, in: Journal of Quantitative Criminology 11, 1995, S. 143-166
- Müller, H.P., Sozialstruktur und Lebensstile. Der neue theoretische Diskurs über soziale Ungleichheit, Frankfurt/ M. 1992
- Reiss, A., Victim Proneness in Repeat Victimization by Type of Crime, in: Feinberg, S./ Reiss, A. (eds.), Indicators of Crime and Criminal Justice: Quantitative Studies, U.S. Department of Justice, Washington DC, 1980, S. 41-53
- Shaw, C.R./ McKay, H.D., Juvenile Delinquency and Urban Areas. A Study of Rates of Delinquency in Relation to Differential Characteristics of Local Communities in American Cities, 2. Aufl., Chicago, London 1969
- SINUS, SINUS-Lebensweltforschung. Ein kreatives Konzept, Heidelberg o.J.
- Thrasher, F.M., The Gang. A Study of 1.313 Gangs in Chicago, Chicago 1927

Viktimisierung, Anzeigeerstattung und Einschätzung der Arbeit der Polizei
durch die Bürger -
Analysen anhand der Bevölkerungsbefragung in den Projektstädten

Wolfgang Heinz, Gerhard Spieß
Arbeitsgruppe strafrechtliche Rechtstatsachenforschung und empirische Kriminologie
des Instituts für Rechtstatsachenforschung der Universität Konstanz

I.

Mit der Wiederentdeckung des Verbrechenopfers und der Entdeckung der Kriminalitätsfurcht als sozialem Problem ist in der Kriminalpolitik neben den Kampf gegen die Kriminalität auch der gegen die Kriminalitätsfurcht getreten. Kriminalprävention der Gegenwart zielt auf beide Bereiche.

Die Wiederentdeckung des Verbrechenopfers in den 70er Jahren hat dazu geführt, daß in der Kriminologie die damals vorherrschende Täterorientierung ergänzt wurde um die Perspektiven der Opferwerdung und der Rolle des Opfers im Entstehungszusammenhang der Tat, des Viktimisierungsrisikos und der Folgewirkungen einer Viktimisierung sowie der Entwicklung, Implementierung und Evaluierung von Opferhilfe- und Opferbehandlungsprogrammen. Ferner wurde das Opfer entdeckt als Selektionsinstanz im Prozeß der Strafverfolgung und als eine der wichtigsten Instanzen am Übergang von informeller zu formeller Sozialkontrolle.

Als (Negativ-) Dimension städtischer Lebensqualität ist die Kriminalitätsfurcht auch in das Blickfeld stadtsociologischer und wohlfahrtsökonomischer Forschungsansätze gerückt. Die Reduzierung nicht nur des objektiven Viktimisierungsrisikos, sondern auch der Kriminalitätsfurcht wurde so nicht nur Zieldimension von gruppen- und raumbezogenen polizeilichen Präventionskonzepten sondern auch von Stadtplanung, Stadtforschung und kommunalem Controlling.

Auch das Pilotprojekt "Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg" geht von der Annahme aus, daß neben objektiver Kriminalitätserfahrung auch die subjektive Wahrnehmung und Verarbeitung von Kriminalität als Dimension der Lebensqualität in der Gemeinde bedeutsam und durch kriminalpräventive Aktivitäten beeinflussbar ist. Neben der unmittelbaren Schädigung des einzelnen Verbrechenopfers durch die Straftat ist die allgemeine Kriminalitätsfurcht geeignet, das Sicherheitsgefühl insbesondere bei besonders verletzlichen Gruppen (z. B. älteren Menschen) zu beeinträchtigen. Problembezogene Interventionen sollten daher auch die subjektive Problemwahrnehmung und -verarbeitung der Bevölkerung kennen und einbeziehen.

Im Rahmen des Begleitforschungsprojekts "Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg" wurden zeitlich vor Planung, Entwicklung und Umsetzung von Präventionsaktivitäten auf kommunaler Ebene Bevölkerungsbefragungen in den drei Gemeinden Calw, Freiburg i.Br. und

Vgl. Kaiser, 1993, S. 309 ff.; Schwind, 1995, S. 291 ff.; Walter, 1995, S. 67 ff.

Zur Geschichte der kriminologischen Kriminalitätsfurcht-Forschungen und zum Zusammenhang dieser Studien mit der Vorbereitung und Evaluierung kriminalpräventiver Maßnahmen und Programme vgl. Boers, 1991, S. 7 ff.

Vgl. hierzu die Übersichtsbeiträge in Feltes, 1994; ferner Baier/ Feltes, 1994, S. 693 ff.; Koetzsche, 1994.

Vgl. Heinz, 1993, S. 27 ff.

Vgl. dazu Noll/ Schröder, 1995, S. 305 ff.; Bick/ Dobroschke, 1995, S. 4; weitere Ergebnisse der kommunalen Umfrageforschung aus 14 Städten werden dargestellt in: Bick/ Bretschneider, 1994 (dort auch Ausführungen zum kommunalen Umfragenachweissystem DEMOS des Deutschen Instituts für Urbanistik).

Vgl. hierzu Bick/ Bretschneider, in: Bick/ Bretschneider, 1995, S. 8.

Zur Forschungskonzeption des Begleitforschungsprojekts und zur Durchführung namentlich der Bevölkerungsbefragung vgl. Feltes (in diesem Band).

Ravensburg / Weingarten durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Umfragen sollten den mit Fragen der Kriminalprävention befaßten Arbeitskreisen in den Gemeinden Anhaltspunkte und Hintergrundwissen für Konzeption und Umsetzung von Präventionsmaßnahmen liefern. Zu den Zielen der Begleitforschung gehörte deshalb auch:

- eine Bestandsaufnahme hinsichtlich Opfererfahrungen in Hell- und Dunkelfeld und ihrer Verarbeitung einschließlich Anzeigeverhalten,
- die Erfassung der Wahrnehmung der Kriminalität als Problem in der Gemeinde, der Kriminalitätsfurcht, des Sicherheitsgefühls, der Bewertung der Polizeiarbeit sowie präventionsrelevanter Einstellungen und Erwartungen der Bürger in den Gemeinden,
- die Auflistung von Vorschlägen zur kommunalen Kriminalprävention seitens der Bevölkerung.

Im folgenden werden ausgewählte Befunde aus den Ergebnissen der im Juni/Juli 1994 in Calw, Freiburg i.Br. und Ravensburg / Weingarten bei jeweils repräsentativen Stichproben der Bevölkerung dieser Gemeinden durchgeführten schriftlichen Befragung zu den Themenkomplexen Viktimisierung, Anzeigeerstattung und Einschätzung der Arbeit der Polizei durch die Bürger vorgestellt.

II.

1. Daß die Polizeiliche Kriminalstatistik "kein getreues Spiegelbild der Verbrechenswirklichkeit, sondern eine je nach Deliktsart mehr oder weniger starke Annäherung an die Realität ist", wird vom Bundeskriminalamt in den Vorbemerkungen zur Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) zutreffend bemerkt. Die Daten der PKS informieren lediglich über die amtlich bekanntgewordene Kriminalität. Was amtlich bekannt wird, hängt aber weitgehend von der Anzeigebereitschaft der betroffenen Opfer ab. Im Bereich der Eigentums- und Vermögenskriminalität z.B., die immerhin drei Viertel der gesamten, in der Bundesrepublik Deutschland polizeilich registrierten Kriminalität (ohne Straßenverkehrsdelikte) ausmacht, werden der Polizei über 90% dieser Straftaten nur durch Anzeigen Privater bekannt. Angezeigt wird jedoch nur ein Bruchteil aller Delikte, die Opfer, Zeugen oder Dritten bekannt werden.

Opferbefragungen bieten die Möglichkeit, insbesondere den Filterprozeß der Anzeigeerstattung zu umgehen. Insofern erlauben sie, auch solche Opfererfahrungen zu erfassen, die ansonsten im Dunkelfeld bleiben. Freilich bestehen beachtliche Einschränkungen. Diese ergeben sich zunächst daraus, daß nur die subjektive Wahrnehmung und Deutung, Opfer eines bestimmten Delikts geworden zu sein, erhoben werden kann, und zwar in Abhängigkeit insbesondere von der Erinnerung und deren Reproduzierbarkeit, von der Antwortbereitschaft und vom Einfluß der Befra-

Zuletzt BKA (Hrsg.): Polizeiliche Kriminalstatistik 1993, S. 5.

Vgl. Blankenburg/ Sessar/ Steffen, 1978, S. 120; zuletzt Ammer, 1990, S. 203; Schwind/ Ahlborn/ Weiß, 1989, S. 223 f.; Steffen/ Richter, 1982, S. 15.

Zusammenfassend Heinz, 1993, S. 29 f.

Allgemein zu den Problemen und Grenzen von Opferbefragungen vgl. zuletzt nur Bilsky/ Wetzels/ Mecklenburg/Pfeiffer, 1995, S. 84 ff.; Kreuzer u.a., 1993, S. 15 ff.; Kreuzer, 1995, S. 55 ff.

Eines der hiermit angesprochenen Probleme betrifft die Verständlichkeit der Fragen sowie die Fähigkeit der Befragten, die vorgegebene Frage nach einer Deliktsart korrekt einem Ereignis in der Vergangenheit zuzuordnen. Untersuchungen, in denen die Probanden verschiedene Fallbeispiele einer vorgegebenen Deliktsdefinition zuordnen bzw. zu einer Deliktsdefinition zutreffende Fallbeispiele zu bilden hatten, erbrachten Hinweise auf eine Alters- und Schichtabhängigkeit dieser Fähigkeit (vgl. zusammenfassend Villmow/ Stephan, 1983, S. 57 ff.).

Einschlägige Untersuchungen haben ergeben, daß schwerere Delikte eher erinnert werden als leichte, daß ferner länger zurückliegende schwerere Delikte zeitlich vorverschoben werden, d.h. in den Befragungszeitraum hinein (vgl. Schwind/ Ahlborn/ Weiß, 1989, S. 36 f., 91).

gungssituation selbst. Opferbefragungen sind ferner eingeschränkt auf jene Befragten, die mit der jeweiligen Erhebungsmethode erreichbar sind; derzeit sind bestimmte Opfergruppen typischerweise ausgeschlossen. Des Weiteren ist nur ein Ausschnitt des kriminellen Geschehens geeignet, in Opferbefragungen erfaßt zu werden, nämlich interpersonale Delikte.

Innerhalb des so eingeschränkten Untersuchungs- und Aussagebereichs erlauben Opferuntersuchungen jedoch Erkenntnismöglichkeiten, für die ein alternativer Zugang nicht besteht. Sie erlauben deshalb "eine Fülle von theoretisch wie praktisch bedeutsamen Detailaussagen ...", die ohne das Instrument der direkten Befragung kaum verfügbar gewesen wären und die insofern unseren Wissensstand ganz erheblich erweitert haben".

Unabhängig von diesen allgemeinen Vorbehalten ist bei der Beurteilung von Ergebnissen aus Opferbefragungen hinsichtlich der Höhe der Prävalenzrate die Rücklauf- bzw. Ausschöpfungsquote von Bedeutung:

Da nicht bekannt ist, ob und in welchen Variablen sich die Probanden, die nicht geantwortet haben, von denen unterscheiden, die geantwortet haben, ist es umso schwieriger, die Verallgemeinerbarkeit der Resultate abzuschätzen, je geringer die Beteiligung an einer Befragung ist. Bei schriftlichen Befragungen wird regelmäßig eine geringere Ausschöpfung erreicht als bei persönlichen Befragungen (Interview, telefonische Befragung). Die Rücklaufquoten bei schriftlichen Befragungen streuen, unabhängig vom Gegenstand der Befragung, sehr stark in den einzelnen Untersuchungen; dies gilt auch hinsichtlich Opferstudien. In ihrer Zusammenstellung der Rücklaufquoten internationaler Opferstudien stellten Kury u.a. Quoten fest, die zwischen 80.2% und 42.9% lagen. In der letzten mittels schriftlicher Befragung

Verfälschungen der Antwort in Richtung auf die vermeintlich erwartete Antwort können nie auszuschließende und nie völlig zu kontrollierende Gründe für (unbewußt oder bewußt) unwahre Angaben sein.

In ihrer bisherigen Form sind aufgrund der Methode der Stichprobenziehung repräsentative Opferuntersuchungen regelmäßig beschränkt auf Befragungen von Privatpersonen; juristische Personen werden hierdurch von vornherein ausgeklammert. Bei repräsentativen Stichproben werden nicht alle Opfergruppen gleichermaßen gut erreicht; regelmäßig nicht erreicht werden z.B. Ausländer sowie Randgruppen der Gesellschaft, wie z.B. Obdachlose. In der Befragung in Ravensburg / Weingarten wurde z.B. hinsichtlich der Befragten mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit nur eine Ausschöpfungsquote von unter 10% erreicht, bei der deutschen Wohnbevölkerung betrug die Ausschöpfungsquote dagegen rd. 40%.

Als Gegenstand von Opferbefragungen nicht oder wenig geeignet sind Delikte, die opferlos sind, die sich gegen juristische Personen oder gegen staatliche Einrichtungen gerichtet haben, an denen das Opfer selbst beteiligt ist, die ihm peinlich sind usw. (vgl. hierzu Kaiser, 1993, S. 222; Kreuzer u.a., 1993, S. 19). Nicht erfaßt werden deshalb "moderne" Formen der Kriminalität, wie Wirtschafts- oder Umweltkriminalität, Drogenkriminalität, Menschenhandel usw.

Amelang, 1986, S. 151.

Die Prävalenzrate bezeichnet den Anteil der Personen an allen Befragten, von denen Antworten vorliegen, die angeben, innerhalb des Referenzzeitraums (in vorliegender Untersuchung: die letzten 12 Monate) eine - je nach Deliktskategorie spezifizierte - Opfererfahrung gemacht zu haben.

Die Rücklaufquote bezeichnet den Anteil der Befragten, die an der Befragung durch Rücksendung ihres Fragebogens teilgenommen haben.

Die Ausschöpfungsquote bezeichnet den Anteil Befragten, die einen auswertbaren Fragebogen zurückgesandt haben. Als nicht auswertbar wurden in der vorliegenden Befragung leere Fragebogen sowie solche Fragebogen angesehen, deren Bearbeitung offensichtlich abgebrochen worden war. Diese Fragebogen gehen zwar in die Berechnung der Rücklaufquote, nicht aber in die der Ausschöpfungsquote ein.

Eine sog. "Verweigerer-"Untersuchung konnte aus Datenschutzgründen nicht durchgeführt werden. Die Befragten waren aus Datenschutzgründen gebeten worden, die Erhebungsbogen ohne Angabe von Name und Anschrift auszufüllen und zurückzusenden. Den Forschern ist deshalb die Identität der Antwortenden und folglich auch die der Nichtantwortenden nicht bekannt.

Kury/ Dörmann/ Richter/ Würger, 1992, S. 478 ff., Übersicht A3.

Kritisch deshalb Schwind, 1995, S. 38, 150.

durchgeführten Opferstudie, der Studie in Jena, wurde eine Quote von 49% erzielt. Damit liegen sowohl die bei der Befragung in Ravensburg / Weingarten (37.8%) als auch in Calw (35.8%) erzielten Rücklaufquoten deutlich unter dem erwartbaren Wert und unter dem Durchschnitt. Lediglich die Quote in Freiburg i. Br. (44.7%) liegt noch im - unteren - Bereich des Erwartbaren. Eine niedrige Rücklaufquote kann die Ergebnisse beeinflussen und so die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse einschränken. Eine Überschätzung der Prävalenzraten kann dann eintreten, wenn die Teilnahmebereitschaft an der Befragung durch die Opfererfahrung beeinflusst ist. So sind auch bei einer repräsentativen Bevölkerungsstichprobe Verzerrungen i.S. einer Selbstselektion möglich, und zwar

- in Richtung einer höheren Beteiligung von Opfern im Vergleich zu Nichtopfern;
- einer stärkeren Akzentuierung gravierender Delikte im Vergleich zu weniger gravierenden Delikten.
- Ferner kann eine Überschätzung dadurch eintreten, daß gravierende Delikte nachhaltiger erinnert werden und bei einer auf einen bestimmten Zeitraum begrenzten Befragung - hier: die letzten 12 Monate - zeitlich eher dem Untersuchungszeitraum zugeordnet werden, obwohl sie vorher geschehen sind (Teleskop-Effekt).

Im Unterschied zu diesen Effekten, die zu einer Überschätzung der Viktimisierungsraten führen können, ist andererseits - in der vorliegenden Befragung - eine geringfügige Unterschätzung nicht auszuschließen, die durch die Art der Fragestellung bedingt ist. Mit Rücksicht auf den Umfang des Fragebogens wurden bei Fragen, die sowohl die Viktimisierung von Mitgliedern des Haushalts als auch eine persönliche Viktimisierung betrafen, die Fragen zur persönlichen Viktimisierung und zum Anzeigeverhalten bei Vorliegen mehrerer Straftaten derselben Kategorie auf das jeweils letzte Delikt im Untersuchungszeitraum bezogen.

2. Die Befragung von Opfern mit dem Ziel, Ausmaß und Struktur der Kriminalität zu erfassen, ist seit den 60er Jahren fester Bestandteil kriminologischer Forschung. In der Zwischenzeit liegen weltweit eine Fülle von Untersuchungen vor. In der Bundesrepublik Deutschland wurden die ersten Opferbefragungen in den 70er Jahren durchgeführt. Studien mit lokal begrenzten Stichproben wurden durchgeführt z.B. 1973 in Stuttgart, in Emmendingen und in Göttingen, 1975 und 1986 in Bochum, 1981 in Solingen, 1984 in Hamburg, 1987 im Raum Heidelberg sowie - 1991/1992 - in Jena und in Freiburg i. Br..

Kräupl/ Ludwig, 1993, S. 23.

Hierfür sprechen auch die von Kury berichteten Befunde aus einem Vergleich mündlicher und schriftlicher Befragungen, wonach bei mündlicher Befragung durch persönliche Interviews die Teilnehmerate höher war als bei der schriftlichen Befragung, bei der schriftlichen Befragung mit ihrer geringeren Teilnehmerate indessen teils höhere Viktimisierungsraten (jedenfalls bei leichteren Delikten) sowie höhere Kriminalitätsfurcht ermittelt wurden (Kury, 1993, S. 321 ff., insb. S. 382 f. Eine höhere Prävalenzrate unter denjenigen Personen, die den Fragebogen ausfüllten, als unter den Verweigerern hatte Fiselier schon in den 70er Jahren festgestellt (Fiselier, 1979, S. 111 ff., 117).

So waren z.B. in der Bevölkerungsbefragung in Ravensburg / Weingarten einzelne Fragebogen unausgefüllt an die Forschergruppe zurückgesandt worden mit dem Vermerk, die angeschriebene Person selbst habe keine Straftaten erlitten oder habe "keine Probleme". Insofern ist zu vermuten, daß im Einzelfall eigene Opfererfahrung oder ausgeprägte Kriminalitätsfurcht eher motivierend in Richtung auf eine Beteiligung an der Befragung gewirkt haben kann, was eine entsprechende Überschätzung sowohl der Viktimisierungsraten als auch der Ausprägung der Kriminalitätsfurcht in den befragten Gemeinden zur Folge haben könnte

Vgl. zu Übersichten zu bisherigen Opferuntersuchungen Müller, 1978; Kury/ Dörmann/ Richter/ Würger, 1992, S. 3 ff.; Schwind/ Ahlborn/ Weiß, 1989, S. 89 ff.

Stephan, 1976.

Villmow/ Stephan, 1983.

Schwind/ Ahlborn/ Eger/ Jany/ Pudel/ Weiß, 1975.

Schwind/ Ahlborn/ Weiß, 1978.

Schwind/ Ahlborn/ Weiß, 1989, S. 89 ff.

Plate/ Schwinges/ Weiß, 1985.

Sowohl räumlich wie inhaltlich umfassender angelegt waren insbesondere einige jüngere Studien. In einer international vergleichenden Opferstudie wurden 1981 die Länder Baden-Württemberg, Texas in den USA und Branya in Ungarn einbezogen. 1989 wurde im Rahmen einer internationalen, 17 Länder Europas, die USA, Kanada, Japan, Australien und Indonesien einbeziehenden Studie eine erste repräsentative Befragung in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt. 1990 wurde ferner vom Max-Planck-Institut in Freiburg i.Br. in Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt eine vergleichende Untersuchung in den alten und in den neuen Bundesländern durchgeführt. Eine weitere Studie folgte 1991 durch eine Forschungsgruppe aus Berlin, Tübingen und Hamburg in den neuen Bundesländern, 1993 wurde diese Studie in den alten und in den neuen Bundesländern repliziert. 1992 führte ferner das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen eine bundesweite, repräsentative Befragung durch. Diese Untersuchungen unterscheiden sich durch die unterschiedlichen Grundgesamtheiten nach Region und Mindestalter der Befragten, durch die Art der gezogenen Stichproben (Personen/Haushalte), durch Zahl und Art der erfaßten Delikte und deren Definition, durch die gewählte Frageformulierung, durch den Bezugszeitraum der Befragung sowie durch die Methode der Datenerhebung (schriftliche Befragung, persönliches Interview, Telefon-Befragung). Eine exakte Vergleichbarkeit der Ergebnisse hinsichtlich der Prävalenzraten ist deshalb nicht gegeben. Die in Tabelle 1 wiedergegebenen, ausgewählten Opferquoten stellen deshalb lediglich Anhaltspunkte dar für die Bandbreiten, innerhalb derer nach dem gegenwärtigen Stand der Forschung Viktimisierungsraten erwartbar sind.

3. Die Befragten in den Gemeinden Calw, Freiburg i.Br. und Ravensburg / Weingarten machten Angaben zu Straftaten,

- die sie persönlich in den vergangenen 12 Monaten erlitten hatten;
- die andere Mitglieder des Haushalts der Befragten betrafen;
- die ihnen aus dem Verwandten-und Bekanntenkreis bekannt geworden waren.

Für die folgende Auswertung werden lediglich die Angaben zu den persönlich erlittenen Opfersituationen berücksichtigt.

Ungeachtet der Vorbehalte hinsichtlich der Gefahr einer Überschätzung der Prävalenzraten ergeben sich, faßt man die Angaben zur persönlichen Opferwerdung in den verschiedenen Deliktsbereichen zusammen, auf der Grundlage der Antworten folgende Anteile von Personen, die

Sessar, 1992.

Baurmann/ Herrmann/ Störzer/ Streng, 1991, S. 441 ff.

Kräupl/ Ludwig, 1993.

Die Ergebnisse sind noch nicht veröffentlicht.

Arnold, 1986, S. 1014 ff.; Arnold/ Korinek, 1991, S. 99 ff.; Teske/ Arnold, 1991, S. 3 ff.

Kury, 1991, S. 265 ff.

Kury/ Dörmann/ Richter/ Würger, 1992.

Erste Ergebnisse werden mitgeteilt von Boers, 1994a, S. 27 ff.; Boers, 1994b, S. 21 ff., S. 38; Gutsche, 1995, S. 107 ff.

Erste Ergebnisse wurden veröffentlicht von Bilsky/ Wetzels/ Mecklenburg/ Pfeiffer 1995, S. 73 ff.; die vollständige Studie ist in Druck: Wetzels/ Greve/ Bilsky/ Pfeiffer 1995.

Vergleichbare Probleme bestehen beim internationalen Vergleich von Opferbefragungen (vgl. Schwind/ Ahlborn/ Weiß, 1989, S. 90 ff.).

Erfaßt wurden folgende Delikte (vgl. den Fragebogen im Anhang zu diesem Band): Diebstahl von PKW, von Krad, von Fahrrad, Diebstahl aus PKW, Sachbeschädigung an PKW, Einbruch in Wohnung, Einbruchsversuch, Sachbeschädigung, Raub einschl. Versuch, Diebstahl sonstigen persönlichen Eigentums, Angriff bzw. Drohung, sexuelle Belästigung/sexueller Angriff.

% bezogen auf Ravensburg / Weingarten: 1.308; Freiburg i.Br.: 1.118; Calw: 945 Personen. Die Opferanteile sind berechnet als Anteil der Befragten, die eine entsprechende Opfererfahrung bejaht hatten, an allen Teilnehmern

angeben, in den letzten 12 Monaten persönlich Opfer einer der in der Befragung erfaßten Straftat geworden sind: Calw 26%, Freiburg i.Br. 41%, Ravensburg / Weingarten 29%. Das Schwergewicht der Viktimisierung liegt in den Bereichen Diebstahl, Sachbeschädigung, Angriff/Drohung und sexuelle Belästigung/sexueller Angriff.

Tabelle 1: Opferquoten in deutschen Untersuchungen

Tabelle 1 einfügen

der Befragung (ohne Ausschluß von Fällen, in denen die Frage nach einem bestimmten Delikt weder bejaht noch ausdrücklich verneint wurde).

Mehrmalige Opferwerdung des gleichen Delikts wurde nicht erfaßt.

Die Daten sind folgenden Untersuchungen entnommen: Arnold/ Korinek, 1991, S. 103; Schwind/ Ahlborn/ Weiß, 1989, S. 104; Kury, 1991, S.290, Tab. 5; Kury/ Dörmann/ Richter/ Würger, 1992, S. 49, 52, 58, 68, 78, 86, 95, 105, 109, 119, 139; Kräupl/ Ludwig, 1993, S. 34, 37; Boers, 1994a, S. 29; Wetzels/ Greve/ Bilsky/ Peiffer, 1995 (Mitteilung der Autoren an Verf.).

Abbildung 1: Opfererfahrung in den vergangenen 12 Monaten

Die Prävalenzraten für Freiburg i.Br. liegen erwartungsgemäß bei den meisten Deliktsarten über denen von Calw und Ravensburg / Weingarten, wobei im Gegensatz zu diesen Gemeinden insbesondere die hohen Werte beim Fahrraddiebstahl, bei der Sachbeschädigung und beim Diebstahl persönlichen Eigentums in Freiburg i.Br. auffallen (vgl. Abbildung 1).

Diese Prävalenzraten liegen, werden die oben (II.2) erwähnten methodischen Probleme berücksichtigt, innerhalb der Bandbreite der Prävalenzraten, die sowohl in neueren, mit vergleichbarer Fragestellung durchgeführten Untersuchungen in Deutschland ermittelt worden sind (vgl. Tabelle 1) als auch in der zusätzlich zur Bevölkerungsbefragung durchgeführten bundesweiten Umfrage.

[PTYP4AG]

Abbildung 2: Opferanteile und Viktimisierungsgrad nach Alter und Geschlecht

Für Westdeutschland (alte Bundesländer und Berlin; gewichtete Daten; N=2.000) wurden in der ALLBUS Umfrage (vgl. hierzu Feltes in diesem Band) die folgenden Opferanteile ermittelt: Wohnungseinbruch (Einbruchversuch wurde hier nicht eigens erfragt) 3.9%; Sexueller Angriff/Vergewaltigung/versuchte Vergewaltigung: 1.1%; sexuelle Belästigung durch 'freches Benehmen': 2.7%.

Die Auswertung der Angaben zur Viktimisierung nach Geschlecht und Alter zeigt ferner den bekannten Befund, daß Männer als Opfer etwas stärker in Erscheinung treten als Frauen, lediglich in Freiburg i.Br. nennen die 25 bis 29jährigen einen deutlich und die 45 bis 54jährigen Frauen einen etwas höheren Opferanteil als die Männer desselben Alters.

In Übereinstimmung mit anderen Untersuchungen zeigt sich ferner, daß jüngere Altersgruppen (insbesondere unter 35jährige) sehr hohe Viktimisierungsraten aufweisen, während die Viktimisierungsraten nach dem 35. Lebensjahr deutlich abnehmen (vgl. Abbildung 2). Dies gilt für Eigentums- wie für Gewaltdelikte, und für Männer wie für Frauen.

Werden für die weitere Detailanalyse nur noch die Ergebnisse für Ravensburg / Weingarten betrachtet, so fallen auf:

- die hohe Viktimisierung der jungen Männer von 14 bis unter 24 und von 30 bis unter 34 Jahren, von denen jeder zweite Opfererfahrungen mitteilt,
- die hohe Belastung der 14- bis 24jährigen Männer, die zur Hälfte auf Gewaltdelikte zurückgeht, wobei es in zwei von drei Fällen bei der Drohung geblieben ist,
- der nichtmonotone Zusammenhang zwischen Alter und Viktimisierung im Bereich der Gewaltdelikte bei den Frauen, der mit einer auffällig hohen Viktimisierungsrate der 30- bis unter 34jährigen Frauen einhergeht. Die Belastung der Frauen durch Gewaltdelikte ist in den Altersgruppen 30 bis unter 45 in der befragten Stichprobe sogar höher als diejenige der Männer.

Bei der Interpretation der Viktimisierungsraten in den drei Gemeinden ist jedoch zu beachten, daß

- Delikte sehr unterschiedlicher Schwere zusammengefaßt sind und
- innerhalb der Deliktgruppen ebenfalls Vorfälle zusammengefaßt sind, die von den Opfern sehr unterschiedlich bewertet wurden. Hierüber geben insbesondere die Angaben der Opfer zur Anzeigerstattung und zu den Gründen des Absehens von einer Anzeigerstattung Auskunft.

III.

1. Daß Umfang und Struktur des Hellfeldes weitgehend eine Funktion des Anzeigeverhaltens ist, wurde bereits in den ersten Opferbefragungen festgestellt. Das Opfer ist die zentrale Schaltstelle

Vgl. zuletzt Kury/ Dörmann/ Richter/ Würger, 1992, S. 167 ff.

Ihre Belastung liegt in Calw um 5.6 Prozentpunkte, in Freiburg i.Br. um 2.2 Prozentpunkte und in Ravensburg / Weingarten um 9.0 Prozentpunkte höher als diejenige der Frauen.

Wo von Männern, Frauen, Angehörigen einer bestimmten Altersgruppe allgemein die Rede ist, beziehen sich die Aussagen und die angegebenen Anteile gleichwohl stets auf die Gesamtheit der Personen, die an der Befragung teilgenommen haben.

Vgl. zuletzt Kury/ Dörmann/ Richter/ Würger, 1992, S. 171 ff.

Die Alters- und Geschlechtsverteilung der Täter hat im übrigen hier ebenfalls ihr Maximum (zur Altersverteilung im Hellfeld vgl. Heinz, 1995, S. 100, 127).

im Übergang von informeller zu formeller Sozialkontrolle; "die Dunkelziffer kann fast als direkte Funktion der Anzeigebereitschaft der Bevölkerung definiert werden".

Fragen zum Anzeigeverhalten wurden seit Mitte der 60er Jahre in Opferbefragungen gestellt, insbesondere zur Anzeigebereitschaft und zu den Bestimmungsgründen für Anzeige bzw. Nichtanzeige. Da aus viktimologischer Sicht vor allem die Frage interessiert, weshalb Straftaten von Opfern nicht angezeigt werden, beziehen sich die Untersuchungen zumeist auf die Gründe der Nichtanzeige.

Abbildung 3: Anzeigeraten, nach Delikten

Pudel, in: Schwind/ Ahlborn/ Weiß, 1978, S. 205.

Übereinstimmend wurde festgestellt, daß als Hauptgründe für die Nichtanzeige von Straftaten die Geringfügigkeit des erlittenen Schadens und die geringen Erfolgsaussichten genannt werden. Ferner wurde festgestellt, daß Bagatellfälle weniger häufig angezeigt werden als schwere Delikte.

2. In der Bevölkerungsbefragung in Calw, Freiburg i.Br. und Ravensburg / Weingarten wurde nicht nur danach gefragt, ob aus Anlaß einer erlittenen Straftat Anzeige erstattet wurde; gefragt wurde auch nach den Gründen für das Unterlassen einer Anzeige durch die Geschädigten. Die Erwägungen, die Opfer veranlassen, von einer Anzeige bei der Polizei abzusehen, können Aufschluß geben über die Einschätzung und Verarbeitung der Straftat durch das Opfer, über die Einschätzung der polizeilichen Tätigkeit und über mögliche Hindernisse, die einer Kooperation zwischen Geschädigten und Polizei im Einzelfall entgegenstehen.

Von allen Befragten in den drei Gemeinden, die angaben, im Zeitraum der letzten 12 Monate eines der erfragten Delikte selbst erlitten zu haben, gaben 27.5% an, Anzeige erstattet zu haben. Die Anzeigeraten sind, wie Abbildung 3 zeigt, je nach Deliktsart unterschiedlich. Sie schwanken zwischen unter 20% (bei sexuellen Angriffen und Angriff/Drohung) und - bei allerdings sehr kleinen absoluten Zahlen - 100% (bei PKW- und bei Zweirad-Diebstahl). Sowohl hinsichtlich der Höhe der durchschnittlichen Anzeigerate, hinsichtlich der deliktspezifischen Anzeigerate und der Gründe für die Nichtanzeige der einzelnen Delikte bestehen zwischen den drei Gemeinden nur geringfügige Unterschiede.

Unterschiede bestehen lediglich in der Häufigkeit der Nennungen dieser beiden Gründe (vgl. hierzu die Übersicht bei Schwind/ Ahlborn/ Weiß, 1989, S. 225, Übersicht 10.1).

Vgl. Schwind/ Ahlborn/ Weiß, 1989, S. 227 ff.

Frage 101: "Ist es Ihnen persönlich während der letzten zwölf Monate einmal passiert, daß Sie jemand in sexueller Absicht auf unverschämte Art gepackt oder betastet hat? Das kann zu Hause oder anderswo vorgekommen sein, etwa in einem Lokal, auf der Straße, in der Schule oder am Arbeitsplatz?" Die Befragten wurden gebeten, hinsichtlich des letzten Vorfalls anzugeben, ob es sich um eine vollendete oder versuchte Vergewaltigung, einen sexuellen Angriff oder um freches Benehmen gehandelt hat. Als "sexueller Angriff" wurden deshalb alle Vorfälle angesehen, die entsprechend eingestuft wurden, also weder als (versuchte/vollendete) Vergewaltigung noch als freches Benehmen.

Frage 88: "Ist es Ihnen persönlich während der letzten zwölf Monate einmal passiert, daß man Sie tätlich angegriffen oder in einer Art bedroht hat, daß Sie wirklich Angst hatten, zum Beispiel zu Hause oder in einem Lokal, auf der Straße, in der Schule oder am Arbeitsplatz?"

Frage 4: "Wurde Ihnen oder anderen Mitgliedern Ihres Haushalts während der letzten zwölf Monate einer Ihrer Personenwagen/Kombi oder Kleintransporter gestohlen?" Bei Auswertung der Daten wurden nur solche Opfer berücksichtigt, die in Frage 8 angegeben hatte, der gestohlene Wagen habe dem Befragten selbst gehört.

Frage 13: "Wurde Ihnen oder anderen Mitgliedern Ihres Haushalts während der letzten zwölf Monate Ihr Motorrad/Moped/Mofa gestohlen?" Bei Auswertung der Daten wurden nur solche Opfer berücksichtigt, die in Frage 17 angegeben hatte, das gestohlene Krafrad habe dem Befragten selbst gehört.

3. Die Antworten auf die (geschlossen gestellte) Frage nach den Gründen für die Nicht-Anzeige bei den einzelnen Delikten sind Indikatoren für die Bewertung und Verarbeitung von Opfererfahrung. In den untersuchten Gemeinden wurden jeweils weniger als 70 Prozent der Straftaten angezeigt (s. Abbildung 3; Abbildung 4 zu den deliktspezifisch genannten Nichtanzeigeegründen, Ravensburg / Weingarten). Nach den Gründen für die Nicht-Anzeige befragt, können in allen befragten Gemeinden jeweils die meisten Nennungen der Antwortvorgabe "Die Polizei hätte auch nichts machen können/keine Beweise" zugeordnet werden (jeweils 40 bis über 50%; Mehrfachnennungen waren möglich). Jeweils 33 bis 47 Prozent der Befragten gaben an, die Straftat aus folgendem Grund nicht angezeigt zu haben: "nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/Kinderstreiche". Diese Zahlen zeigen, daß circa die Hälfte der Opfer ihre Viktimisierung selbst als nicht sehr gravierend einstufen (s. Abbildung 5).

Bei sämtlichen Delikten wurde jeweils folgende Frage gestellt: "Wenn Sie keine Anzeige erstattet haben, was waren Ihre Gründe? Bitte versuchen Sie, die am ehesten auf die damalige Situation zutreffenden Gründe anzugeben. (Mehrfachnennungen sind hier möglich)

- nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/ Kinderstreiche
- habe es selbst geregelt, Täter war mir bekannt
- ich habe den Fall einer anderen Behörde gemeldet
- ich war nicht versichert
- die Polizei hätte auch nichts machen können/ keine Beweise
- Polizei hätte doch nichts dagegen getan
- Angst vor der Polizei/Abneigung gegenüber der Polizei/wollte nichts mit Polizei zu tun haben
- habe mich nicht getraut (aus Angst vor Vergeltung/Rache)
- andere Gründe
- weiß nicht"

Befunde aus früheren deutschen Opferuntersuchungen sind wegen der unterschiedlichen Deliktskategorien (vgl. Schwind/ Ahlborn/ Weiß, 1989, S. 277 ff. hinsichtlich der in dieser Untersuchung als eine Einheit erfaßten Deliktskategorie Diebstahl) sowie der unterschiedlich hohen Anzeigebereitschaft (vgl. Kury/ Dörmann/ Richter/ Würger, 1992, S. 55, 62, 70, 80, 88, 101, 111, 123, 133, 143) hinsichtlich der Häufigkeit der Nennungen der einzelnen Antwortkategorien kaum vergleichbar.

Abbildung 4: Gründe für Nichtanzeige, nach Delikten; Ravensburg / Weingarten

Hinsichtlich der Erwartungen an die Polizei deuten die von den Opfern angeführten Gründe für das Unterlassen einer Anzeige darauf hin, daß - jedenfalls beim großen Teil der als weniger schwerwiegend empfundenen Delikte - eine pragmatische Einschätzung der Aufklärungsmöglichkeiten - "Polizei hätte auch nichts machen können/keine Beweise" (41 - 55% der Nennungen) - eindeutig überwiegt gegenüber einer mißtrauischen - "Polizei hätte doch nichts dagegen getan" (20 - 24% der Nennungen) - oder gar ablehnenden Einstellung gegenüber der Polizei - "Angst vor der Polizei/Abneigung gegenüber der Polizei/wollte nichts mit Polizei zu tun haben" (3 - 5% der Nennungen). Beachtenswert erscheint allerdings die Zurückhaltung der Opfer von Gewaltdelikten und insbesondere Delikten gegen die sexuelle Selbstbestimmung bei der Anzeigeerstattung (s. Abbildung 3 und 4).

Abbildung 5: Gründe für Nichtanzeige, Freiburg i.Br., Ravensburg / Weingarten, Calw

Diese Interpretation der Befunde zur Nichtanzeigeerstattung wird auch gestützt durch die Angaben zur Bewertung der Polizeiarbeit sowohl allgemein als auch bei der Verbrechensbekämpfung (vgl. hierzu im einzelnen unten unter V.). Zwischen Anzeigerstattem und Nicht-Anzeigerstattem bestehen praktisch keine Unterschiede in der Bewertung der Polizeiarbeit. Auch unter diesem Gesichtspunkt läßt die Nichtanzeige nicht auf besondere Vorbehalte gegen die Effizienz der Polizeiarbeit schließen.

Das Gewicht der einzelnen Gründe ist deliktsspezifisch unterschiedlich (vgl. Abbildung 4). Dies läßt sich auch beispielhaft an der Frage: "Ist es Ihnen persönlich während der letzten zwölf Monate einmal passiert, daß man Sie tätlich angegriffen oder in einer Art bedroht hat, daß Sie wirklich Angst hatten, zum Beispiel zu Hause oder in einem Lokal, auf der Straße, in der Schule oder am Arbeitsplatz?" verdeutlichen, die in Ravensburg / Weingarten von 7.7 Prozent der Befragten bejaht wurde. 85.1 Prozent der hiervon Betroffenen zeigten diesen Vorfall jedoch nicht an, wobei 66.3 Prozent der Befragten angaben, (auch) deshalb nicht angezeigt zu haben, weil sie den Vorfall für "nicht schwerwiegend genug/kein Schaden" hielten.

IV.

1. Mit der Erforschung der Gründe für die (Nicht-)Anzeige ist in der Opferforschung die Begrenzung auf das Problem der Kriminalitätslage überschritten zugunsten der Perzeption von Kriminalität und ihren Folgen in der Bevölkerung. Hierzu gehören vor allem die kognitiven, affektiven und konativen Seiten der Kriminalitätsfurcht, ferner die Einschätzung der Kriminalität im Kontext mit anderen sozialen Problemen, die Einstellungen zur Aufgabe des Strafrechts und gegenüber Straftätern sowie die Bewertung der Polizei, gelegentlich auch der Strafjustiz. Abgesehen von Unterschieden in den Ausprägungen bei den verschiedenen Komponenten der Kriminalitätsfurcht unterscheiden sich Opfer und Nichtopfer nach bislang vorliegenden Befunden nur wenig oder gar nicht. Dies dürfte teilweise jedoch auch damit zusammenhängen, daß es sich bei "Nichtopfern" nur um die Selbstdefinition für den Befragungszeitraum handelt.

2. In zahlreichen Untersuchungen wurde bereits erfragt, welchen Stellenwert die Befragten der Kriminalität als Problem beimessen. Dabei ist die Art der Fragestellung bedeutsam. Wird allgemein nach den wichtigsten Problemen der Stadt - ohne Antwortvorgabe - gefragt, dann wird Kriminalität regelmäßig nicht als vorrangiges Problem genannt. Werden dagegen Antwortmöglichkeiten vorgegeben, unter denen sich auch Kriminalität befindet, dann wird die Relevanz von Kriminalität weit höher eingeschätzt, vermutlich deshalb, weil durch die

Auf einer Notenskala von 1 (sehr gut) bis 6 (ungenügend) waren von den Befragten Noten für die Bewertung der Arbeit ihrer Polizei allgemein (Frage Nr. 121) und bei der Verbrechensbekämpfung (Frage Nr. 122) zu erteilen. Für Ravensburg / Weingarten wurden ermittelt, daß die Mittelwerte der von Anzeigerstattem vergebenen Noten nicht schlechter sind als diejenigen der Nicht-Anzeigerstattem (Mittelwerte bei Frage Nr. 121: Anzeigerstatter 3.2; Nicht-Anzeigerstatter 3.3; Mittelwert bei Frage 122: Anzeigerstatter 3.2; Nicht-Anzeigerstatter 3.2).

Vgl. hierzu Obergfell-Fuchs/Kury (in diesem Band).

Vgl. zusammenfassend Kaiser, 1995, S. 31 ff.; Sessar, 1995, S. 159 ff.

Vgl. hierzu Obergfell-Fuchs/Kury (in diesem Band); zu Ergebnissen anderer Untersuchungen vgl. Kury, 1995, S. 140 ff.

Da nur nach der Opfer-Eigenschaft hinsichtlich bestimmter Delikte und während der letzten 12 Monate gefragt worden war, kann es sich bei den sog. "Nichtopfern" theoretisch auch um Personen handeln, die entweder außerhalb des Befragungszeitraums viktimisiert wurden oder innerhalb des Befragungszeitraums Opfer solcher Straftaten geworden sind, die nicht Gegenstand der Befragung waren.

Vgl. den Überblick bei Kerner, 1980, S. 85 ff.

Zu den Ergebnissen vgl. Dölling/Hermann/Simsa (in diesem Band).

geschlossene Frage "eher an latent vorhandene Besorgnisse appelliert" wird. Dies kann am Beispiel der Ergebnisse von Ravensburg / Weingarten verdeutlicht werden:

Auf die Frage nach dem Rangplatz der Kriminalität unter den wichtigsten Problemen der Gemeinde (Frage 115) setzen 22% der hier Antwortenden (N=1.068) die Kriminalität auf Rang 1; gut die Hälfte der Befragten (53%) weist der Kriminalität einen der ersten drei Ränge zu. Nur in jeder neunten Antwort (11%) wird die Kriminalität dagegen explizit auf einen der hinteren Ränge (Rangplatz 10 ff., explizit "keine Bedeutung" o.ä.) verwiesen.

Wird dagegen offen, also ohne Antwortvorgabe, nach dem oder den dringendsten Problemen der Gemeinde gefragt, dann machen unter den als dringendstes Problem der Gemeinden Ravensburg / Weingarten genannten Bereichen Kriminalität, Sicherheit und Ordnung nicht mehr als 11.5% der (insgesamt 2.741) Problemnennungen aus, darunter explizit Kriminalität knapp 10%. Die offene Frage ist für die Einschätzung des Stellenwertes kommunaler Probleme gültiger als die 'forcierte' Frage nach dem Rang eines bestimmten, ausdrücklich vorgegebenen Problems. Durch sie kann insbesondere lokal gut differenziert werden, wie das Beispiel von Kommunen mit ausgeprägt hohen Anteilen von Nennungen der Kriminalitätsproblematik zeigt.

Für die Unterscheidung von Opfern und Nichtopfern, insbesondere auch wegen eines unterstellten Einflusses der Viktimisierungserfahrung, bietet sich dagegen an, den Blick auf Kriminalität als Problem zu lenken, wie dies in Frage Nr. 115 geschehen ist. Dann werden, wie erwähnt, von gut der Hälfte (53%) der Befragten in Ravensburg / Weingarten die Rangplätze 1, 2 oder 3 vergeben. Zwischen Opfern und Nichtopfern (jedenfalls in den letzten 12 Monaten und bezüglich der erfragten Delikte) bestehen jedoch nur geringe, statistisch nicht signifikante Unterschiede. Nichtopfer messen der Kriminalität sogar eine etwas höhere Bedeutung bei als Opfer (Rangplätze 1-3: 55.3% versus 48.6%). Selbst Opfer von Gewaltdelikten (Rangplätze 1-3: 52.4%) zeigen im Vergleich zu den Nichtopfern keine forcierte Gewichtung der Kriminalität (vgl. Abbildung 6).

Kerner, 1980, S. 380.

Vgl. zu einigen der bisherigen Untersuchungen Schwind/ Ahlborn/ Weiß, 1989, S. 138.

Hinsichtlich des Stellenwertes der Kriminalität wurde zum einen offen, d.h. ohne Vorgabe des Problems "Kriminalität", gefragt (Frage Nr. 114: "Welches sind Ihrer Ansicht nach die drei dringendsten Probleme der Gemeinde?"), zum anderen wurden die Befragten nach dem Stellenwert von "Kriminalität" gefragt und gebeten, einen Rangplatz zu vergeben (Frage Nr. 115: "Wenn Sie eine Rangreihe der wichtigsten Probleme der Gemeinde erstellen müßten, an welche Stelle würden Sie die Kriminalität setzen?").

Frankfurt a.M. weist bekanntlich die höchste Kriminalitätsbelastung in den alten Bundesländern auf (1993 kamen auf 100.000 Einwohner in Frankfurt a.M. 21.212 registrierte Fälle; zum Vergleich: Freiburg i.Br. 12.853). Bei einer Befragung Frankfurter Bürger in einer repräsentativen Stichprobe nannten auf die offene Frage "Was sind Ihrer Meinung nach zur Zeit in Frankfurt am Main die größten Probleme?" (ohne Vorgabe, Mehrfachnennungen) 1993 43% und 1994 55% "Kriminalität/Öffentl. Sicherheit" (vgl. Dobroschke, 1994, S. 65; Bick/ Dobroschke, 1995, S. 4).

Vgl. Dölling/Hermann/Simsa (in diesem Band).

Abbildung 6: Rangeinstufung der Kriminalität durch Viktimisierte und Nichtviktimisierte

3. Als weiterer Indikator für die Einordnung und Verarbeitung der Opfererfahrung können die Äußerungen der Befragten zu den gegensätzlichen Strafzwecken "Sühne und Vergeltung" einerseits und "Hilfe bei der Wiedereingliederung" andererseits herangezogen werden. Die Zustimmung bzw. Ablehnung bezüglich dieser Strafzwecke wurde auf einer Skala erfaßt, wobei niedrigere Werte für Zustimmung, höhere für Ablehnung stehen.

Unter allen Befragten in Ravensburg / Weingarten fand der Strafzweck "Hilfe bei der Wiedereingliederung" mit einem Mittelwert von 2.28 mehr Zustimmung als der Strafzweck "Sühne und Vergeltung" mit einem Mittelwert von 2.74. Dies gilt auch für die Befragten, die in den vergangenen 12 Monaten selbst Opfer einer Straftat geworden waren; mit einem Mittelwert von 2.98 ist die Zustimmung zu "Sühne und Vergeltung" sogar etwas geringer als bei den Nicht-Opfern (2.64). Auch die Opfer unter den Befragten stehen dem Strafzweck "Hilfe bei der Wiedereingliederung" mit einem Mittelwert von 2.28 genauso positiv gegenüber wie die

Die Vorgabe im Fragebogen war: "Man hört immer wieder die verschiedensten Meinungen zu Sinn und Zweck der Bestrafung von Straftätern. Im folgenden finden Sie einige dieser Meinungen wiedergegeben. Bitte geben Sie anhand einer Rangliste von 1 bis 6 an, inwieweit Sie diesen Ansichten zustimmen. Dabei bedeutet ähnlich wie bei Schulnoten 1 die höchste Zustimmung und 6 die stärkste Ablehnung."

Frage 155: "Wichtigste Aufgabe von Strafe ist Sühne und Vergeltung des begangenen Unrechts." (1=Zustimmung .. 6=Ablehnung)

Dieser Strafzweck wurde gemessen durch Frage 157: "Wichtigste Aufgabe von Strafe ist, Hilfen bei der Wiedereingliederung der Straftäter in das alltägliche Leben zu geben." (1=Zustimmung .. 6=Ablehnung)

Nichtopfer. Erst bei mehr als zweifacher Viktimisierung im Befragungszeitraum äußern die Opfer mehr Zustimmung zu punitiven Reaktionen (vgl. Abbildung 7).

Interessant erscheint schließlich, daß selbst die Anzeigerstatter unter den Opfern mit einem Mittelwert von 2.93 weniger an "Sühne und Vergeltung" orientiert sind als an "Hilfe bei der Wiedereingliederung", die hier sogar mit einem Mittelwert von 2.20 überdurchschnittlich hohe Zustimmung erfährt.

Generell - dies gilt für die Gesamtheit der Befragten wie auch für die Opfer, und unter diesen auch für die Anzeigerstatter - rangiert der Strafzweck der 'Sühne und Vergeltung' jeweils an letzter Stelle hinter den präventiven Zwecken des Schutzes der Gesellschaft, der Abschreckung anderer und der Hilfe bei der Wiedereingliederung.

[strafopf]

Abbildung 7: Viktimisierung und Präferenz von Strafzwecken

V.

"Nach den bisherigen Befragungen über die Einstellung der Polizei gaben fast zwei Drittel der Befragten an, gegenüber der Polizei 'viel Vertrauen' zu haben, in Deutschland sogar etwas mehr als im westeuropäischen Durchschnitt ..., und zwar in höherem Grade als zu allen anderen Institutionen wie Kirche, Bundeswehr, Bundestag, Verwaltung, Zeitungs- und Erziehungswesen sowie Gewerkschaften." Insgesamt gesehen wird von der Mehrzahl der westdeutschen Bundesbürger die Arbeit der örtlichen Polizei positiv bewertet.

[vergl2y]

Abbildung 8: Bewertung der Polizeiarbeit in den befragten Gemeinden und in Westdeutschland

Dieses positive Bild wurde durch die vorliegende Befragung bestätigt. Bürger, und zwar auch diejenigen, die angeben im Befragungszeitraum persönlich Opfer von Straftaten geworden zu

Kaiser, 1995, S. 34 f.

Zusammenfassend und mit Befunden aus der 1990 durchgeführten Befragung in den alten und den neuen Bundesländern Dörmann, in: Kury/ Dörmann/ Richter/ Würger, 1992, S. 327 ff.; vgl. ferner Schwind/ Ahlborn/ Weiß, 1989, S. 182 ff.

sein, sind mit der derzeitigen Arbeit der Polizei in ihrer Gemeinde sowie der Arbeit der Polizei in ihrer Gemeinde bei der Verbrechensbekämpfung überwiegend zufrieden. Gute Noten für die Polizeiarbeit allgemein (1 bis 3 auf der 'Notenskala' von 1 bis 6) geben 71.6% der Befragten in Ravensburg / Weingarten (Freiburg i.Br.: 58.1%; Calw: 68.7%) und für die Arbeit bei der Verbrechensbekämpfung 71.7% (Freiburg i.Br.: 61.5%; Calw: 69.6%). Ausgeprägt gute Noten (1 und 2) vergibt sogar fast jeder dritte Befragte; ausgeprägt schlechte Noten (5 und 6) werden dagegen nur in jeder neunten Antwort vergeben.

Die Bewertung der Polizeiarbeit in der Gemeinde hängt mit der Gemeindegröße zusammen (vgl. Abbildung 8). Mit der Note 3.1 liegen die mittleren Notenwerte, die die Befragten in Ravensburg / Weingarten der Polizei für ihre Arbeit geben, nur geringfügig unter dem Mittelwert für den Westen der Bundesrepublik. Die Mittelwerte aller drei Gemeinden liegen freilich etwas unter dem Bundesdurchschnitt wie unter den Mittelwerten der Gemeinden in den vergleichbaren Gemeindegrößenklassen.

Frage 121: "Wenn Sie die derzeitige Arbeit der Polizei in Ihrer Stadt einschätzen müßten, welche Note von 1 (sehr gut) bis 6 (ungenügend) würden Sie ihr dann geben?"

Frage 122: "Alles in allem, wie gut glauben Sie, arbeitet die Polizei an Ihrem Wohnort bei der Verbrechensbekämpfung? Welche Note würden Sie ihr hierfür geben?"

In Ravensburg / Weingarten waren dies 31.6%, in Calw 28.5% und in Freiburg i.Br. 19.8%.

In Ravensburg / Weingarten waren dies 11.1%, in Calw 13.8% und in Freiburg i.Br. 15.2%.

Vgl. zusammenfassend zu bisherigen, damit übereinstimmenden Befunden Dörmann, in: Kury/ Dörmann/ Richter/ Würger, 1992, S. 340 f.

[polopf]

Abbildung 9: Viktimisierung und Bewertung der Polizeiarbeit

Wie die Detailanalyse für Ravensburg / Weingarten zeigt, werden geringfügig ungünstigere Bewertungen von den unter 50jährigen Befragten, insbesondere von den jüngsten, noch in Ausbildung befindlichen Jahrgängen, abgegeben. Überdurchschnittlich gut bewerten die Bürger die Arbeit der Polizei, die erst kürzlich die Anwesenheit einer Polizeistreife in ihrem Wohngebiet wahrgenommen haben.

Opfer und Nichtopfer unterscheiden sich sowohl in der Bewertung der Polizeiarbeit allgemein als auch in der Bewertung der Polizeiarbeit bei der Verbrechensbekämpfung nur gering (vgl.

Von den 14- bis 24jährigen Befragten in Ravensburg / Weingarten wurde die Polizeiarbeit mit 3.4 bewertet, von den 25- bis 34jährigen mit 3.2, von den über 60jährigen mit 2.7. Ebenso zum Zusammenhang zwischen Bewertung der Polizeiarbeit und Alter vgl. Dörmann, in: Kury/ Dörmann/ Richter/ Würger, 1992, S. 336 ff.; Schwind/ Ahlborn/ Weiß, 1989, S. 188 ff.

Studenten und noch in Schule/Ausbildung befindliche Befragte bewerteten die Polizeiarbeit mit - im Schnitt - 3.4; Meister, Facharbeiter, Personen mit abgeschlossener Lehre vergaben dagegen durchschnittlich Noten zwischen 3.0 und 3.1.

Wer erst "heute/gestern" eine Polizeistreife im Wohngebiet gesehen hatte, vergab im Durchschnitt die Note 2.6; wer dagegen "vor mehr als einem Monat" oder wer "noch nie" eine Streife im Wohngebiet gesehen hatte, vergab durchschnittlich die Note 3.2.

Vgl. zu einschlägigen ausländischen Befunden Schwind/ Ahlborn/ Weiß, 1989, S. 185 f.

Vgl. Frage 121.

Vgl. Frage 122: Mittelwert: Opfer 3.3; Nichtopfer: 2.9.

Abbildung 9). Eine einmalige Viktimisierung beeinträchtigt die Bewertung der Polizeiarbeit kaum (Mittelwert bei beiden Fragen: jeweils 3.1); erst bei mehrfacher Viktimisierung werden die Noten deutlich schlechter (Mittelwert bei 3 und mehrfacher Viktimisierung: 3.8 bzw. 3.6).

VI.

Unter den von den Befragten in Ravensburg / Weingarten genannten Gründen für die angenommene Zunahme der Kriminalität stehen an erster Stelle (30.8%) ökonomische Gründe, nämlich Arbeitslosigkeit (Arbeitslosigkeit allg. [19.5%] und Jugendarbeitslosigkeit [3.1%]) sowie eine ungünstige ökonomische und soziale Entwicklung (8.2%). Etwa 14% der Nennungen entfallen auf Ausländer (Asylanten, Übersiedler) also solche (13.3%) oder (darunter 0.9%) kriminelle Ausländer oder Ausländergruppen, die für eine angenommene Zunahme der Kriminalität verantwortlich gemacht werden. An dritter Stelle (8.8%) steht ein unzureichendes Kultur- und Freizeitangebot besonders für die jungen Menschen. Nur 3.9% der Nennungen sehen in zu wenig Polizei, 3.0% in Mängeln von Gesetzgebung und Rechtsprechung die Ursachen einer ungünstigen Kriminalitätsentwicklung (vgl. Abbildung 10 für *Ravensburg / Weingarten*).

Die Vorschläge der befragten Personen in Ravensburg / Weingarten für Maßnahmen zur Verringerung der Kriminalität, zielen zum einen ab auf strukturelle Verbesserungen, vor allem darauf, Möglichkeiten sinnvoller Freizeitbeschäftigung bzw. kultureller Aktivitäten zu verbessern sowie das soziale Betreuungsangebot in der Gemeinde zu erweitern und Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit zu ergreifen (vgl. Abbildung 11). Des weiteren werden präventive Aktivitäten genannt, und zwar präventive Aufklärungstätigkeit und präventives Verhalten potentieller Geschädigter, aber auch Objektsicherung, verbesserte Beleuchtung unübersichtlicher Örtlichkeiten sowie die Anbringung von Notrufmeldern. Insbesondere Frauen wünschen eine Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs auch in den Abendstunden.

Trotz lokaler Unterschiede im einzelnen zeigt die vergleichende Gegenüberstellung der Antworten in den drei Gemeinden dieselbe Präferenzen und eine vergleichbare Rangfolge der vorgeschlagenen Maßnahmen.

[X117]

Abbildung 10: Gründe für angenommene Zunahme der Kriminalität, Ravensburg/Weingarten

Zum anderen wird von den befragten Bürgern eine Verbesserung der Polizeipräsenz (insbesondere durch Fußstreifen, also durch sichtbare und ansprechbare Polizeibeamte) vorgeschlagen. Häufigere Polizeistreifen im Wohngebiet werden (vgl. Abbildung 12) von Männern (mit 61% in Ravensburg / Weingarten) im Mittel etwas häufiger befürwortet als von Frauen (56% in Ravensburg / Weingarten); dies nicht nur in den Jahrgängen ab 30, sondern auch von der jüngsten Gruppe der Befragten. Die relativ hohe Viktimisierungsrate und Kriminalitätsfurcht der jüngeren Jahrgänge scheint sich demnach auch in einer überwiegend positiven Einstellung zur Polizeipräsenz niederzuschlagen.

In ausländischen Studien wurde von den Befragten ebenfalls schon wiederholt der Einsatz von mehr Polizeistreifen zu Fuß vorgeschlagen, was sogar zum Vorschlag von Bahn (zitiert nach Schwind/ Ahlborn/ Weiß, 1989, S. 186) führte, "große rothaarige Polizisten bevorzugt einzusetzen. Die größere Sichtbarkeit würde das Gefühl der 'omnipresent protection' vergrößern".

Abbildung 11: Von den Befragten genannte Maßnahmen gegen Kriminalität, Ravensburg / Weingarten

Vergleicht man die Aussagen der Bürger zu den angenommenen Ursachen der Kriminalitätszunahme mit den Vorstellungen zu möglichen Präventionsmaßnahmen, so wird das Dilemma deutlich, in dem sich Bemühungen um die Prävention von Straftaten auf kommunaler Ebene generell befinden:

- Als Ursachen für die Zunahme von Kriminalität werden vor allem ökonomische und strukturelle Ursachen wahrgenommen.
- Als Möglichkeit konkreter Präventionsmaßnahmen wird dagegen am häufigsten der Ausbau der polizeilichen Präsenz vorgeschlagen. Kurzfristige Abhilfe, wie sie insbesondere von einer verbesserten Präsenz der Polizei erwartet wird, kann dabei die Bemühung um Abhilfe hinsichtlich solcher Ursachen nicht ersetzen, die in der Stadtentwicklung und den zunehmend als problematisch empfundenen Bedingungen gesehen werden, unter den vor allem junge Menschen im städtischen Umfeld aufwachsen.

Abbildung 12: Befürwortung häufigeren Streifengehens nach Alter und Geschlecht; Ravensburg / Weingarten

VII.

Wie andere Folgen der Urbanisierung (etwa Verkehrs- und Umweltprobleme, steigende Nachfrage nach Sozial- und Freizeiteinrichtungen) stellen sowohl die in den Bürgerbefragungen sichtbar gewordene Kriminalitätsbelastung als auch das die Lebensqualität beeinträchtigende Maß an Kriminalitätsfurcht neuartige Anforderungen sowohl an die gemeindliche Planung und Infrastrukturentwicklung als auch an die Polizei. Die im Sommer 1994 in den in das Vorhaben "Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg" einbezogenen Gemeinden Calw, Freiburg i.Br. und Ravensburg / Weingarten durchgeführten schriftlichen Befragungen sollten den mit Fragen der Kriminalprävention befaßten Arbeitskreisen in den Gemeinden Anhaltspunkte und Hintergrundwissen für Konzeption und Umsetzung von Präventionsmaßnahmen liefern, die nicht nur auf eine Minderung des (objektiven) Opferrisikos, sondern auch auf eine Beeinflussung von Bedingungen abzielen, die Kriminalitätsfurcht auslösen.

Zusammenfassend läßt sich für die im vorliegenden Beitrag darzustellenden Ergebnisse dieser Befragung zu den Themen Viktimisierung, Anzeigenerstattung und Einschätzung der Arbeit der Polizei festhalten:

1. 41% (Freiburg i.Br.), 29% (Ravensburg / Weingarten) bzw. 26% (Calw) der im Begleitforschungsprojekt "Kommunale Kriminalprävention" Befragten haben angegeben, in den letzten 12 Monaten persönlich Opfer einer der in der Befragung erfaßten Straftaten geworden zu sein. Unter Berücksichtigung sowohl methodischer Probleme als auch der Breite des erfaßten Deliktsspektrums liegen die Prävalenzraten in den drei Projektgemeinden innerhalb der aus neueren Forschungen bekannten und erwartbaren Bandbreiten.

Diese Opferbelastung geht vor allem auf drei Deliktsbereiche zurück, nämlich auf Diebstahl, Sachbeschädigung und tätlichen Angriff/Bedrohung, wobei es in mehr als zwei Dritteln der berichteten Fälle von Angriff oder Bedrohung nicht zur tatsächlichen Gewaltanwendung kam.

Die Ergebnisse der Befragung bestätigen ferner den bekannten Befund, daß Männer häufiger Opfer werden als Frauen und daß jüngere Altersgruppen deutlich höhere Viktimisierungsraten aufweisen als Personen nach dem 35. Lebensjahr.

2. Durch Opferbefragungen kann nicht nur das Dunkelfeld partiell aufgehellert werden. Opferbefragungen erlauben es auch, das Viktimisierungsrisiko besser einzuschätzen als anhand von amtlichen Statistiken. Sie geben auch Anhaltspunkte für die Bewertung und Verarbeitung von Opfererfahrungen und ermöglichen es, die Konsequenzen von Viktimisierungen festzustellen. Nur jedes dritte Delikt, von dem die Bürger berichten, wurde auch angezeigt. Auf die Frage nach den Gründen für die Nicht-Anzeige wurden die meisten Nennungen der Antwortvorgabe 'Die Polizei hätte auch nichts machen können / keine Beweise' zugeordnet; an zweiter Stelle wurde als Grund für die Nicht-Anzeige genannt 'nicht schwerwiegend genug / kein Schaden / Kinderstreiche'. Diese Zahlen zeigen zum einen, daß knapp die Hälfte der Opfer ihre Viktimisierung selbst als nicht sehr gravierend einstufte. Sie deuten zum anderen auf eine eher pragmatische Einschätzung der Opfer hin - jedenfalls beim großen Teil der als weniger schwerwiegend empfundenen Delikte - als auf ein generelles Mißtrauen in die Einsatzbereitschaft der Polizei.

3. Während die Indikatoren für Kriminalitätsfurcht deutliche Unterschiede zwischen Opfern und Nichtopfern anzeigen, konnten weder hinsichtlich des Stellenwertes von Kriminalität als Problem noch hinsichtlich der Einstellung zur Rolle des Strafrechts Unterschiede zwischen Opfern und Nichtopfern festgestellt werden. Opfererfahrung führt also weder zu einer dramatisierenden Bewertung von Kriminalität noch zum Ruf nach "law and order".

4. Die Bürger, und zwar auch diejenigen, die angeben im Befragungszeitraum persönlich Opfer von Straftaten geworden zu sein, sind mit der Arbeit der Polizei überwiegend zufrieden. Eine einmalige Viktimisierung beeinträchtigt die Bewertung der Polizeiarbeit kaum; erst bei mehrfacher Viktimisierung innerhalb eines Jahres wird die Beurteilung deutlich schlechter. Überdurchschnittlich gut bewerten die Bürger die Arbeit der Polizei, die erst kürzlich die Anwesenheit einer Polizeistreife in ihrem Wohngebiet wahrgenommen haben.

5. Als Grund für die Ursachen der Zunahme der Kriminalität werden überwiegend strukturelle Probleme genannt, wie Arbeitslosigkeit, ökonomische und soziale Gründe, mangelnde Freizeit- und Kulturangebote. Zur Verbesserung der Kriminalprävention erwarten die Bürger überwiegend zum einen strukturelle Verbesserungen, zum anderen eine Erhöhung der sichtbaren Polizeipräsenz.

6. Den Befragungsergebnissen läßt sich entnehmen, daß kommunale Kriminalprävention, bei der Kommune und Polizei zusammenarbeiten, auf Akzeptanz bei den Bürgern stößt. Kommunale

Gemeinschaften verfügen über deutlich bessere Präventionsmöglichkeiten als das bisherige, zumeist einseitig repressiv ausgerichtete Konzept der "Inneren Sicherheit". Allenthalben besteht jedoch noch ein Mißverhältnis zwischen 'negativer' Gelegenheitsstruktur (lediglich Tatgelegenheit reduzierende und individuelles Schutzverhaltens fördernde Ansätze) und 'positiver' Gelegenheitsstruktur (Handlungs- und Kooperationsmöglichkeiten vor Ort eröffnende, auf die Verbesserung von Integration und Kommunikation in der Gemeinde abzielende Ansätze). Deshalb sollte - neben einer Beachtung von Sicherheits Gesichtspunkten - ein weiterer Ausbau von nachfrageorientierten, 'niedrigschwelligen' Möglichkeiten der Freizeit- und Sportbetätigung (unterhalb der Schwelle verbindlicher Vereinsaktivitäten) sowie von Integrations- und Kommunikationsmöglichkeiten angestrebt, gefördert und gestärkt werden. Der hohe Anteil von Problemnennungen zu diesem Bereich sowie die Präventionsvorstellungen der Bevölkerung zeigen, daß hierfür bei der Bevölkerung eine hohe Akzeptanz erwartet werden kann.

Literatur

- Amelang, M., Sozial abweichendes Verhalten, Berlin u.a. 1986.
- Ammer, A., Kriminalität in Landau, Holzkirchen/Obb. 1990.
- Arnold, H., Kriminelle Viktimisierung und ihre Korrelate, Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 89, 1986, S. 1014-1058.
- Arnold, H., Korinek, L., Victimization, Attitudes towards Crime and Related Issues, Comparative Research Results from Hungary, in, Kaiser, G., Kury, H., Albrecht, H.-J. (eds), Victims and Criminal Justice, Kriminologische Forschungsberichte, Bd. 51, Freiburg i.Br. 1991, S. 99-121.
- Baier, R., Feltes, Th., Kommunale Kriminalprävention. Modelle und bisherige Erfahrungen, Kriminalistik 48, 1994, 693-697.
- Baurmann, M. C., Herrmann, D., Störzer, H. U., Streng, F., The Heidelberg Victimization Survey, in, Kaiser, G., Kury, H., Albrecht, H.-J. (eds), Victims and Criminal Justice, Kriminologische Forschungsberichte, Bd. 50, Freiburg i.Br. 1991, S. 441-467.
- Bick, W., Bretschneider, M. (Hrsg.), Lebensqualität und städtische Dienstleistungen aus Bürgersicht, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin 1994.
- Bick, W., Dobroschke, W., Leben in Frankfurt am Main. Erste Ergebnisse der Frankfurter Bürgerbefragung '94, Frankfurt 1995 (unveröff. Manuskript).
- Bilsky, W., Wetzels, P., Mecklenburg, E., Pfeiffer, C., Subjektive Wahrnehmung von Kriminalität und Opfererfahrung, in, Kaiser, G., Jehle, J.-M. (Hrsg.), Kriminologische Opferforschung, Teilband II, Heidelberg 1995, 73-106.
- Blankenburg, E., Sessar, K., Steffen, W., Die Staatsanwaltschaft im Prozeß strafrechtlicher Sozialkontrolle, Berlin 1978.
- Boers, K., Kriminalität und Kriminalitätsfurcht im sozialen Umbruch, Neue Kriminalpolitik 2/1994, S. 27-31 (zit.: Boers 1994a).
- Boers, K., Kriminalitätseinstellungen in den neuen Bundesländern, in, Boers, K., Ewald, U., Kerner, H.-J., Lautsch, Erwin, Sessar, K., Sozialer Umbruch und Kriminalität. Ergebnisse einer Kriminalitätsbefragung in den neuen Bundesländern. Band 2/2, Bonn 1994, 21-74 (zit.: Boers 1994b)
- Boers, K., Kriminalitätseinstellungen und Opfererfahrungen, in, Kaiser, G., Jehle, J.-M. (Hrsg.), Kriminologische Opferforschung. Neue Perspektiven und Erkenntnisse, Teilband II, Heidelberg 1995, S. 3-36.
- Boers, K., Kriminalitätsfurcht, Pfaffenweiler 1991.

- Dobroschke, W., Städtische Dienstleistungen und Lebensqualität in Frankfurt am Main, in, Bick, W., Bretschneider, M. (Hrsg.), *Lebensqualität und städtische Dienstleistungen aus Bürgersicht*, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin 1994, S. 63-70.
- Feltes, Th. (Hrsg.), *Kommunale Kriminalprävention, Ausgangspunkt und Ziele*, in, Feltes, Th. (Hrsg.), *Kommunale Kriminalprävention - Modelle und Erfahrungen*, TEXTE, Nr. 3, 1994, S. 5-8.
- Fiselier, J. P., Opfer von Straftaten - Art und Umfang der Kriminalität in den Niederlanden, in, Kirchhoff, G. F., Sessar, K. (Hrsg.), *Das Verbrechenopfer*, Bochum 1979, 111-131.
- Gutsche, G., Sozialer Umbruch und Kriminalitätsentwicklung in den neuen Bundesländern. Resultate neuerer Opferbefragungen 1991-1993, in, Kaiser, G., Jehle, J.-M. (Hrsg.), *Kriminologische Opferforschung, Teilband II*, Heidelberg 1995, S. 107-125.
- Heinz, W., Anzeigeverhalten, in, Kaiser, G., Kerner, H.-J., Sack, F., Schellhoss, H. (Hrsg.), *Kleines Kriminologisches Wörterbuch*. Heidelberg, 3. Aufl., 1993, S. 27-33.
- Heinz, W., Jugendkriminalität und strafrechtliche Sozialkontrolle in der Bundesrepublik Deutschland, in, *Festschrift für K. Miyazawa*, Baden-Baden 1995, S. 93-139.
- Kaiser, G., *Kriminologie - Eine Einführung in die Grundlagen*, 9. Aufl., Heidelberg 1993.
- Kaiser, G., "Innere Sicherheit" - Kein Rechtsbedürfnis der Bevölkerung? In, *Psyche - Recht - Gesellschaft*, *Widmungsschrift für M. Rehbinder*, Bern 1995, S. 31-46.
- Kerner, H.-J., *Kriminalitätseinschätzung und Innere Sicherheit*, Wiesbaden 1980.
- Koetzsche, H., Projekte der Kriminalitätsverhütung in Deutschland, Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, in, *Rat für Kriminalitätsverhütung in Schleswig-Holstein* (Hrsg.), *Dokumentationsreihe, Band 4*, Kiel 1994.
- Kräupl, G., Ludwig, H., *Wandel kommunaler Lebenslagen, Kriminalität und Sanktionserwartungen*, Freiburg i.Br. 1993.
- Kreuzer, A. u.a., *Jugendlinquenz in Ost und West*, Bonn 1993.
- Kreuzer, A., Theoretische Überlegungen und Befunde aus Gießener Delinquenzbefragungen, in, Kaiser, G., Jehle, J.-M. (Hrsg.), *Kriminologische Opferforschung, Teilband II*, Heidelberg 1995, S. 55-71.
- Kury, H., Victims of Crime - Results of a Representative Telephone Survey of 5.000 Citizens of the former Federal Republic of Germany, in, Kaiser, G., Kury, H., Albrecht, H.-J. (eds), *Victims and Criminal Justice*, *Kriminologische Forschungsberichte*, Bd. 50, Freiburg i.Br. 1991, S. 265-304.
- Kury, H., Der Einfluß der Art der Datenerhebung auf die Ergebnisse von Umfragen - erläutert am Beispiel einer Opferstudie, in, Kaiser, G., Kury, H. (Hrsg.), *Kriminologische Forschung in den 90er Jahren*, *Kriminologische Forschungsberichte*, Bd. 66/2, Freiburg i.Br. 1993, S. 321-410.
- Kury, H., Zur Bedeutung von Kriminalitätsentwicklung und Viktimisierung für die Verbrechensthematik, in, Kaiser, G., Jehle, J.-M. (Hrsg.), *Kriminologische Opferforschung, Teilband II*, Heidelberg 1995, S. 127-158.
- Kury, H., Dörmann, U., Richter, H., Würger, M., *Opfererfahrungen und Meinungen zur Inneren Sicherheit in Deutschland*, Wiesbaden 1992.
- Müller, L., *Dunkelfeldforschung - ein verlässlicher Indikator der Kriminalität?* Jur. Diss. Freiburg i.Br. 1978.
- Noll, H.-H., Schröder, H., Öffentliche Sicherheit und subjektives Wohlbefinden in Ost- und Westdeutschland, in, Glatzer, W., Noll, H.-H., *Getrennt vereint. Lebensverhältnisse in Deutschland seit der Wiedervereinigung*. Frankfurt a.M., New York 1995, S. 305-328.
- Plate, M., Schwinges, U., Weiß, R., *Strukturen der Kriminalität in Solingen*, Wiesbaden 1985.

- Schwind, H.-D., Kriminologie - Eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen, 6. Aufl., Heidelberg 1995.
- Schwind, H.-D., Ahlborn, W., Eger, H. J., Jany, U., Pudel, V., Weiß, R., Dunkelfeldforschung in Göttingen 1973/74, Wiesbaden 1975.
- Schwind, H.-D., Ahlborn, W., Weiß, R., Empirische Kriminalgeographie - Bestandsaufnahme und Weiterführung am Beispiel Bochum ("Kriminalitätsatlas Bochum"), Wiesbaden 1978.
- Schwind, H.-D., Ahlborn, W., Weiß, R., Dunkelfeldforschung in Bochum 1986/87, Wiesbaden 1989.
- Sessar, K., Wiedergutmachen oder strafen, Pfaffenweiler 1992.
- Sessar, K., Zum Sinn künftiger Opferbefragungen, in, Kaiser, G., Jehle, J.-M. (Hrsg.), Kriminologische Opferforschung, Teilband II, Heidelberg 1995, S. 159-171.
- Steffen, W., Richter, G., Stolz, E., Inhalte und Ergebnisse polizeilicher Ermittlungen, München 1982.
- Stephan, E., Die Stuttgarter Opferbefragung, Wiesbaden 1976.
- Teske, R. H. C., Arnold, H., A Comparative Victimization Study in the United States and the Federal Republic of Germany, A Description of Principal Results, in, Kaiser, G., Kury, H., Albrecht, H.-J. (eds), Victims and Criminal Justice, Kriminologische Forschungsberichte, Bd. 51, Freiburg i.Br. 1991, S. 3-44.
- Villmow, B., Stephan, E., Jugendkriminalität in einer Gemeinde, Freiburg i. Br. 1983.
- Walter, M., Von einem realen zu einem imaginären Kriminalitätsverständnis? Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe 44, 1995, S. 67-73.
- Wetzels, P., Greve, W., Bilsky, W.; Pfeiffer, C., Kriminalität im Leben älterer Menschen, Stuttgart 1995 (im Druck).

Präventionsaktivitäten in Baden-Württemberg Zusammenfassung einer Umfrage

Roland Baier

1. Ziel und Adressaten der Umfrage

Im Oktober 1994 führte die Fachhochschule Villingen-Schwenningen - Hochschule für Polizei landesweit eine fragebogengestützte Umfrage zur sozialen Prävention und kommunalen Kriminalprävention durch mit dem Ziel, möglichst alle in Baden-Württemberg bestehenden Präventionsinitiativen auf lokaler Ebene zusammenzutragen und einen Informationsaustausch innerhalb den Kommunen und Initiativen und mit der Polizei zu ermöglichen.

Anlaß dazu gab die Erkenntnis, daß neben dem Pilotprojekt "Kommunale Kriminalprävention" seit längerer Zeit in Baden-Württemberg zahlreiche Initiativen bestehen, die Probleme der öffentlichen Sicherheit auf lokaler Ebene aufgreifen. Sie gehen meist auf privates Engagement - wenn auch oft im offiziellen Rahmen - zurück und sind bestrebt, lokale Themen und Probleme bereits im Vorfeld zu analysieren und Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Damit verfolgen sie prinzipiell die gleichen Ziele wie die im Pilotprojekt "Kommunale Kriminalprävention" beteiligten Projektstädte. Beispielhaft wird hierzu der "Nachbarschaftsbeobachtungsverein Herlikofen" genannt. Dort schließen sich Nachbarn im Neubaugebiet zusammen, um während der Abwesenheit von Anwohnern, sei es durch Urlaub, während der Arbeitszeit oder einem sonstigen Anlaß, deren Haus oder Wohnung gegen Einbruch zu schützen.

Die Umfrage richtete sich sowohl an Polizeidienststellen als auch an Behörden auf Kreisebene. Dabei wurde für beide Seiten ein separater, jedoch in weiten Teilen übereinstimmender Fragebogen entwickelt. In die Umfrage auf Polizeiseite wurden die 35 Polizeidirektionen, die beiden Polizeipräsidien Mannheim und Karlsruhe und die Landespolizeidirektion Stuttgart II, die für das Stadtgebiet Stuttgart zuständig ist, einbezogen. Auf Behördenseite wurden alle Landratsämter, Stadtkreise und Großen Kreisstädte um Angaben zu Präventionsaktivitäten ersucht.

Bei den Polizeidienststellen gibt es spezielle Sachgebiete (Sg. IIb = Kriminalpolizeiliche Beratungsstellen) und Dienstposten (z.B. Jugendsachbearbeiter bei den Polizeirevierern), die verhaltensorientierte (z.B. Veränderung von Tatgelegenheitsstrukturen) und technische Prävention (z.B. Sicherung von Haus und Wohnung) durchführen. Daneben wirken die Beamten einzelner Dezernate (z.B. Rauschgiftdezernat, Jugenddezernat) ressortübergreifend mit anderen Behörden, Organisationen und Institutionen in Präventionsvorhaben und -maßnahmen auf lokaler Ebene zusammen. Dies war auch der Grund, weshalb der Fragebogen an die auf Kreisebene zuständige Polizeidienststelle gerichtet wurde.

Die Umfrage auf Behördenseite wurde an die oben genannten Stellen gerichtet, da sich Zuständigkeiten über das Amt für öffentliche Ordnung, Ordnungs- bzw. Sozialamt (z.B. Suchtprophylaxe) und andere Dienstzweige ergeben. Mit der Anfrage bei den Landratsämtern sollten auch Aktivitäten der nachgeordneten Kommunalverwaltungen erfaßt werden. Von 160 angeschriebenen Verwaltungsbehörden und Polizeidienststellen beteiligten sich 94 an der Befragung. Insbesondere von den Polizeidienststellen erfolgte eine nahezu vollständige Rückmeldung (36 von 38).

2. Inhaltliche Gestaltung

Die Fragebogen beinhalten allgemeine Angaben zur Anzahl der Städte und Gemeinden im Zuständigkeitsbereich der Polizeidienststellen bzw. Verwaltungsbehörden, gestaffelt nach der Größe, und zwar bis zehntausend, bis zwanzigtausend, bis fünfzigtausend, über fünfzigtausend Einwohner und zur Gesamteinwohnerzahl; daneben noch Angaben zu den für die Präventionsaufgaben zuständigen Organisationseinheiten und den dabei eingesetzten Mitarbeitern. In einem weiteren Teil sind Fragestellungen zu bereits bestehenden oder geplanten Maßnahmen zur kommunalen Kriminalprävention und sozialen Prävention, zu Initiatoren, Themengebieten, Zielgruppen, Anträgen von einzelnen Bürgern oder Institutionen zur Gründung derselben sowie vorliegenden Konzepten dazu enthalten. Ferner sind Angaben zur Art und Weise der Zusammenarbeit zwischen Behörden und Institutionen sowie von Ansprechpartnern möglich. Abschließend besteht die Möglichkeit, bisherige Erfahrungen im Zusammenhang mit der Kriminalprävention auf lokaler Ebene zu beschreiben.

3. Ergebnis / Zusammenfassung

Das Umfrageergebnis wurde bei der Fachhochschule in einer Übersicht zusammengefaßt und den Befragten zugestellt. Es bestätigte die bisherige Erkenntnis, daß bereits zahlreiche Initiativen in Baden-Württemberg bestehen, die sich in vielfältiger Weise (Problem-)Themenstellungen annehmen. Dabei ist festzustellen, daß insbesondere im großstädtischen Raum vermehrt Initiativen bestehen, die sich vor allem sozialen Problemen (Suchtprophylaxe, Schuldnerberatung u.a.) widmen. Dies läßt den Schluß zu, daß sich in dicht besiedelten Räumen vermehrt Konflikte entwickeln, die auf soziale Defizite basieren. Solche können beispielsweise eine höhere Arbeitslosenquote und daraus resultierende finanzielle Not, vermehrter Konsum von Alkohol und Drogen, aber auch fehlende Integration in der Gesellschaft sein. In ländlichen Gebieten und dabei vor allem entlang der Bundesfernstraßen sowie in sogenannten Wohnstädten bestehen vermehrt Initiativen, die sich dem Schutz des Eigentums widmen. Naheliegend ist, daß die überwiegend von reisenden Tätergruppen begangenen (Tages)-Wohnungseinbrüche zur Eigeninitiative geführt haben.

3.1 Suchtprophylaxe und Drogenprävention

Insgesamt 26 Initiativen und Arbeitskreise wurden von den Teilnehmern der Umfrage genannt, die sich mit Suchtprophylaxe (Alkohol, Drogen, Medikamenten u.a.) befassen. Weitere 20 betätigen sich ausschließlich in der Drogenprävention. Dabei werden vorrangig Beratungsgespräche und Anti-Drogen-Kampagnen angeboten bzw. durchgeführt. In Schulen werden Anti-Drogenprojekte initiiert und teilweise unter Einbeziehung der Rauschgiftaufklärungsgruppe des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg (RAG) durchgeführt. Sie bestreitet landesweit-Unterrichtseinheiten durch Vorträge und Videovorführungen sowie etwa 25 Anti-Drogen-Discos pro Jahr.

Beispiele:

Beide Fragebögen können bei der Fachhochschule - Hochschule für Polizei, Sturmbühlstr. 250, 78054 Villingen-Schwenningen angefordert werden.

Das Umfrageergebnis wurde in einer Übersicht zusammengestellt. Dabei wurden alle anhand der Fragebogen übermittelten Initiativen zur sozialen Prävention und kommunalen Kriminalprävention mit dem jeweiligen Ansprechpartner unbewertet erfaßt. Die Zusammenstellung kann entweder bei der Fachhochschule - Hochschule für Polizei oder beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg bei der Koordinierungsstelle für das Pilotprojekt "Kommunale Kriminalprävention" angefordert werden.

Die Landeshauptstadt Stuttgart hat die "Koordinierungsrunde Drogen in Stuttgart" (KODIS) eingerichtet, bei der Stadtverwaltung und Polizei zusammenwirken, um gemeinsam das Drogenproblem zu bewältigen oder zu reduzieren.

In Pforzheim haben sich das Landratsamt des Enzkreises und die Stadtverwaltung zu einem gemeinsamen Arbeitskreis gegen Drogen, Alkohol und Nikotin zusammengefunden.

Die Große Kreisstadt Wiesloch bietet gleichzeitig mehrere Initiativen an, die von Polizei und Stadtverwaltung gegründet wurden: Unter dem Motto "Schüler stark machen gegen Drogen" werden Programme an den Schulen durchgeführt, um Gefahren des Drogenkonsums aufzuzeigen, "Leben statt Leben lassen" richtet sich direkt an die Kinder, um ihnen unter anderem eine positive Lebenseinstellung zu vermitteln und die Initiative "Ohne Sprit fahr ich mit" schließlich wendet sich dem alkoholisierten Kraftfahrer zu.

In zahlreichen Gemeinden des Landkreises Karlsruhe (Bad Schönborn, Karlsdorf-Neuthard, Rheinstetten u.a.) wurde auf Initiative von Polizei und Gemeindeverwaltung ein "regionaler Ansprechpartner Suchtthemen" (RAST) eingerichtet, der z.B. regelmäßige Kontaktaufnahme und Aufklärungsgespräche zwischen den örtlichen Schulen und dem Polizeirevier unter Einbeziehung von Lehrern, Schülern und Eltern organisiert.

3.2 Jugendarbeit/Jugendkriminalität

Die Umfrage hat gezeigt, daß Jugendkriminalität bei den meisten Polizeidienststellen und Verwaltungsbehörden einen Schwerpunkt bildet und vorrangig gelöst werden soll. Entsprechend gibt es viele Programme, die sich ausschließlich mit Jugendlichen befassen. Diese gehen von der Jugendgerichtshilfe über mobile Jugendarbeit, Einsatz von Streetworker, Jugendmedienschutz und Integration ausländischer Jugendlicher bis hin zur offenen Kinder- und Jugendarbeit. Ein weiterer Schwerpunkt zur Unterstützung der Jugendlichen wird in der Errichtung von Jugendhäusern gesehen, die teilweise in der Selbstverwaltung, überwiegend jedoch unter fachkundiger Aufsicht eines Sozialpädagogen betrieben werden.

Beispiele:

In Kirchheim/Teck wurde der gemeinnützige Verein "Brückenhaus e.V." gegründet, der offene Kinder- und Jugendarbeit in Form mobiler Beratung an regionalen Brennpunkten betreibt.

Das Polizeipräsidium Mannheim hat den "Polizeijugendclub" ins Leben gerufen, der insbesondere Jugendliche aus belasteten Gebieten anspricht.

Die Große Kreisstadt Wertheim initiierte im Stadtteil Wartberg den Arbeitskreis "Jugendtreff Wartberg", der Eltern und Jugendliche gemeinsam einbindet. Initiatoren dieses Arbeitskreises sind die Stadt, das Diakonische Werk und die Polizei. Die Teilnehmer führen Gruppenarbeiten durch und sind in das Mitverwaltungsforum einbezogen.

Die Große Kreisstadt Winnenden bietet eine Anlaufstelle für Jugendliche als Orientierungshilfe und ist um die Integration der Jugendlichen in bestehende Strukturen durch Hilfeleistung in der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche sowie die Aufnahme in örtliche Vereine bemüht.

Villingen-Schwenningen hat auf Betreiben der Stadtjugendpflege und der Polizei zwei Streetworker eingestellt, die sich überwiegend mit Jugendbanden befassen, die einen großen ausländischen Anteil aufweisen. Sie werden ebenfalls in der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche unterstützt. Gleichzeitig sollen mit dieser Maßnahme fremdenfeindliche Aktionen verhindert werden.

3.3 Gewalt

Das Thema Gewalt nimmt bei den bestehenden Initiativen einen beachtlichen Stellenwert ein. Elf Initiativen widmen sich der Gewalt gegen Frauen, sieben der Gewalt an Schulen, drei der Gewalt

zum Nachteil ausländischer Jugendlicher sowie weitere Initiativen der Gewalt gegen Kinder und ältere Mitbürger allgemein.

Durch Informationsveranstaltungen, Gespräche und individuelle Beratungen sollen z.B. Möglichkeiten des Opferschutzes durch veränderte Verhaltensweisen aufgezeigt oder Ursachen von Gewaltanwendungen erforscht werden, damit sie beseitigt werden können.

Beispiele:

Im Landkreis Aalen wurde ein Arbeitskreis gegründet, der sich gegen Sexuelle Gewalt an Kindern und Frauen richtet.

Das Ordnungsamt der Großen Kreisstadt Kirchheim/Teck richtete eine Kompaß-Beratungsstelle gegen sexuelle Gewalt ein, die sich vorwiegend mit Frauen befaßt.

Offenburg widmet sich insbesondere der Gewalt unter Schülern bzw. Kindern und hat deshalb einen "Runden Tisch" bzw. ein "Street-Work-Projekt" einberufen. Die Initiative dazu ging von der Elternschaft aus.

Die Große Kreisstadt Pforzheim greift das Thema Gewalt unter stadteplanerischen Aspekten auf. Dabei wirken Stadtplanungsamt und Polizei eng zusammen, um kriminalitätshemmende Faktoren bei der Neuanlage von Wohngebieten oder bei der Revitalisierung älterer Wohngebiete bereits frühzeitig zu berücksichtigen.

Rastatt hat den Arbeitskreis "Nein zu sexueller Gewalt" (Sexuelle Gewalt gegen Mädchen, Jungen und Frauen) einberufen, der auf Initiative von Landratsamt, Landesjugendring, Schulen, Elternbeiräten, KVHS, Jugendamt und Polizei zurückgeht.

In Stuttgart bestehen zahlreiche Initiativen gegen Gewalt in allen Alters- und Gesellschaftsschichten. So gibt es den Arbeitskreis "Gewalt gegen Kinder", in dem man aktives Mitglied werden kann und den Arbeitskreis "Gewalt gegen Frauen", unter dem u.a. die Beratungsstelle für sexuell mißbrauchte Mädchen (KOBRA) und die Arbeitsgemeinschaft "Wildwasser Stuttgart" sowie "Frauen Fanal" zusammenzufassen sind. "Lola" ist eine Selbsthilfegruppe für Prostituierte. Die Initiativgruppe Homosexualität (IHS) und die Landespolizeidirektion Stuttgart II versuchen gemeinschaftlich, "Gewalt gegen Schwule" durch den Abbau von Vorurteilen unter gleichzeitigem Aufbau eines Vertrauensverhältnisses zu reduzieren, um u.a. die Ausgrenzung dieser Personengruppe aus der Gesellschaft zu verhindern.

3.4 Eigentumskriminalität

Zahlreiche lokale Zusammenschlüsse von Nachbarn oder Anwohnern haben zum Ziel, Diebstahl und Wohnungseinbruch durch stärken des Verantwortungsbewußtseins jedes einzelnen zu verhindern. Parallel dazu gibt es Gemeinden, die federführend solche Initiativen ins Leben gerufen haben und an den Ortseingängen auf diese Aktion durch entsprechende Beschilderung wie z.B. "Nachbarn schützen Nachbarn" hinweisen.

Beispiele:

Die Stadt Baden-Baden führt seit einigen Jahren in Zusammenarbeit mit der Polizeidirektion Aktionen gegen Diebstahl rund um die Wohnung und das Kfz durch. In öffentlichen Veranstaltungen, aber auch in einem persönlichen Gespräch an der Haustür werden die Anwohner über Vorgehensweisen und mögliche Schutzmaßnahmen informiert und dazu bewegt, durch verändertes Verhalten zur Reduzierung von Wohnungseinbrüchen und Diebstählen beizutragen. In Karlsdorf-Neuthard, Bruchsal und Ettlingen wurden in einer Aktionswoche öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen, verbunden mit Ausstellungen und Beratungen, durchgeführt, um den einzelnen Bürger bzw. die Gemeinschaft zu besseren Sicherheitsvorkehrungen zu bewegen.

Während der Schwerpunkt 1994 in der Aufklärung und dem Schutz vor Straftaten stand, erfolgen die Aktionen 1995 mit dem Ziel des Abbaus kriminogener Strukturen.

Ähnliche Aktionen zeichnen sich bereits in umliegenden Gemeinden ab. In alle Veranstaltungen sind sowohl die Polizei als auch der örtliche Bürgermeister direkt eingebunden. In Karlsdorf-Neuthard besteht außerdem ein Modell zur Nachbarschaftswache ("Neighbourhood Watching"), um die Nachbarschaft zu sensibilisieren. In Bruchsal inszenierte die "Werbegemeinschaft Bruchsaler Händler" parallel, aber gemeinsam mit der Polizei und der Stadtverwaltung die Aktion "Gemeinsam gegen Gewalt".

3.5 Ausländer/Ausländerfeindlichkeit

Als Folge des Erlasses des Innenministeriums zum Abbau der Ausländer-/Fremdenfeindlichkeit richteten alle Landkreise in Baden-Württemberg "Runde Tische gegen Ausländerfeindlichkeit" ein. Beteiligt daran sind die örtlichen Verwaltungsbehörden (Bürgermeisterämter) und die Polizei. Ziel der Runden Tische ist die verbesserte Integration der ausländischen Mitbürger in der Gesellschaft sowie die Einbeziehung ausländischer Kulturvereine sowohl in die Gesprächsrunden als auch in das örtliche Geschehen.

Beispiele:

Die Landeshauptstadt Stuttgart hat als Ausfluß dieses Erlasses neben dem "Runden Tisch" den Gesprächskreis "Konflikte im Herkunftsland - Zusammenleben in Stuttgart" ins Leben gerufen und plant derzeit die Einrichtung eines "Stuttgarter Anti-Diskriminierungstelefon", um Aggressionen und Problembereiche ausländischer Mitbürger festzustellen und zu kanalisieren. Kirchheim/Teck richtete auf Drängen und Initiative verschiedener Gruppierungen ein Kommunikationszentrum für interkulturelle Zusammenarbeit ein, das der Zusammenführung von Personen unterschiedlichster Nationalitäten und Organisationen dienen soll.

Philippsburg initiierte einen Frühstückstreff für deutsche und ausländische Frauen zum gegenseitigen Kennenlernen und zur Förderung des Verständnisses für kulturelle und religiöse Besonderheiten ausländischer Bevölkerungsgruppen. Dieser Treff erfolgt nach wie vor.

In Markdorf (Bodenseekreis) gründete sich der Verein "Solidam", der ausländischen Mitbürgern bei der Integration behilflich ist. Die Mitglieder dieses Vereines arbeiten direkt mit der Stadt, der Volkshochschule und der Polizei zusammen. Zurückzuführen ist dieser Verein auf das Engagement einzelner Bürger.

3.6 Weitere Initiativen mit verschiedenen Themengebieten

Neben den o.a. Schwerpunktthemen gibt es zahlreiche weitere Aktivitäten, die sich auf lokaler Ebene und unter Einbeziehung des einzelnen Bürgers mit dem Schutz bzw. der Reduzierung von Kriminalität befassen. Festzustellen ist, daß Zusammenschlüsse von Personen oder die Gründung von Arbeitskreisen offensichtlich mit der Größe von Städten und Gemeinden einhergehen: je größer die Stadt oder Gemeinde, desto mehr Initiativen mit vielfältigen Themenkomplexen zur Kriminalitätsverhütung bilden sich.

Die Landeshauptstadt Stuttgart bietet ein sehr breites Netz von Initiativen und Anlaufstellen zur Betreuung und Unterstützung von sozialen Randgruppen und "gefährdeten" Personen, die sowohl auf das Engagement der örtlichen Polizei und der Stadtverwaltung, aber auch auf private Basis zurückgehen.

Beispiele:

Die Stadt Heidelberg hat 1993 eine Studie zu "Angsträumen in der Stadt" in Auftrag gegeben, um anhand der dabei gewonnenen Erkenntnisse zusammen mit der Polizei präventive Maßnahmen durchzuführen. Insbesondere sollen dabei das Sicherheitsempfinden von Frauen in der Stadt gestärkt und bautechnische Veränderungen vorgenommen werden. Parallel dazu wurde die Arbeitsgruppe "Sicherheit in Heidelberg - Angsträume" gegründet, die federführend vom Amt für öffentliche Ordnung geleitet wird.

Der CDU-Arbeitskreis in Spaichingen hat 1993 das "Sicherheitsforum Spaichingen" gegründet, das aus 8 ehrenamtlichen Mitarbeitern besteht. Ziel des Kommunalen Sicherheitsforums ist eine bürgernahe, gemeindeorientierte Polizeiarbeit, gekennzeichnet durch partnerschaftliche Zusammenarbeit, Verbesserung des Vertrauensverhältnisses Bürger - Polizei, innere Sicherheit ist Sicherheit jedes einzelnen, Prävention vor Repression, Förderung des Rechtsbewußtsein u.a. Das Sicherheitsforum führte im März 1994 in Spaichingen eine Befragungsaktion unter dem Titel "Es geht um unsere Sicherheit" durch sowie zahlreiche Veranstaltungen, wie z.B. eine Sicherheitsmesse. Die einzelnen Veranstaltungen stoßen bei der Bevölkerung auf große Resonanz.

Zu beobachten ist allgemein, daß sich die Ortsbauämter zahlreicher Städte zunehmend mit der örtlichen Polizei in Verbindung setzen, um deren Erfahrung zu kriminalitätshemmenden Faktoren in der Bebauung zu berücksichtigen. Beispielhaft werden hier die Städte Freiburg, Ludwigsburg und Pforzheim genannt, die die Polizei bereits frühzeitig in die Planungsphase einbeziehen.

4. Fazit

Bereits heute bestehen in Baden-Württemberg zahlreiche Initiativen, Arbeitskreise, Arbeitsgemeinschaften usw., die in geeigneter Form lokale Maßnahmen zur Kriminalitätsvorbeugung praktizieren. Vorrangig fallen darunter soziale Maßnahmen. Festzuhalten ist allerdings, daß diese Initiativen bisher weitgehend auf behördliche Federführung und behördliche Aktionen beschränkt sind und der einzelne Bürger bislang noch zu selten einbezogen wird bzw. sich selbst zu wenig einbringt. Die Ursachen von Kriminalität liegen weitgehend in der Gesellschaft und dementsprechend muß der Bürger vermehrt an der Ursachenforschung und -beseitigung beteiligt werden.

Festzustellen ist auch, daß zahlreiche Behörden Maßnahmen ergreifen, die in einer anderen Stadt oder Gemeinde in ähnlicher oder gleicher Form bereits durchgeführt oder aufgegriffen wurde, ohne daß es zu einem Gedanken- oder Erfahrungsaustausch gekommen wäre. Ein Austausch der gewonnenen Erkenntnisse bringt aber viele Vorteile mit sich und reduziert gleichzeitig mögliche Fehlerquellen. Hier gilt es, Berührungspunkte ebenso abzubauen wie auch in der Zusammenarbeit mit der Polizei bzw. dem Bürger.

Als Ausfluß des Pilotprojekts "Kommunale Kriminalprävention" ist zu erwarten, daß sich weitere Initiativen in naher Zukunft bilden werden. Um die dabei gewonnenen Erfahrungen anderen bekannt und zugänglich zu machen, ist die Fortschreibung der Umfrage notwendig. Wichtig dabei ist, daß sich alle Befragten im Interesse des Gemeinwohls daran beteiligen, um nicht zuletzt selbst auch davon zu profitieren.

Die Studie liegt in einer Lang- und Kurzfassung bei der Stadtverwaltung vor und kann bei der Frauenbeauftragten unter Tel. 06221/581550 angefordert werden.

1. Ausgangslage

Im angelsächsischen Einflußbereich stehen wissenschaftliche Untersuchungen zum Thema Notrufe und Funkstreifenwageneinsätze der Polizei in einer mehrjährigen Tradition, deren Anfänge sich bis in die 70er Jahre zurückverfolgen lassen. Die in den Studien bzw. Projekten gewonnenen Reformansätze sowie die Problematisierung blieb in der Bundesrepublik Deutschland bei Polizei und Wissenschaft weitgehend unbeachtet (Feldes 1990/94). Dabei zeigen Notrufe und Funkstreifenwageneinsätze der Schutzpolizei die Problemfelder der dynamisch interaktiven Prozesse zwischen Bürger und der Institution Polizei relativ wirklichkeitsgetreu auf. Gerade die Analyse einer intervenierenden und reaktiven Polizeiarbeit, die entscheidend durch die Anforderung des Bürgers geprägt ist, kann Zusammenhänge und Hintergründe sozial beeinflusster Prozeßabläufe darstellen. Eine weiterführende Thematisierung würde in der Folge bei der Suche nach sozial orientierten Problemlösungen hilfreiche Ansätze liefern.

Auf der anderen Seite kann die Polizei unter Zuhilfenahme der empirischen Befunde über das Notruf- und Funkstreifenwageneinsatzaufkommens ihre "betriebsinternen Abläufe" systematisch den aktuellen Gegebenheiten kontinuierlich anpassen und zur Effizienzsteigerung ihre personellen und materiellen Ressourcen laufend auf Effektivität hin überprüfen. Die Ergebnisse des polizeilichen Notrufaufkommens und der reaktiven Einsätze geben Einblicke und Rückschlüsse in das Alltagshandeln der Polizei, die bei Reformansätzen zur Veränderung des polizeilichen Selbstverständnisses - weg von der traditionell geprägten Polizei hin zu einer bürgerorientierten und proaktiven Polizei - von besonderer Bedeutung sein können.

Auch unter dem Gesichtspunkt, daß eine empirische Untersuchung über das Notrufaufkommen einen direkten Blick auf die akuten Sicherheitsprobleme der Bürger und ihrer polizeilichen Bewältigung eröffnet, ist eine Untersuchung der Notrufe sinnvoll. Dabei wird auch sichtbar, daß nur ein Teil dieser Sicherheitsprobleme mit Kriminalität assoziiert ist. Somit greifen die gängigen Sicherheitsdiskurse in aller Regel zu kurz, da sie üblicherweise Probleme der öffentlichen wie privaten (Un)sicherheit in unzulässiger Weise auf Fragen von Kriminalität und Strafverfolgung reduzieren (Hanak, 1991).

Im Rahmen der wissenschaftlichen Projektbegleitung zur "Kommunalen Kriminalprävention" durch die kriminologischen Institute in Freiburg, Heidelberg und Konstanz eröffnete sich die Chance, begleitend eine Erhebung zum Notrufaufkommen und der Funkstreifenwageneinsätze durchzuführen.

2. Ziel der Pilotstudie

Ziel der Studie war es, ein Gesamtbild über die quantitative und qualitative Verteilung der Anlässe bzw. der Gegenstände der Notrufe und Funkstreifenwageneinsätze zu erstellen, das als wichtiger Bestandteil zur Analyse kriminalgeografischer Räume erachtet werden kann.

Als traditionelle Erhebungsinstrumente bei der Analyse von Kriminalitätsslagen gelten die polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) und diverse Bevölkerungs- und Opferbefragungen. Die polizeiliche Kriminalstatistik dient vor allem der Darstellung des Hellfeldes, während Befragungen zur Viktimisierung als empirisches Mittel zur Aufhellung des Dunkelfeldes angesehen werden. Die beiden zuletzt genannten Instrumente weisen jedoch Schwachpunkte bei der

Beurteilung und Darstellung realer Kriminalitätslagen auf. Die polizeiliche Kriminalstatistik, die eine reine Fallfassung- und Ausgangsstatistik aller von der Polizei registrierten Straftaten darstellt, muß neben internen Problemen wie z. B. fehlerhafte Fallfassungen, Datenmanipulationsmöglichkeiten bei nachträglicher Fallaufklärung, Kontrolldichte bei Ausländern, Definitionsmacht der Polizei und Zuordnungsprobleme als auch mit einer Anzahl von Verzerrungsfaktoren wie beispielsweise das Anzeigeverhalten, die Dunkelfeldproblematik u.a. leben, während die Opferbefragungen die Kritikpunkte an der polizeilichen Kriminalstatistik zum Teil "bereinigen" können. Doch dafür können mit Hilfe von Viktimisierungsuntersuchungen nur bedingt Aussagen über die räumliche Verteilung von Kriminalität und konfliktbedingten Problemlagen abgegeben, was ein systemimmanentes Problem in Bezug auf die Anzahl und die Auswahl von Probanden bzw. Befragten ist.

Ziel ist es daher ergänzend zur polizeilichen Kriminalstatistik und den Opferbefragungen regionale Schwerpunkte polizeilichen Handelns definieren zu können, um darauf präventiv und/oder angemessen repressiv reagieren zu können.

Während die Bevölkerungsumfragen Ergebnisse über Einstellungen der Bevölkerung zur Inneren Sicherheit, Kriminalitätsfurcht und dem Viktimisierungsgrad erbringen, können mit den aus dem Notrufaufkommen und Funkstreifenwageneinsatzgeschehen gewonnenen Zahlen bei einer vergleichenden Betrachtung mögliche Zusammenhänge und Determinanten erkannt werden. Die Voraussetzungen für eine Vergleichbarkeit mit den von den kriminologischen Instituten durchgeführten Bevölkerungsbefragungen wurden durch eine Einteilung der Städte in gleiche Orts- bzw. Stadtteile geschaffen.

Es wird sich dann u. a. aufzeigen lassen, ob das Ausmaß der Kriminalitätsfurcht das Interventionsbedürfnis der Bürger und des Notrufaufkommens beeinflusst oder ob sich aus dem notrufveranlassten polizeilichen Einsatzgeschehen Parallelen zur registrierten Kriminalität und zum Sicherheitsgefühl der Bevölkerung herstellen lassen.

3. Methode

Mit Hilfe eines standardisierten Erhebungsbogens wurden alle bei den Projektdienststellen eingehenden Notrufe und sämtliche Funkstreifenwageneinsätze, die entweder aus einem Notruf resultierten oder aber aus anderen Gründen anfielen, innerhalb des Zeitraumes vom 14.09.94 (für Freiburg) bzw. vom 15.09.94 bis 31.10.94 erfaßt. Der Zeitraum von sechs Wochen wurde gewählt, weil zum einen die Auswertungskapazität beschränkt war; zum anderen sollte die bei der Erhebung der Daten anfallende Zusatzbelastung für die Polizeidienststellen möglichst gering gehalten werden.

Die Katalogisierung und Typisierung des Gegenstandes des Notrufes und des Funkstreifenwageneinsatzes als auch die Differenzierung der Straftaten auf dem Erhebungsbogen entstanden aus einer Gegenüberstellung der Begriffe in Literatur und polizeilicher Praxis. Die Einteilung der Projektstädte in Ortsteile wurde dem Fragebogen der bereits oben erwähnten Bevölkerungsumfrage entnommen, um später zwischen den unterschiedlichen Arten der Datensammlungen (polizeiliche Kriminalstatistik, Bevölkerungsbefragung, Expertenbefragung) im Rahmen des Gesamtprojekts eine Vergleichbarkeit in Bezug auf lokale Räume zu erreichen.

Auf dem Erhebungsbogen wurden die nachfolgend aufgeführten drei Themenkomplexe erfaßt, die nach vorgegebenen Kategorien unterschiedlich tief gegliedert und strukturiert waren:

1. Polizeinotrufe

2. Funkstreifeneinsätze aufgrund von Notrufen (reaktive Tätigkeiten)

3. Funkstreifenwageneinsätze aufgrund eigener Wahrnehmung und interner Erledigung (eigene, proaktive Tätigkeiten)

Aus Kapazitätsgründen der Polizei wurde dabei auch in Kauf genommen, daß infolge der Vorgabe weniger Kategorien eine weitergehende Differenzierung von Notrufinhalten und Funkstreifenwageneinsätzen nicht erfolgen kann. Daten über Zeitdauer und Anzahl der eingesetzten Beamten und Funkstreifenwagen waren beispielsweise nicht Gegenstand der Untersuchung.

Der Begriff "Polizeinotruf" stand zu Beginn der Untersuchung im Mittelpunkt einer intensiven Diskussion. Eine zu enge Auslegung hätte nur den Telefonanruf erfaßt, der über die Notrufleitung "110" einginge. Anrufe jedoch, die über die "normale Rufnummer" bei der Polizei auflaufen, aber ebenso einen Notruf zum Inhalt haben (z. B. Verkehrsunfall mit Verletzten), wären dann nicht erfaßt worden. Damit wäre die Erfassung der Notrufe vom Zufall der vom Anrufer gewählten Rufnummer (110 oder "normale Rufnummer") abhängig. Ein vollständiges Bild aller eingehenden Notrufe ließe sich somit nicht im gewünschten Umfang darstellen.

Der Diskurs im Vorfeld über den Begriff des "Polizeinotrufes" führte zur nachfolgenden Definition: Notruf ist jede fernmündliche Mitteilung des Bürgers an die Polizei, die eine baldige polizeiliche Reaktion zur Intension hat.

Während des Erhebungszeitraumes wurden bei den mitwirkenden Dienststellen qualitative und quantitative Stichproben über Notrufe und Funkstreifenwageneinsätze gezogen. Diese Stichproben erstreckten sich über ein- oder zweiwöchige Zeiträume. Sie dienten dem Ziel, sich einen Überblick über die Funkstreifenwageneinsätze und Notrufe zu verschaffen, die zum einen wegen der Auswahl der zentralen Datenerfassungsstellen bei den jeweiligen Dienststellen ("Funkttische" bei der Schutzpolizei) nicht mit dem standardisierten Erhebungsbogen erfaßt werden konnten. Zum anderen war es dadurch möglich geworden, auch nicht telefonisch veranlasste Funkstreifenwageneinsätze z. B. durch persönliches Erscheinen des Bürgers auf der Polizeidienststelle in Umfang und Art darzustellen.

Die Erhebungsbögen erhielten nach ihrer Bearbeitung durch die Polizeibeamten eine fortlaufende Nummerierung. Sämtliche Daten wurden anschließend mit dem Statistikprogramm "SPSS" erfaßt und verarbeitet.

4. Ergebnisse

Nach Untersuchungen in Westdeutschland liegen die Notrufquoten unabhängig von der Größe einer Stadt zwischen 22.000 und 38.000. Die erhobenen Polizeinotrufquoten für Freiburg, Calw und Ravensburg/Weingarten bestätigen diese Schwankungsbreite. Zwischen der niedrigsten Notrufquote von Ravensburg/Weingarten (28.620) und der höchsten von Calw (35.307) errechnet sich eine Differenz von 6.687. Mit einer Quote von 30.880 nimmt Freiburg zwischen den beiden genannten Städten einen Mittelplatz ein.

Auffallend ist, daß die Stadt mit der geringsten Häufigkeitsziffer bei den polizeilich registrierten Straftaten (Straftaten auf 100.000 Einwohner) unter den untersuchten Städten die höchste Notrufquote aufweist.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Notrufquoten in verschiedenen Großstädten Deutschlands und Österreichs auf:

Tabelle über Eingegangene Notrufe je 100.000 Einwohner bei der Polizei

<u>Stadt</u>	<u>1981</u>	<u>1987</u>	<u>1994</u>
Frankfurt	32.928	24.320	38.951
Hamburg	31.307	31.206	33.272
Hannover	29.915	28.608	32.166
Berlin/West	40.475	36.226	44.826
München	34.488	34.062	30.773
Stuttgart		37.702	36.699
Wien		16.700 (für 1988, Hanak, 1991)	
Freiburg			30.880
Ravensburg/Weingarten			28.620
Calw			35.307

Im Durchschnitt erfolgte bei 37 % der Notrufe bei den untersuchten Polizeidienststellen ein Funkstreifenwageneinsatz, d.h. 63 % der Notrufe hatten keinen Einsatz als polizeiliche Reaktion zur Folge. Den größten Anteil an allen Notrufen belegt in Freiburg der Mißbrauch mit 30,0 %, während dieser Anteil in Calw und Ravensburg/Weingarten deutlich niedriger bei 19,9 % bzw. 14,3 % liegt. Umgekehrt verhält es sich bei den Polizeinotrufen im Auskunftsbereich. Hier rangiert Freiburg mit 14,1 % hinter Calw mit 33,2 % und Ravensburg/Weingarten mit 34,8 %.

Die notrufbedingten Funkstreifenwageneinsätze lagen im Gegensatz zu Ravensburg/ Weingarten in Calw und in Freiburg signifikant über der 90 % Marke.

Für Ravensburg/Weingarten errechnet sich für die aus einem Notruf resultierenden Funkstreifenwageneinsätze eine Quote von 68,9 %. Damit wurde jeder vierte Funkstreifenwageneinsatz in Ravensburg/Weingarten aufgrund "eigener Wahrnehmung" durchgeführt. Die Quote der reaktiven Einsätze liegt in Ravensburg/Weingarten mit 27 % deutlich höher als in Calw mit 3,4 % und in Freiburg mit 1,5 %.

Grafik über Notrufe und Einsätze je 100.000 Einwohner

Zusammenfassend betrachtet ist das Bild der Funkstreifenwageneinsätzen von einem stark reaktiven Verhalten der Schutzpolizei geprägt und demzufolge bleibt wenig Spielraum für proaktive Tätigkeiten wie beispielsweise Eigeninitiativen zu Kontroll- und Präventionszwecken.

In der Studie von Feltes (1990/1994) liegen die Raten der Funkstreifeneinsätze zwischen 13.000 bis 40.000 Einsätzen pro 100.000 Einwohner. Freiburg mit 14.897 und Ravensburg/Weingarten mit 13.412 rangieren damit im unteren Bereich, die Quote für die Stadt Calw liegt mit 11.790 außerhalb.

Die "klassische Kriminalität" spielt somit in den untersuchten Städten bei den Funkstreifenwageneinsätzen mit einer Schwankungsbreite von 18,8 % (Calw), 23,5% (Ravensburg/Weingarten) und 38,5 % (Freiburg) eine eher untergeordnete Rolle. In anderen Studien liegen die Einsätze wegen "echter Kriminalität" in der Regel unter 25 %. Für die Landeshauptstadt Stuttgart wies Feltes (1990/1994) einen Anteil von 18,8 % Einsätze wegen Straftaten nach. Damit findet sich der Anteil der "echten Kriminalität" im Trend zu nationalen wie internationalen Studien (Burrows/Lewis, 1988). In Calw wurden also durchschnittlich ca. 1 bis 2 Einsätze pro Tag wegen eines Straftatenhintergrundes registriert. Freiburg hat, wie es auch die vergleichsweise landesweit hohe Häufigkeitsziffer der Straftaten von 12.735 (1994) zeigt, eine Sonderstellung in Bezug auf die Kriminalitätsbelastung der an der Erhebung teilnehmenden Kommunen. Deutlich geringer fallen 1994 die Häufigkeitsziffern für die Stadt Calw mit 3.666 und für die Städte Ravensburg und Weingarten mit 7.769 bzw. 7.452 aus.

Sachverhalte, die im Zusammenhang mit Ereignissen im Straßenverkehr liegen, stellen bei Funkstreifenwageneinsätzen in Calw und in Ravensburg/Weingarten den Schwerpunkt des schutzpolizeilichen Alltagshandelns im Streifendienst dar. Ihr Anteil beträgt in Ravensburg/Weingarten 50,1 % und in Calw 41,6 %. Die oben erwähnte Sonderstellung Freiburgs bezüglich der Kriminalitätsbelastung wirkt sich möglicherweise mittelbar auf die Verkehrsquote von "nur" 28,5 % aus. Im Verkehrsbereich weichen die Ergebnisse auch nicht von der Schwankungsbreite anderer Erhebungen zwischen 25 % und 60 % ab.

Ebenso spielen Einsätze wegen Hilfs-/Dienstleistungen und Konfliktschlichtungen eine qualitativ wie quantitativ eine nicht unerhebliche Bedeutung an der Gesamtzahl aller Funkstreifenwageneinsätze. In allen Projektstädten betragen diese Einsatzanlässe ca. ein Viertel des gesamten Funkstreifenwageneinsatzaufkommens.

5. Resumee

Die durch den Notruf ausgelöste polizeiliche Reaktion läßt sich in der Mehrzahl der Fälle mit unmittelbarem "Problem-Management" beschreiben; die rechtliche Verarbeitung von Problemlagen im Sinne von Straftatenbearbeitung ist eher nachrangig; zumindest in Ravensburg/Weingarten und Calw. Aus dem ausgewerteten Material wird die These von der Polizei als einer unspezifischen Abhilfe-Instanz (Hanak, 1984) bestätigt. Anders als andere Behörden ist die Polizei nicht für ein relativ begrenztes Spektrum von mit Problemen behafteten Sachverhalten, sondern unter bestimmten Bedingungen für fast alle Arten von Störungen im öffentlichen wie privaten Leben und für verschiedenste "Unnormalitäten" (Feltes, 1990/1994) zuständig.

Die tatsächliche festgestellte Inanspruchnahme der Polizei durch die Bürger ergibt ein Bild von klassifizierbaren und typischen Gründen von Funkstreifenwageneinsätzen, die sich insgesamt betrachtet, auf einen gemeinsamen Nenner bringen lassen: interventionsorientierte Tätigkeit als Dienstleister in Fällen von Hilfs- und Dienstleistungen, Konfliktschlichtungen, Alarmierungen sowie bei einem Großteil der Verkehrssachverhalte. Kelling (1983) fand in seiner Zusammenfassung internationaler Forschungsergebnisse eine Bestätigung für das Dienstleistungsprinzip der Polizei. Die Polizei reagiert auf die Hilferufe der Bürger und verfügt damit kaum über selbst einzuteilende Zeit, die für eigene proaktive und präventive Maßnahmen genutzt werden könnte.

Der Anteil der "klassischen Kriminalität" am Gesamtaufkommen der Funkstreifenwageneinsätze macht deutlich, daß der Schutzpolizeibeamte im Streifendienst nur einen geringen Teil seiner Dienstzeit mit Aufgaben der Strafverfolgung verbringt, während Tätigkeiten wie Hilfs- und Dienstleistungen, Erteilen von Auskünften und Tätigkeiten, die im Zusammenhang mit Ereignissen im Straßenverkehr stehen, den größten Teil seiner Arbeitszeit in Anspruch nehmen. Der Anteil der Kategorien Straftaten, Verkehr und im weitesten Sinne der Dienstleistungsfunktionen am Funkstreifenwageneinsatzaufkommen ist bei den hier vorliegenden Ergebnissen in einem maßgeblichen Umfang auch von örtlichen Rahmenbedingungen wie beispielsweise der Sozialstruktur der Gemeinde und damit auch vom Grad der Urbanisierung abhängig.

Das Hauptziel des polizeilichen Streifendienstes besteht heute darin, in kürzester Zeit telefonisch erbetene Hilfe zu leisten. Man geht davon aus, daß eine kurze Reaktionszeit die Zufriedenheit des Bürgers erhöhen und die Festnahme von Straftätern erleichtern würde. Diese Orientierung auf die polizeiliche Reaktion trug entscheidend dazu bei, daß die Polizei in den Augen der Bevölkerung immer mehr zum umfassenden Soforthilfesystem wurde, so daß letztendlich viele Polizeidienststellen nun auf alle telefonischen Bitten um Hilfe- und/oder Dienstleistung hin tätig werden.

Das Notrufaufkommen kann bei der Betrachtung seiner Quantität und Qualität als ein wichtiges Instrument zur stärkeren Orientierung von Polizeiarbeit an tatsächlichen Problemen der Bürger herangezogen werden. Problem orientierte Polizeiarbeit wird als eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Praktizierung von community policing bzw. bürgernaher Polizeiarbeit angesehen. Erhebungen über Anrufe und Notrufe bei der Polizei zeigen Art und Umfang des Informations- und Kommunikationsaufkommens auf. Erkenntnisse über den interaktiven Informationsprozeß zwischen Bürger und Polizei ermöglichen einen Einblick in die Problemsituationen des lokalen Umfeldes. Eine weitere Intensivierung des Informationsaustausches erfolgt oft beim polizeilichen Einschreiten im direkten Gespräch mit dem betroffenen Bürger. Die gewonnenen Erkenntnisse lassen sich systematisch aufbereiten und strukturieren. Sie können als eine wichtige Grundlage bei der Gewinnung von Präventionsstrategien angesehen werden. Die Analyse der örtlichen Kriminalität und die Erhebung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung sollte schon im Vorfeld mit der Analyse des Notrufaufkommens beginnen.

Literatur

- Burrows, J/ H. Lewis, Directing Patrol Work: A Study of Uniformed Policing. Home Office Research Study No. 99, London 1988
- Feltes, Th., Polizeiliches Alltagshandeln: Ergebnisse einer Analyse von Notrufen und Funkstreifenwageneinsätzen, Heidelberg 1990; Materialien aus dem Institut für Kriminologie der Universität Heidelberg; Nachdruck Fachhochschule Villingen-Schwenningen -Hochschule für Polizei - 1994 (abgedruckt auch in: Die Polizei 1995, S. 157ff.)
- Hanak, G. Kriminelle Situationen. Zur Ethnographie der Anzeigenerstattung, in: Kriminologisches Journal, 1984, 16. Jg., Heft 3, S. 161 - 180
- Hanak, G. Polizeinotruf - Intervention über Aufforderung, Ergebnisse einer empirischen Untersuchung zum Polizeinotruf in Wien, Holzkirchen 1991
- Kelling, L.K. Empirical Research and Police Reform, an American View of International Research, in: BKA Forschungsreihe, Jg. 16, Bd. 1, Seite 69 -95, Wiesbaden 1983

Die Zufriedenheit von Bürgern mit den Umgangsformen der Polizei nach einem persönlichen Polizeikontakt - eine empirische Untersuchung

Max Hermanutz

1. Einleitung

1.1 Fremdbeurteilung der Polizei

Repräsentativumfragen in der bundesdeutschen Bevölkerung ergeben seit Jahren, daß die Polizei von den meisten Bürgern als wichtig erachtet und das Ansehen der Polizei im Vergleich zu anderen Berufsgruppen positiv eingeschätzt wird. Die Polizei schneidet beim Vergleich mit anderen Einrichtungen des öffentlichen Lebens gut ab (Franke, 1991; Murck, 1992). Eine Befragung von 636 Führungskräften aus dem Bereich der Wirtschaft ergibt im Jahr 1994 ein ähnliches Bild. Die Polizei kommt unter anderen Staatsdienern und Behörden mit einer Schulnote von 2.6 sogar am besten weg, wenn es um die Beurteilung der Arbeit geht (Hübner, 1994). Auch Sozialarbeiterstudenten haben ein unproblematisches bis gutes Verhältnis zur Polizei, 31% der Befragten waren der Meinung, daß die Feststellung "die Polizei dein Freund und Helfer" richtig sei (Feltès, 1985).

Es gibt auch ausgesprochen schlechte Beurteilungen der Polizei. Bekannt sind Medienberichte und Einzelfallberichte, die sehr negativ ausfallen, wenn sich Personen von Polizeibeamten unangemessen und ungerecht behandelt fühlten (Burghard, 1994).

Ein differenzierteres Bild zur persönlichen Zufriedenheit von Bürgern mit der Polizei liefern Opferbefragungen. Eine aussagekräftige Studie zu den Umgangsformen von Polizeibeamten im direkten Kontakt mit Anzeigenerstattern liegt von Kürzinger (1978) vor. Er zeigt, daß die Interaktion und Kommunikation zwischen Polizisten und Anzeigenerstattern von drei Faktoren beeinflußt werden:

- a) Vom Polizeibeamten selbst und seiner Stellung in der Hierarchie.
- b) Von der Person des Anzeigenerstatters.
- c) Vom Sachverhalt.

Die Ergebnisse zeigten, daß sich Polizeibeamte in mehr als der Hälfte der Fälle den Bürgern gegenüber kooperativ, freundlich, routiniert und beherrscht zeigten. Bei einem Viertel aller Fälle gaben sie sich gleichgültig, seltener autoritär und unfreundlich. Als weder gleichgültig noch engagiert wurde das Verhalten der Polizeibeamten von 55% eingestuft; weder unfreundlich noch freundlich von 41%, weder autoritär noch kooperativ von 26%. Obwohl viele Kontakte nicht eindeutig positiv beurteilt werden konnten, stellt Kürzinger (Kürzinger, 1978) fest: "daß die Verhaltensmuster der Polizeibeamten in den Anzeigesituationen deutlich positiv zu werten sind".

1.2 Selbstbeurteilung der Polizei

Dokumentiert sind auch Einstellungen von Polizeibeamten zum eigenen Ansehen in der Öffentlichkeit und zu den Einstellungen von Polizeibeamten zu ihrem Klientel (Feltès, 1985, 1990; Funke, 1990; Kerner, 1980; Meggeneder, 1988; Worden, 1993). Die kritischen, mehr negativen Selbsteinschätzungen der Polizeibeamten kommen möglicherweise durch tatsächliche Kontakte mit den Bürgern zustande. Meggeneder (1988) zeigt, daß Polizeibeamte, die häufiger Kontakt zur Öffentlichkeit haben, die öffentliche Meinung betreffend der Polizei ungünstiger

Den Studenten und Mitarbeitern der Hochschule für Polizei und den Mitarbeitern der Polizei im Schwarzwald-Baar Kreis wird für ihre Unterstützung bei der Durchführung der Studie herzlich gedankt.

einschätzen als Polizeibeamte mit weniger Bürgerkontakten, weil sie den Unmut des Bürgers am ehesten zu spüren bekommen. Es ist zu vermuten, daß solche Urteile von betroffenen Polizeibeamten für die tatsächlichen Kontakte zwischen Bürger und Polizei zutreffender sind als Beurteilungen aus Repräsentativumfragen.

1.3 Mögliche Ursachen für die widersprüchlichen Beurteilungen der Polizei

Diese Widersprüchlichkeiten zwischen Einschätzungen der Gesamtbevölkerung, Einzelfalldarstellungen und der Selbsteinschätzung der Polizei könnte ihre Ursache darin haben, daß sich Polizeibeamte bei ihren Einschätzungen evtl. selektiv auf Negativerlebnisse mit Bürgern beziehen und die positiv verlaufenden Kontakte als selbstverständlich betrachten oder ausblenden.

Von den befragten Bürgern, die bei Repräsentativumfragen der Gesamtbevölkerung befragt wurden, hatten weniger als die Hälfte selbst Kontakt mit der Polizei. Somit kann davon ausgegangen werden, daß bei solchen Meinungsumfragen mehr oder weniger eingebürgerte Vorurteile mit festen Vorstellungsklischees, d.h. Stereotype über die Polizei in der Bevölkerung abgefragt werden, die z.T auch sozial erwünschten Antworttendenzen entsprechen. Unklar ist, wie solche Einstellungen zustande kommen. Die Meinungsbildung über die Polizei basiert vorwiegend auf Medienberichte (Schüller, 1990), wobei offen bleibt, ob es sich um Kriminalfilme oder andere Berichte handelt.

Nur bei 22% bis 65% (je nach Stichprobenselektionen der Befragten), stehen hinter der Meinungsbildung persönliche Erfahrungen mit Polizeibeamten (Franke, 1991; Murck, 1989; 1992). Es fehlen Hinweise, welche Erlebnisse mit der Polizei gemeint sind (Opfer, Täter, Zeugen, Auskünfte, Verkehrdelikte, Straftaten, etc.) und wann sie stattgefunden haben (vor einer Woche oder mehreren Jahren). Es kann davon ausgegangen werden, daß "eigene Erlebnisse und persönliche Erfahrungen" eine große Varianz aufweisen. Ob solche Erlebnisse die allgemeine Einstellung zur Polizei bewirkt haben, bzw. die allgemeinen Einstellungen die Wahrnehmung eines persönlichen Kontaktes beeinflussen, bleibt ungeklärt.

Widersprüchlich diskutiert wird die Frage nach Ursache und Wirkung bei Urteilen über die Polizei von Brandl, Frank, Worden & Bynum (1994). Man nimmt an, daß globale Einstellungen der Bürger bei der spezifischen Beurteilung polizeilicher Umgangsformen und Leistungen eine Rolle spielen. Die Richtung zwischen Ursache und Wirkung konnte empirisch bisher allerdings nicht geklärt werden.

Mit der vorliegenden Studie wird überprüft, wie sich Bürger bei einem Polizeikontakt von den Beamten behandelt fühlen und welche Einflußfaktoren Zufriedenheit und Unzufriedenheit bedingen.

Es sollten Erfahrungswerte zur Durchführbarkeit und Akzeptanz eines standardisierten Telefoninterviews gesammelt werden. Untersucht werden soll, ob die Umgangsformen unabhängig von Stereotypen valide gemessen werden. Bei unserer Datenerfassung handelt es sich um keine Repräsentativerhebung, sondern um den Vergleich zweier Querschnittserhebungen mit selektierten Stichproben. Wir nehmen bewußt Effekte in Kauf, die

1. durch die Information der Beamten über unser Vorhaben und
2. durch die Interviewer (StudentInnen der Fachhochschule für Polizei) zustande kommen könnten.

Aus datenschutzrechtlichen Gründen verzichten wir darauf, Rückschlüsse auf das Verhalten einzelner Beamter zu ziehen, und führen die Studie nach Zustimmung des Personalrates durch.

2. Methoden

2.1 Entwicklung des Telefoninterviews

Die Befragung umfaßte 32 Einzelfragen und dauerte etwa 10-15 Minuten. Es begann mit Fragen zum letzten Zusammentreffen mit der Polizei. Aus einer kurzen Schilderung konnten meist ohne weiteres Nachfragen nähere Angaben zum Ort, Anlaß, Eigenschaft etc. erfaßt werden. Dann folgten Fragen zur Zufriedenheit, Freundlichkeit, zum Verhalten des Beamten und welche Wirkungen der Kontakt hatte. Im dritten Teil wurden globale Einstellungen zur Polizei und anderen Behörden erfaßt, wobei z.T. Standardfragen von repräsentativen Meinungsumfragen verwendet wurden. Zum Schluß wurde nach demographischen Daten gefragt, wobei ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, daß nicht geantwortet werden muß. Die Antworten wurden auf unterschiedlichem Skalenniveau erfaßt.

2.2 Befragte Personen

Es wurden 109 Personen, die selbst Kontakt zur Polizei hatten, von Studenten/innen der Fachhochschule für Polizei im Oktober 1994 mit einem standardisierten Interview entweder telefonisch oder persönlich befragt. Zwei Stichproben wurden mit zwei verschiedenen Auswahlverfahren der Zielpersonen unabhängig voneinander gezogen.

2.2.1 Stichprobe 1 (Vorkommnisse)

Insgesamt wurden 300 Personen, die in den Vorkommnissen der Polizeidirektion vom Schwarzwald-Baar Kreis etwa innerhalb einer Woche bei den Revieren und der Kriminalpolizei registriert wurden zufällig ausgewählt und vom Leiter der Polizeidirektion angeschrieben. In einem Schreiben wurden Sinn und Zweck der Befragung erläutert und eine Mitarbeit bei der Befragung befürwortet. Alle Personen erhielten ein frankiertes, adressiertes Kuvert für die Rückantwort. Es sollte die Adresse oder Telefonnummer sowie eine bevorzugte Zeit für eine Befragung zurückgemeldet werden.

2.2.3 Rücklaufquote

Von den angeschriebenen 300 Personen haben sich 64 (21.3%) bei der Fachhochschule für Polizei gemeldet. Davon haben drei nicht an der Befragung teilnehmen wollen (keine Zeit, Gefängnisaufenthalt, Krankenhausaufenthalt). Fünf Personen waren mehrfach telefonisch nicht erreichbar, unter zwei Rufnummern waren die Zielpersonen nicht bekannt. Die Ausschöpfungsquote mit 54 Personen (18%) lag unter unseren Erwartungen. Der geringe Rücklauf kann verschiedene Gründe haben:

- allgemeines Desinteresse an der Polizei,
- Aversionen gegenüber der Polizei,
- eine allgemeine Übersättigung mit Befragungen,
- fehlende Anreize und Vorteile für die Befragten,
- die Personen wollen nicht mehr an den Kontakt erinnert werden,
- eine Befragung wäre für die befragte Person peinlich
- Mißtrauen gegenüber der Befragungsinstitution (Fachhochschule der Polizei)

2.2.4 Stichprobe 2 (privates Umfeld)

Bei einer zweiten Personengruppe (n=55), die sich aus dem privaten Umfeld der Befragter rekrutierte, wurden die Zielpersonen durch Nachfragen im Bekanntenkreis, bei den Nachbarn und in Vereinen gefunden, was sich als relativ effizientes Vorhaben erwies.

2.2.5 Unterschiede zwischen Stichprobe 1 und 2.

Die Personen von Stichprobe 1 waren etwa 10 Jahre älter als die Personen von Stichprobe 2. Der Kontakt mit der Polizei hat im Durchschnitt 28 Tage vor der Befragung stattgefunden (Stichprobe 1). Bei Stichprobe 2 lag der Kontakt im Durchschnitt 144 Tage zurück. Insgesamt gaben die älteren Personen von Stichprobe 1 positivere Bewertungen ab als die jüngere Gruppe (Stichprobe 2). Tabelle 3 und Tabelle 4 zeigen die wesentlichen Unterschiede zwischen den beiden Stichproben.

2.2.6 Vergleichbarkeit der Stichproben

Männer und Frauen waren in beiden Stichproben anteilmäßig gleich verteilt. Schul- und Berufsausbildung waren bei beiden Gruppen vergleichbar. Auch die Anlässe für die Kontaktaufnahme zur Polizei, die Dauer der Kontakte, und die Anzahl früherer Kontakte waren vergleichbar zwischen den Gruppen. Bei der Einschätzungen der Wichtigkeit und des Ansehens der Polizei unterschieden sich die beiden Stichproben nicht wesentlich voneinander. Erwähnenswert ist, daß beide Gruppen das allgemeine Ansehen der Polizei in der Bevölkerung ähnlich beurteilen, die Note für die allgemeine Polizeiarbeit in ihrem eigenen Wohnort jedoch signifikant negativer bei den privat befragten Personen ausfällt.

2.2.7 Gesamtstichprobe (vgl. Tabelle 1, Tabelle 2)

Die 109 befragten Personen waren im Durchschnitt 39,2 Jahre alt (Standardabweichung = 13.8 Jahre). Der Jüngste war 15 Jahre, der Älteste über 60. 32,1% aller Befragten waren Frauen, nur 4 ausländische Mitbürger nahmen an der Befragung teil. Der berufliche Ausbildungsabschluß war breit gefächert. 3,7% hatten keinen beruflichen Abschluß, 13,8% waren noch in der Ausbildung als Schüler oder Studenten. 37,6% hatten eine Lehre mit Abschluß, 10,3% waren Facharbeiter und 11% waren Meister. 11,9% hatten ein Hochschulstudium absolviert. Bei den restlichen 4 Probanden konnte keine eindeutige Zuordnung getroffen werden. Somit waren bei unseren befragten Personen diejenigen massiv unterrepräsentiert, die keinen Berufsabschluß haben (Allensbach 1986, 39% ohne Abschluß). Im statistischen Jahrbuch 1994 werden 26% ohne schulischen bzw. beruflichen Abschluß aufgeführt.

Auch in der allgemeinen Lebenszufriedenheit unterschieden sich unsere Probanden von der Durchschnittsbevölkerung erheblich. Während in der BRD etwa 36% unzufrieden mit ihrem Leben sind, waren es in unserer Stichprobe nur 2,8%. Diese Tatsache, daß an unserer Befragung nur wenige Personen ohne Berufsabschluß teilnahmen und nur wenige mit ihrem Leben unzufrieden sind, läßt den Schluß zu, daß die sogenannte niedrige soziale Schicht an unserer Befragung nicht teilnahm. Nach Aussagen des statistischen Jahrbuches sind in der niedrigen sozialen Schicht 56 % mit ihrem Leben im allgemeinen unzufrieden und nur wenige haben einen Berufsabschluß.

2.3 Statistische Analysen:

Es wurden nichtparametrische Rangkorrelationskoeffizienten (Spearman) berechnet. Gruppenunterschiede wurden mit dem χ^2 -Test (Pearson-Koeffizient) bzw. T-Test für unabhängige Stichproben berechnet. Mit Regressionsanalysen (logistic regression, NCSS 5.3) wurde versucht, diejenigen Variablen zu finden die Unzufriedenheit - Zufriedenheit am besten vorhersagen lassen.

3. Ergebnisse

3.1 Einflüsse von demographischen Variablen und Stereotypen auf spezifische Zufriedenheitsurteile

71.6% aller befragten Bürger waren mit den Umgangsformen und der Tätigkeit der Polizeibeamten zufrieden. 12.8% waren nur zum Teil zufrieden, und 15.6% waren unzufrieden. Alle Personen beziehen sich bei ihrer Beurteilung auf selbst gemachte Erfahrungen mit Polizeibeamten.

Die Zufriedenheitsurteile stehen in keinem signifikanten Zusammenhang mit der Anzahl früherer Kontakte ($r=0.19$), mit der Dauer des aktuell befragten Kontaktes ($r=0.06$), und mit dem Zeitraum zwischen Polizeikontakt und Befragung ($r=-0.03$).

Die Beurteilung des Zufriedenheitsgrades mit dem aktuell befragten Polizeikontakt ist auch unabhängig vom Geschlecht, Alter ($r=0.15$) und der Ausbildung ($r=0.09$) der befragten Personen. Weder die allgemeine Lebenszufriedenheit ($r=-0.13$) noch die allgemeine Einschätzung der Wichtigkeit ($r=-0.15$) und der Einschätzung des allgemeinen Ansehens der Polizei in der Bevölkerung ($r=0.09$) kann in Zusammenhang mit der Zufriedenheit beim letzten persönlichen Polizeikontakt gebracht werden.

Auch die Beurteilung der Zufriedenheit mit anderen Behörden steht in keinem signifikanten Zusammenhang mit der aktuellen Beurteilung des letzten Kontaktes mit einem Polizeibeamten. Analysen mit Kreuztabellen, bei denen diese Variable allgemeine Zufriedenheit als Gruppenvariable einging, zeigt folgende Ergebnisse. Die allgemeine Zufriedenheit mit den Polizeibeamten hängt auch nicht davon ab, ob die Personen selbst Kontakt zur Polizei aufnahmen bzw. der Kontakt von seiten der Polizei aus aufgenommen wurde ($\chi^2(2) = 3.71$; n.s.). Ob die Beamten gleichalt, jünger oder älter waren, hat ebenfalls keinen Einfluß auf die allgemeine Zufriedenheit der Bürger ($\chi^2(4) = 5.36$; n.s.).

Keinen eindeutigen Einfluß auf die allgemeine Zufriedenheit hat die Eigenschaft der Personen, mit denen sie Kontakt zur Polizei hatten. Die Zufriedenheit mit den Umgangsformen der Polizeibeamten war in unserer Untersuchung unabhängig davon, ob sie als Zeuge, Geschädigte und/oder Opfer Anzeigenerstatter bzw. in anderen Eigenschaften zur Polizei hatten. Zum Teil ließen die geringen Zellbesetzungen keine abschließende Beurteilung zu, das gilt auch für den Anlaß für die Kontaktaufnahme. Es läßt sich kein Zusammenhang mit der allgemeinen Zufriedenheit bestätigen. Unabhängig davon, ob der Kontakt wegen einer Straftat oder wegen einem Verkehrsunfall und anderem zustande kam, wird der Kontakt durch diesen Anlaß positiver bzw. negativer bewertet.

Demgegenüber ist die allgemeine Zufriedenheit mit der Tätigkeit der Polizeibeamten in großem Ausmaß davon abhängig, inwieweit die betroffenen Bürger ihre Sache ausführlich genug der Polizei schildern konnten. War dies nicht der Fall, dann sind sie signifikant unzufriedener, wie wenn dies der Fall war ($\chi^2(4) = 28.45$; p. 0.01). Die Zufriedenheit der Bürger wird auch dadurch geprägt, inwieweit der Beamte sich um die Sache genügend kümmert bzw. ihr Aufmerksamkeit schenkt ($\chi^2(4) = 37.07$; p. 0.01). Die Kontrollfrage, inwieweit sie den Eindruck hatten, daß der Polizei die Sache lästig war, läßt die oben genannte Tatsache ebenfalls signifikant bestätigen. Kam dieser Eindruck auf, dann waren die Bürger eher unzufrieden ($\chi^2(4) = 10.95$; p. 0.05). Weniger wichtig für die Zufriedenheit scheint es zu sein, inwieweit für den Polizeibeamten die Sache wichtig war ($\chi^2(4) = 6.88$; n.s.). Männer und Frauen unterscheiden sich nicht in der Beurteilung der allgemeinen Zufriedenheit mit den Polizeibeamten ($\chi^2(2) = 0.95$; n.s.).

Die einzelnen Ergebnisse der Befragung sind in den Tabelle 1 und Tabelle 2 zusammengefaßt.

Abbildung 1 zeigt wie häufig die 109 Probanden positive und negative Eigenschaftsmerkmale den Beamten zugeordnet haben. Der Begriff "dienstlich" war nicht eindeutig, für manche Personen war er eine negative für andere aber eine positive Eigenschaft.

Abbildung 3 zeigt, mit welchen Verhaltensweisen die Polizeibeamten die Zufriedenheit der Bürger am meisten bestimmen. Durch das Zusammenwirken von Interesse und Aufmerksamkeit ("ich konnte meine Sache ausführlich schildern und der Beamte hat sich genügend um meine Sache gekümmert"), menschlichem und korrektem Verhalten, kommt das Urteil: "ich war zufrieden mit der Tätigkeit des Beamten", wenn er nicht kalt, ernst und unfreundlich war. Das Zusammenwirken von diesen Verhaltensindikatoren prägt das Bild von Polizeibeamten beim Bürger fast 100%ig.

Eindeutig machen den Bürger ironische, zynische Bemerkungen, aggressive Sprache und zwischenmenschliche Kälte sehr unzufrieden.

Mit Regressionsanalysen (logistic regression) aller nominalskalierten Bewertungen haben wir die Gruppe der eindeutig Zufriedenen mit der Gruppe der eindeutig Unzufriedenen anhand von 43 Variablen analysiert.

Waren die Bürger mit der Polizei zufrieden oder unzufriedenen, war dies am stärksten von dem Eindruck und der Bewertung abhängig, ob der Beamte als kalt, ernst, aggressiv, ironisch oder menschlich, freundlich, korrekt und aufmerksam eingestuft wurde. Dann können mit diesen sieben Variablen (Prädiktoren) mindestens 93.7% aller Personen den Kategorien zufrieden - unzufrieden richtig zugeordnet werden.

Von 12 intervallskalierten Bewertungen genügt allein die Variable 'Verhaltensnote' als Prädiktor für die Zufriedenheit, um 93% aller Probanden den Kategorien zufrieden - unzufrieden zuzuordnen (Diskriminanzanalysen)

3.2 Zusammenhänge zwischen den einzelnen Variablen

Für die Beurteilung der Umgangsformen von Polizeibeamten lassen sich keine signifikanten Zusammenhänge aufzeigen zwischen Zufriedenheitsurteilen und

- der Häufigkeit von Polizeikontakten,
- wie lange der letzte Kontakt zurücklag
- wie lange der letzte Kontakt gedauert hat.

Die Einschätzung der Freundlichkeit der Beamten hängt vom Alter der Bürger ab. Je jünger eine Person ist, desto unfreundlicher erlebt er den Beamten ($r=0.31$). Auch die Note für die Kompetenz ($r=0.63$) und das Verhalten ($r=0.83$) hängt mit der Beurteilung der Freundlichkeit zusammen. Je freundlicher die Beamten eingeschätzt wurden, desto besser fiel die Verhaltens- und Kompetenznote für den Polizeibeamten aus.

Die allgemeine Note für die Arbeit der Polizei hängt natürlich signifikant von der Beurteilung des Ansehens der Polizei ab ($r=0.41$). Dies scheint wieder bei jüngeren Personen eher negativer auszufallen als bei älteren ($r=-0.25$).

Die Beurteilung von Freundlichkeit, Verhalten, Kompetenz sowie die Einschätzung des Ansehens der Polizei ist unabhängig von der allgemeinen Lebenszufriedenheit der Befragten ($r<0.15$).

3.3 Unterschiede zwischen den beiden Stichproben

In Tabelle 3 sind Gruppenunterschiede zwischen den beiden Stichproben aufgeführt. Die intervallskalierten Bewertungen wurden mit einem T-Test für unabhängige Stichproben verglichen.

Die Analysen zeigen, daß sich die beiden Gruppen im Alter als auch bei den meisten Bewertungen signifikant unterscheiden.

In Tabelle 4 sind Gruppenunterschiede bei den restlichen Variablen aufgeführt. Die kategorialen Bewertungen wurden mit einem χ^2 -Test auf Stichprobenunterschiede hin getestet. Oft waren einzelne Zellen mit weniger als 5 besetzt, was einen sinnvollen Test nicht erlaubt. Die Einzelnennungen lassen in diesen Fällen trotzdem Unterschiede zwischen den beiden Stichproben erkennen.

3.4 Vergleich mit anderen Behörden und Dienstleistungsunternehmen

Abbildung 2 zeigt die Einschätzungen der Umgangsformen anderer Behörden und Dienstleistungsunternehmen, zu denen die Befragten persönlichen Kontakt hatten. Die Bewertungen basieren nicht immer auf 109 Personen, z.B. hatten zum Sozialamt nur 17 der Befragten einen persönlichen Kontakt.

4. Diskussion

4.1 Kann die Polizei mit dem Ergebnis zufrieden sein?

15,6 % der Personen waren im großen und ganzen mit der Tätigkeit der Polizeibeamten, mit denen sie in Kontakt getreten sind, nicht zufrieden. 12,8 % waren nur teilweise zufrieden. Kann die Polizei in Baden-Württemberg mit diesem Ergebnis zufrieden sein, wenn etwa 70 % derjenigen Personen, die an der Polizeiarbeit interessiert sind, und dies durch die Mitarbeit bei einer Befragung bekunden, mit den Polizeibeamten zufrieden sind? Die befragten Personen prägen die allgemeine Meinung über die Polizei stark, sie sind aus der Mittelschicht, wohnen in einer ländlichen Region, haben ein gutes Allgemeinbild von der Polizei, 1/3 davon sind im direkten Kontakt allerdings nicht ganz zufrieden mit den Umgangsformen der Polizeibeamten. Bei 10% hat sich durch den Kontakt das Polizeibild sogar verschlechtert.

Genügt es, wenn 70% der Bürger mit den Umgangsformen der Polizei ganz zufrieden sind, die wegen mehr oder weniger einfachen Problemen zur Polizei Kontakt hatten? Beteiligte an Familienstreitigkeiten, Beschuldigte schwerer Straftaten, Drogenabhängige, organisierte Straftäter, und alle Personen die gar nicht in den Vorkommnissen auftauchen, wurden gar nicht befragt.

Genügt eine Zufriedenheitsquote von 70%, wenn man davon ausgehen kann, daß zum Zeitpunkt der Befragung die meisten Beamten der Region wußten, daß das Befragungsprojekt läuft? Vielleicht haben sich die Beamten besonders angestrengt, um besser beurteilt zu werden. Das könnte auch ein Grund dafür sein, daß die Zufriedenheit bei Stichprobe 1 besser war als in Stichprobe 2.

Die eher Unzufriedenen rekrutieren sich nicht aus einer besonderen Gruppe. Wir können statistisch nicht einmal nachweisen, daß der Anlaß für den Kontakt irgendeinen Einfluß auf die Beurteilung der Umgangsformen gehabt hat. Ob die Personen von sich aus Kontakt zur Polizei aufnehmen oder umgekehrt, hat ebenfalls keinen Einfluß auf die Zufriedenheit mit der Polizei. Somit scheint es eher so zu sein, daß tatsächlich die Umgangsformen der Beamten beurteilt werden, d.h. es findet eine personenzentrierte Beurteilung statt. Wir können somit davon ausgehen, daß wir unser Ziel mit dem Interview erreichen, die Umgangsformen von Polizeibeamten zu erfassen.

4.2 Einfache Formeln:

Zufriedene Bürger = freundliche +aufmerksame + korrekte Polizeibeamte

Unzufriedene Bürger = ironische +kalte + aggressive Polizeibeamte

Die Zufriedenheit der Bürger mit der Behandlung durch die Polizei ist eng an die Freundlichkeit der Beamten gekoppelt. Mit Freundlichkeit meinen sie, daß die Beamten sachlich, höflich, korrekt, menschlich, vertrauenswürdig, interessiert, hilfsbereit und beruhigend wirken. Unfreundliche Beamte haben die Eigenschaft, daß sie belehrend, bürokratisch, streng, kalt, rechthaberisch, gelangweilt und kleinlich sowie herablassend, rücksichtslos, aggressiv, zynisch, ironisch und unsachlich beurteilt werden.

Freundliche Beamte werden im Verhalten und in ihrer Kompetenz eher positiv eingeschätzt als unfreundliche Beamte. Freundlichkeit zeigt sich natürlich im Kommunikationsstil der Beamten mit den Bürgern. Die Beamten werden umso freundlicher eingeschätzt, je mehr sie den Bürgern Zeit lassen, ihre Sache zu schildern, je mehr sie vermitteln, daß ihnen die Sache ernst ist, und daß sie sich darum kümmern. Umgekehrt vermitteln unfreundliche Beamte den Bürgern, daß ihnen die Sache lästig ist, sie unterbrechen den Bürger häufig, und versuchen ihn "abzuwimmeln".

Ältere Personen haben zwar ein positiveres Stereotyp zur Polizei als jüngere Personen, die Beurteilung nach einem tatsächlichen persönlichen Kontakt mit einem Polizeibeamten fällt altersunabhängig aus.

Im allgemeinen haben ältere Bürger von der Polizei und anderen Behörden ein positiveres Bild als jüngere Bürger. Dies läßt sich auch in unserer Untersuchung nachweisen. Aber dieser Zusammenhang ist nur dann vorhanden, wenn es um allgemeine Beurteilungen, um das Ansehen, die Wichtigkeit etc. der Polizei u.a. geht. Auch ältere Bürger beurteilen Beamte negativer, wenn sie unfreundlich, ironisch, unaufmerksam, aggressiv, kalt und nicht korrekt sind.

4.3 Ausgewählte Stichproben - keine Repräsentativumfrage

An unserer Befragung nahmen Personen teil, die mit ihrem Leben im allgemeinen zufrieden sind, die einen Ausbildungsabschluß haben und zur Zeit einen Beruf ausüben bzw. Studenten und Schüler oder Rentner sind. Wir haben keine Hinweise gefunden, wie hoch der Gesamtanteil dieser Gruppen an allen Polizeikontakten ist. Anzunehmen ist, daß gerade aus den niedrigen sozialen Schichten Personen häufiger mit der Polizei Kontakt haben als aus der Mittel- und Oberschicht.

4.4 Valides Meßinstrument

Wir können davon ausgehen, daß die Urteile über den Polizeikontakt differenziert sind. Allgemeine Stereotype und demographische Variablen haben kaum einen nennenswerten Einfluß auf die Beurteilung der Zufriedenheit mit dem Polizeibeamten, der mit den Personen in persönlichem Kontakt stand. Dieses Ergebnis steht im Widerspruch zu den Befunden von Brandl u.a. (1994), die einen signifikanten Zusammenhang zwischen allgemeiner und spezifischer Zufriedenheit mit der Polizei nachwiesen. Vielleicht liegt es an der vereinfachten Meßmethode von Zufriedenheit bei Brandl u.a. (1994). Unser standardisiertes Telefoninterview ist somit ein valides Meßinstrument zur Erfassung der spezifischen, aktuellen Zufriedenheit der Bürger mit den Umgangsformen der Polizei.

4.5 Kundenorientierte Umgangsformen lohnen sich: Zufriedene Bürger helfen Staat und Polizei

Adäquate Umgangsformen zwischen Bürgern und Polizei scheinen für das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung von hoher Relevanz zu sein (Kerner. 1994). Bürger, die mit Polizeibeamten selbst gute Erfahrungen gemacht haben sind eher bereit, der Polizei bei der Verbrechensbekämpfung zu helfen, als Bürger, die mit Mißtrauen zur Polizei gehen.

Adäquate Umgangsformen zwischen Bürgern und Polizei scheinen auch für die Berufszufriedenheit der Polizeibeamten eine wichtige Rolle zu spielen. Zufriedene Bürger tragen zur

Streßreduktion im Polizeialltag bei, denn Harmonie und Anerkennung haben Polizeibeamte aufgrund ihrer Aufgabe nicht gerade im Höchstmaß.

5. Zusammenfassung

Die Polizei wird einerseits von der Bevölkerung bei repräsentativen Umfrageergebnissen positiv beurteilt, auf der anderen Seite werfen Einzelfallberichte der Medien mit Schlagzeilen wie "Prügelknaben der Nation, Ausländerschänder, Polizisten als Mißbraucher" ein negatives Licht auf die Polizei. Die unterschiedlichen Bewertungen können darauf zurückzuführen sein, daß bei Repräsentativumfragen Stereotype zur Polizei abgefragt werden, die möglicherweise wenig mit den tatsächlichen Umgangsformen der Polizei im täglichen Kontakt mit dem Bürger zu tun haben.

Mit dieser Studie soll durch eine persönliche, anlaßbezogene Beurteilung des Verhaltens eines Polizeibeamten ein realistisches Bild zur Bewertung von Kontakten zwischen Polizei und Bürgern erhalten werden.

Bei einer nicht repräsentativen Befragung von 109 Bürgern, die einen Polizeikontakt hatten, zeigt sich, daß Globalurteile über die Polizei in keinem Zusammenhang mit der spezifischen Beurteilung der Umgangsformen eines Polizeibeamten, mit dem ein Kontakt stattgefunden hatte, steht.

Aufmerksame, menschliche, freundliche und korrekte Beamte machen den Bürger zufrieden, ironische, kalte, und belehrende Beamte bewirken beim Bürger Unzufriedenheit. Der Einfluß dieser einfachen Umgangsformen und Kommunikationsmerkmale auf die Zufriedenheit der Bürger sind weitgehend unabhängig von Alter, Geschlecht und allgemeinen Einstellungen zur Polizei sowie dem Anlaß für den Polizeikontakt.

Literatur

- Brandl, S.G., Frank, J., Worden, R.E., Bynum, T.S.(1994). Global and specific attitudes toward the police: disentangling the relationship. *Justice Quarterly*, 11, 120-133.
- Burghard, W. (1994). Symbolische Präsenz. *Kriminalistik*, 3, 155.
- Feltes, T. (1985). Sozialarbeiter: Helfer-Elite oder gesellschaftliche Randgruppe? In *Politische Sozialisation an Hochschulen. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung*. 23, 87-103.
- Feltes, T. (1990). Einstellungen von Polizeibeamten zu gesellschaft- und kriminalpolitischen Problemen in Deutschland- Ergebnisse einer Befragung. In Feltes, Th., Rebscher, E. (Hrsg.), *Polizei und Bevölkerung*, Felix Verlag: Holzkirchen, 198-214.
- Franke, S. (1991). Berufsethik für die Polizei. Regensburg: Münster, 208-210.
- Funke, E.H. (1990). Soziale Leitbilder polizeilichen Handelns. Felix Verlag: Holzkirchen
- Glauser, M.J., Tullar, W.L. (1985). Communicator style of police officers and citizen satisfaction with officer/citizen telephone conversation. *Journal of Police Science and Administration*, 13, 70-77.
- Hübner, R. (1994). Schlechte Noten für Staatsdiener. *Capital*, 11, 161-167.
- Kerner, H.J. (1980). Kriminalitätseinschätzungen und innere Sicherheit. *BKA-Forschungsreihe*, Wiesbaden, Bd.11.
- Kerner, H.-J. (1994). Kriminalprävention. *Kriminalistik*, 3, 171-178.
- Kürzinger, J. (1978). Private Strafanzeige und polizeiliche Reaktion. Berlin
- Meggeneder, O. (1988). Arbeitsbedingungen im Polizeidienst. *Die Polizei*, 130-136.
- Murck, M. (1989). Polizei und Bürger: Einige Merkmale der Einstellungs- und Kontaktstruktur. *Die Polizei*, 2, 27-30.

- Murck, M. (1992). Zwischen Schutzbedürfnis und Mißtrauen - Einstellungen zur Polizei ~~bei~~ den Bürgern in den neuen Bundesländern. Die Polizei, 1, 16-18.
- Schüller, A. (1990). Das Bild der Polizei in der Öffentlichkeit. Die Polizei, 11,293-300.
- Worden, A.P.(1993). The attitudes of women and men in policing: testing conventional and contemporary wisdom. Criminology, 31, 203-241.

ab hier: Tabellen von Hermanutz

Anhang 1: Expertenfragebogen

Projekt: Kommunale Kriminalprävention; Fragebogen I

Lfd.Nr.

Bitte kreuzen Sie Ihre Antworten in dem Kästchen unterhalb der jeweiligen Frage an. Ihre Angaben werden selbstverständlich vertraulich behandelt.

Beispiel:

<i>sehr ...</i>	<i>eher ...</i>	<i>teils/teils</i>	<i>eher ...</i>	<i>sehr ...</i>

Bei den sog. "offenen" Fragen machen Sie bitte stichwortartig einige Angaben.

Vorweg: Bitte geben Sie an, ob Sie persönlich in der Stadt bzw. in dem Einzugsgebiet wohnen, in dem das Projekt "Kommunale Kriminalprävention" durchgeführt werden soll:

Ich wohne in der Stadt/im Projektgebiet ()

Ich wohne außerhalb ()

Hinweis: Im folgenden ist mit "Stadt" jeweils der Projektort gemeint.

Frage 1: Wie sicher fühlen Sie persönlich sich in Ihrem Wohngebiet?

sehr sicher	eher sicher	teils/teils	eher unsicher	sehr unsicher

Frage 2: Wie sicher fühlen Sie sich im Stadtzentrum?

sehr sicher	eher sicher	teils/teils	eher unsicher	sehr unsicher

Frage 3: Gibt es Gebiete in Ihrer Stadt, wo Sie sich unsicher fühlen (bitte konkret benennen; z.B. "Marktplatz"; "Fischerstraße"; "Leinen-Viertel")?

.....

.....

Frage 4: Gibt es außer der Kriminalität noch andere Probleme in Ihrer Stadt, die im weitesten Sinn mit "Sicherheit und Ordnung" zusammenhängen und die Sie bedrücken?

.....

.....

Frage 5: Wenn Sie die Kriminalität in Ihrer Stadt im Vergleich zu anderen Problemen (z.B. Arbeitslosigkeit) sehen: Steht die Kriminalität da an erster Stelle (=wichtigstes und schlimmstes Problem) oder gibt es andere, wichtigere Probleme?

Es gibt in dieser Stadt wichtigere Probleme als die Kriminalität.	weiß nicht	Die Kriminalität ist das wichtigste Problem in dieser Stadt.

Frage 6: Was glauben Sie: Ist es in Ihrer Stadt in der letzten Zeit unsicherer geworden?

viel unsicherer	etwas unsicherer	weiß nicht	eher sicherer	viel sicherer

Frage 7: Wenn Sie der Auffassung sind, daß es in Ihrer Stadt in der letzten Zeit unsicherer geworden ist: Haben Sie eine Erklärung dafür?

.....

.....

.....

Frage 8: Kennen Sie in Ihrer unmittelbaren Umgebung (Verwandte, Freunde, Nachbarn) jemanden, der in den letzten 12 Monaten Opfer einer Straftat geworden ist?

ja	nein

Frage 9: Wenn ja: Wie viele Personen sind das?

() Personen

Frage 10: Wenn ja, welche Straftaten waren es? (bitte nennen)

.....

.....

Frage 11: Wenn ja: Wurde die Tat der Polizei gemeldet?

ja	nein

Frage 12: Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der Polizei in Ihrer Stadt?

sehr zufrieden	eher zufrieden	teils/teils	eher unzufrieden	sehr unzufrieden

Frage 13: Wenn Sie mit der Arbeit der Polizei nicht voll zufrieden sind: Was könnte nach Ihrer Meinung besser sein oder besser gemacht werden?

.....

.....

.....

Frage 14: Was könnten kommunale Institutionen (Stadtverwaltung, Jugendamt, Vereine und Verbände ...) tun, um Problembereiche in Ihrer Stadt zu entschärfen?

.....

.....

.....

Besten Dank für Ihre Mitarbeit!

Anhang 2: Fragebogen der Bevölkerungsumfrage in Baden-Württemberg
(hier am Beispiel der Stadt Calw)
(für Freiburg und Ravensburg/Weingarten wurde der Fragebogen entsprechend abgewandelt)

Anhang 3: Fragen aus der bundesweiten Bevölkerungsumfrage vom Oktober 1994